TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020



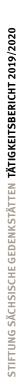




S T I F T U N G
S Ä C H S I S C H E
G E D E N K S T Ä T T E N



Vorwort der Vorsitzenden des Stiftungsrates	2
Vorwort des stellvertretenden Geschäftsführers	
Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2019/2020	
Höhepunkte 2019/2020	
GEDENKSTÄTTEN UND EINRICHTUNGEN IN EIGENER TRÄGERSCHAFT	18
Geschäftsstelle Dresden	20
Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein	26
Kurt Albers (1909–1940)	31
Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain	
Fedor Gawrilowitsch und Michail Gawrilowitsch Smirnow (1921–1941)	35
Gedenkstätte Münchner Platz Dresden	36
Hieronim Jędrusiak (1921–1942)	41
Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau	42
Joseph Stephany (1921–2001)	47
Gedenkstätte Bautzen	48
Gerhard Bause (*1961)	53
Dokumentationsstelle Dresden	54
Fritz Heinicke (1905–1969)	59
FÖRDERVEREINE	60
Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V.	
Münchner-Platz-Komitee e. V.	
Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e. V.	
GEDENKSTÄTTEN UND AUFARBEITUNGSINITIATIVEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT	
(INSTITUTIONELL UND ÜBER PROJEKTE GEFÖRDERT)	
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden	
Dagmar Göbert (*1948) Harry Schulz (*1956)	
Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" Leipzig mit dem Museum im Stasi-Bunker	
Dr. Günter Kröber (*1928)	
Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau	
Jens B. (*1959)	
Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig	
Estare Weiser (*1945)	
Gedenkstätte Großschweidnitz	
Jan Procházka (1924–1945)	
Gedenkstätte Hoheneck	
Tatjana Sterneberg (*1952)	
Archiv Bürgerbewegung Leipzig	
Martin-Luther-King-Zentrum Werdau	
Sabine Popp (*1960)	
Umweltbibliothek Großhennersdorf	
Reinhart Koselleck (1923–2006)	
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis	
André Fischer (*1962)	112
Gedenkstätte KZ Sachsenburg	114
Max Sachs (1883–1935)	117
Bautzen-Komitee	118
Alexander Latotzky (*1948)	120
ANHANG	122
Publikumsstatistik	
Website und Social Media	
Haushalt und Verwaltung	
Organe der Stiftung und Mitglieder der Stiftungsgremien (2019/2020)	
Impressum	





Vorwort der Vorsitzenden des Stiftungsrates

ür den Freistaat Sachsen gehört die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur und der kommunistischen Diktatur, insbesondere der SED-Diktatur, sowie deren Verbrechen zu den Kernelementen der demokratischen Erinnerungskultur. Entsprechend dem im Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetz festgeschriebenen Auftrag bewahrt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit ihrer Arbeit daher das Gedenken an die Opfer und benennt die Verantwortung der Täter.

Aber nicht nur die Stiftung Sächsische Gedenkstätten leistet in diesem Sinne hervorragende Arbeit. Als Vorsitzende des Stiftungsrates ist es mir ein besonderes Anliegen, den zahlreichen Ehrenamtlichen zu danken, die sich oft seit vielen Jahren in den Träger- und Fördervereinen der Gedenkstätten der Stiftung, aber auch in den Gedenkstätten in freier Trägerschaft und in den Schulen uneigennützig und mit großer Begeisterung in den Dienst der Sache stellen. Es ist wichtig, dass wir den Beitrag dieser Freiwilligen in den Fokus der Öffentlichkeit stellen, um damit gerade auch die jüngeren Menschen für ein bürgerschaftliches Engagement gewinnen zu können. Gedenkstättenarbeit ist nicht nur ein wichtiger und unverzichtbarer Teil der Kulturpolitik, sondern kann die Menschen im Idealfall dazu befähigen, dass sie nach dem Besuch einer Gedenkstätte das Erlebte mitnehmen, um es als Impuls für die weitere Auseinandersetzung mit der Geschichte zu

Der Berichtszeitraum 2019/2020 war in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geprägt von tiefgreifenden Veränderungen und wichtigen Entscheidungen, die weit in die Zukunft hinein wirken werden.

Als bedeutendstes Vorhaben im Jahr 2019 konnte die Evaluation der Stiftung Sächsische Gedenkstätten erfolgreich abgeschlossen werden. Die von der Stiftung beauftragte Beratungsgesellschaft hat den Abschlussbericht über die Evaluation am 29. Januar 2019 vorgelegt. Der Stiftungsrat hat in seiner 55. Sitzung am 27. Mai 2019 das Ergebnis der Evaluation zur Kenntnis genommen und die Umsetzung von Handlungsempfehlungen festgelegt.

Ansonsten wurden die Jahre 2019 und 2020 seitens der Geschäftsstelle genutzt, bei den Planungen hinsichtlich der Einrichtung neuer Gedenkstätten bzw. der Übernahme einer Gedenkstätte in die Trägerschaft der Stiftung unterstützend und beratend tätig zu sein. Es handelt sich hierbei um die Gedenkstätten "Konzentrationslager Sachsenburg", "Frauenhaftanstalt Hoheneck", "Kaßberg-Gefängnis" sowie die Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung.

Ein prägendes Ereignis in der Stiftung im Jahr 2020, das auch in der Öffentlichkeit und den Medien große Beachtung fand, war die Freistellung des bisherigen Geschäftsführers von seinen Aufgaben durch den Stiftungsrat. Der Stiftungsrat hat daraufhin die Einrichtung einer Findungskommission zur Wahl der neuen Geschäftsführung beschlossen. Die Entscheidung für und Berufung von Herrn Dr. Markus Pieper als neuen Geschäftsführer erfolgte im Jahr 2021.

Der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung, Herr Sven Riesel, wurde vom Stiftungsrat bis zum Dienstantritt des neuen Geschäftsführers zum kommissarischen Geschäftsführer ernannt. Herr Riesel hat die Stiftung Sächsische Gedenkstätten in dieser Übergangszeit ruhig und mit großer Umsicht geleitet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für sein Engagement zu bedanken.

Allen Leserinnen und Lesern des vorliegenden Tätigkeitsberichts 2019/2020 wünsche ich eine informative und anregende Lektüre. Ich würde mich freuen, wenn Sie in nächster Zeit die Gelegenheit nutzen würden, selbst einmal eine sächsische Gedenkstätte zu besuchen. Ich lade insbesondere auch alle Schülerinnen und Schüler herzlich ein, gemeinsam mit Ihren Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen des Unterrichts eine Gedenkstätte zu besichtigen. Die Landesservicestelle "Lernorte des Erinnerns und Gedenkens", die am 1. Januar 2019 bei der Brücke-Most-Stiftung ihre Arbeit aufgenommen hat, berät Schulen dabei, wie sie ihre geplanten Gedenkstättenfahrten und Exkursionen an Orte der Erinnerung umsetzen können. Gedenkstättenbesuche von Schülerinnen und Schülern sind gerade deshalb so wichtig, um die mentale Distanz der jungen Menschen zu den lange zurückliegenden Geschehnissen abzubauen.

Ich würde es begrüßen, wenn es aus diesem Anlass zu Diskussionen, Fragen und Projektarbeiten kommen würde. Besonders wichtig sind dabei im Rahmen der Bildungsarbeit die Gespräche von Jugendlichen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Ich hoffe sehr, dass die kommenden Jahre zeigen werden, dass es der Stiftung Sächsische Gedenkstätten trotz aller Widrigkeiten der Corona-Pandemie, deren Auswirkungen im Berichtszeitraum 2020 zum ersten Mal deutlich spürbar waren, gelungen ist, den beschrittenen Weg fortzusetzen und die anstehenden Aufgaben auf einem hohen Niveau zu erfüllen.

Barbara Klepsch

Staatsministerin für Kultur und Tourismus Vorsitzende des Stiftungsrates





Vorwort des stellvertretenden Geschäftsführers

er vorliegende Bericht widmet sich den Tätigkeiten der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und den kontextbezogenen Aktivitäten innerhalb der erinnerungskulturellen Landschaft Sachsens in den Jahren 2019 und 2020. Wenn ich auf diese beiden Jahre zurückblicke, so spüre ich einen intensiven Bruch in meiner Erinnerung – und ich gehe davon aus, dass es den allermeisten Leserinnen und Lesern dieses Berichtes ganz persönlich ebenfalls so gehen wird.

Erkennbar wird dieser Bruch auch in den Schilderungen der Tätigkeiten in den beiden Berichtsjahren: War das Jahr 2019 für die Arbeitsstellen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten noch im Sinne kontinuierlicher erinnerungskultureller Geschäftigkeit und etablierter Arbeitsabläufe business as usual, veränderte die den Freistaat Sachsen erreichende Coronavirus-Pandemie ab März 2020 die Pläne, den Betrieb und die Arbeitsorganisation der Erinnerungsorte grundlegend. Die nahezu alle Lebensbereiche umfassenden Maßnahmen zum Infektionsschutz hatten für die Einrichtungen mit Publikumsverkehr, aber auch alle anderen Stiftungsarbeitsstellen erhebliche Auswirkungen.

Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen mussten die Gedenkstätten für die Öffentlichkeit flächendeckend geschlossen werden. Veranstaltungen wurden abgesagt, angemeldete Führungen mussten storniert, Besuche von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und ihren Angehörigen auf ungewisse Zeit verschoben, Gedenkstättenguides und andere Dienstleistende abbestellt werden. Im Zuge der pandemiebedingten Maßmahmen führte die Stiftung zu Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 einen Notbetrieb mit umfangreichen arbeitsorganisatorischen Änderungen für die Beschäftigten ein. Trotz Schließung der Gedenkstätten und ihrer Ausstellungen konnte der interne Regelbetrieb der Stiftung aber immer gewährleistet werden und die Arbeitsstellen blieben für die Öffentlichkeit telefonisch oder per E-Mail, Website und Social Media immer erreichbar.

Ich möchte mich als der für diese Zeit stellvertretende und kommissarische Geschäftsführer bei allen Stiftungsbeschäftigten ausdrücklich und herzlich bedanken! Dank Ihres großen Engagements vor Ort und Ihrer Flexibilität zwischen Arbeitsorganisation und familiären Belangen – insbesondere in Anbetracht von Schul- und Kitaschließungen oder der Pflege erkrankter Angehöriger – konnte die Stiftung im ersten Pandemiejahr – und auch in den folgenden – trotz enorm herausfordernder Verhältnisse und ungewisser Bedingungen erfolgreich ihrem erinnerungskulturellen Auftrag nachkommen.

Im Mai und Juni konnten die Arbeitsstellen unter Berücksichtigung des gesundheitlichen Schutzes der Beschäftigten sowie der Besucherinnen und Besucher wieder für den Publikumsverkehr stufenweise geöffnet werden. Alle Teams an den Erinnerungsorten waren bemüht, trotz der teilweise historisch bedingten sehr schwierigen, engen räumlichen Gegebenheiten die meisten Bereiche für das Publikum wieder zugänglich zu machen und kreative Lösungen der Vermittlungsarbeit zu finden. Dazu gehörten neben den allseits bekannten "Einbahnstraßensystemen" und Kleinstgruppenführungen auch für die Stiftung neue Formate und Konzepte, insbesondere im digitalen und Online-Bereich. Neben einer starken Vergrößerung der digitalen Reichweite der Website und der Social-Media-Kanäle sowie dem enormen Zuwachs von audiovisuellen Onlineinhalten wurden erste live gestreamte Führungen erprobt und die vorhandenen Onlinedatenbanken und neue Geo-Maps beworben. Alle Stiftungsarbeitsstellen verzeichneten ein außerordentlich großes Interesse an Auskünften zu Opfern politischer Gewaltherrschaft, an Rechercheersuchen und internationalen Anfragen zu Schicksalsklärungen.

Heute, fast drei Jahre nach Beginn der Pandemie, lässt sich rückblickend feststellen, dass nicht nur viele der in der Ausnahmesituation entwickelten Konzepte und Formate bestehen blieben, sondern diese auch weiter erprobt und ausgebaut wurden. Besonders im digitalen Bereich wirkte die Pandemie als Katalysator einer bis dahin zumindest in der Stiftung überfälligen Entwicklung. Social-Media-Kampagnen, hybride Veranstaltungen, gestreamte Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und viele weitere digitale und Online-Formate ergänzen seitdem das Portfolio der Vermittlungs- und Informationsangebote der Stiftung und ihrer Arbeitsstellen nachhaltig, wovon auch der bald erscheinende Tätigkeitsbericht der Stiftung für die Jahre 2021 und 2022 berichten wird.

Festzustellen bleibt aber auch, dass trotz digitaler Angebote und anderer, neuer Kommunikationsformen eine unmittelbare Bildungs- und Vermittlungsarbeit, persönliche Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie der Austausch mit Fachpersonal in den Gedenkstätten unerlässlich sind. Die historischen Orte der Verfolgung und Verurteilung, des Wegsperrens, Mordens und Sterbens lassen sich als Zeugnis des Unrechts und in ihrer Authentizität nur schwer in den virtuellen Raum übertragen. Der große Publikumszuspruch zwischen den Lockdowns - im November 2020 mussten die Gedenkstätten abermals für die Öffentlichkeit geschlossen werden – zeigte, dass trotz der Einschränkungen zahlreiche Besucherinnen und Besucher im Jubiläumsjahr 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands die historischen Orte, Gedenkbereiche und Ausstellungen wiederentdecken und sich über die Geschichte politischer Gewaltherrschaft in Sachsen informieren wollten.

Im ersten Pandemiejahr konnten die Gedenkstätten die über ihren Erinnerungsauftrag hinausgehende gesellschaftliche Relevanz besonders hervorheben: Als Orte der Bildungsarbeit und demokratischen Wertevermittlung, als Räume des Meinungsaustausches und der Diskussion, aber auch als Einrichtungen mit historisch-fachlicher Expertise können sie dazu beitragen, gesellschaftliche Debatten zu bereichern, politische Prozesse und Entscheidungen verständlich zu machen, unterschiedliche gesellschaftliche Reaktionen darauf zu besprechen, vor allem aber unzulässige Gleichsetzungen mit historischen Ereignissen zu kontextualisieren und diese auszuräumen.

Auch diesen Prozess, die stärkere Sichtbarmachung der gesellschaftlichen Relevanz der Gedenkstätten, konnte die Pandemie beschleunigen und es bleibt zu wünschen, dass auch diese Entwicklung eine nachhaltige bleibt.

Sven Riesel

Stellvertretener Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

DIE STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN 2019/2020

ie Stiftung Sächsische Gedenkstätten erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur sowie der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR. Sie erschließt und bewahrt historisch authentische Orte politischer Gewaltverbrechen und politischen Unrechts im Freistaat Sachsen und gestaltet sie als Orte historisch-politischer Bildung.

Sie dokumentiert Strukturen und Methoden der beiden Herrschaftssysteme und würdigt den Widerstand gegen die Diktaturen. Mit ihrer Arbeit will die Stiftung Sächsische Gedenkstätten historische Informationen vermitteln, zur individuellen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anregen sowie Engagement für Menschenrechte und Demokratie befördern.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Dresden. Sie wurde am 15. Februar 1994 per Kabinettsbeschluss der Sächsischen Staatsregierung begründet. Am 28. Februar 2003 verabschiedete der Sächsische Landtag das Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, das am 16. Dezember 2012 novelliert wurde.

Die Stiftung besteht aus vier Organen: Der Stiftungsrat entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Stiftung. Ihm gehören 17 Mitglieder an. Der Geschäftsführer verwaltet die Stiftung und führt deren laufende Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der Beschlüsse des Stiftungsrates. Der Stiftungsbeirat erarbeitet Vorschläge und Empfehlungen für die Arbeitsgebiete der Stiftung. Ihm gehören bis zu 20 Mitglieder an. Der wissenschaftliche Beirat erarbeitet Empfehlungen zur Arbeit der Stiftung und begutachtet die von der Stiftung erstellten Konzeptionen. Ebenso begutachtet er Konzeptionen von geförderten Gedenkstätten in freier Trägerschaft sowie von im Aufbau befindlichen Gedenkstätten. Er besteht aus fünf Sachverständigen.

Die Stiftung betreibt in eigener Trägerschaft die Dokumentationsstelle Dresden, die Gedenkstätte Bautzen, die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau, die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain sowie die Gedenk-

stätte Pirna-Sonnenstein. Der Stiftungsrat beschloss in seiner 57. Sitzung am 18. Dezember 2020, dass die Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung übernommen wird.

Darüber hinaus fördert die Stiftung institutionell Erinnerungsorte und Gedenkstätten in freier und kommunaler Trägerschaft sowie drei Aufarbeitungsinitiativen und Archive. Ebenfalls gefördert wird der Aufbau dreier Gedenkstätten im Freistaat Sachsen. Zahlreiche Vereine, Initiativen, Einrichtungen und Einzelpersonen erfahren von der Stiftung Zuwendungen im Rahmen von Projektförderungen für Maßnahmen, die den Zwecken und der Förderrichtlinie der Stiftung entsprechen.

Neben dem Betrieb stiftungseigener Arbeitsstellen und Gedenkstätten sowie der Förderung Dritter bestehen die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit aus:

- der Ehrung der Opfer politischer Gewaltherrschaft
- einer würdigen memorialen Gestaltung von Gedenkorten
- dem Erhalt materieller Hinterlassenschaften und von Zeugnissen von Verbrechen und Unrecht
- der Präsentation wissenschaftlich fundierter Dauer- und Wechselausstellungen zu Themen und Orten der Stiftung
- wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Dokumentationen
- zahlreichen Bildungs- und Vermittlungsangeboten für eine große Zielgruppenbandbreite
- Veranstaltungen und weiteren Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

HÖHEPUNKTE 2019/2020

27. Januar 2019

Mit einer Gedenkfeier am ehemaligen Wehrmachtgefängnis Fort Zinna in Torgau erinnerte die Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau gemeinsam mit der Stadt Torgau an die Leiden der mehr als 60 000 Inhaftierten der Militärjustiz in Torgau im Zweiten Weltkrieg. Anlass war der bundesweite Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Zahlreiche Gäste nahmen an der Gedenkfeier teil, darunter auch viele Torgauer Schülerinnen und Schüler.



Gedenken am ehemaligen Wehrmachtgefängnis Fort Zinna in Torgau

22. Februar 2019

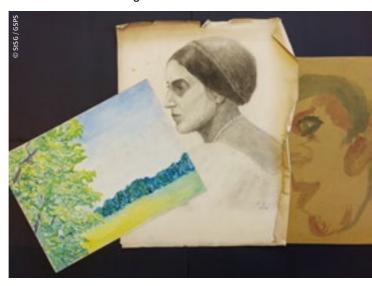
Mit dem Strafvollzug in Torgau in der SED-Diktatur befasst sich erstmals eine neue Publikation der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau. Der Band mit dem Titel "Der Strafvollzug der DDR in Torgau 1950 bis 1990" stellt umfassend die Geschichte des DDR-Gefängnisses Torgau vom Beginn 1950 bis zur Wiedervereinigung 1990 dar.

März 2019

Am 30. und 31. März fanden in Bautzen Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an den Gefangenenaufstand im Bautzener "Gelben Elend" vor 69 Jahren statt, darunter eine Kranzniederlegung und eine Andacht mit Chorkonzert. Am 31. März 1950 wurde der erste und größte Häftlingsaufstand in der DDR brutal niedergeschlagen. Viele der gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Bautzener "Gelben Elend" aufbegehrenden Gefangenen wurden schwer verletzt. Im Laufe der Jahrzehnte geriet der Aufstand in Vergessenheit, die Geschichte des Lagers und Gefängnisses war in der DDR ein Tabu.

24. April 2019

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein erhielt Unterlagen des Leipziger "Euthanasie"-Opfers Elise Romanus. Neben Dokumenten zur beruflichen Karriere befanden sich darunter auch mehrere eindrucksvolle Zeichnungen. Für die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein sind die Dokumente und Zeichnungen von besonderem Wert, da nur von wenigen Opfern der nationalsozialistischen Krankenmorde persönliche Unterlagen erhalten geblieben sind. Sie ermöglichen es, sich der Lebensgeschichte von Elise Romanus aus einer anderen Perspektive zu nähern, und geben Auskunft über ihre Träume und Hoffnungen.



Zeichnungen von Elise Romanus

25. April 2019

I. E. Anne-Marie Descôtes, Botschafterin Frankreichs in Deutschland, besuchte das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau. Bei ihrem Besuch in Torgau anlässlich des Gedenkens an den 25. April 1945 informierte sie sich im DIZ Torgau über die Hintergründe des weltweit bekannten Zusammentreffens von amerikanischen und sowjetischen Soldaten kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges an der Elbe in Torgau.

9. Mai 2019

Die größte öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Italiens, Rai – Radiotelevisione Italiana, führte in der Gedenkstätte Bautzen Dreharbeiten für eine zweiteilige Dokumentarfilmreihe durch. Die Filme mit dem



Sven Riesel, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bautzen im Interview

Arbeitstitel "I muri della mente" ("Die Mauern im Kopf") handeln von Orten der Friedlichen Revolution in der DDR und ihrer Nutzung 30 Jahre danach. Gedreht wurde die Sendung von dem in Italien bekannten Dokumentarfilmregisseur Francesco Conversano und der Regisseurin Nene Grignaffini. Stefano Vastano, italienischer Journalist und Deutschlandkorrespondent der Wochenzeitung "L'Espresso", koordinierte die Filmproduktion und führte ein Interview mit Sven Riesel, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bautzen.

Mai 2019

Anlässlich des Jahrestages zum Ende des Zweiten Weltkrieges besuchten am 9. Mai 15 Schülerinnen und Schüler aus dem ukrainischen Obuchiw die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain. Mit weißen Rosen ehrten sie die Opfer, die im Kriegsgefangenenlager Zeithain umkamen. Mindestens drei der verstorbenen Gefangenen stammten aus der Heimatstadt der Schülerinnen und Schüler. Begleitet wurden sie dabei von Schülerinnen und Schülern des Radebeuler Lößnitz-Gymnasiums und dem Radebeuler Oberbürgermeister Bert Wendsche. Seit 1999 existiert eine lebendige Städtepartnerschaft zwischen Radebeul und Obuchiw.

13. Mai 2019

Die Dokumentationsstelle Dresden stellte alle wesentlichen Informationen über das Verfahren der Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung in einer übersichtlichen Broschüre zusammen. Darüber hinaus zeigt der Leitfaden anhand von fünf Fallbeispielen die damit verbundenen Erkenntnismöglichkeiten.



Titelbild der Broschüre "Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung"

22. Mai 2019

Die Dokumentationsstelle Dresden und die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden veranstalteten gemeinsam mit der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden den Fachworkshop "Verurteilte sowjetischer Militärtribunale (SMT) als Gegenstand regionaler Forschung". Im Mittelpunkt stand die Frage, inwieweit sich aus einer regionalgeschichtlichen Perspektive neue Erkenntnisse über die Praxis der Militärtribunale gewinnen lassen. Darüber hinaus ging es insbesondere um den Zugang zu wichtigen Quellen, um deren Auswertung und Interpretation sowie um die Kategorisierung von SMT-Verurteilten. Die Teilnehmenden, überwiegend Historikerinnen und Historiker aus Gedenkstätten, Forschungseinrichtungen und Archiven, erörterten anhand abgeschlossener und laufender Untersuchungen den Forschungsstand und tauschten sich sowohl über die Möglichkeiten als auch über die besonderen Herausforderungen bei der Erforschung der SMT-Praxis aus.

28. Mai 2019

Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hatte im Januar 2017 eine Evaluation der Stiftung im Sinne einer Untersuchung der untergesetzlichen Regelungen der Organisation beschlossen. Untersucht werden sollten die Verfahren und Entscheidungsprozesse, die finanziellen und personellen Ressourcen sowie die messbaren Arbeitsergebnisse der Arbeitsstellen der Stiftung in Korrelation zu den vorhandenen Ressourcen und den gegebenen Strukturen hinsichtlich einer optimalen Erfüllung des Stiftungszweckes. Mit der Evaluation war die Unternehmensberatung Prognos AG beauftragt, die Ende Mai 2019 ihren Endbericht vorlegte. Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten nahm das Ergebnis der Evaluation zur Kenntnis und legte die Umsetzung von Handlungsempfehlungen des Evaluators fest.

29. Juli 2019

Am Rande eines Wahlkampfauftritts in Zeithain kamen die Teilnehmenden des 17. internationalen SCI-Workcamps in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain mit dem Sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer ins Gespräch. Die Workcamp-Teilnehmenden unterstützten die Gedenkstätte vom 27. Juli bis zum 17. August beim Erhalt archäologischer Fundstätten auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Zeithain. Dort starben während des Zweiten Weltkrieges zwischen 1941 und 1945 etwa 25 000 bis 30 000 sowjetische sowie rund 900 Gefangene anderer Nationalitäten, darunter 873 Italiener.





Besuch des Vizekanzlers und Bundesfinanzministers
Olaf Scholz in der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden

29. August 2019

Der Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) besuchte die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden. Gemeinsam mit Dr. Eva-Maria Stange, der damaligen Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst (SPD) und Vorsitzenden des Stiftungsrats der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie dem Landtagsabgeordneten Albrecht Pallas (SPD) informierte sich der Bundesfinanzminister in einem geführten Rundgang über die Arbeit der Gedenkstätte.

November 2019

Vom 6. bis zum 8. November fand der internationale Workshop "Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen, Böhmen und Schlesien als archäologische Kulturdenkmale und Erinnerungsorte" in Leipzig statt. Beschäftigte der Gedenkstätten, Historiker, Denkmalpfleger und Archäologen aus Polen, Tschechien und Deutschland diskutierten in diesem Rahmen über den Umgang mit ehemaligen Zwangsarbeitslagern in Sachsen, Böhmen und Schlesien.

6. November 2019

Anlässlich des 30. Jubiläums des Mauerfalls begaben sich MDR-Reporter im November auf Spurensuche: Am 6. November sendete das MDR-Fernsehen für die Sendungen "MDR um 2" und "MDR um 4" zwei Live-Übertragungen aus der Gedenkstätte Bautzen. Der Reporter Stefan Ganß berichtete vor Ort aus der Gedenkstätte über das Unrecht in der DDR und die Haftbedingungen in der ehemaligen Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II. Er sprach mit dem Zeitzeugen Hartmut Richter und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bautzen, Sven Riesel.



Live-Interview mit Sven Riesel, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bautzen

17. November 2019

Anlässlich des Volkstrauertages fand in der Gedenkstätte Bautzen das Kammerkonzert mit Lesung "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen" mit dem Schauspieler Roman Knižka und dem Ensemble Opus 45 statt.

10. Dezember 2019

Sechs Jugendliche aus dem ukrainischen Ternopil und sechs Jugendliche aus Sachsen absolvierten im Rahmen der Jugendbegegnung "Gräber der Weltkriege – Prediger des Friedens" des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen Workshoptag in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain. Dabei setzen sie sich mit Schicksalen ehemaliger ukrainischer Kriegsgefangener auseinander und diskutieren über die Unterschiede zwischen der deutschen und der ukrainischen Erinnerungskultur zum Zweiten Weltkrieg. Im Rahmen des vierzehntägigen Austauschprogramms besuchte die Gruppe gemeinsam zunächst die Ukraine und erkundete anschließend verschiedene historische Orte in Sachsen.



Jugendbegegnung in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain



An die Dokumentationsstelle übergebene historische Unterlagen

29. Dezember 2019

Angehörige des am 20. Juni 1951 in Moskau erschossenen Buchhändlers Heinrich Brückner überließen der Dokumentationsstelle Dresden zahlreiche Dokumente zur dauerhaften Aufbewahrung. Diese belegen die jahrelangen Nachforschungen der Ehefrau auf der Suche nach ihrem verschollenen Ehemann.

9. Januar 2020

Die Dokumentationsstelle Dresden erforscht in Kooperation mit den Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden innerhalb von drei Jahren Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) gegen Deutsche in Dresden (1945–1955). Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat hierfür zum Jahresende 2019 eine Förderung in Höhe von bis zu 77 000 Euro bewilligt. Zusammen mit der Förderung durch den Freistaat Sachsen und Spenden stehen damit Mittel von bis zu 200 000 Euro für das Projekt zur Verfügung.

24. Januar 2020

Zu einer öffentlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer der Wehrmachtjustiz lud die Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau gemeinsam mit der Stadt Torgau ein. Anlass war der bundesweite Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Die Gedenkrede hielt der Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland, S. E. Prof. Dr. Andrzej Przyłębski.



Stiftungsgeschäftsführer Siegfried Reiprich zur Gedenkveranstaltung am 24. Januar 2020 vor dem Fort Zinna in Torgau

27. Januar 2020

Am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus beteiligte sich die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit allen Einrichtungen in eigener Trägerschaft an einem bundesweit zeitgleich stattfindenden Projekt: Ab 17 Uhr lief in den sozialen Medien ein digitaler Flashmob mit dem Hashtag #LichterGegenDunkelheit. Organisiert wurde das Projekt von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Ziel der Aktion war, die wichtige Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätten 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz bundesweit sichtbarer zu machen.



Lichtkunstaktion "23.752" im Rahmen von #LichterGegenDunkelheit in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain

26. Februar 2020

Im Januar und Februar 2020 verzeichnete die Dokumentationsstelle Dresden einen enormen Zuwachs von Anfragen zu sowjetischen Kriegsgefangenen, vor allem aus Russland, Weißrussland und der Ukraine. Hintergrund dieser Steigerung war der 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, der in der Öffentlichkeit der erwähnten Länder als "Tag des Sieges" große Aufmerksamkeit erfährt. Viele Angehörige werden dadurch zur Suche nach ihren Vorfahren angespornt, die während des "Großen Vaterländischen Krieges" (1941–1945) kämpften, dabei in deutsche Gefangenschaft gerieten oder seitdem als vermisst gelten.

13



Costanza Rossi und Jens Imig von gewerkdesign präsentieren ihren Gestaltungsentwurf im Nordwest-Hof des Hülsse-Baus an der TU Dresden

13. März 2020

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten setzte ab 13. März 2020 Maßnahmen in Kraft, die der Ausbreitung des Coronavirus vorbeugen sollten. Die Stiftung folgte damit dem grundsätzlichen Ziel der Sächsischen Staatsregierung, unnötige Menschenansammlungen zu vermeiden, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Ab dem 14. März wurden alle sich in Trägerschaft der Stiftung befindlichen Gedenkstätten für den öffentlichen Publikumsverkehr geschlossen; es fanden auch keine Führungen, Projekte oder Workshops mehr statt.

30. März 2020

Zusammen mit dem Berliner Gestalterbüro gewerkdesign wurde für die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden ein variables Stelensystem erarbeitet, welches – jeweils farblich gesondert markiert – historische, memoriale und biografische Informationen präsentiert. Die neuen Informationsstelen sollen nicht nur die facettenreiche Historie des früheren Justizareals kenntlich machen, einzelne Stelen – etwa im Eingangsbereich – weisen zusätzlich auch auf aktuelle Veranstaltungen der Gedenkstätte hin. Alle Informationen werden zweisprachig (deutsch und englisch) präsentiert.

29. April 2020

Die Dokumentationsstelle Dresden stellte eine digitale Karte zu Grabstätten sowjetischer Bürger in Sachsen online. Die Karte gibt einen Überblick über die regionale Verteilung dieser Kriegsgräberstätten und verbessert den Zugriff auf die zu ihnen vorhandenen Informationen. Mit der Karte wird Angehörigen die Vorbereitung eines Besuchs der Grabstätte erleichtert, sie kann aber auch aus Ausgangspunkt für die zeitgeschichtliche Heimatforschung dienen und zur Auseinandersetzung mit dem deutsch-sowjetischen Krieg, dem Kriegsende oder der NS-Zwangsarbeit im eigenen Wohn- und Lebensumfeld anregen.

Mai 2020

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten öffnete nach der pandemiebedingten Schließung der Arbeitsstellen mit Publikumsverkehr stufenweise ihre Gedenkstätten und Ausstellungen. Bereits seit dem 5. Mai war die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Die Gedenkstätte Bautzen empfing nach mehr als sieben Wochen Schließung am 6. Mai erstmals wieder die ersten Besucherinnen und Besucher.

8. Mai 2020

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten erinnerte in Torgau an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Die Kranzniederlegung fand am Erinnerungsort für die Opfer der Militärjustiz vor dem Fort Zinna – dem größten ehemaligen Wehrmachtgefängnis – statt. Aufgrund der Coronapandemie konnten bedauerlicherweise keine Angehörigen der früheren Wehrmachtgefangenen, sondern nur eine kleine Zahl geladener Gäste an der Gedenkstunde teilnehmen. Ansprachen hielten die Stiftungsratsvorsitzende und Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus Barbara Klepsch, der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Sven Riesel sowie die Oberbürgermeisterin Torgaus Romina Barth.



Digitale Karte zu Grabstätten sowjetischer Bürger in Sachsen

Я приехал. Я тебя нашел. Я тебя не забыл." Поиск информации о судьбах советских граждан во время второй мировой войны в Сансонии Ich kam hierher. Ich fand Dich. Ich habe Dich nicht vergessen." Zur Klärung des Schicksals sowjetischer Bürger während des Zweiten Weltkrieges in Sachsen

Titelbild der Broschüre "Ich kam hierher. Ich fand Dich. Ich habe Dich nicht vergessen."

19. Mai 2020

Die Dokumentationsstelle Dresden veröffentlichte eine Broschüre zur Klärung des Schicksals sowjetischer Bürger während des Zweiten Weltkrieges in Sachsen. Die Publikation mit dem Titel "Ich kam hierher. Ich fand Dich. Ich habe Dich nicht vergessen." erschien zweisprachig in Deutsch und Russisch. Mit ihr werden Angehörigen, historisch Interessierten und Gemeinden, in denen sich sowjetische Kriegsgräber befinden, Informationen darüber zur Verfügung gestellt, auf welchen Wegen und über welche Institutionen sich das bislang ungeklärte Schicksal von zahlreichen in Sachsen vermissten oder umgekommenen sowjetischen Staatsangehörigen klären lässt.

18. Juli 2020

Die Sonderausstellung "Dinge unserer Nachbarn … geborgen. Funde aus dem Kriegsgefangenenlager Zeithain" konnte in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain besucht werden. Bereits 2016 wurden im heutigen Naturschutzgebiet Gohrischheide mehrere kleine Deponien mit verschiedenen Gegenständen aus der Zeit des Kriegsgefangenenlagers entdeckt. Vermutlich stammen diese Deponien von illegalen Grabungen. Zu den Fundstücken zählen beispielsweise Hygieneartikel, Medizin, Haushaltswaren und Kleidung. Die Funde wurden in der Sonderausstellung erstmals öffentlich und in vollem Umfang gezeigt. Dabei handelt es sich um den bisher größten Fund zeithistorischer Archäologie in Sachsen.



Stiftungsratsvorsitzende und Staatsministerin Barbara Klepsch mit Sven Riesel, stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

21. Juli 2020

Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten beschloss auf seiner Sondersitzung in Dresden einstimmig, Siegfried Reiprich mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben als Geschäftsführer der Stiftung freizustellen. Die Gremienmitglieder wurden zuvor von der Stiftungsratsvorsitzenden, Sachsens Kulturministerin Barbara Klepsch, zu der außerordentlichen Sitzung eingeladen, um sich als zuständiges Stiftungsorgan mit den auf Twitter getätigten Aussagen Siegfried Reiprichs zu befassen.

12. August 2020

Über 40 Gäste besuchten die Eröffnung der Sonderausstellung "Wie konnte es so weit kommen?" in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Die Ausstellung beschäftigte sich mit der Frage nach der Bereitschaft vieler Deutscher, sich an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu beteiligen, was bis heute zu Auseinandersetzungen herausfordert. Sie wurde von der Dresdner Interessengemeinschaft SIGUS (Soziale Innovation für Gesundheit und Selbsthilfe) e.V. entwickelt und stellt auf der Grundlage von Gesprächen mit Dresdner Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Alltagserfahrungen im "Dritten Reich" dar.

30. September 2020

Der Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hielt in seiner Sitzung gemäß dem Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetz die Wahl des Gremienvorsitzes ab. Ingolf Notzke, in den Beirat entsandter Vertreter der Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V., wurde dabei von den Gremienmitgliedern zum neuen Vorsitzenden, Dr. des. Josephine Ulbricht vom Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V. zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates gewählt.

15. November 2020

Anlässlich des Volkstrauertages wurden auf der Gräberstätte "Karnickelberg" in Bautzen zum Gedenken an die Opfer des Gefangenenaufstandes im Bautzener "Gelben Elend" und zur Erinnerung an die Geschehnisse vor 70 Jahren Blumen und Kränze niedergelegt. An den Kranzniederlegungen beteiligen sich neben der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bautzen der Opferverein Bautzen-Komitee, der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Stadt Bautzen und Angehörige ehemaliger Gefangener.



Eröffnung der Sonderausstellung "Wie konnte es so weit kommen?"



Sven Riesel, stellvertretender Stiftungsgeschäftsführer, zur Kranzniederlegung in Bautzen auf der Gräberstätte "Karnickelberg"

1. Dezember 2020

Seit Dezember 2020 ergänzen mehr als 1000 Seiten Kopien aus dem Russischen Staatlichen Militärarchiv (RGWA) die Sammlung der Dokumentationsstelle Dresden zu Verurteilten sowjetischer Militärtribunale (SMT). Sie betreffen 21 Männer aus Sachsen, die nach ihrer Verurteilung durch sowjetische Militärgerichte zwischen 1947 und 1953 in Lager in der Sowjetunion deportiert wurden. Da sich in den Akten auch Kopien der Urteile befinden, die sehr oft mehrere Personen betrafen, ist die Zahl der namentlich genannten SMT-Verurteilten noch größer.

3. Dezember 2020

Bereits im Frühjahr veröffentlichten das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau und die Stadt Torgau gemeinsam eine Broschüre über den 25. April 1945 – den Tag am Ende des Zweiten Weltkrieges, als amerikanische und sowjetische Soldaten erstmals zusammentrafen und es in Torgau zum historischen "Handschlag an der Elbe" kam. Seit Dezember 2020 liegt die Broschüre auch gedruckt vor.

9. Dezember 2020

In Zusammenarbeit mit dem renommierten Filmemacher Gero Breloer entstanden in der Gedenkstätte Bautzen in den letzten Monaten des Jahres 23 Filmclips, die auf den Social-Media-Kanälen und auf der Internetseite der Stiftung Sächsische Gedenkstätten veröffentlicht wurden. Die Clips auf Instagram und Facebook stellen die Gedenkstätte und ihre Ausstellungsbereiche vor. Sie erzählen vom Schicksal verschiedener Häftlinge, die im Stasi-Gefängnis Bautzen II inhaftiert waren. Exemplarisch zeigen sie, wer hier aus welchen Gründen zu Unrecht eingesperrt war und wie man Isolationshaft ertrug oder ein Urteil, das "lebenslänglich" hieß.

18. Dezember 2020

Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten beschloss in seiner 57. Sitzung, die sich im Aufbau befindliche Gedenkstätte zu Ehren der "Euthanasie"-Opfer in Großschweidnitz gemäß § 2 Abs. 6 des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes in die Trägerschaft der Stiftung zu übernehmen. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein entsteht innerhalb der Stiftung damit ein fachlicher Verbund zur Erforschung der nationalsozialistischen "Euthanasie" und zur Erinnerung an deren Opfer. Außerdem wurde bis zur Berufung einer neuen Geschäftsführung der bislang stellvertretende Geschäftsführer Sven Riesel als kommissarischer Geschäftsführer eingesetzt.



Namenstafeln auf dem Friedhof Großschweidnitz



IN MEMORIAM

Rosel Werl (1951-2019)

lötzlich und völlig unerwartet erreichte die Stiftung Sächsische Gedenkstätten die erschütternde Nachricht vom Tode Rosel Werls am 25. Juli 2019.

Wir sind tief betroffen und trauern um Rosel Werl. Mit ihr verlor die Stiftung eine unermüdliche und langjährige Mitstreiterin des Stiftungsbeirats, dem sie mehr als ein Jahrzehnt angehörte und in dem sie sich stets für die Belange der Opfer politischer Gewaltherrschaft in beiden totalitären Diktaturen in Deutschland im 20. Jahrhundert engagierte.

Rosel Werl war selbst aus politischen Gründen 14 Monate (1982–1983) in der Frauenhaftanstalt Hoheneck im erzgebirgischen Stollberg inhaftiert. Nach ihrem Freikauf durch die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte sie nach Weil der Stadt, wo sie heiratete und bis kurz vor ihrem Tod als Lehrerin arbeitete. Als Vertreterin des Frauenkreises ehemaliger Hoheneckerinnen im Stiftungsbeirat hatte sie entscheidenden Anteil am Aufbau der Gedenkstätte Hoheneck.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten spricht ihrem Mann und ihrem Sohn ihr tief empfundenes Beileid aus. Sie wird Rosel Werl nicht vergessen und ihr Andenken immer in Ehren halten.



Rosel Werl und Dr. Bert Pampel am Gedenkstein für verstorbene Opfer der Haftanstalten Hoheneck und Waldheim in Chemnitz, 28. Februar 2019

Harald Möller (1928-2019)

arald Möller verstarb am Mittwoch, den 4.
Dezember 2019, im Alter von 91 Jahren. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten trauert um den Ehrenvorsitzenden des Bautzen Komitee e.V. und spricht seiner Familie tiefes Beileid aus.

Als Vorsitzender des Opfervereins war Harald Möller mehrere Jahre Mitglied im Stiftungsbeirat und setzte sich unaufhörlich dafür ein, an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu erinnern und begangenes Unrecht aufzuarbeiten.



Harald Möller wurde 1948 unter dem Vorwurf der Spionage und antisowjetischen Propaganda verhaftet. Der damals zwanzigjährige angehende Lehrer lebte in Thüringen unmittelbar an

der Zonengrenze. Er hatte Freunde im westlichen Teil Deutschlands besucht und von dort Zeitungen mit nach Hause gebracht. Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte ihn zu zweimal 25 Jahren Haft. Aus dem NKWD-Untersuchungsgefängnis in Weimar wurde er 1948 in das sowjetische Speziallager Bautzen verlegt.

Im "Gelben Elend" litt Harald Möller mit tausenden Haftkameraden unter den unmenschlichen Haftbedingungen. Er erkrankte an offener Tbc und überlebte nur, weil ihm andere Gefangene mit medizinischen Kenntnissen notdürftig helfen konnten. Im März 1950 erlebte er den Bautzener Häftlingsaufstand mit, der von der DDR-Volkspolizei brutal niedergeschlagen wurde. Harald Möller war insgesamt acht Jahre in Bautzen inhaftiert, bis er 1956 in die Bundesrepublik entlassen wurde.

Er lebte in Bremen und Neuss am Rhein und besuchte die Höhere Handelsschule in Düsseldorf. Ab 1961 war Harald Möller als Regierungsinspektor tätig und ab 1968 als Prüfungsbeamter in Düsseldorf. Neben seiner Beamtenlaufbahn setzte er sich in den vergangenen 60 Jahren zuerst in der alten Bundesrepublik, später im vereinten Deutschland dafür ein, das begangene Unrecht aufzuarbeiten und an dessen Opfer zu erinnern. Am Ort seines früheren Leidens war er zwischen 2003 und 2013 der Vorsitzende des Bautzen Komitee e.V. Dort und in ganz Deutschland berichtete der Träger des Bundesverdienstkreuzes bis zuletzt als Zeitzeuge von seiner Haft. Er war eine kritische Stimme in der DDR-Aufarbeitung und genoss in seiner Gremientätigkeit großes Ansehen.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird Harald Möllers Andenken immer in Ehren halten und sein Wirken nie vergessen.

GEDENKSTÄTTEN UND EINRICHTUNGEN IN EIGENER TRÄGERSCHAFT

GESCHÄFTSSTELLE DRESDEN

Stiftung Sächsische Gedenkstätten | Geschäftsstelle Dülferstraße 1 | 01069 Dresden Telefon 0351 4695540 | Fax 0351 4695541 www.stsg.de | info@stsg.de

ie Gesamtleitung der Stiftung und die Führung ihrer laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Stiftungssatzung und der Beschlüsse des Stiftungsrates ist Aufgabe des Geschäftsführers der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Die Geschäftsstelle der Stiftung befindet sich in direkter Nachbarschaft zum Rektoratsgebäude der Technischen Universität Dresden. Stiftungsübergreifende Arbeitsbereiche wie die Geschäftsführung, die Gesamtleitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Förderwesen sowie die Haushalts- und Personalverwaltung sind hier ansässig.

Entwicklung von Erinnerungsorten im Freistaat Sachsen

Zu den wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung gehört die Begleitung bei der Errichtung weiterer Gedenkorte im Freistaat Sachsen sowie die strategische Weiterentwicklung bereits bestehender Gedenkorte. Dies war auch im Berichtszeitraum 2019 und 2020 der Fall und betraf insbesondere die in Entstehung begriffenen Erinnerungsorte Gedenkstätte Hoheneck, Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis, Gedenkstätte KZ Sachsenburg und Gedenkstätte Großschweidnitz.

Um diese Prozesse zielführend voranzubringen, fanden im Berichtszeitraum regelmäßig konzeptionelle Beratungen mit den freien und kommunalen Trägern von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft während des Nationalsozialismus oder in der SED-Diktatur statt. In zahlreichen Arbeitstreffen und Abstimmungsgesprächen mit z. T. ehrenamtlich Akteurinnen und Akteuren, mit Vertreterinnen und Vertretern der betreffenden Kommunen und Städte, mit Abgeordneten des Sächsischen Landtages und der Sächsischen Staatsregierung sowie mit der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien wurden Gedenkstättenkonzepte, Förderschritte und konstituierende Maßnahmen – wie beispielsweise die Gründung gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Beiräte – erörtert und auf den Weg gebracht.

2020 wurden vonseiten der Stiftungsgeschäftsstelle und der Stiftungsgremien konkrete Schritte eingeleitet, die auf eine Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung abzielten. Der Verein Gedenkstätte Großschweidnitz e.V. war in den Jahren zuvor bereits mit diesem Ersuchen an die Stiftung herangetreten. Der kommissarische Geschäftsführer der Stiftung stimmte in zahlreichen Arbeitstreffen mit dem Verein und der Gemeinde sowie den Kolleginnen und Kollegen der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein die einzuleitenden Übernahmeschritte ab. Im Stiftungsbeirat und im Wissenschaftlichen Beirat wurde das Konzept der Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in Stiftungsträgerschaft ebenfalls behandelt und weiterentwickelt, sodass der Stiftungsrat am 18. Dezember 2020 schließlich den Beschluss fassen konnte, die Gedenkstätte zu Ehren der "Euthanasie"-Opfer in Großschweidnitz gemäß § 2 Abs. 6 des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes in die Trägerschaft der Stiftung zu übernehmen. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein entsteht innerhalb der Stiftung damit ein fachlicher Verbund zur Erforschung der nationalsozialistischen "Euthanasie" und zur Erinnerung an deren Opfer. Die Überführung einer Gedenkstätte in Stiftungsträgerschaft ist seit der Gründung der Stiftung im Jahr 1994 bislang einmalig. Der Vorgang umfasst neben der Schaffung vertraglicher Grundlagen auch die gemeinsame Erarbeitung der Ausstellungsinhalte und pädagogischer Projekte.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, einschließlich der Gedenkstätten in ihrer Trägerschaft, ist die Geschäftsführung, um eine einheitliche Außenkommunikation und Darstellung der Einrichtungen der Stiftung zu gewährleisten. Die öffentliche Präsentation folgt einem aufeinander abgestimmten Corporate Design, das den Wiedererkennungswert der zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten gehörenden Arbeitsstellen fördern soll.



Geschäftsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden

Die Website der Stiftung Sächsische Gedenkstätten informiert über die Aufgaben und den Zweck der Stiftung sowie die Angebote der Arbeitsstellen und dient als Online-Wissensspeicher und als digitales Vermittlungsangebot. Neben allgemeinen Informationen zur Arbeit der Stiftung, zu Fördermöglichkeiten und zu Neuigkeiten aus der erinnerungskulturellen Landschaft des Freistaates Sachsen informiert die Website auch über die Geschichte der historischen Orte, sie dokumentiert Haftschicksale und ist ein wesentliches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung und ihrer Gedenkstätten bzw. Arbeitsstellen.

Neben der Website der Stiftung als Maßnahme der Öffentlichkeitsarbeit wird auch ein Newsletter versendet. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten veröffentlichte im Berichtszeitraum 22 Ausgaben dieses Mediums. Alle veröffentlichten Newsletter sind auf der Website abrufbar und werden an einen Abonnierendenkreis per E-Mail verschickt. In den Jahren 2019 und 2020 lag dieser bei rund 700 Abonnements.

Um laufend über die Arbeit der Gedenkstätten in Stiftungsträgerschaft und anderer Erinnerungsorte im Freistaat Sachsen zu informieren, werden auf der Website der Stiftung aktuelle Meldungen, Veranstaltungsangebote, gedenkstättenpädagogische Formate und Informationen zu den historischen Orten veröffentlicht. Im Berichtszeitraum wurden hier rund 210 Meldungen publiziert, die zum Teil über verschiedene Presseverteiler multipliziert wurden.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten war im Berichtszeitraum auf drei Social-Media-Kanälen (Twitter, Facebook und Instagram) vertreten und hat damit ihre digitale Reichweite weiter ausgebaut. Sowohl die Website der Stiftung als auch die Kanäle in den sozialen Medien verzeichneten steigende Zugriffszahlen. Die Social-Media-Kanäle der Stiftung sind ein wesentliches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Sie informieren die Öffentlichkeit über Neuigkeiten aus der Stiftung und ihrem Umfeld, kündigen Veranstaltungen an, unterstützen den Erinnerungsauftrag (bspw. in Form

:



von Kalenderblättern oder veröffentlichten Biografien) und dienen der bundes- und europaweiten Vernetzung sowie der Teilnahme an einrichtungsübergreifenden Kampagnen (wie bspw. #LichterGegenDunkelheit).

Der Launch des Stiftungskanals auf der Streamingund Social-Media-Plattform YouTube wurde 2020 vorbereitet. Auf Twitter folgten regelmäßig mehr als 1600 Nutzerinnen und Nutzer dem Account der Stiftung und der seit 2018 bestehenden Facebookseite der Stiftung in den Jahren 2019 und 2020 rund 1200 Personen und Einrichtungen. Seit Januar 2020 wird zudem der Instagram-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten regelmäßig (zwei bis drei Meldungen pro Woche) mit Content versorgt. Die Inhalte stammen aus Zuarbeiten der Stiftungsarbeitsstellen wie auch aus dem Bereich der zentralen Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsstelle. Bereits im ersten Jahr der Teilnahme an Instagram folgten der Stiftung dort über 1000 Nutzerinnen und Nutzer.

Publikationen in den Schriftenreihen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten veröffentlicht in drei eigenen Schriftenreihen wissenschaftliche Publikationen zu den Themenbereichen der Gedenkstätten im Freistaat Sachsen zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft.

In der Reihe "Lebenszeugnisse – Leidenswege" stehen biografische oder autobiografische Berichte von Opfern politischer Gewaltherrschaft im Mittelpunkt. Die Reihe erscheint in Zusammenarbeit mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität (TU) Dresden im Eigenverlag.

Die "Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten" beinhaltet Monografien mit Überblicks- und Gesamtdarstellungscharakter, Ausstellungsbegleitbände und Ausstellungskataloge. Im Mittelpunkt stehen dabei die Gedenkstätten in eigener Trägerschaft der Stiftung. Die Reihe erscheint in der Regel im Sandstein Verlag Dresden.

In der Reihe "Zeitfenster" veröffentlicht die Stiftung Sächsische Gedenkstätten Studien zu speziellen Aspekten der von der Stiftung betreuten historischen Orte sowie Tagungs- und Dokumentenbände. Die Reihe erscheint im Universitätsverlag Leipzig.

Seit 2016 gibt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zusätzlich die Heftreihe "Den Opfern ihren Namen geben" mit biografischen Porträts von Opfern der nationalsozialistischen "Euthanasie"-Morde in Sachsen heraus. Die Reihe erscheint im Eigenverlag, die Hefte können kostenfrei im Webshop der Stiftung bezogen werden.

Neuerscheinungen 2019/2020:

• Broschüren Dokumentationsstelle

Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung, Dresden 2019 "Ich kam hierher. Ich fand Dich. Ich habe Dich nicht vergessen", Dresden 2020

Broschüren DIZ Torgau

Elbe Day 1945–2020 (deutsch), Torgau 2020 Elbe Day 1945–2020 (english), Torgau 2020

• 7eitfenste

Band 12: Boris Böhm (Hrsg.), Fundstücke – Eine Forschungsbilanz aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, Leipzig 2020

Den Opfern ihren Namen geben, Hefte 5 (tschechisch), 33, 36–43:

Arnold Grünfeld (1887–1941) (tschechisch), Kazimiera Garnuszewska (1894–1941), Susanne Feuerstein (1913–1941), Max Borsberger (1894–1940), Alma Seidel (1886–1940), Georg Richter (1895–1941), Aribert Barnbeck (1869–1940), Johann Kraus (1898–1941), Otto Querner (1909–1940), Elise Romanus (1909–1941)

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen der Stiftungsgremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten treten in der Regel zweimal im Jahr zu halb- bis ganztägigen Sitzungen zusammen, um ihren jeweiligen Zuständigkeiten entsprechend zu den Arbeitsbereichen der Stiftung Stellung zu nehmen oder in Grundsatzangelegenheiten Entscheidungen zu treffen. Gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird zudem der Stiftungsrat die Vorsitzenden unverzüglich einberufen, wenn mindestens sieben seiner Mitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes dies beantragen.

Dies war mit der Sitzung des Stiftungsrates vom 21. Juli 2020 zur Freistellung Siegfried Reiprichs von seinen Aufgaben als Geschäftsführer und zur Einsetzung einer Findungskommission zur Wahl eines neuen Geschäftsführers der Fall. In derselben Sitzung wurde der amtierende stellvertretende Geschäftsführer Sven Riesel mit sofortiger Wirkung beauftragt, alle Aufgaben des Geschäftsführers bis zur Berufung einer neuen Geschäftsführung wahrzunehmen.

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Gremiensitzungen sowie deren Nachbereitung liegen im Verantwortungsbereich des Geschäftsführers und der von ihm eingerichteten Geschäftsstelle in Dresden. 2019 und 2020 fanden insgesamt 12 Sitzungen der Stiftungsgremien statt. Sitzungsorte des Stiftungsrates waren unter anderem die Gedenkstätte Bautzen, die Umweltbibliothek Großhennersdorf, die Gedenkstätte Hoheneck in Stollberg und die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden. Pandemiebedingt fanden zudem einige Gremiensitzungen im Jahr 2020 erstmals digital per Videokonferenzschaltung statt.

Die beratenden Gremien (Stiftungsbeirat und Wissenschaftlicher Beirat) tagten ebenfalls an unterschiedlichen Erinnerungsorten im Freistaat. Dabei nutzten die Mitglieder der Stiftungsgremien die Gelegenheit, sich vor Ort einen unmittelbaren Eindruck von der Entwicklung und der aktuellen Arbeit der von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten betriebenen oder geförderten Gedenkstätten zu verschaffen. Regelmäßig wurden vor Beginn der Sitzungen Führungen durch Gedenkstätten an historischen Orten angeboten.

Der Stiftungsrat entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Stiftung. Ihm gehören 17 Mitglieder an. Der Stiftungsrat überwacht die Geschäftsführung und entlastet den Geschäftsführer. Der oder die Vorsitzende sorgt für die Einleitung der Überprüfungen nach § 5 Abs. 2 SächsGedenkStG für alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Organe (Eignung für die Tätigkeit im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen gemäß Artikel 119 der Verfassung des Freistaates Sachsen).

Der Stiftungsbeirat nimmt insbesondere Stellung zu den für die Stiftungsarbeit relevanten Themen (Gedenkstätten- und Ausstellungskonzeptionen, Förderschwerpunkte etc.). Dabei berücksichtigt er in besonderem Maße die Interessen der Opfer und ihrer Hinterbliebenen sowie die gesellschaftliche Relevanz. Dem Stiftungsbeirat gehören bis zu 20 Mitglieder an. Die inhaltlich im Sinne des Stiftungszwecks tätigen Opferverbände, Aufarbeitungsinitiativen, Kirchen und Religionsgemeinschaften können je eine Vertreterin oder einen Vertreter entsenden

Der Wissenschaftliche Beirat erarbeitet Empfehlungen zur Arbeit der Stiftung und begutachtet die von der Stiftung erstellten Konzeptionen (Projekte, Ausstellungsdrehbücher und Konzeptionen der Gedenkstätten sowie Konzeptionen für Dokumentationen). Ebenso begutachtet er Konzeptionen von geförderten Gedenkstätten in freier Trägerschaft und von im Aufbau befindlichen Gedenkstätten. Er besteht aus fünf Sachverständigen.

Haushalt und Verwaltung

Die Gedenkstätten Bautzen, Münchner Platz Dresden und Pirna-Sonnenstein, das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau sowie die Geschäftsstelle der Stiftung wurden in den Jahren 2019 und 2020 über die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zu bis zu 50 Prozent vom Bund gefördert. Die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain sowie die Dokumentationsstelle Dresden wurden – mit Ausnahme von projektbezogenen Zuweisungen – vollständig aus Mitteln des Freistaates Sachsen finanziert.

Zusätzliche Fördermittel für eigene Projekte der Stiftung kamen für die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung im DIZ Torgau (Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus) zum Einsatz. Das Drittmittel-Forschungsprojekt "Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken …' – Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) in Dresden" der Dokumentationsstelle Dresden mit den Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden als Kooperationspartnerinnen wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kofinanziert.

Auch in den Jahren 2019 und 2020 konnten durch die Stiftung Mittel aus dem Maßnahmenpaket der Sächsischen Staatsregierung zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit und zur Förderung von Demokratie und des gesellschaftlichen Dialogs für diesbezügliche eigene Vorhaben der Stiftung und auch für verschiedene Maßnahmen Dritter eingesetzt werden. Insgesamt wurden hierfür in den betreffenden beiden Jahren rund 420 000 Euro verausgabt.

Durch die Stiftung wurden nach der vom Stiftungsrat beschlossenen Förderrichtlinie auch Gedenkstätten und Einrichtungen in freier Trägerschaft sowie Initiativen im Sinne des Stiftungszwecks aus Mitteln des Freistaates Sachsen gefördert. Für die Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" Leipzig mit dem Museum im "Stasi-Bunker" Machern (Bürgerkomitee Leipzig e. V.) wurde zusätzlich eine Bundesförderung (BKM) durch die Stiftung ausgereicht.

Hinzu kommen sukzessive die durch die Novellierung des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes mit Stand vom 16. Dezember 2012 neu benannten sowie die darüber hinaus beabsichtigten Gedenkstättenprojekte – so z. B. die Gedenkstätte zu Ehren der "Euthanasie"-Opfer in Großschweidnitz, die ehemalige Frauenhaftanstalt Hoheneck, das ehemalige Konzentrationslager Sachsenburg und die Schaffung eines Gedenkortes Chemnitz-Kaßberg, aber auch die ehemalige zentrale Hinrichtungsstätte der DDR in Leipzig.

Mithilfe der Zuwendungen der Stiftung konnten im Berichtszeitraum im Rahmen umfangreicher Projektförderungen Maßnahmen zur Unterstützung der sich im Aufbau befindlichen Gedenkstätten Hoheneck, KZ Sachsenburg, Großschweidnitz und Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis unternommen werden, die einen Grundbetrieb ermöglichten sowie zum Teil auch die zeitweilige Öffnung der Orte für Publikumsverkehr oder Veranstaltungen.

Förderung von Gedenkstätten, Archiven und Initiativen in freier Trägerschaft sowie von Projekten juristischer und natürlicher Personen*

• Empfänger von Institutionellen Förderungen:

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
(Träger: Erkenntnis durch Erinnerung e.V.)
Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
(Träger: Förderverein "Dr. Margarete Blank" e.V.
und Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.)
Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" Leipzig mit
dem Museum im "Stasi-Bunker" Machern
(Träger: Bürgerkomitee Leipzig e.V.)
Bautzen-Komitee e.V.
Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau
(Träger: Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof
Torgau e.V.)

• Empfänger von Projektförderungen (Auswahl):

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.
Bildungsverein Parcours e.V.
Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V.
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.
Treibhaus Döbeln e.V.
Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.

Über die Verwendung öffentlicher Gelder als von der Stiftung ausgereichte Fördermittel für Dritte informiert die Stiftung in regelmäßigen Aktualisierungen auf ihrer Website.

Personalausstattung und Personalentwicklung

In der Stiftung bestanden zum 31. Dezember 2019 insgesamt 42 arbeitsvertragliche Beschäftigungsverhältnisse, zum 31. Dezember 2020 verringerte sich diese Zahl geringfügig auf 41. Dabei handelte es sich überwiegend um Beschäftigte in den Planstellen der Stiftung, aber auch um vorübergehend in einzelnen Projekten tätige Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter sowie vereinzelt auch geringfügig Beschäftigte.

Hinzu kamen Freiwillige im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ). Auch ausbildungsbegleitende Praktika wurden in den Gedenkstätten und Einrichtungen in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten durchgeführt.

Wie bereits in den Vorjahren konnten auch im Berichtszeitraum für die Publikumsbetreuung in den Ausstellungsbereichen einzelner Gedenkstätten zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von Programmen der Bundesagentur für Arbeit zur Förderung von Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden. Die Stiftung ist auch weiterhin bemüht, es den hierfür in Frage kommenden Menschen zu ermöglichen, einen Einblick in die Arbeit der Gedenkstätten zu nehmen und diese mitzugestalten.

Neben der laufenden Personalverwaltung wurden durch die Geschäftsstelle der Stiftung in den Jahren 2019 und 2020 unter Einbeziehung des Personalrates und der Frauenbeauftragten insgesamt 19 Einstellungs- bzw. Vertragsänderungsverfahren durchgeführt. Zudem fanden in beiden Jahren insgesamt 20 Weiterbildungsmaßnahmen statt.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN T**ÄTIGKEITSBERICHT 2019/202**0

41

Beschäftigungsverhältnisse Institutioneller Stammhaushalt zum 31.12.	2019	2020
Beschäftigte auf Planstellen	32 ¹	28 ²
geringfügige Beschäftigungen außerhalb von Planstellen	1	2
Geförderte Beschäftigungsmaßnahmen	3	3
sonstige Drittmittelbeschäftigte	1	1
Teilsumme zum 31.12.	37	34

Beschäftigungsverhältnisse Projekthaushalt zum 31.12.		
Projektmittelbeschäftigte	1	2
Teilsumme zum 31.12.	1	2

Bundesfreiwilligendienst (BFD)	-	_
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	4	5
Teilsumme zum 31.12.	4	5

¹ Davon 17 Vollzeit- und 15 Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

Gesamtzahl Beschäftigungsverhältnisse im Globalhaushalt zum 31.12.

 $^{^{\}rm 2}$ Davon 14 Vollzeit- und 14 Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

GEDENKSTÄTTE PIRNA-SONNENSTEIN

Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein Schlosspark 11 | 01796 Pirna Telefon 03501 710960 | Fax 03501 710969 gedenkstaette.pirna@stsg.de www.pirna-sonnenstein.de



Neue Lichtinstallation in der ehemaligen Gaskammer

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Der Erhalt der authentischen Überreste der ehemaligen Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein ist eine fortlaufende Aufgabe, die in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege Sachsen und dem Landesamt für Archäologie Sachsen durchgeführt wird. Dazu gehören gemeinsame Begehungen des denkmalgeschützten Kellerbereiches der Gedenkstätte, die Überwachung der klimatischen Bedingungen und die Reinigung bzw. Konservierung von präsentierten Objekten und archäologischen Befunden.

2020 wurde im Bereich der ehemaligen Gaskammer eine Lichtinstallation angebracht, die die Position einer nach 1941 abgerissenen Wand anzeigt. Dadurch wird die räumliche Struktur des bedeutendsten Raums im Gedenkbereich erkennbar, ohne tiefgreifend in die erhaltene Bausubstanz einzugreifen.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Die Medienstationen in der Ausstellung der Gedenkstätte wurden 2019 und 2020 mehrfach inhaltlich erweitert. Wesentliches Ziel war es, die Angebote der Gedenkstätte für fremdsprachige Individualbesuchende zu verbessern. Daher wurden die Leittexte der Dauerausstellung ins Englische, Tschechische und Polnische übersetzt und auf den Medienstationen bereitgestellt.

Die Wanderausstellung "NS-Euthanasie vor Gericht. Der Prozess am Landgericht Dresden 1947" wurde anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2019 in der fränkischen Gemeinde Georgensgmünd in der ehemaligen Synagoge für zwei Wochen mit guter Resonanz präsentiert.

Die 2018 zum ersten Mal präsentierte Wanderausstellung "Vergessene Opfer der NS-,Euthanasie". Die Ermordung schlesischer Anstaltspatienten 1940–1945" konnte auch in den Jahren 2019 und 2020 an zahlreichen Standorten gezeigt werden. In Deutsch und Polnisch verfasst, war sie an sechs Standorten in den polnischen Woiwodschaften Dolnośląskie (Niederschlesien), Opole (Oppeln), Śląskie (Schlesien) sowie Lubuskie (Lebus) zu sehen. In Deutschland wurde die Ausstellung im Schlesischen Museum Görlitz, dem Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen sowie im Schloss und Stadtmuseum Hoyerswerda präsentiert.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Im Jahr 2019 konnte die Gedenkstätte mit 15 829 Gästen erneut einen Publikumsrekord verzeichnen – davon waren 6991 Einzelpersonen. An Führungen und Projekten nahmen 5309 Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen sowie 1339 Berufsschülerinnen und -schüler teil. Von insgesamt 437 Führungen wurde bei 219 ein daran anschließendes pädagogisches Projekt durchgeführt. Darüber hinaus fanden vier Fortbildungen für Lehrkräfte statt. Im August 2019 besuchten 60 Beschäftigte des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus die Gedenkstätte.

2020 war die Gedenkstätte durch die Einschränkungen der Coronapandemie zwischen März und Mai sowie im November/Dezember für den Publikumsverkehr geschlossen. Darüber hinaus gab es in den geöffneten Zeiten Einschränkungen bezüglich der Gruppengröße, was zu einem spürbaren Rückgang der Publikumszahlen führte: Die Gesamtzahl von 8531 Personen lag deutlich unter der der Vorjahre. Lediglich 1385 Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden Schulen sowie 283 Berufsschülerinnen

und -schüler besuchten im Rahmen einer Führung die Gedenkstätte. Weiterhin waren 5188 einzelne Gäste zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Bildungsangebote der Gedenkstätte wurde 2019 das Kooperationsprojekt zwischen der AWO Sonnenstein gGmbH und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein weiter vorangetrieben. Innerhalb des seit März 2018 laufenden Projektes sollten Menschen mit Lernschwierigkeiten zu Peer-to-Peer-Guides für die Gedenkstätte ausgebildet werden, um der steigenden Nachfrage von Förderschulen und dieser Zielgruppe ganz allgemein besser gerecht werden zu können. Gemeinsam mit einer Projektkoordinatorin haben sechs Teilnehmende ein Führungskonzept in klarer Sprache entwickelt und es 2019 mit acht Gruppen aus der benachbarten AWO WfbM erprobt. Darüber hinaus fanden fünf Führungen für Förderschulklassen statt. Auch dieses Bildungsangebot war von den Einschränkungen durch die pandemiebedingte Schließung der Gedenkstätte betroffen. Dennoch konnten auch 2020 sechs Führungen stattfinden. Mit der Ausrichtung eines Netzwerktreffens des Inklusionsnetzwerkes Sachsen in der Gedenkstätte sowie einem Beitrag im MDR Sachsenspiegel wurde eine breite Öffentlichkeit auf das neue Bildungsangebot aufmerksam gemacht. Die Zielgruppe hat sich zwischenzeitlich deutlich





Vorstellung der Peer-to-Peer-Führung beim Treffen des Inklusionsnetzwerks Sachsen in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, 2020

erweitert: Auszubildende der Heilerziehungspflege beispielsweise sind dankbar für den durch die Führung provozierten Perspektivwechsel.

In Reaktion auf die pandemiebedingten Einschränkungen wurden 2020 die bereits erwähnten täglichen öffentlichen Führungen für die Sommermonate konzipiert und stießen auf sehr gute Resonanz. Rund 500 Personen nutzten diese Möglichkeit, sich über die Geschichte der NS-Krankenmorde in Pirna zu informieren. Perspektivisch soll dieses Angebot beibehalten werden.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020





Besondere Veranstaltungen

Knapp 1000 Menschen aus Franken sind 1940/41 in der Gaskammer der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein ermordet worden. Um an diese Opfer zu erinnern, lud die Gemeinde Georgensgmünd die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2019 ein. Neben der Präsentation der Wanderausstellung "NS-Euthanasie vor Gericht. Der Prozess am Landgericht Dresden 1947" in der ehemaligen Synagoge und einer ökumenischen Andacht gab ein Vortrag einen umfassenden Überblick zur Genese und Umsetzung der NS-"Euthanasie".

Gemeinsam mit dem Verein Gedenkstätte Großschweidnitz e.V. wurden am 5. April 2019 in der Stadtbibliothek Löbau zwei Hefte der Reihe "Den Opfern ihren Namen geben" präsentiert. Die von Dr. Boris Böhm und Dr. Maria Fiebrandt vorgestellten Lebens- und Verfolgungsgeschichten befassen sich mit Opfern der dezentralen Krankenmorde in Großschweidnitz.

Am 1. September 2019 wurde vom Oberbürgermeister der Stadt Jena am Rathaus eine Gedenktafel zur Erinnerung an 60 Jenaer Opfer der NS-"Euthanasie" eingeweiht. Die dort präsentierten Namen wurden vom Arbeitskreis "Sprechende Vergangenheit" mit Unterstützung der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein ermittelt. Die Einweihung bildete einen symbolischen Abschluss der über viele Jahre in der Stadtgesellschaft kontrovers geführten Debatte über die Involvierung von Jenaer Ärzten in die NS-Krankenmorde und deren Karrieren in der DDR.

Den Tag des offenen Denkmals am 8. September 2019 nahm die Gedenkstätte zum Anlass, um mit zwei Sonderführungen auf die gefährdeten Denkmale auf dem Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein aufmerksam zu machen. Im besonderen Fokus stand dabei die ehemalige Anstaltsscheune. Diese diente 1940/41 als Garage für die Busse des Transportkommandos der Tötungsanstalt, mit denen die Opfer aus den Zwischenanstalten abgeholt und zur Ermordung nach Pirna gebracht wurden. Seit 1990 ist das Gebäude ungenutzt und verfällt zunehmend. Mittlerweile ist der Zustand so bedrohlich, dass mit einem Einsturz gerechnet werden muss. Damit würde ein wichtiges bauliches Zeugnis der NS-Krankenmorde in Pirna dauerhaft verloren gehen.

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2020 war die letzte größere Veranstaltung, die noch nicht von der Coronapandemie bestimmt wurde. Ein Erinnerungsschwerpunkt an diesem Tag war das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Der Leiter des Stadtmuseums Pirna, René Misterek, zeichnete in einem gut besuchten Vortrag minutiös den Todesmarsch von über 600 Häftlingen aus dem KZ-Außenlager Schwarzheide nach, der auch durch mehrere Gemeinden des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge führte. Zahlreiche Häftlinge starben aufgrund der brutalen Behandlung und der unzureichenden Versorgung an Entkräftung oder wurden von den Bewachern erschossen. Parallel beteiligte sich die Gedenkstätte auch an der vom Haus der Wannseekonferenz initiierten Aktion #LichterGegenDunkelheit. Dazu wurde entlang des Hangs hinter der



Cover des Sammelbandes "Fundstücke. Eine Forschungsbilanz aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein"

Gedenkstätte durch zahlreiche Grabkerzen die Stelle markiert, wo die Nationalsozialisten einen Teil der Asche der Opfer der Krankenmorde würdelos abgeschüttet hatten.

Für 2020 war geplant, an die Eröffnung der Gedenkstätte vor 20 Jahren zu erinnern. Dazu sollte die Frühjahrstagung des Arbeitskreises zur Erforschung der nationalsozialistischen "Euthanasie" und Zwangssterilisation in Pirna stattfinden. Allerdings musste diese wegen der angespannten pandemischen Lage abgesagt werden.

Ebenso davon betroffen war die Erinnerung an den Beginn der Krankenmorde in Pirna vor 80 Jahren. An dieses Datum konnte am 28. Juni 2020 nur mit einer kleinen Gedenkveranstaltung gemeinsam mit dem Vorstand des Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V. erinnert werden.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Nachdem 2018 die Erfassungen für das Gedenkbuchprojekt, in dem die Opfer der NS-Psychiatrie in und aus Sachsen verzeichnet werden sollen, weitgehend abgeschlossen wurden, erfolgte eine Überarbeitung und Korrektur der dabei erhobenen Daten, die aber noch nicht beendet werden konnte. Mittelfristig sollen die Namen der Verstorbenen über die Homepage der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein recherchierbar sein.

Seit 2019 besteht in Kooperation mit dem Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim und der Gedenkstätte Grafeneck ein Projekt zur Erforschung der NS-Krankenmorde in Bayern, das vom bayerischen Bezirkstag gefördert wird. Eine wichtige Zielstellung ist dabei die Klärung noch immer unbekannter Verlegungsziele von Patientinnen und Patienten aus bayerischen und fränkischen Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen der zentralen NS-Krankenmorde.

Im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung konnte 2020 die Erschließung der im Archiv der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein lagernden rund 600 Patientinnenund Patientenakten der Heil- und Pflegeanstalt Großschweidnitz begonnen werden. Der ebenfalls im Archiv der Gedenkstätte befindliche Teilnachlass der Filmemacherin Heide Blum, die zahlreiche filmische Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Krankenmorde geführt hat, wurde durch eine Auszubildende für Medien- und Informationsdienste erschlossen.

2020 erschien in der Schriftenreihe "Zeitfenster" der Sammelband "Fundstücke. Eine Forschungsbilanz aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein". Er enthält bislang unveröffentlichte Forschungsergebnisse, aber auch Übersichten zu Sammlungs- und Quellenbeständen der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein sowie ein Publikationsverzeichnis.

In der Reihe "Den Opfern ihren Namen geben" erschienen im Berichtszeitraum zehn neue Hefte, die jeweils die Lebensgeschichte eines Opfers der NS-Psychiatrie detaillierter vorstellen.

Kommunikation mit Opfern und

Opfern der nationalsozialistischen Krankenmorde wie auch von Gedenkinitiativen und wissenschaftlichen Institutionen. Es wird immer versucht, diese bestmöglich zu beantworten oder zumindest weiterführende Recherchehinweise zu geben.

Durch den Kontakt zu Angehörigen entsteht immer wieder die Möglichkeit, wertvolle Sammlungsgegenstände für die Arbeit der Gedenkstätte zu erhalten. So haben beispielsweise 2019 Angehörige den zeichnerischen Nachlass der in Pirna-Sonnenstein ermordeten Elise Romanus der Gedenkstätte anvertraut.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Eine besonders enge Zusammenarbeit bestand mit dem Verein Gedenkstätte Großschweidnitz, der sich für die Schaffung einer Gedenkstätte für die Opfer der dezentralen Krankenmorde in Großschweidnitz engagiert. Unter anderem wurde die gemeinsame Erarbeitung eines Ausstellungskonzeptes vereinbart und begonnen.

Die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein engagierte sich weiterhin im "Kosmanoser Kreis", einer tschechischdeutschen Initiative, die sich der Erforschung der NS-Krankenmorde auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik sowie der Entwicklung von entsprechenden erinnerungskulturellen Perspektiven widmet.

Die vom Verfall bedrohte ehemalige Busgarage der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 2019



Kurt Albers

(1909-1940)

m Jahr 2020 jährte sich der Beginn der nationalsozialistischen Krankenmorde in Pirna zum 80. Mal. Am 28. Juni 1940 wurden zehn Männer aus der Landesanstalt Waldheim in die Tötungsanstalt Sonnenstein gebracht und dort ermordet. Eines der Opfer war Kurt Albers.

Kurt Albers wurde am 2. Mai 1909 in Leipzig geboren. Infolge einer Kinderlähmung hatte er Beeinträchtigungen und besuchte bis zum 13. Lebensjahr eine Hilfsschule. Immer wieder hatte er epileptische Anfälle. Er lebte bei seinen Eltern in Leipzig-Eutritzsch und ging keiner Tätigkeit nach. 1929 kam er nach einem Streit erstmals für drei Monate in eine psychiatrische Anstalt.

Kurt Albers wurde offenbar häufig von den Kindern in seinem Wohnviertel gehänselt und war Anschuldigungen ausgesetzt. So wurde ihm 1931 vorgeworfen, er hätte im Streit eine Person getreten und Steine nach ihr geworfen. Bei der Untersuchung des Vorfalls stellte die Wohlfahrtspolizei fest, dass Kurt Albers aufgrund seiner körperlichen Beeinträchtigungen gar nicht in der Lage sei, jemanden zu treten. Auch der Vorwurf des Steinewerfens stellte sich als unwahr heraus. Er selbst gab an, sehr unter den Beleidigungen zu leiden. Es fiel ihm offenbar zunehmend schwer, damit umzugehen. 1934 erstatte ein im Nachbarhaus wohnender SA-Mann wegen einer angeblichen Tätlichkeit Anzeige gegen Kurt Albers und forderte seine Unterbringung in einer Anstalt. Er kam daraufhin in die Universitäts- und Nervenklinik Leipzig, aus der er nach einem Monat wieder entlassen wurde. Er lebte weiterhin im elterlichen Haushalt und insbesondere seine Mutter hing sehr an ihm.

Nachdem Kurt Albers im November 1938 öffentlich sexuelle Handlungen an sich vorgenommen hatte, wurde er von der Polizei umgehend in die Landesanstalt Leipzig-Dösen eingewiesen. Die Staatsanwaltschaft beantragte bei der Anstalt ein Gutachten, das klären sollte, ob er schuldfähig sei. Der begutachtende Arzt übernahm dabei frühere Anschuldigungen ohne weitere Einordnung. Das Landgericht Leipzig verfügte im Mai 1939 auf Grundlage des Gutachtens die Unterbringung von Kurt Albers



Foto von Kurt Albers in seiner Patientenakte, um 1935

in einer Heil- und Pflegeanstalt. Zunächst kam er in die Landesanstalt Waldheim, die in Sachsen für die Unterbringung von "kriminellen Geisteskranken" diente. Seine Mutter besuchte ihn häufig und drängte vergeblich auf eine Entlassung. Aufgrund von Überfüllung erfolgte im Juli 1939 eine Verlegung nach Leipzig-Dösen. Erst im Mai 1940 kam er zurück nach Waldheim, das zu diesem Zeitpunkt bereits als Zwischenanstalt für die seit Januar 1940 existierende Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel diente. Fast sämtliche Waldheimer Anstaltspatienten waren dort bereits ermordet worden. Am 28. Juni 1940 wurde Kurt Albers gemeinsam mit neun weiteren Männern aus der Landesanstalt Waldheim nach Pirna-Sonnenstein gebracht. An ihnen wurde die "Funktionsfähigkeit" der dort eingerichteten Tötungsanstalt überprüft. In den folgenden anderthalb Jahren starben in der Gaskammer in Pirna-Sonnenstein knapp 15 000 Menschen.

Ende 2020 begann die Gedenkstätte mit der Überarbeitung der im ehemaligen Warteraum präsentierten 22 Opferbiografien, die beispielhaft für die vielfältigen Lebenswege der Opfer der NS-Krankenmorde in Pirna stehen. Eine Tafel soll dabei an Kurt Albers erinnern.

GEDENKSTÄTTE EHRENHAIN ZEITHAIN

Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain Zum Ehrenhain 1 | 01619 Zeithain Telefon 03525 760392 | Fax 03525 510469 ehrenhain.zeithain@stsg.de www.ehrenhain-zeithain.de

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Infolge der Coronapandemie konnten im Frühjahr/
Sommer 2019 letztmalig die ansonsten jährlich veranstalteten Freiwilligen-Workcamps stattfinden, um die Erschließung und Freihaltung ausgesuchter Bereiche auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Zeithain sicherzustellen. Dass der historische Ort der Verbrechen der Wehrmacht im Kriegsgefangenenlager Zeithain nicht wieder gänzlich von der Natur vereinnahmt wird und für die Bildungsarbeit weiterhin zur Verfügung steht, konnte durch andere Maßnahmen zumindest notdürftig sichergestellt werden. Die von der Gedenkstätte angebotene Tablet-Tour zur Erkundung des historischen Ortes hätte ansonsten nicht mehr durchgeführt werden können.

Durch den Freiwilligeneinsatz 2019 konnten neben der Freihaltung des Geländes die Bergung und Vorsortierung der Bodenfunde von 2017/18 abgeschlossen und Teile der Fundstücke zwecks Konservierung dem Sächsischen Landesamt für Archäologie übergeben werden.

Ende August 2020 besuchte der Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages die Gedenkstätte. Am 16. Dezember 2020 beschloss der Sächsische Landtag, dass der vom Förderverein der Gedenkstätte 2019 eingereichten Petition zur Errichtung eines Geschichtslehrpfades auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Zeithain durch die Sächsische Staatsregierung abgeholfen wird.

Am 27. Januar 2020 beteiligte sich die Gedenkstätte mit einer Lichtinstallation an der bundesweiten Aktion #LichterGegenDunkelheit. Der Berliner Künstler Alexander Callsen konstruierte die Ziffer "23 752" als Siebensegmentanzeige aus LED-Leuchtröhren. Die Leuchtziffer erscheint somit als scheinbar objektiver Messwert, der keinerlei Aussagen über die individuellen Lebensgeschichten der Opfer zulässt. Sie veranschaulicht die Masse der mittlerweile aufgeklärten Einzelschicksale,

die sich hinter dieser Zahl verbergen. Erst seit 2015 werden die Namen der Betroffenen auf den Friedhöfen genannt. Mit der Installation möchte die Gedenkstätte die Dimension der Verbrechen an Kriegsgefangenen in Zeithain sichtbar machen.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Die Tradition, anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus eine gemeinsame Sonderausstellung mit dem Stadtmuseum Riesa zu veranstalten, wurde auch 2019 und 2020 fortgesetzt. Am 27. Januar 2019 eröffnete die Sonderausstellung "Marlene Dietrich. Die Diva. Ihre Haltung. Und die Nazis". Anhand zahlreicher Dokumente, Fotografien und Filmsequenzen zeichnet die Ausstellung Marlene Dietrichs Engagement gegen die Nazis nach und zeigt, für welche Haltung diese auf vielfältige Weise faszinierende Frau stand. Die von der Gedenkhalle Oberhausen mit Unterstützung der Marlene Dietrich Collection Berlin realisierte Wanderausstellung rekonstruiert die ablehnende Haltung und das Engagement Marlene Dietrichs gegen das NS-Regime anhand zahlreicher Dokumente, Fotos, Presseartikel und unbekannter Filmsequenzen.

Im Januar 2020 organisierte die Gedenkstätte, ebenfalls in Kooperation mit dem Stadtmuseum Riesa, die Sonderausstellung "Nationalsozialistische Euthanasiemorde". Durch die langjährige Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum Riesa hat die Gedenkstätte die Möglichkeit, neben ihren eigenen inhaltlichen Schwerpunkten ein breites Themenspektrum vieler anderer Aspekte der NS-Herrschaft einem breiteren Publikum anbieten zu können und auch ressourcenintensive Projekte zu realisieren.

Gemeinsam mit der Dresdner Gruppe "pink tank" konzipierte die Gedenkstätte 2020 eine öffentliche Präsentation der Fundstücke, die 2017/18 auf dem ehemaligen Lagergelände geborgen wurden. Die Ausstellung wurde als Schaudepot angelegt und wird in der ehemaligen Gefangenenbaracke auf dem Gelände der Gedenkstätte gezeigt. Die Ausstellung lädt ihre Gäste dazu ein, ihr persönliches Wissen und ihre Fragen zu den Fundstücken für die weitere Erschließung der Objekte aktiv einzubringen. Diese partizipative Herangehensweise wurde sowohl von individuellen Gästen als auch von Schulklassen sehr gut angenommen. Sie brachte der Gedenkstätte Erkenntnisgewinne und dem Publikum das Erlebnis eines aktiven Ausstellungsbesuchs.

Ergebnis einer weiteren Kooperation ist die Online-Ausstellung "An Unrecht erinnern" (www.unrechterinnern.info) der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Die zweisprachige Ausstellung informiert anhand von Gefangenenbiografien, historischen Orten ehemaliger Kriegsgefangenenlager und Hintergrundthemen über das Schicksal der vergessenen Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg. Die interaktive und zweisprachige Website (deutsch/russisch) wendet sich vor allem an Jugendliche. Als einer der präsentierten Orte und durch Übernahme des wissenschaftlichen Lektorats war die Gedenkstätte an der Entstehung der Ausstellung maßgeblich mit beteiligt.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit der Gedenkstätte lag auf der Durchführung von internationalen Jugendbegegnungen und mehrtägigen Workcamps. So besuchten 2019 gleich zwei deutsch-ukrainische Austauschprogramme die Gedenkstätte. Die gemischten Gruppen mit Jugendlichen aus beiden Ländern setzten sich dabei mit Schicksalen ehemaliger ukrainischer Kriegsgefangener auseinander und diskutierten über die Unterschiede zwischen der deutschen und der ukrainischen Erinnerungskultur zum Zweiten Weltkrieg. Bei diesen Besuchen konnten die neuen russischsprachigen Bildungsangebote genutzt werden. Gemeinsam mit angehenden sächsischen Russischlehrerinnen und -lehrern im Referendariat und deren Seminarleiterin wurden diese 2019 entwickelt und übersetzt.

Vor dem Hintergrund des 2018 vom Bundesministerium für Verteidigung erlassenen neuen Traditionserlasses absolvierten 2019 Offiziersanwärter der Bundeswehr Module ihrer historisch-politischen Bildung in der Gedenkstätte. Anhand der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Zeithain beschäftigten sie sich mit der Wehrmacht als "Waffenträger des NS-Regimes" sowie mit dem humanitären Völkerrecht und diskutierten über Handlungsspielräume des Lagerpersonals bei der Umsetzung verbrecherischer Befehle hinsichtlich der Behandlung sowietischer Kriegsgefangener in Zeithain.

Reisebeschränkungen aufgrund der Coronapandemie machten Besuche aus dem Ausland ab 2020 fast unmöglich. Um trotzdem Angehörigen und Interessierten aus der ehemaligen Sowjetunion den Besuch der Gedenkstätte zumindest virtuell zu ermöglichen, erstellte die Gedenkstätte eine russischsprachige Führung für den YouTube-Kanal der Stiftung. Sowohl die Ausstellung als auch die Friedhöfe und das ehemalige Lagergelände am Bahnhof Jacobsthal werden darin vorgestellt. Durch Ausbau digitaler Bildungsangebote kann die Gedenkstätte auch in Zukunft neue Publikumsgruppen erreichen.

Die Arbeit der Gedenkstätte erfuhr auch in den Jahren 2019 und 2020 reges Interesse von Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik. Dazu zählten u. a. die 1. Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages Andrea

Dombois, Mitglied des Bundestages und Bundesminister a. D. Lothar de Maizière, die Landtagsabgeordneten Geert Mackenroth und Frank Richter sowie Botschaftsvertreter aus Georgien, Italien, Ukraine, Russland, Kasachstan, Polen, Luxemburg und Belarus.



Publikum in der Sonderausstellung "Dinge unserer Nachbarn … geborgen"

Veranstaltungen

Alljährlich erinnert die Gedenkstätte am 23. April an die Befreiung des Kriegsgefangenenlagers. Am 23. April 2019 standen die italienischen Militärinternierten, die ab Herbst 1943 ins Kriegsgefangenenlager Zeithain verbracht wurden, im Fokus. Im kollektiven Gedächtnis der ehemaligen Gefangenen ist Zeithain das "Campo di Morte" (Lager des Todes) geblieben. Kooperationspartner der Veranstaltung war der italienische Veteranenverband ANRP, der sich für die Interessen der italienischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Italien gegenüber Deutschland einsetzt. Ihr Ehrenvorsitzender Dr. Michele Montagano - selbst ehemaliger italienischer Militärinternierter (IMI) - hielt die Gedenkrede. Der italienische Historiker Prof. Luciano Zani eröffnete im Anschluss die Sonderausstellung "Italiener in deutscher Kriegsgefangenschaft 1943-1945. Italien und Deutschland - für eine gemeinsame Politik der Erinnerung". Die Gedenkveranstaltung am 23. April 2020 stand im Schatten der Coronapandemie. Wenn auch eingeschränkt, erinnerten doch Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Politik und der diplomatischen Vertretungen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie Italiens, Polens und Serbiens an die Opfer des Kriegsgefangenenlagers Zeithain.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020

Bei der Auftaktveranstaltung zur Sonderausstellung "Dinge unserer Nachbarn … geborgen" am 3. September 2020 standen die Themen zeitgeschichtliche Archäologie in Sachsen sowie die Funde auf dem Gelände des Kriegsgefangenenlagers im Mittelpunkt. Der Einladung folgten



Auf YouTube live gestreamtes Podiumsgespräch in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain

sowohl interessierte Bürgerinnen und Bürger als auch Vertreterinnen und Vertreter der Denkmalschutzbehörden und der historischen Bildungsarbeit. Es entwickelte sich eine rege Diskussion zur Frage der zeitlichen Zuordnung der Fundstücke und zu deren Konservierung zwischen dem Publikum, der Referentin und Denkmalpflegerin Bärbel Schulz und Dr. Michael Strobel vom Landesamt für Archäologie Sachsen.

Forschung, Sammlung und Dokumentation

Im Herbst 2019 konnten erstmalig umfangreichere Archivrecherchen in Italien zum Schicksal der IMI durchgeführt werden. Dabei konnten neben der Hebung neuer Archivdokumente auch Kontakte zu italienischen Forscherinnen und Forschern sowie zu lokalen Initiativen, insbesondere in Norditalien und Mittelitalien, für die zukünftige Zusammenarbeit geknüpft werden. Dies war ein – infolge der Coronapandemie leider unterbrochener – erster Schritt, die bisher nur ansatzweise erforschte Geschichte der IMI in Zeithain und dem heutigen Sachsen als einem der industriellen Zentren der deutschen Kriegswirtschaft zu erforschen. Die Fortsetzung steht auf der Agenda der Gedenkstätte.

Hinsichtlich der Forschung zu den sowjetischen Kriegsgefangenen hat sich die russische Website "Pamyat Naroda" als wichtige Quelle für die biografische Forschung zu den die Gefangenschaft überlebenden Rotarmisten erwiesen. Mittlerweile kann in sehr vielen Fällen anhand der dort veröffentlichten sowjetischen Dokumente das Schicksal nach der Befreiung und Repatriierung geklärt werden. Damit kann nunmehr neben dem Tod auch in größerem Maße als bisher das Schicksal der Überlebenden dokumentiert und für die Bildungsarbeit aufbereitet werden. Gleiches gilt für die Bestände der Arolsen-Archives. Es hat sich gezeigt, dass Datenabgleiche zu Namen, die die Gedenkstätte übermittelte, zu einer Vielzahl von Treffern für sowjetische Gefangene und IMI führt.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Am 2. Oktober 2019 besuchte Tatiana Muraschko aus Moskau die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain. Tatiana Muraschko ist die Tochter von Nikifor Muraschko. Die Anfrage nach dem Begräbnisort, die dem Besuch von Tatiana vorausging, war die 1000. Suchanfrage von Angehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die die Gedenkstätte beantworten konnte. Da 2020 pandemiebedingt für Angehörige aus diesen Ländern keine Einreisemöglichkeit nach Deutschland bestand, konnten Besuche dieser Art bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht mehr stattfinden; 2019 waren 52 Angehörigenführungen durchgeführt worden und 222 Angehörige besuchten die Gedenkstätte.

Viele davon kamen zur Gedenkfeier am 23. April 2019, darunter Gruppen aus Großbritannien und Frankreich. Dass bis zu 2000 französische Offiziere in Zeithain 1945 durch die Rote Armee befreit worden waren, ist erst seit 2017 durch Angehörigenbesuche bekannt geworden. Neben den Besuchen beantwortete die Gedenkstätte im Berichtszeitraum etwa 150 schriftlich eingereichte Angehörigenanfragen pro Jahr.

Dazu zählte auch die Anfrage von Galina Andrejewna Kireeva (geb. Smirnowa) nach dem Verbleib ihrer Onkel Fedor und Michail Smirnow. Die Zwillingsbrüder aus Russland, Jahrgang 1921, gerieten im Juli 1941 gemeinsam in deutsche Kriegsgefangenschaft, nach der Verteilung zu Zwangsarbeit trennten sich ihre Wege jedoch. Im November 1941 trafen sich ihre Spuren im Kriegsgefangenenlager Zeithain wieder. Fedor wurde am 24. Oktober und Michail am 8. November nach Zeithain verlegt. Ob sie voneinander wussten und miteinander sprachen, erzählen die Akten nicht. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich über 18 000 Kriegsgefangene im Lager Zeithain. Fedor verstarb aufgrund der Ruhrkrankheit am 27. November 1941, Michail nur wenige Tage später am 8. Dezember 1941. Zum 100. Geburtstag plante die Familie eine Reise nach Zeithain. Pandemiebedingt musste sie verschoben werden.



Angehörige von Opfern des Kriegsgefangenenlagers Zeithain vor einer Namenstafel

Fedor Gawrilowitsch und Michail Gawrilowitsch Smirnow

(1921-1941)

ie Zwillingsbrüder Fedor und Michail Smirnow gerieten als Angehörige einer Panzereinheit der Roten Armee am 3. Juli 1941 bei Minsk gemeinsam in deutsche Kriegsgefangenschaft. Beide sind innerhalb weniger Tage im Herbst 1941 im Kriegsgefangenenlager Zeithain verstorben.

Vor ihrer Einberufung zur Roten Armee arbeiteten Fedor und Michail als Landarbeiter an ihrem Geburtsort. Sie hatten einen jüngeren Bruder, Andrej, und drei Schwestern: Arippina, Mara und Catherine. Letztere starb bereits vor Ausbruch des Krieges, die anderen drei Geschwister überlebten den Krieg. Die Zwillinge waren, wie die ganze Familie, sehr musikalisch und galten beide als sehr gute Akkordeonspieler. Ihr Schicksal blieb nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für die Familie über mehr als 70 Jahre ungewiss: Eltern und Geschwister erhielten nur die Auskunft, dass die Söhne und Brüder als vermisst galten.

Keiner von ihnen lebte mehr, als im März 2020 die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain eine Anfrage zu den Zwillingsbrüdern erreichte. Antragstellerin war ihre Nichte Galina, die Tochter ihres jüngeren Bruders Andrej. Sie hatte im Internet die Namen von Fedor und Michail Smirnow und deren Bestattungsort Zeithain ausfindig gemacht und bat um weitere Informationen. Daraus entspann sich eine rege Korrespondenz und schließlich die Anbringung der von Galina zugesandten Erinnerungstafel mit einem Foto der Brüder noch im selben Jahr im Ehrenhain Zeithain. Erde aus dem Ehrenhain wiederum verstreuten die Nichte Galina und deren Tochter Julia, eine Profimusikerin, auf dem Grab der Eltern von Fedor und Michail.

Nach ihrer Gefangennahme im Zuge der Kesselschlacht bei Minsk Anfang Juli 1941 kamen Fedor und Michail wie zehntausende andere Gefangene in das Stalag 307 im polnischen Biała Podlaska. Es war eines der als Durchgangs- und Quarantänelager geplanten Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager entlang der 1939 aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts eingerichteten Demarkationslinie zwischen dem sogenannten Generalgouvernement Polen unter deutscher Besatzung und den östlichen, ehemals polnischen Gebieten, die die Sowjetunion ihren Teilrepubliken Belarus und Ukraine angegliedert hatte.

Von Biała Podlaska trafen die Gebrüder Smirnow mit einem Eisenbahntransport am 11. August 1941 am Bahnhof Jacobsthal ein, der sich unmittelbar am Stalag 304 (IV H) Zeithain befand. Von dort erreichten sie per Fußmarsch das etwa neun Kilometer entfernte Stalag IV B Mühlberg/Elbe. Hier wurde Fedor mit der Erkennungsmarkennummer IV B/114475 registriert und Michail mit



Porträtfoto von Fedor und Michail Smirnow, undatiert

der Nummer IV B/114476. Bei der Registrierung wurde ihr Gesundheitszustand als "gesund" klassifiziert und erhielten zudem Impfungen gegen Typhus und Pocken. Entsprechend dem Plan, die nach Deutschland transportierten sowjetischen Kriegsgefangenen als dringend benötigte Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft einzusetzen, erfolgte am 21. August 1941 die Versetzung der Gebrüder Smirnow in ein Arbeitskommando in Pirna-Heidenau, wo sie fortan in einem Werk der Aschaffenburger Zellstoff- und Papierwerke AG arbeiteten. Damit verbunden war ihre Verlegung in das Stalag IV A Hohnstein, das die Gefangenen dieses Arbeitskommandos verwaltete.

Am 4. Oktober 1941 wurden Fedor und Michail vermutlich das erste Mal in ihrem Leben voneinander getrennt. Während Michail im Zellstoffwerk blieb, wurde Fedor in ein Zweiglager des Stalag IV A nach Naundorf verlegt. Die dort untergebrachten Gefangenen arbeiteten auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück für die Wehrmacht. Nur drei Wochen später, am 25. Oktober 1941, wird Fedor Smirnow in das Stalag 304 (IV H) Zeithain verlegt. Grund dafür ist seine fortgeschrittene Entkräftung infolge Mangelernährung bei gleichzeitig körperlich anstrengendem Arbeitseinsatz. Auf seiner Personalkarteikarte findet sich der Vermerk "Schwächling".

Der Gesundheitszustand Fedor Smirnows verschlechterte sich in Zeithain weiter. Infolge einer Ruhrerkrankung erfolgte am 22. November schließlich seine Einweisung in das Krankenrevier, wo er am 27. November starb. Am Folgetag wurde er mit dutzenden anderen verstorbenen Gefangenen anonym in einem Massengrab auf dem "Russenfriedhof Zeithain", dem heutigen Ehrenhain Zeithain, bestattet. Er war der Todesfall Nummer 4172.

Am 8. November 1941 folgte ihm sein Bruder Michail nach Zeithain – als Grund für seine Verlegung wurde auf seiner Personalkarte "Arbeitsverweigerer" vermerkt. Er überlebte Fedor nur wenige Tage: Am 9. Dezember starb auch er in Zeithain an den Folgen der Gefangenschaft, eine Todesursache ist auf den ihn betreffenden Personalkarteikarten nicht angegeben. Am 10. Dezember wurde er ebenfalls auf dem "Russenfriedhof Zeithain", dem heutigen Ehrenhain Zeithain, in einem Massengrab anonym bestattet. Michail Smirnow war Todesfall Nummer 5322.

GEDENKSTÄTTE MÜNCHNER PLATZ DRESDEN

Gedenkstätte Münchner Platz Dresden Münchner Platz 3 | 01187 Dresden Telefon 0351 46331990 oder 46332310 Fax 0351 46331991 muenchnerplatz.dresden@stsg.de www.muenchner-platz-dresden.de

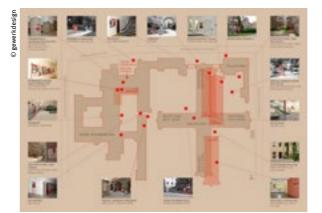
Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Es wurden 19 Markierungen erarbeitet, die in und um den früheren Justizkomplex Auskunft über die justizielle Nutzung des Ortes bis Ende der 1950er-Jahre geben sollen. Sie wurden in Zusammenarbeit mit dem Berliner Gestaltungsbüro gewerkdesign entwickelt. Von Anfang an unterstützte die Technische Universität Dresden das Vorhaben, das über den Kernbereich der Gedenkstätte im Umfeld des ehemaligen Hinrichtungshofes hinausgreift.

Die Text- und Bildtafeln im Innen- und Außenbereich des Georg-Schumann-, Hülsse- und Tillich-Baus geben keinen Rundgang oder eine feste Wegeführung vor und funktionieren unabhängig voneinander. Sie wenden sich an Studierende, Lehrende, Forschende und weitere Beschäftigte der TU Dresden ebenso wie an Individualgäste der Gedenkstätte. Ebenso werden sie in Projekt- und Gruppenangebote integriert. Die Stationen greifen sichtbare Spuren auf, verweisen aber auch auf solche Orte, wo die frühere Nutzung nicht oder fast nicht mehr sichtbar ist. Zu den historisch bedeutsamen, "unsichtbaren" Orten gehört das Raumensemble der DDR-Hinrichtungsstätte, wo zwischen 1952 und 1956 unter höchster Geheimhaltung die von DDR-Gerichten ausgesprochenen Todesurteile in Dresden vollstreckt wurden. Im früheren Hafthaus, dem heutigen Hülsse-Bau, hat die Gedenkstätte baulich eingegriffen und eine Zellentür gangseitig freigelegt, die zuletzt als Rückwand eines Garderobenschranks genutzt worden war.



Freigelegte Zellentür mit Markierung und Biografie im heutigen Hülsse-Bau der TU Dresden



Übersichtsplan "Markierungen. Geschichte und Erinnern"

Keine Station sieht aus wie die andere. Die Stationen vermitteln je nach Ort Informationen über

- die Geschichte des Justizkomplexes bis zu dessen Übergabe an die Technische Hochschule Dresden Ende der 1950er-Jahre
- die Geschichte des Gedenkens, die der starken Überformung des Ortes durch die memoriale Gestaltung der DDR-Gedenkstätte Rechnung trägt;
- die Opfer justizieller Verfolgung

Die Einrichtung einer Markierung in dem an den früheren Hinrichtungshof angrenzenden Zellentrakt nahm die Gedenkstätte zum Anlass, die Zellen bauhistorisch befunden zu lassen. In diesem Zusammenhang aufgefundene vereinzelte Einritzungen verweisen auf die Nutzung als sogenannte Wegsteckzellen, in denen Gefangene auf dem Weg vom Hafthaus zu den Verhandlungssälen vorübergehend weggeschlossen wurden. Das heutige Erscheinungsbild der Zellen ist, von Feuchteschäden abgesehen, weitgehend historisch.

Um den Zellentrakt besser sichtbar zu machen, wurde mit gewerkdesign ein neues Lichtkonzept entwickelt und umgesetzt. Dabei wurde behutsam in die DDR-Gestaltung eingegriffen, die die Zellen als Todeszellen inszeniert und dem Ort eine düstere Todeszellentrakt-Anmutung gegeben hatte.

Bei den Stationen im Umfeld der freigelegten Zellentür im Hülsse-Bau und vor dem früheren Schwurgerichtssaal im Georg-Schumann-Bau werden wechselnde Biografien von Frauen und Männern präsentiert, die im Hafthaus inhaftiert waren bzw. im Schwurgerichtssaal verurteilt worden sind.

Die Stationen sind aufgrund ihrer Verteilung außerhalb und innerhalb verschiedener Gebäude und dort auf verschiedenen Etagen schwer zu finden. Beim Auffinden hilft ein deutsch-englischer Flyer, der einen detaillierten Lageplan enthält.



Digitaler Rundgang mit Nora Manukjan und Gerald Hacke

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Verstärkt durch die Pandemie und vorübergehende Schließungen erweiterte die Gedenkstätte ihre digitalen Angebote. Dies diente der Vorab-Information, solle aber auch Menschen erreichen, die die Gedenkstätte nicht persönlich besuchen können.

In Zusammenarbeit mit eineArt Filmproduktion entwickelte die Gedenkstätte einen 14-minütigen Imagefilm, der den historischen Ort und die Arbeit der Gedenkstätte vorstellt. Der Film ist auf der Website der Gedenkstätte sowie auf dem YouTube-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten abrufbar.

In einem virtuellen Rundgang führen Dr. Gerald Hacke, wissenschaftlicher Referent, und Nora Manukjan, damals Bildungsreferentin an der Gedenkstätte, durch den ehemaligen Justizkomplex am Münchner Platz in Dresden. Entlang des Schicksals von Dr. Margarete Blank erläutern sie im Rundgang, wie die nationalsozialistische Justiz Gegnerinnen und Gegner des Regimes verfolgte.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020

Anlässlich des 75. Jahres nach Kriegsende hat die Gedenkstätte im Rahmen des 2020 unter dem Hashtag #MuseumEntdecken digital begangenen Internationalen Museumstags mit Publikumsreferent Alexander Paulick ein Video in der ständigen Ausstellung gedreht, das die Folgen der Bombardierung Dresdens für Dresdner Justizgefangene schildert. Der Clip kann auf der Website der Gedenkstätte und auf den Social-Media-Kanälen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten angeschaut werden.





Schlussszene "Der Tod ist ein Meister aus D."

Das Sächsische Geschichtscamp des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus fand 2020 pandemiebedingt dezentral statt. Dr. Gerald Hacke referierte am 17. September 2020 vor Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums am Breiten Teich in Borna über die "Todesstrafe in der DDR – Hinrichtungen unter strengster Geheimhaltung". Der Mitschnitt ist auf der Website des Geschichtscamps abrufbar.

2019 konnte die Gedenkstätte ein Publikum von 10 112 Personen begrüßen, von denen 3481 ein Bildungsangebot in Anspruch nahmen. Pandemiebedingt waren es 2020 lediglich 4711 Personen, von denen 1938 betreut wurden.

Besondere Veranstaltungen

Im April 1945 stürzten bei einem Angriff der USamerikanischen Luftwaffe zwei Flugzeuge im Süden von Dresden ab. Der Copilot Lieutenant Norman Shane landet mit seinem Fallschirm auf einer Wiese bei Reinhardtsgrimma – wenig später erschoss ein SS-Mann den Schwerverwundeten. Nach Kriegsende verurteilte das Dresdner Landgericht zwei an der Erschießung mittelbar Beteiligte zu langen Haftstrafen wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Matthias Schildbach stellte sein Buch "Der Fliegermord von Reinhardtsgrimma" über das in der Dorfgemeinschaft tabuisierte Verbrechen am 9. April 2019 in der Gedenkstätte vor.

Am 29. August 2019 besuchte der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für rund zwei Stunden die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden. In Begleitung der Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst und Stiftungsratsvorsitzenden Dr. Eva-Maria Stange ließ er sich den historischen Ort erläutern. Anschließend tauschte sich der Minister mit Beschäftigten der Stiftung und Mitgliedern des Fördervereins der Gedenkstätte über die Erinnerungskultur in Sachsen aus.

Auf großes Interesse stieß die Theaterperformance "Was ist das Herz unserer Welt?", die anlässlich der Tschechisch-Deutschen Kulturtage am 31. Oktober und 2. November 2019 in der Gedenkstätte aufgeführt wurde. Sie handelt von der zwölfjährigen Helga Pollak, die 1943 zusammen mit ihrem Vater Otto Pollak in das Ghetto Theresienstadt deportiert wurde. Ihre Erlebnisse, Eindrücke und Gedanken vertraute sie einem Tagebuch an, das 2014 unter dem Titel "Mein Theresienstädter Tagebuch 1943–1944" veröffentlicht wurde. Aus den Texten Helga Pollaks, den Notizen ihres Vaters, der Begegnung Helga Pollaks mit der Hauptdarstellerin – einer Dresdner Schülerin –, Liedern der in Auschwitz ermordeten

Dichterin Ilse Weber und tschechischen Volksliedern schuf der Regisseur und Schauspieler Olek Konrad Witt eine Theaterperformance über Erinnerungskultur. In Verbindung damit wurde Olek Konrad Witts theatrale Installation "Der Tod ist ein Meister aus D.", ebenfalls zu den Tschechisch-Deutschen Kulturtagen 2020, am 16. und 17. Oktober 2020 in der Gedenkstätte uraufgeführt. Eröffnet und beendet wurde die Aufführung, die der Leipziger GewandhausKinderchor bzw. der Kinderchor des Mosaika e.V. aus Bischofswerda musikalisch begleitete, im früheren Hinrichtungshof. In der Zwischenzeit wandelten die Besucherinnen und Besucher in kleinen Gruppen durch den Zellentrakt, die Ausstellungsräume oder die früheren Gefängnishöfe und erlebten Darstellende, die sich anhand von Texten Paul Celans, Ilse Webers und Jiři Weils mit Erinnerung auseinandersetzten.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Im Berichtszeitraum setzte die Gedenkstätte in enger Zusammenarbeit mit dem Ústav pro studium totalitních režimů (ÚSTR, Institut zur Erforschung der totalitären Regime) die Arbeiten an dem tschechisch-deutschen biografischen Online-Portal zu den fast 900 Frauen und Männern tschechoslowakischer Herkunft fort, die infolge eines justizförmigen Todesurteils während des Zweiten Weltkrieges in Dresden hingerichtet worden sind. Das Portal verknüpft biografische Informationen, Dokumente und Fotos mit Kontextinformationen zu dem verurteilenden Gericht oder dem Bestattungsort. Es richtet sich an die historische Forschung beider Länder, an Gedenkstätten und Angehörige von Hinrichtungsopfern ebenso sowie an Akteurinnen und Akteure historisch-politischer Bildungs- und Erinnerungsangebote.

Im Zuge der bisherigen Recherchen konnten rund 90 Abschiedsbriefe und -kassiber Hingerichteter von Angehörigen, aus Archiven und Editionen zusammengetragen werden. Diese letzten schriftlichen Lebensäußerungen sind als Quelle historischer Forschung bisher zu wenig betrachtet worden.

Im Berichtszeitraum hat die Gedenkstätte mit einer dokumentarischen Erfassung der Strafverfahren begonnen, die zwischen 1933 und 1945 vor dem Oberlandesgericht Dresden stattfanden. Da es keine geschlossene Quellenüberlieferung gibt, müssen Informationen und Dokumente aus verschiedenen Beständen wie Gefangenenpersonenakten zusammengetragen werden. Perspektivisch möchte die Gedenkstätte eine Forschungslücke für Sachsen schließen, da das hiesige – anders als andere Oberlandesgerichte – bisher nicht systematisch untersucht wurde.

Weitgehend abgeschlossen ist eine Dokumentation über Grablagen und Gedenkanlagen der auf dem Neuen Katholischen Friedhof beigesetzten Opfer von Krieg und



Julia Raab mit den Figuren von Leo Steiner, Vlasta Faltisková und Zdeňka Varhulíková

Gewaltherrschaft, die die Gedenkstätte mit Unterstützung der Katholischen Kirchhofstiftung erarbeitet hat. Die Ergebnisse sollen online zugänglich gemacht werden und eine Grundlage schaffen für die Kennzeichnung von Grabfeldern und die namentliche Nennung der Bestatteten, darunter der vielen Hingerichteten, vor Ort.

Am 23. Mai 2019 referierte Dr. Birgit Sack zusammen mit Prof. Dr. Mike Schmeitzner anlässlich einer Tagung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung über "100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland" zum Thema "Frauen zwischen Regimepartizipation und Selbstermächtigung im Widerstand (1933–1945)". Die Vorträge sollen Anfang 2022 in überarbeiteter Form als Tagungsband in der Herausgeberschaft von Prof. Dr. Susanne Schötz und Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah erscheinen.

Zu einem Themenheft der Dresdner Hefte anlässlich des 75. Jahrestages des 13. Februar 1945 steuerte die Gedenkstätte einen Beitrag über die Dresdner Justizhäftlinge und die Bombenangriffe bei (Birgit Sack, Zwischen Leben und Tod. Die Dresdner Justizhäftlinge und die Bombenangriffe, in: Dresdner Hefte, 2020, 141, S. 6–14).

Ein Festvortrag anlässlich der Verleihung des Sächsischen Landespreises für Heimatforschung 2020 konnte nicht gehalten werden, da die feierliche Preisverleihung



František Šuk mit seiner Familie, um 1940

pandemiebedingt abgesagt werden musste. Der Preis wird vom Staatsministerium für Kultus in Kooperation mit dem Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V. ausgerichtet (Birgit Sack, 75 Jahre Kriegsende: Rückblick und Ausblick, in: Mitteilungen 3/2020 des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz e.V., S. 64–68).

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Auf die vielfältigen, häufig sehr bewegenden Kontakte mit Betroffenen politischer Strafjustiz und deren Angehörigen kann hier nur exemplarisch eingegangen werden. Beispielhaft erwähnt sei die Anfrage, die die Gedenkstätte im Mai 2019 aus Mladá Boleslav erreichte: Iveta Šuvarinová bat um nähere Auskünfte über ihren Großvater František Šuk, von dem sie nur wusste, dass er am 6. November 1942 in Dresden hingerichtet worden war. Von der Gedenkstätte erfuhr Frau Šuvarinová, dass ihr Großvater, ein Fleischer aus Jičín, vom Sondergericht Prag wegen "Schwarzschlachtungen" zum Tode verurteilt worden und zur Vollstreckung des Todesurteils nach Dresden verbracht worden war, weil der Landgerichtsbezirk Prag damals zum Einzugsbereich der Dresdner Hinrichtungsstätte gehörte. Iveta Šuvarinová erfuhr auch, dass die Urne von František Šuk auf dem städtischen Urnenhain

Grab, wie andere auch, den zuständigen Stellen nicht als Ruhestätte eines Opfers von Krieg und Gewaltherrschaft bekannt und deshalb nach Ablauf der 20-jährigen Ruhefrist eingeebnet worden. Im Oktober 2019 nahm Frau Šuvarinová die Einladung zu einem Besuch der Gedenkstätte und des Friedhofs an. Hier konnte sie am Grab ihres Großvaters trauern, dessen Urne nach Ablauf der Ruhefrist lediglich tiefer gelegt worden war. Daraufhin bot der Leiter des Urnenhains, Jens Börner, seine Unterstützung bei der Überführung der Urne in die Tschechische Republik an. Dieses Angebot nahm Frau Šuvarinová gerne an. Trotz pandemiebedingter Einschränkungen konnten die sterblichen Überreste von František Šuk an den städtischen Friedhof in Jičín versandt werden. Am 1. Juni 2020 war es so weit: Die Urne von František Šuk wurde in Anwesenheit aller Enkelkinder auf dem Friedhof Jičin feierlich im Familiengrab beigesetzt.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Die Leiterin der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, Dr. Birgit Sack, wurde im September 2020 in einen neu gegründeten Wissenschaftlichen Beirat berufen, der den Konstituierungsprozess der Gedenkstätte Sachsenburg fachlich begleitet. Zudem ist Birgit Sack Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte in der JVA Wolfenhüttel

Hieronim Jędrusiak

(1921 - 1942)

m Alter von nur 21 Jahren wurde Hieronim Jędrusiak am 24. August 1942 in Dresden hingerichtet. Der junge Pole gehörte zu einer Gruppe von sieben jungen Männern, die sich im Frühjahr 1940 in Poznań gebildet hatte. Einige, darunter Hieronim Jedrusiak, hatten dasselbe Gymnasium besucht, bevor es von den deutschen Besatzern geschlossen wurde. Für eine überregional wirkende polnische Widerstandsgruppe fertigten die Mitglieder der Gruppe unter anderem Skizzen von Gebäuden in der Altstadt von Poznań an, die von der deutschen Wehrmacht genutzt wurden. Bereits im September 1940 wurden die sieben verhaftet. Über Haftstationen im Gestapogefängnis Fort VII in Poznań, in Wronki und Berlin-Neukölln kamen die Jugendlichen nach Zwickau. Dort verurteilte das Oberlandesgericht Posen sie im Juli 1942 zum Tode. Zur Urteilsvollstreckung wurde die Gruppe nach Dresden verbracht, am 24. August 1942 um 20.30 Uhr wurde das Todesurteil im Richthof des Dresdner Landgerichts vollstreckt.

Als Jarosław Stefanski sich an die Gesellschaft für deutsch-polnische Nachbarschaft – Sąsiedzi e.V. wandte, um Näheres über seinen in Dresden hingerichteten Onkel herauszufinden, stellte deren Vorsitzender den Kontakt zur Gedenkstätte Münchner Platz Dresden her.







Hieronim Jędrusiak, 1930er-Jahre

Am 2. Dezember 2019 konnte Gedenkstättenleiterin Dr. Birgit Sack Mitglieder der Familie von Hieronim Jedrusiak aus drei Generationen in Dresden begrüßen. Einem Rundgang am historischen Ort und in der ständigen Ausstellung schloss sich ein Besuch des Neuen Katholischen Friedhofs in Dresden an, wo die sterblichen Überreste der sieben jungen Männer am 24. August 1942 bestattet worden waren. Im Juni 1999 hatte Papst Johannes Paul II. fünf von ihnen in Warschau seliggesprochen - an sie wird in einer Grab- und Gedenkanlage auf dem Friedhof namentlich erinnert. Die Frage der Familie, warum der tiefgläubige Hieronim Jędrusiak nicht in das Seligsprechungsverfahren einbezogen wurde, konnte Dr. Birgit Sack nicht mit Sicherheit beantworten, verwies aber darauf, das Hieronim Jędrusiak keine Verbindungen zu dem Salesianer-Oratorium in Poznań pflegte.

Jarosław Stefanski äußerte den Wunsch, dass auch der Name seines Onkels am Grab genannt werde. Gedenkstättenleiterin Dr. Birgit Sack versprach, sich dafür einzusetzen. Sie freute sich besonders über ein Foto von Hieronim Jędrusiak, das nun Eingang in die ständige Ausstellung finden soll.

Urne von František Šuk auf dem städtischen Urnenhain Wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte in der JVA
Tolkewitz beigesetzt worden war. Allerdings war das Wolfenbüttel.

DOKUMENTATIONS- UND INFORMATIONSZENTRUM (DIZ) TORGAU

Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau Schloss Hartenfels Schlossstraße 27 | 04860 Torgau Telefon 03421 713468 | Fax 03421 714932 diz.torgau@stsg.de www.diz-torgau.de

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Torgau entwickelte sich im Zweiten Weltkrieg zum Zentrum der NS-Militärjustiz im besetzten Europa. Tausende Deserteure, Kriegsgegner und Widerstandsangehörige waren in den beiden Wehrmachtgefängnissen in der Stadt inhaftiert. Zudem zog 1943 das Reichskriegsgericht als oberstes Gericht der Wehrmacht nach Torgau und verurteilte deutsche und ausländische Soldaten und Zivilisten. Mehrere hundert Verurteilte wurden nach Todesurteilen der Militärgerichte oder des Reichskriegsgerichts in Torgau hingerichtet. Nach 1945 richtete die sowjetische Besatzungsmacht zwei Speziallager in der Stadt ein. In der DDR waren Erwachsene und Jugendliche auch als politische Häftlinge in der Strafvollzugseinrichtung Torgau in Gefangenschaft.

Die Festung Fort Zinna in Torgau ist der historische Ort des größten ehemaligen Wehrmachtgefängnisses im Zweiten Weltkrieg, der sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 sowie der DDR-Strafvollzugseinrichtung Torgau, zu der über viele Jahre auch ein Jugendgefängnis gehörte. Seit der Wiedervereinigung 1990 ist im Fort Zinna die Justizvollzugsanstalt Torgau untergebracht.

Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau befindet sich in Schloss Hartenfels in der Stadtmitte Torgaus. Die Aufgabe des DIZ Torgau ist es, die Geschichte der Torgauer Gefängnisse und Lager in der NS-Diktatur, während der sowjetischen Besatzungszeit und in der DDR aufzuarbeiten und an die Verfolgungsund Lebenswege der Inhaftierten zu erinnern. Es würdigt den Mut und die Zivilcourage vieler politischer Häftlinge. Die Rolle der NS-Militärjustiz als Herrschaftsinstrument der Nationalsozialisten in Deutschland und im Europa des Zweiten Weltkrieges steht hierbei im Mittelpunkt. In Schloss Hartenfels zeigt das DIZ Torgau die ständige Ausstellung "Spuren des Unrechts" und wechselnde Sonderausstellungen, zudem bietet es Veranstaltungen an und führt Bildungsprojekte durch.

Vor dem Fort Zinna hat die Stiftung Sächsische Gedenkstätten einen Gedenkort für die Opfer der NS-Militärjustiz sowie auch der sowjetischen Geheimpolizei und der SED-Strafjustiz in Torgau eingerichtet. Zu den Opfern der NS-Militärjustiz gehören auch diejenigen Inhaftierten und Hingerichteten, die aus den besetzten Ländern Europas stammten: zwangsrekrutierte Soldaten, Angehörige von Widerstandsgruppen oder verurteilte Kriegsgefangene. Der Erinnerungsort vor dem Fort Zinna für die Opfer der NS-Militärjustiz hat deshalb ausdrücklich einen europäischen Charakter.

Bereits 2019 weihte das DIZ Torgau neue Informationstafeln an unterschiedlichen Orten in der Stadt Torgau ein. Die Tafeln befinden sich vor Gebäuden oder an Plätzen, die mit der NS-Geschichte der Stadt – insbesondere der Geschichte der NS-Militärjustiz –, mit der amerikanischsowjetischen Begegnung an der Elbe am 25. April 1945 und mit der Geschichte der sowjetischen Speziallager in Verbindung stehen. Ein Flyer und eine Präsentationsmappe ergänzen die Tafeln.

Ein neuer Aktenfund im Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig bekräftigte 2020 die Annahme, dass sich um das Fort Zinna herum noch unentdeckte (Massen-)Gräber ehemaliger Speziallager-Häftlinge befinden könnten. Die Stiftung hat seitdem Schritte unternommen, um Bodensondierungen auf den Weg zu bringen.

Im April 2019 informierte sich die Botschafterin Frankreichs in Deutschland, I. E. Anne-Marie Descôtes, beim Leiter des DIZ Torgau Wolfgang Oleschinski über die Arbeit der Stiftungsarbeitsstelle.



Ständige Ausstellung und Sonderausstellungen der Gedenkstätte

Seit 2019 arbeitet das DIZ Torgau intensiv an der Neukonzeption und -gestaltung der ständigen Ausstellung. Die Projektkoordination liegt seit Frühjahr 2020 bei Elisabeth Kohlhaas. Die Mittel für das Projekt stellen der Freistaat Sachsen und die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) zur Verfügung. Mitte 2019 wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Ausstellungsprojekt Robert Parzer befristet für zwei Jahre eingestellt. Im Herbst 2019 erfolgte der Gestaltungswettbewerb; den Zuschlag erhielt der Ausstellungsentwurf des dreiköpfigen Teams Tobias Katz (Katz/Kaiser, Köln), Christoph Bebermeier (Büro Weiß, Berlin) und Christian Coers (cbc|design, Berlin).

Insbesondere die Coronapandemie hat es erforderlich gemacht, die Projektlaufzeit zu verlängern. Die Eröffnung der neuen Ausstellung ist für das Jahr 2023 geplant.

Das DIZ Torgau war wie alle Gedenkstätten der Stiftung in den Jahren 2019 und 2020 von pandemiebedingten Schließungen betroffen. Der Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Bildungsbetrieb stand in diesen Jahren über mehrere Monate still.

Im Jahr 2020 ließ das Landratsamt als Eigentümer in einer aufwendigen Maßnahme einen Personenaufzug in den Schlossflügel B einbauen. Damit ist das DIZ Torgau erstmals barrierefrei zugänglich.

2019 erarbeitete das DIZ Torgau die Sonderausstellung "Der Geist der Begegnung. Bilder zum Elbe Day aus dem Fotoarchiv Bräunlich". Sie bietet interessante Einblicke, wie in der DDR und bis heute in Torgau an die historische Begegnung von amerikanischen und sowjetischen Soldaten am 25. April 1945 erinnert wurde und wird. Die alljährlichen Feierlichkeiten der Stadt Torgau zur Erinnerung an diesen historischen Moment sind als "Elbe Day" bekannt. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Torgauer Kunst- und Kulturverein "Johann Kentmann" e. V. und mit der Torgauer Fotografin Erdmute Bräunlich

Ein letztes Mal zeigte das DIZ Torgau 2019 seine eigene Sonderausstellung "Torgau 1945 – ein Kriegsende in Europa", die perspektivisch erneuert werden soll. Weiter lud das DIZ Torgau im Berichtszeitraum zu folgenden Sonderausstellungen ein – sie waren von Veranstaltungen wie Vernissagen, Finissagen oder Podiumsdiskussionen begleitet: "Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED" (2019), "Italiener in deutscher Kriegsgefangenschaft 1943–1945. Italien und Deutschland – für eine gemeinsame Politik der Erinnerung" (2019), "Władysław Bartoszewski. Widerstand – Erinnerung – Versöhnung – Kulturdialog" (2020) und "Helden im Wilden Osten. Ostdeutschland in den Neunzigerjahren" (2020).



Norbert Sachse, der als 17-Jähriger politischer Häftling im Jugendgefängnis Torgau inhaftiert war, berichtete als Zeitzeuge in dem Schülerprojekt "Gehen oder Bleiben?
Jugendliche in der DDR zwischen Flucht und Repression".

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Zu den besonderen Bildungsprojekten neben den regulären Bildungsangeboten zählt die Beteiligung des DIZ Torgau an einer internationalen Jugendbegegnung der Stadt Torgau. Die einwöchige Begegnung der Jugendlichen aus Torgau, Polen und der Ukraine fand erstmals im April 2019 anlässlich des "Elbe Day" zur Erinnerung an die amerikanisch-sowjetische Begegnung am 25. April 1945 statt; coronabedingt musste sie im Jahr 2020 ausfallen. Sie soll zukünftig wieder aufgegriffen werden.

Wie in den Vorjahren führte das DIZ Torgau 2019 und 2020 die Woche des "Fächerverbindenden Unterrichts" mit Schülerinnen und Schülern der 10. Klassenstufe des Torgauer Johann-Walter-Gymnasiums durch. Beide Male befasste sich die Projektwoche mit dem Thema "Jugend in der DDR".

Im Jahr 2020 entwickelte das DIZ Torgau ein Bildungsangebot zum Torgauer Jugendgefängnis. In dem "Jugendhaus", wie das Gefängnis beschönigend bezeichnet wurde, waren Jugendliche auch aus politischen Gründen inhaftiert. Das DIZ Torgau bietet das Bildungsmodul mit dem Titel "Staatliche Repressionen gegen Jugendliche in der DDR" gemeinsam mit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau an. Damit ergibt sich einerseits der Blick auf Jugendliche, die in der DDR aus politischen Gründen in Torgau inhaftiert wurden, und andererseits auf Jugendliche, die wegen ihres nonkonformen Verhaltens in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen wurden.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020



Eine vielköpfige Gruppe von Angehörigen ehemaliger Torgauer Häftlinge aus Luxemburg besuchte im Oktober 2019 das DIZ Torgau.



Gedenken am Memorial vor dem Fort Zinna

Besondere Veranstaltungen

Von herausgehobener Bedeutung war die zentrale Veranstaltung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten am 8. Mai 2020 zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Sie fand am Gedenkort vor dem Fort Zinna in Torgau statt. Die Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Staatsministerin Barbara Klepsch, der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung, Sven Riesel, und die Oberbürgermeisterin Torgaus, Romina Barth, sprachen bei der Zeremonie, die wegen der pandemiebedingten Einschränkungen nur in kleinstem Kreise stattfinden konnte.

Zu den Veranstaltungen anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar lud das DIZ Torgau 2019 und 2020 gemeinsam mit der Stadt Torgau ein. Zahlreiche Gäste von nah und fern folgten der Einladung, darunter viele Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und diplomatischem Corps, Bundeswehr und Gesellschaft. Der Blick richtete sich bei den Veranstaltungen auch auf die nichtdeutschen Häftlinge der NS-Militärjustiz aus den besetzten Ländern Europas, um den europäischen Charakter des Erinnerns in Torgau zu unterstreichen.

In beiden Jahren schloss sich der Gedenkveranstaltung eine Ausstellungseröffnung in den Räumlichkeiten des DIZ Torgau an: 2019 stellten Schülerinnen und Schüler ihre Ausstellung über den Torgauer Häftling Max Arno Bischoff vor, die sie in einem schulischen Projekt erstellt hatten. 2020 wurde eine Sonderausstellung über den polnischen Politiker Władysław Bartoszewski eröffnet, der ein wichtiger und unermüdlicher Wegbereiter der Versöhnung zwischen Polen und Deutschland war.

Ebenso führte das DIZ Torgau 2019 und 2020 große Veranstaltungen mit dem Johann-Walter-Gymnasium in Torgau anlässlich des Gedenktags am 27. Januar durch. Jeweils etwa 100 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 11 nahmen daran teil.

Im April 2019 stellte das DIZ Torgau im Rahmen einer sehr gut besuchten Podiumsdiskussion seine neue Publikation über den Strafvollzug der DDR in Torgau vor.

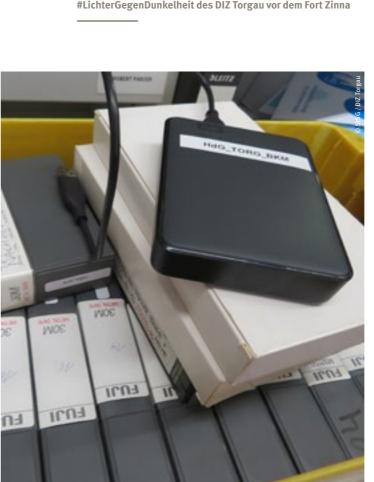
Mitte 2019 präsentierten Schülerinnen und Schüler des Torgauer Gymnasiums das selbst verfasste Theaterstück "Blindgänger '43" über eine deutsche Familie im Zweiten Weltkrieg. Die NS-Militärjustiz war darin ein zentrales Thema. Das DIZ Torgau hatte die Entstehung des Stücks inhaltlich begleitet.

2019 und 2020 beteiligte sich das DIZ Torgau an der bundesweiten Aktion der NS-Gedenkstätten #LichterGegenDunkelheit.

Forschung, Publikationen, Sammlung, Dokumentation

Die Vorbereitung der neuen Dauerausstellung erforderte umfangreiche Recherchen in Archiven in Deutschland und im Ausland. Ab Anfang 2020 unterlagen die Archivbesuche starken Einschränkungen. Dennoch konnten Recherchereisen stattfinden – beispielsweise nach Frankreich (Archives Diplomatiques in Paris), nach Polen (Archiwum Państwowe in Katowice und in Łódź, Instytut Pamięci Narodowej in Poznań), in das Staatsarchiv Freiburg im Breisgau und in das Bundesarchiv Berlin.

Ein mehrmonatiges Forschungsprojekt führte das DIZ Torgau gemeinsam mit der Nationalen Gedenkstätte Gefängnis Montluc in Lyon (Mémorial National de la



Digitalisate in der Sammlung des DIZ Torgau



prison de Montluc) durch. Im Zweiten Weltkrieg tagte 1943/44 in dem Gefängnis in Lyon ein deutsches Militärgericht. Es verurteilte viele französische Widerstandsangehörige, mindestens 79 zum Tode Verurteilte ließ es auf dem Schießplatz La Doua in Lyon hinrichten. Recherchiert wurde zu den deutschen und französischen Opfern des deutschen Militärgerichts und zu den deutschen Wehrmachtsrichtern, die bei diesem Gericht im Einsatz waren.

Anfang 2019 publizierte das DIZ Torgau einen neuen Band über den DDR-Strafvollzug in Torgau. Im April 2020 brachte es gemeinsam mit der Stadt Torgau eine Broschüre über die Geschichte des "Elbe Day" in der DDR und seit der Wiedervereinigung heraus. Die Broschüre erschien in deutscher und in englischer Sprache.

Ebenfalls für die Erarbeitung der neuen Dauerausstellung unternahm das DIZ Torgau Anstrengungen, nach neuen Objekten zu recherchieren. Beschafft werden konnte unter anderem eine etwa zehn Kilogramm schwere Hand- und Fußfessel aus Eisen, die mutmaßlich in den Wehrmachtgefängnissen im Zweiten Weltkrieg genutzt wurde. Sie gibt einen bedrückenden Eindruck von den menschenverachtenden Haftbedingungen, unter denen die Häftlinge zu leiden hatten.

Dank eines Projektes des Hauses der Geschichte konnte das DIZ Torgau die Aufzeichnungen seiner Videound Audio-Interviews digitalisieren lassen. Damit sind sie für die neue Dauerausstellung verwendbar.



Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die in einem sowjetischen Speziallager geboren wurden.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Mehrere hundert personenbezogene Anfragen von Familienangehörigen und aus der Forschung bearbeitete das DIZ Torgau in den Jahren 2019 und 2020. Die Anliegen betrafen sowohl ehemalige Torgauer Häftlinge als auch ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Mehrfach besuchten auch ehemalige DDR-Häftlinge alleine oder mit ihren Familienangehörigen das DIZ Torgau. Auf Wunsch vermittelte die Gedenkstätte ihnen den Besuch der ehemaligen Haftstätte, der heutigen JVA Torgau. Ehemalige DDR-Häftlinge lud das DIZ Torgau auch mehrfach zu Zeitzeugengesprächen bei Bildungsangeboten ein.

In der neuen Dauerausstellung sollen auch die Stimmen von Familienangehörigen ehemaliger Torgauer Häftlinge zu hören sein. Deshalb intensivierte das DIZ Torgau die Suche nach den Nachkommen der Inhaftierten und führte Video-Interviews mit einzelnen Familienangehörigen.

Bewegend war das Treffen der Gruppe der in den sowjetischen Speziallagern Geborenen ("Kindheit hinter Stacheldraht") und ihrer Familienangehörigen im September 2020 in Torgau. Darunter befand sich auch ein Zeitzeuge, der im Torgauer Speziallager Nr. 8 zur Welt kam. Das DIZ Torgau lud zu einem öffentlichen Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Gruppe ein. Zudem fand eine gemeinsame Kranzniederlegung am Gedenkort vor dem Fort Zinna statt.

Seit 2020 erinnert die Stadt Torgau mit Stolpersteinen an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die von den Nationalsozialisten vertrieben oder ermordet wurden. Das DIZ Torgau unterstützte die Verlegung der Stolpersteine und die Erarbeitung der dazugehörigen Website umfangreich.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Sich weiter zu vernetzen und neue Kooperationen aufzubauen, war ein weiterer Schwerpunkt auf der Agenda des DIZ Torgau. Im Frühjahr 2019 war das DIZ Torgau bei einem deutsch-französischen Vernetzungstreffen von Gedenkstätten in Lyon vertreten. Ausrichter der Konferenz war die Nationale Gedenkstätte Gefängnis Montluc in Lyon. Seit der Tagung arbeiten die Gedenkstätte in Lyon und das DIZ Torgau enger zusammen.

Im Herbst 2020 gründete sich in Torgau die deutsche Sektion des europäischen Netzwerks Liberation Route. Das historisch-kulturelle Netzwerk führt Orte und Institutionen zusammen, die für die Geschichte des Kriegsendes 1945 eine Bedeutung haben. Die Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des DIZ Torgau, Elisabeth Kohlhaas, unterstützte die Vereinsgründung.



Mit Recherchen des DIZ Torgau ermöglichte Stolpersteine in der Stadt

Joseph Stephany

(1921-2001)

ch hatte einen schönen Traum", schrieb Joseph Stephany kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges am 7. März 1945 in sein Tagebuch. "Ich habe es geschafft, aus dem Gefängnis zu fliehen." Der junge Luxemburger war zu diesem Zeitpunkt als Deserteur im Wehrmachtgefängnis Fort Zinna in Torgau inhaftiert. Geboren am 21. Dezember 1921, wäre Joseph Stephany im Jahr 2021 einhundert Jahre alt geworden. Er verstarb 2001.

Jos, wie Freunde und Familie ihn nannten, war im März 1944 im Alter von 23 Jahren von den Deutschen verhaftet worden. Knapp zwei Jahre vorher, im Mai 1942, war er aus dem deutsch besetzten Luxemburg in das Nachbarland Belgien geflohen. Er hatte zuvor schon zwei Jahre lang gezwungenermaßen bei der Waffen-SS kämpfen müssen und war dabei schwer verwundet worden; seinen ersten Heimaturlaub in Luxemburg nutzte er, um zu desertieren. Mehrere seiner Geschwister flüchteten mit ihm, sie alle schlossen sich der belgischen Widerstandsbewegung "Armée blanche" an. Joseph Stephany erhielt dort eine neue Identität und nannte sich Joseph-Jules Dupont – er war untergetaucht. Die Familienmitglieder, die in Luxemburg geblieben waren, wurden von den Deutschen zwangsweise in ein Umsiedlungslager in Schlesien transportiert.

Ab dem Tag seiner Verhaftung führte Joseph Stephany das Tagebuch. Seine berührenden Schilderungen über die Haft in mehreren deutschen Militärgefängnissen, darunter ein gutes halbes Jahr in Torgau, sind überliefert. Stephany hielt fest, was ihn bewegte und worunter er litt: Hunger, Angst, Ungewissheit, Heimweh und die Sehnsucht nach den Freunden und der Familie finden sich in seinen Aufzeichnungen. Er schrieb in französischer Sprache, nicht auf Luxemburgisch oder auf Deutsch, um sich von den deutschen Besatzern abzugrenzen.

Vor allem der ständige Hunger setzte ihm zu. Schon als er am 21. September 1944 im Fort Zinna in Torgau ankam, schrieb er: "Es ist kalt. Mich quält der Hunger." Auch seinen 23. Geburtstag im Dezember 1944 musste er in Torgau in Haft verbringen. Es war ein besonders schwerer Tag für ihn: "Ich könnte so viel schreiben, da mir viele Dinge durch den Kopf gehen, aber aus Vorsicht verzichte ich darauf", notierte er. Er schrieb aber genau auf, was es zu essen gab, und war glücklich über ein Stück Butter: "Abendessen: zwei Scheiben Brot, Kaffee und ein Stück Butter. Wie gut das schmeckt 'Brot mit Butter'". Wenige Tage später war Weihnachten und er war mit seinen Gedanken zuhause: "Dann träume ich von der schönen Krippe und dem Weihnachtsbaum."



Joseph Stephany in der Uniform der belgischen Armée Secrète, Nachkriegszeit

Immer wieder erfuhr Joseph Stephany, dass andere Luxemburger Häftlinge im Fort Zinna zum Tode verurteilt und direkt auf dem Gelände hingerichtet wurden. Das machte ihm besonders zu schaffen – für die Nachwelt hielt er alle Namen in seinem Tagebuch fest. Er selbst konnte einem Todesurteil wegen Fahnenflucht und bewaffnetem Widerstand nur durch Glück entgehen. Er überlebte die Haft und den Zweiten Weltkrieg, im Mai 1945 kam er wieder in seiner Heimat Luxemburg an.

Nun ist die Veröffentlichung des Tagebuchs als eines bedeutenden Zeugnisses von Verfolgung und Haft im Zweiten Weltkrieg geplant. Dafür arbeiten das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau und das Nationale Militärgeschichtliche Museum in Luxemburg (Musée National d'Histoire Militaire) sowie Richard Stephany, der Sohn Joseph Stephanys, zusammen. Schülerinnen und Schüler des Johann-Walter-Gymnasiums in Torgau haben das Tagebuch gemeinsam mit ihrer Französischlehrerin Kerstin Stephan bereits ins Deutsche übersetzt.

GEDENKSTÄTTE BAUTZEN

Gedenkstätte Bautzen Weigangstraße 8a | 02625 Bautzen Telefon 03591 40474 | Fax 03591 40475 info.bautzen@stsg.de www.gedenkstaette-bautzen.de

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Seit 2020 fanden im historischen Gebäude Restaurierungsarbeiten an den Wänden statt. Nach mehr als 30 Jahren seit Schließung des Gefängnisses lösten sich Farben, Lacke, Putz und Tapeten vom Untergrund ab. Es wurde nach einem Verfahren zur Restaurierung dieser Schäden gesucht, bei dem die Altbestände weder entfernt noch neu übermalt würden.

Nach der Erprobung wurde als erstes der Bereich des Gedenkstätteneingangs überarbeitet. Dies fand bei laufendem Betrieb statt – so konnten die Gäste die Maßnahmen beobachten und Fragen stellen. Weitere Restaurierungsarbeiten fanden im ehemaligen Isolations- und im Verwaltungstrakt statt. Letzterer war in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre nicht denkmalgerecht modernisiert worden.

Die Fortführung der Baumaßnahmen zur Brandschutzertüchtigung der gesamten Gebäudeanlage wurde im Berichtszeitraum weitgehend zum Abschluss gebracht. Sie vereinigt die denkmalpflegerischen, dem Nutzungskonzept entsprechenden mit den brandschutzrechtlichen Interessen. Die Arbeiten am behindertengerechten Aufzug im fertigen Not-Treppenhaus wurden fortgeführt.

Alle Maßnahmen wurden durch die Gedenkstätte, den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB), verschiedene Ingenieurbüros und Sachverständige, das Landesamt für Denkmalpflege Sachsen sowie engagierte Fachfirmen umgesetzt. Zusätzlich erfolgten Bauerhaltungsmaßnahmen, Pflegearbeiten und Reparaturen im gesamten Gedenkstättenbereich.

Sonderausstellungen in der Gedenkstätte

Im Berichtszeitraum zeigte die Gedenkstätte Bautzen mehrere Sonderausstellungen, so im Jahr 2019 die Ausstellung "Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19" von Ute und Bettina Frevert. Sie wurde von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegeben. Mit vielen Fotos erinnert sie an ein Jahrhundert deutscher Geschichte, QR-Codes verlinkten auf abrufbare Medieninhalte.

Ebenfalls 2019 wurden die Kunstobjekte "Licht bewegt" des Recklinghausener Künstlers Ludger Hinse präsentiert. Er erschafft seit 20 Jahren Kreuzkunstwerke aus Plexiglas, Blech, Bronze oder Edelstahl. Die Kunstwerke und Figuren zeigten "Leidensköpfe", ein Sonnenkreuz schloss den Hauptzellentrakt als "Hoffnungszeichen" (Hinse) ab.

Leider mussten 2020 die geplanten Gedenkfeierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Gefangenenaufstandes im Bautzener "Gelben Elend" abgesagt werden. Nur die schon aufgebaute Ausstellung "Der vergessene Gefangenenaufstand. Das Bautzener "Gelbe Elend" im März 1950" konnte nach der Wiedereröffnung der Gedenkstätte besichtigt werden. Am 31. März 1950 erhoben sich 6000 Gefangene gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Bautzener "Gelben Elend". Wenige Wochen zuvor war das Bautzener Speziallager von der sowjetischen Besatzungsmacht an die neu gegründete DDR übergeben worden. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen und die Häftlinge schwer misshandelt.

Die von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitete Wanderausstellung "1989 Zeitenwende: Osteuropa zwischen Friedlicher Revolution und Gewalt" mit Fotos des Fotojournalisten Mirko Krizanovic war von Oktober bis November 2020 in der Gedenkstätte Bautzen zu sehen.



Graphic Novel aus dem Projekt "Ich Meine" – Der Fall Waterkotte

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Die Gedenkstätte ist ein überregional bedeutender Ort politisch-historischer Bildung und ein wichtiger Anziehungspunkt für zeitgeschichtlich interessierte Touristinnen und Touristen. Neben Schulklassen besuchen viele Reisegruppen und einzelne Gäste die Gedenkstätte. Bei den Publikumszahlen vor Ort war zwischen 2018 und 2019 ein enormer Anstieg von 80 155 auf 93 914 zu verzeichnen. Durch die Coronapandemie (3 ½ Monate Schließzeit) brach die Zahl 2020 mit 66 014 Personen jedoch massiv ein.

Dem Publikum wird ein umfangreiches pädagogisches Angebot zur Geschichte der beiden Haftorte Bautzen I und Bautzen II geboten: Neben der Besichtigung der Ausstellungen können fünf verschiedene thematische Führungen und sieben unterschiedliche Projekte durchgeführt werden. Ziel ist die Modernisierung der bisherigen Angebote mit zeitgemäßen Methoden. So sucht das Projekt "Mystery – Speziallager Bautzen" nach Antworten auf eine Ausgangsfrage. Und das Projekt "ICH MEINE! Ein Projekt zur Meinungsfreiheit" beinhaltet die Auseinandersetzung mit Meinungsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart; als Materialvorlage dienen Graphic Novels.

Die Publikumsreferentinnen und -referenten tragen mit ihrem Engagement wesentlich dazu bei, in diesem Bereich der Gedenkstättenarbeit das hohe Niveau der Vorjahre qualitativ und quantitativ aufrechtzuerhalten. Besonders in den Live-Online-Rundgängen während der Schließzeiten durch Corona gelange es ihnen, das Publikum zu begeistern. Die Live-Online-Führungen wurden auf dem YouTube-Kanal der StSG gezeigt.

Im Berichtszeitraum übernahm eine Wachschutzfirma die Betreuung des Publikums und die Beaufsichtigung der Gedenkstätte an den Wochenenden und Feiertagen. An vielen Wochenenden führten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Gäste durch den historischen Ort und berichteten von ihren Erlebnissen als politische Gefangene.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020

Besondere Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen stießen auf eine breite öffentliche Wahrnehmung und zogen viele Interessierte an.

Wie in den Jahren zuvor war vor allem jeweils der Tag des offenen Denkmals besonders stark frequentiert. Ungefähr 40 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichteten von ihren Hafterfahrungen, das Angebot nahmen jeweils mehr als 1500 Interessierte wahr.



Kino im Freihof in der Gedenkstätte Bautzen

Einige Höhepunkte waren 2019 u. a. die Uraufführung der Kunstperformance "Das Leid der Welt" im Kontext der Sonderausstellung "Licht bewegt" mit Ludger Hinse und Hans Narva: Inmitten seiner Kunstwerke rezitierte der Künstler Ludger Hinse verschiedene literarische Werke zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, wobei er von Hans Narva musikalisch begleitet wurde.

Im Rahmen des Bautzen-Forums fand 2019 in der Gedenkstätte Bautzen unter dem Titel "Wir erinnern!" ein Poetry-Slam mit preisgekrönter Besetzung statt. Vier Poetinnen und Poeten setzen sich künstlerisch, lyrisch und literarisch mit der Erinnerung an die DDR auseinander

Die Veranstaltungsreihe "Kino im Freihof" lief 2019 unter dem Thema "Vorbereitung zum Hochverrat". Mit diesem Vorwurf waren während des Zweiten Weltkriegs viele Menschen in den Bautzener Gefängnissen eingesperrt und wurden später hingerichtet. Vier Filme widmeten sich diesem Themenkomplex.

Anlässlich der Öffnung der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II vor 30 Jahren trug der ehemalige Bautzen-II-Häftling Gerhard Bause am 13. November 2019 in der Lesung "Ohne Ruhe rollt das Meer" seine Gedichte und Geschichten vor. Musikalisch begleitet wurde er von Stephan Krawczyk.

Zum Volkstrauertag 2019 setzten sich Roman Knižka und das Ensemble Opus 45 im Konzert "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen" mit der Problematik Rechtsextremismus, rechtsextreme Übergriffe, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Terror sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR auseinander und gedachten zugleich der Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland.

Die Gedenkstätte Bautzen beteiligte sich am 27. Januar 2020 anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus an dem bundesweiten Projekt #LichterGegenDunkelheit. Die Lichtinstallation rückte die Gefängnisse als Teil des Terrorregimes der Nazis in den Blick. Die Positionslichter und Lichtcollagen machten die Bautzener Gefängnisse über die Grenzen der Stadt hinaus sichtbar.



#LichterGegenDunkelheit in der Gedenkstätte Bautzen

Im Rahmen des Sechsstädtebundfestivals 2020 "Kommen und Gehen" fand in der Gedenkstätte Bautzen eine Musikperformance zum Thema "Die vier Leben des Benedykt Szuminski" statt. Sechs Künstlerinnen und Künstler erarbeiteten eine künstlerische Reflexion des Schicksals des Häftlings Benedykt Szuminski.

Die Vorstellung des preisgekrönten Buches "Das Jahr 1990 freilegen" von Jan Wenzel (Herausgeber) fand im Rahmen des Bautzen-Forums 2020 statt. Das Jahr des Mauerfalls 1989 ist allen noch in Erinnerung. Doch erst 1990 haben die großen politischen Veränderungen stattgefunden. Der Alltag der DDR-Bürger änderte sich massiv. Mit zeitgenössischen Bilddokumenten und essayistischen Reflexionen verdeutlicht das Buch verschiedene Aspekte des Jahres 1990.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

In verschiedenen Archiven wurde nach Quellen zur Geschichte der Bautzener Gefängnisse recherchiert. Mit Beginn der Schließungen der Archive aufgrund der Coronamaßnahmen nahm die Intensität der Recherchen ab. Die Anzahl der Publikationen in der Gedenkstättenbibliothek wurde erhöht und die Sammlung der Gedenkstätte erweitert. Verschiedene Objekte wurden der Gedenkstätte übergeben – so beispielsweise das Tagebuch eines ehemaligen Speziallagerhäftlings nebst Fotos und weiteren Informationen über seine Biografie.

Das Archiv ist für Interessierte nach Voranmeldung nutzbar. Die Gedenkstättenbibliothek ist als Präsenzbibliothek wochentags innerhalb der regulären Öffnungszeiten nutzbar, zudem nach Voranmeldung auch innerhalb anderer Zeitfenster.

50 5:



Der Zeitzeuge Hossein Yazdi am Tag des offenen Denkmals 2019

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Der Kontakt zu ehemaligen Häftlingen und Hinterbliebenen ist nach wie vor wichtig für die Arbeit der Gedenkstätte in Bautzen. In persönlichen Kontakten, am Tag des offenen Denkmals sowie in Interviews und Treffen mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen tragen sie maßgeblich dazu bei, die Gedenkstätte bei neuen Fragestellungen und Projekten zu unterstützen. Das wurde auch bei verschiedenen Veranstaltungen und den Online-Projekten wieder besonders deutlich.

Die Anfragen nach Schicksalsklärungen durch Verwandte und Hinterbliebene sowie im Zusammenhang mit Forschungsprojekten waren im Berichtszeitraum auf einem unverändert hohen Niveau. Neben der Klärung von konkreten Haftgründen und -verläufen sowie Sterbedaten und -orten von Inhaftierten des sowjetischen Speziallagers Bautzen und des DDR-Strafvollzugs in Bautzen I und II sind zunehmend Anfragen von Angehörigen zu verzeichnen, deren Verwandte während des Nationalsozialismus in Bautzen inhaftiert waren. Oftmals erfolgen diese Nachfragen während eines persönlichen Besuchs der Gedenkstätte Bautzen oder im Anschluss daran. Mithilfe der zur Verfügung stehenden Datenbanken und Quellen vor Ort kann der Verbleib der Angehörigen bzw. der gesuchten Personen des Speziallagers Bautzen meist geklärt werden. Schwieriger bleibt die Beantwortung nach Haftverläufen von Betroffenen des NS- und des DDR-Strafvollzugs, da es hier keine vergleichbare Datengrundlage gibt. Anfragenden kann dann nur mit Hinweisen zu weiteren Recherchemöglichkeiten beim Hauptstaatsarchiv Dresden, dem Stasi-Unterlagen-Archiv oder dem Bundesarchiv weitergeholfen werden.

Gerhard Bause

(* 1961)

ie Last wiegt schwer: Fast zwei Jahre lang war Gerhard Bause (geboren 1961 in Leinefelde) als politischer Häftling des SED-Regimes hinter Gittern von der Außenwelt isoliert. Er saß zunächst in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Erfurt ein und musste dann in Cottbus, in Karl-Marx-Stadt und seit Februar 1989 schließlich in Bautzen II seine Strafhaft verbüßen. Ein Protestschreiben war ihm zum Verhängnis geworden.

Jahr für Jahr organisierte die DDR-Führung Mitte Januar in Berlin Großdemonstrationen zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. An der Januardemonstration 1988 beteiligten sich viele Oppositionelle, die den medialen Rahmen nutzten, um ihren Protest gegen die SED-Diktatur kundzutun. Mehr als 120 Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler wurden festgenommen, darunter auch der bekannte Liedermacher Stephan Krawczyk, der auf sein Auftrittsverbot aufmerksam machte. Gerhard und Dorit Bause verfassten mit Freunden in Leinefelde eine Resolution, in der sie die Freilassung der zu Unrecht inhaftierten Bürgerrechtler forderten.

Im Februar 1988 wurde das Ehepaar von der Stasi festgenommen. Gerhard Bause wurde zu einem Jahr und zehn Monaten Haft verurteilt, Dorit Bauses Urteil lautete auf sechs Monate. Sie musste ihre Strafe im berüchtigten Frauengefängnis in Hoheneck verbüßen.

Während des Umbruchs im November 1989 wurde Gerhard Bause durch Amnestiebeschluss aus der Sonderhaftanstalt Bautzen II entlassen. Obwohl das SED-Regime bereits bröckelte, musste er nun innerhalb von 48 Stunden die DDR verlassen.

Viele Jahre lang versuchten Gerhard und Doris Bause, dieses dunkle Kapitel ihres Lebens zu verdrängen, doch irgendwann wollten sie sich nicht mehr hinter dem Schweigen verstecken. Beide begannen, sich für Projekte der historischen DDR-Aufarbeitung zu engagieren. Gerhard Bause ist – rund drei Jahrzehnte nach seiner Haft in Bautzen und der Ausbürgerung in die damalige Bundesrepublik Deutschland – nun einen weiteren, sehr berührenden Schritt zur Überwindung dieses Schweigens gegangen: Er begann zu schreiben. Seine Texte erzählen von seiner Inhaftierung, vom trostlosen Alltag, von Ohnmachtsgefühlen, Ängsten, Sehnsüchten und Hoffnungen und von den Schwierigkeiten des Überwindens der Erlebnisse.



Gerhard Bause

Spätfolgen

Bautzen Zwei, in der traurigen Stadt. Denk ich an dich, bin ich um den Schlaf gebracht.

Hab ich dich vor Augen, so komm ich nicht zur Ruh. Hör ich deinen Namen, schnürt 's mir die Kehle zu.

Bautzen Zwei, du berühmte Traurigkeit. Und wieder komm ich dich besuchen. Es sind die Wunden im Kopf, die Spätfolgen, die mich immer wieder heimsuchen.

Doch ich muss leben damit und will nicht länger traurig sein!

Aus: Gerhard Bause: Ohne Ruhe rollt das Meer. Gedichte & Erinnerungen, Kyffhäuserland 2018

DOKUMENTATIONSSTELLE DRESDEN

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Dokumentationsstelle Dresden
Dülferstraße 1 | 01069 Dresden
Telefon 0351 4695547 | Fax 0351 4695541
auskunft.dokstelle@stsg.de
www.dokst.de

ie Dokumentationsstelle Dresden hilft, die Verfolgungsgeschichte und den Verbleib von Menschen zu klären, die während der nationalsozialistischen Diktatur oder in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und in der DDR ihrer Freiheit oder ihres Lebens beraubt worden sind. Sie erteilt Auskünfte an Angehörige, öffentliche Stellen, Journalistinnen und Journalisten, Gedenkstätten, Historikerinnen und Historiker, Heimatforschende und Aufarbeitungsinitiativen. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes unterstützt die Dokumentationsstelle Bemühungen um die Rehabilitierung von Deutschen, die von sowjetischen Organen zu Unrecht aus politischen Gründen verfolgt wurden. Als wissenschaftliche Einrichtung erschließt die Dokumentationsstelle historische Unterlagen und vermittelt die Ergebnisse in die Öffentlichkeit - über Online-Datenbanken, Gedenkbücher, Erinnerungsberichte oder geschichtswissenschaftliche Studien. Bundesweit einzigartig ist die Sammlung von Unterlagen zu Deutschen, die nach 1945 von sowjetischen oder DDR-Straforganen verfolgt worden sind zum Beispiel zu Internierten in sowjetischen Speziallagern oder Zivilisten und Soldaten, die von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilt wurden. Weitere Sammlungsschwerpunkte sind Unterlagen zu Grabstätten sowjetischer Bürger in Sachsen, zu Angehörigen der Roten Armee in deutscher Kriegsgefangenschaft sowie zu frühen NS-Konzentrationslagern (1933–1937) in Sachsen. Durch ihre Arbeit hält die Dokumentationsstelle die Erinnerung an die Verfolgten wach und befördert die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Familie und Gesellschaft.

Umfangreicher Ausbau der Website www.dokst.de und Veröffentlichungen

Die Website der Dokumentationsstelle ist das zentrale Instrument zur Vermittlung ihrer Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit. Im Berichtszeitraum erfolgte ihre umfangreiche Erweiterung, insbesondere in Bezug auf die Zugriffsmöglichkeiten von Nutzern auf Datenbankbestände der Dokumentationsstelle.

So ermöglicht seit Juli 2020 ein Suchfeld direkt auf der Startseite der Website die Abfrage der in der Personendatenbank der Dokumentationsstelle verzeichneten Informationen. Etwa drei Millionen Einträge können nach Namen und Geburtsort durchsucht werden. Die Einträge sind tagesaktuell, das heißt, sie sind immer auf dem neuesten Stand der Personenrecherchen. Ergänzt wird die Startseite um einen Direktzugriff auf ausgewählte Biografien, die erfolgreiche Klärungen der Verfolgungsgeschichte und des Verbleibs von Gesuchten veranschaulichen.

Anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges wurden auf der russischsprachigen Version der Website (www.dokst.ru) im Frühjahr 2020 Biografien sowjetischer Staatsangehöriger veröffentlicht, die während des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene in Sachsen in Gewahrsam waren oder zur Zwangsarbeit nach Sachsen verschleppt wurden.

Außerdem gibt eine digitale Karte auf der Website seit Frühjahr 2020 einen Überblick über die regionale Verteilung der Kriegsgräberstätten sowjetischer Kriegsgefangener und NS-Zwangsarbeiter in Sachsen und verbessert auf diese Weise den Zugriff auf die zu ihnen vorhandenen Informationen. Die einzelnen Grabstätten sind auf der Grundlage der verfügbaren Geodaten auf der digitalen Karte verzeichnet, per Mausklick gelangt man zu detaillierten Beschreibungen der jeweiligen Grabstätte. Die Einträge wurden bereits im Jahre 2008 erstellt, nun aber um genauere Informationen zur Lage und zu örtlichen Ansprechpersonen ergänzt. Außerdem wurde die Möglichkeit geschaffen, per Webformular Korrekturen anzumelden und aktuelle Bilder hochzuladen, wovon Heimatforschende und örtliche Aufarbeitungsinitiativen, aber auch historisch interessierte Einzelpersonen bereits Gebrauch machten. Des Weiteren kann nach den Namen der Bestatteten gesucht werden. Die digitale Karte, die Ortsbeschreibungen und die Namensverzeichnisse sind sowohl in deutscher als auch in russischer Sprache verfügbar.

Die nach wie vor hohe Reputation der Dokumentationsstelle in Bezug auf die Schicksalsklärung zu sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam spiegelt sich auch darin wider, dass die russische Präsidentenbibliothek Boris Jelzin mit Sitz in Sankt Petersburg auf ihrem Online-Portal mit Archivdokumenten und Internetressourcen zum Zweiten Weltkrieg auch einen Link auf die Internetdatenbank der Dokumentationsstelle Dresden zu sowjetischen Kriegsgefangenen veröffentlicht hat. Es ist die einzige Verknüpfung auf eine Internetressource außerhalb Russlands und anderer Folgestaaten der Sowjetunion.

Die beträchtlichen Zugriffszahlen auf die Website sowie die stetig wachsende Zahl von Anfragen nach Auskunft zu Personen, die auf Online-Recherchen in den Datenbanken der Dokumentationsstelle zurückgeführt werden können, reflektieren ebenfalls den Erfolg der konsequenten Umsetzung der Onlinestrategie.

Neben dem Ausbau der Website sind Veröffentlichungen ein wichtiges Medium zur Vermittlung der Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit. Im Frühjahr 2019 stellte die Dokumentationsstelle alle wesentlichen Informationen über das Verfahren der Rehabilitation deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung in einer übersichtlichen Broschüre zusammen. Sie beleuchtet die juristischen Grundlagen und die Praxis der Rehabilitierung, enthält Hinweise auf Recherchemöglichkeiten und gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Thema. Darüber hinaus zeigt der Leitfaden anhand von fünf Fallbeispielen die damit verbundenen Erkenntnismöglichkeiten. Er richtet sich vor allem an Angehörige, aber auch an Forschende und Gedenkinitiativen.

Im Frühjahr 2020 erschien die Broschüre mit dem deutschen Titel "Ich kam hierher. Ich fand Dich. Ich habe Dich nicht vergessen." zweisprachig in Deutsch und Russisch. Mit ihr werden Angehörigen, historisch Interessierten und Gemeinden, in denen sich sowjetische Kriegsgräber befinden, Informationen darüber zur Verfügung gestellt, auf welchen Wegen und über welche Institutionen sich das bislang ungeklärte Schicksal von zahlreichen in Sachsen vermissten oder umgekommenen sowjetischen Staatsangehörigen klären lässt.

Im August 2020 wurde der Informationsflyer komplett überarbeitet, auf doppelten Umfang erweitert und vollkommen neu gestaltet. Außerdem entstand eine russischsprachige Fassung.



Titelbild der Broschüre "Ich kam hierher. Ich fand Dich. Ich habe Dich nicht vergessen."

Wahrnehmung von Aufgaben bei der Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer strafrechtlich-politischer Verfolgung für das Auswärtige Amt

Hunderttausende Deutsche wurden während des Zweiten Weltkrieges oder danach von gerichtlichen und außergerichtlichen sowjetischen Organen verfolgt, viele von ihnen zu Unrecht aus politischen Gründen verurteilt. Nach einem Gesetz der Russischen Föderation sind die Überprüfung der Urteile und die Rehabilitierung möglich. Das Auswärtige Amt übertrug im Mai 2008 dem Freistaat Sachsen und dieser der Dokumentationsstelle die Aufgabe der Betreuung von Personen, die ihre oder die Rehabilitierung Dritter auf Grundlage des oben genannten Gesetzes anstreben. Die Aufgabenwahrnehmung umfasst insbesondere die Beratung, die Übersetzung und Weiterleitung von Anträgen an russische Stellen, die Übersetzung der Bescheide, ihre Weiterleitung an die Antragsteller sowie Auskünfte an amtliche Stellen wie zum Beispiel Vermögensämter.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN **TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020**

2019 wurden in Moskau 122 Anträge auf Urteilsüberprüfung eingereicht, 2020 waren es 188 Anträge. 2019 wurden 129 und 2020 108 aus Moskau erhaltene Bescheide zugestellt. In der Verantwortung der Dokumentationsstelle liegen auch die Übersetzung der Anträge in die russische Sprache und die Übersetzung der Bescheide aus dem Russischen ins Deutsche.



als Gegenstand regionaler Forschung



Videointerview mit dem Dresdner SMT-Verurteilten Rudolf Jost

Im Falle einer Rehabilitierung kann Einsicht in die Strafakte beantragt werden. Auf notariell beglaubigte Vollmacht übernimmt die Dokumentationsstelle der Stiftung diese Einsichtnahme vor Ort in Moskau. Im Jahr 2019 wurden 14 Strafakten im FSB-Archiv eingesehen. Aufgrund der Coronapandemie konnte die Akteneinsicht 2020 nicht fortgesetzt werden.

Auf der Website der Dokumentationsstelle erhalten Nutzer einen Zugriff auf tagesaktuelle Informationen in mehr als 13 600 Datensätzen zu erfolgten Rehabilitierungen. Neben den Personendaten und dem Verurteilungsdatum werden seit Dezember 2020 auch Rehabilitierungsbescheide ausgegeben. Insgesamt wurden in den vergangenen drei Jahren mehr als 9800 Rehabilitierungsbescheide digitalisiert, in die Datenbank importiert und damit öffentlich zugänglich gemacht. Dabei handelt es sich um Bescheide, die seitens des Auswärtigen Amtes nicht an Betroffene oder deren Angehörige zugestellt werden konnten, um Bescheide, für deren Veröffentlichung eine Einverständniserklärung der Betroffenen oder Angehörigen vorliegt sowie um Bescheide, für die die Schutzfristen nach deutschem Archivrecht abgelaufen sind.

Drittmittel-Forschungsprojekt "Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... ' - Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) in Dresden"

Ziel des Projektes ist es, sämtliche SMT-Urteile gegen Deutsche in Dresden zwischen 1945 und 1953 zu ermitteln, zu dokumentieren und wissenschaftlich auszuwerten. Die Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden, die als Kooperationspartnerinnen beteiligt sind, können die Projektergebnisse für ihre Bildungs- und Vermittlungsarbeit nutzen. Das Projekt wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kofinanziert.

In Vorbereitung des Projekts veranstaltete die Dokumentationsstelle im Frühjahr 2019 in Dresden den Fachworkshop "Verurteilte sowjetischer Militärtribunale (SMT) als Gegenstand regionaler Forschung".

Die Kopien von 101 Gnadengesuchen der in Dresden 1950–1952 durch SMT zum Tode verurteilten Deutschen nebst Entscheidungsvorlagen des Obersten Gerichts für das Präsidium des Obersten Sowjets wurden im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) recherchiert. Im Rahmen des Projektes konnten außerdem mehr als 1000 Seiten Kopien aus dem Russischen Staatlichen Militärarchiv (RGWA) erschlossen und in die Sammlung der Dokumentationsstelle zu Verurteilten sowjetischer



Auszug aus der persönlichen Gefangenenakte von Gustav Grumptmann

Militärtribunale (SMT) integriert werden. Sie betreffen auch 21 Männer aus Sachsen, die nach ihrer Verurteilung durch sowjetische Militärgerichte zwischen 1947 und 1953 in Lager in der Sowjetunion deportiert wurden.

Im Berichtszeitraum wurde außerdem ein Videointerview mit dem 93-jährigen Dresdner SMT-Verurteilten Rudolf Jost geführt. Es ist auf dem YouTube-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten abrufbar.

Schicksalsklärung und Beauskunftung

Insgesamt gingen im Jahr 2019 750 Anträge auf Auskunft zu Personen ein, im Jahr 2020 waren es 1159 Anträge. Jeweils etwa ein Drittel bis die Hälfte der Anträge pro Jahr betrafen Personen, die in Speziallagern der sowjetischen Geheimpolizei interniert und/oder von SMT verurteilt wurden.

Im Jahr 2020 wurde zudem ein starker Anstieg der Anfragen zu sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam verzeichnet. Hintergrund war der 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, der in der russischen Öffentlichkeit als "Tag des Sieges" große Aufmerksamkeit erfährt. Viele Angehörige werden dadurch zur Suche nach ihren Vorfahren angespornt, die während des "Großen Vaterländischen Krieges" (1941–1945) kämpften und in deutsche Gefangenschaft gerieten bzw. seitdem als vermisst gelten. Obgleich die Dokumentationsstelle Dresden seit Beendigung

der Bundesförderung für ihr internationales Projekt zu sowietischen und deutschen Kriegsgefangenen (2000 bis 2014) nur noch Auskünfte zum Verbleib von Kriegsgefangenen auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen erteilen kann, ist sie bislang die wichtigste Anlaufstelle für entsprechende Anfragen in der Bundesrepublik Deutschland geblieben. Auf die im Rahmen des Forschungsprojektes entstandene Personendatenbank mit mehr als 900 000 Datensätzen, die auf der russischsprachigen Website der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Teilen durchsuchbar ist, werden hunderttausendfache Zugriffe verzeichnet. Sofern die angefragten Personen nicht auf dem Territorium des heutigen Freistaates Sachsen gefangen gehalten wurden, werden die Anfragenden an das Bundesarchiv in Berlin verwiesen, das seit 2017 mit der Beauskunftung beauftragt ist. Im Berichtszeitraum wurden 69 Anfragen zu sowjetischen Kriegsgefangenen in Sachsen beantwortet.

Jeweils etwa 900 Anträge pro Jahr stammten von Angehörigen. 2019 stammten 256 Anträge auf Auskunft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen sowie Medien, 2020 waren es 247. Umfangreiche Auskünfte wurden unter anderem für Forschungs- bzw. Gedenkprojekte zu Opfern sowjetischer Internierungs- bzw. Verurteilungspraxis in Schkeuditz, Buchenwald, Zerbst sowie Torgau erteilt. Auskunftsersuchen von Ämtern beziehen sich vor allem auf die Bereiche Vermögensrückgabe oder Haftentschädigung. Insgesamt lagen 2019 acht und 2020 vier Anträge von Ämtern vor.

Neben der Auskunftserteilung gehört die permanente Bearbeitung von Datensätzen in der zentralen Personendatenbank sowie deren ständige Optimierung zum Tagesgeschäft, was zwar weniger öffentlich sichtbar, dessen ungeachtet jedoch unentbehrlich ist. Die Auswertbarkeit der Datenbank wurde insbesondere durch die enorm zeitaufwendige Vereinheitlichung der Felder "Strafnorm" und "Gericht" erheblich verbessert.

Last but not least sei noch erwähnt, dass am 23. September 2020 organisiert durch die Dokumentationsstelle das erste Arbeitstreffen zum Aufgabenbereich "Dokumente – Auskünfte – Schicksalsklärung" stattfand. Daran nahmen Beschäftigte der Arbeitsstellen der Stiftung sowie der von ihr institutionell oder auf Projektbasis geförderten Einrichtungen teil, die in diesem Arbeitsbereich aktiv sind. Das Arbeitstreffen diente der Vernetzung, dem fachlichen Erfahrungsaustausch und der Weiterbildung – etwa zu Sammlungs- und Personendatenbanken, Digitalisierungsaktivitäten und Archivierungsfragen.

Fritz Heinicke

(1905-1969)

ritz Heinicke, geboren am 28. Juli 1905 in Leipzig, wuchs in Dresden auf. Frühzeitig organisierte er sich in der Arbeiterbewegung und übte verschiedene Funktionen aus; 1921 trat er der SPD bei. 1932 war der gelernte Kaufmann als Hauptkassierer in der "Arbeiter- und Angestellten Bank AG Dresden" beschäftigt.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde Fritz Heinicke wegen "politischer Unzuverlässigkeit" entlassen. Er fand Arbeit in einer Kaffee- und Schokoladengroßhandlung, die genutzt wurde, um unter ehemaligen Sozialdemokraten Verbindung zu halten. Später stellte Heinicke seine Wohnung als Treffpunkt für Zusammenkünfte Gleichgesinnter zur Verfügung, bei denen es unter anderem um die Verteilung regimekritischer sozialistischer Zeitungen ging.

Am 12. April 1935 wurde Heinicke zusammen mit anderen Sozialdemokraten verhaftet und am Münchner Platz in Dresden wegen des Verdachts der "Vorbereitung zum Hochverrat" in Untersuchungshaft genommen. In der Verhandlung am 23. April 1936 sprach ihn das Gericht jedoch mangels ausreichender Beweise frei.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges beteiligte sich Heinicke aktiv am Neuaufbau der SPD in Dresden. Nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 stellte er sich an der Seite seines engen Freundes Arno Wend, der Hauptfigur der parteiinternen sozialdemokratischen Opposition, den kommunistischen Machtansprüchen entgegen.

Am 22. September 1948 wurde Heinicke von Angehörigen der politischen Polizei K 5 in Leipzig verhaftet und in das sowjetische Untersuchungsgefängnis am Münchner Platz in Dresden überführt. Die Vernehmer warfen ihm vor, dem sowjetischen Sicherheitsdienst Informa-



Urteil Fritz Heinickes



Fritz Heinicke mit Tochter Renate Heinicke

tionen über die Aktivitäten von Arno Wend vorenthalten zu haben. Fritz Heinicke hatte sich ausweislich der sowjetischen Ermittlungsakte im Oktober 1946 gegenüber dem Geheimdienst der UdSSR (MGB) verpflichtet, regelmäßig über Wend zu berichten – die beiden Freunde waren jedoch übereingekommen, dass Heinicke der Verpflichtung nur zum Schein nachkommen sollte. Wend, der für das Ostbüro der SPD tätig war, schrieb die Spitzelberichte über sich schließlich zum Teil sogar selbst.

Am 13. August 1949 verurteilte die Sonderberatung des MGB (OSO MGB) Fritz Heinicke nach fast einjähriger Untersuchungshaft per Fernurteil auf Grundlage von Artikel 58-14 (Konterrevolutionäre Sabotage) und Artikel 121 (Nichtgeheimhalten von vertraulichen Informationen) StGB der RSFSR zu zehn Jahren "Besserungsarbeitslager" mit Einziehung des Vermögens.

Bereits am 2. September 1949 wurde Heinicke in das Speziallager Sachsenhausen verlegt, von dort kam er am 24. November 1949 in die UdSSR. Über Orscha und das Ust-Wymski-Lager gelangte er nach Workuta. Hier musste er unter widrigsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Im Zuge einer Amnestie nach Stalins Tod wurde Heinicke am 19. Juni 1953 aus Workuta entlassen und in das Sammellager Tapiau bei Königsberg verlegt. Anfang Januar 1954 sah er seine Familie, die seit seiner Verhaftung nichts mehr von ihm gehört hatte, wieder.

Am 11. Juni 1954 flüchtete Fritz Heinicke nach Westberlin. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes, der eine Folge der Lagerhaft war, zog er sich allmählich ins Privatleben zurück. Fritz Heinicke starb am 22. Oktober 1969.

Das Präsidium des 3. Bezirksmilitärgerichts hob am 16. Mai 2002 das Urteil gegen Fritz Heinicke auf und erklärte ihn als Opfer politischer Repressionen für rehabilitiert.

FÖRDERVEREINE

Mit drei Fördervereinen bestanden im Berichtszeitraum Kooperationsvereinbarungen: Mit dem Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V., dem Münchner-Platz-Komitee e.V. und dem Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V.

KURATORIUM GEDENKSTÄTTE SONNENSTEIN E.V.

Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V. c/o Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein Schlosspark 11 | 01796 Pirna Telefon 03501 761448 info@kuratorium-sonnenstein.de www.kuratorium-sonnenstein.de

m Jahr 2019 konnte das Projekt zur Entwicklung einer inklusiven Vermittlung der Geschichte der NS-Krankenmorde in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein (Projektkoordination: Melanie Wahl) durch Menschen mit Behinderung zur Durchführungsreife gebracht werden. In der zweiten Jahreshälfte führten sieben Peer-Referenten 14 Publikumsgruppen durch die Gedenkstätte.

Am 13. Mai 2019 fand in Zusammenarbeit mit dem Verein Kuratorium Altstadt e. V. eine Veranstaltung unter dem Titel: "Gefährdete Denkmale auf dem Sonnenstein" in der Stadtbibliothek Pirna statt. Die schon länger verfolgten Bemühungen beider Vereine und der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein um den Erhalt und die dringend notwendige Notsicherung der ehemaligen Busgarage sowie der früheren Anstaltskirche auf dem Sonnenstein fanden hier ihren Ausdruck und werden fortgesetzt.

Am 13. Juni 2019 fand im Saal der AWO Sonnenstein gGmbH eine Vorführung des Films "Ich werde nicht schweigen" von Esther Gronenborn statt. Bei der Veranstaltung anwesend war neben der Regisseurin, die mit dem Film nicht nur ein Kapitel der eigenen Familiengeschichte aufgearbeitet, sondern auch ein Bild vom Umgang mit den Krankenmorden im Nachkriegsdeutschland gezeigt hat, auch der Historiker Christoph Hanzig. Beide Gäste standen im Anschluss für Fragen zur Verfügung. Durch den persönlichen Einsatz von Frau Gronenborn war es möglich, den Film in das pädagogische Angebot der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein aufzunehmen. Die Ausgestaltung eines dazugehörigen Projektes steht noch aus.

Der filmischen Auseinandersetzung schloss sich am 10. Oktober 2019 eine Lesung mit Cornelia Lotter an, die in der Stadtbibliothek Pirna aus ihrem Roman "Birken-

Ein besonderes Ereignis im Jahr 2019 war der Besuch einer Gruppe aus der Pfarrgemeinde Glattbach am 6. Oktober 2019. Die Gruppe wurde von der Vorstandsvorsitzenden Juliane Hanzig durch die Gedenkstätte geführt und im Anschluss fand eine Andacht statt. Dieser Besuch war sehr bewegend und hallt in der Gemeinde sowie im Verein selbst bis heute nach.

Anlässlich des 120. Geburtstags der Dresdner Malerin Elfriede Lohse-Wächtler wurde am 4. Dezember 2019 eine Informationstafel zu ihrem Leben und Wirken an ihrer Ausbildungsstätte, der ehemaligen Kunstgewerbeschule (heutige Hochschule für Bildende Künste) auf der Güntzstraße in Dresden eingeweiht. Die Initiative war Teil des Projektes "frauenorte sachsen" und wurde durch die Zusammenarbeit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, des Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V. und der Initiatoren des Projektes, des Landesfrauenrat Sachsen e. V., ermöglicht.

Leider mussten viele geplante Termine im Jahr 2020 verschoben oder abgesagt werden. Dennoch wurde am 28. Juni 2020 in Rahmen einer Gedenkveranstaltung an den 80. Jahrestag des Beginns der Krankenmorde auf dem Sonnenstein erinnert. Es standen die Biografien zweier Opfer im Zentrum, die 80 Jahre zuvor an jenem Ort ermordet worden waren.

Zudem wurde am 30. Juni 2020 der Informationsort Gedenkstätte um eine von der Stadt Pirna finanziell geförderte Tafel zur Thematik der ehemaligen Polizeischule erweitert.

Außerdem nutzte der Vorstand die Zeit der Pandemie, um einen aktualisierten Flyer zu entwickeln. Ein weiteres dringendes Vorhaben ist die intensive Überarbeitung und Modernisierung der Vereinswebsite.



Porträtrelief und Infotafel zu Elfriede Lohse-Wächtler



Kranzniederlegung der Gemeinde Glattbach im Gedenkbereich der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein



Mitglieder der Pfarrgemeinde Glattbach im Gedenkbereich

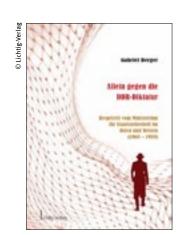
MÜNCHNER-PLATZ-KOMITEE E. V.

Münchner-Platz-Komitee e.V. muenchner-platz-komitee@web.de

as Komitee traf sich wie üblich in zwei- bis dreimonatigen Abständen – mit Ausnahme des Jahres 2020, in welchem die Pandemie allgemein nur eingeschränkte Aktivitäten zuließ.

In Kooperation mit der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden richtete das Komitee jeweils am 27. Januar die zentrale Gedenkveranstaltung der Stadt Dresden im ehemaligen Richthof aus. Es schloss sich jeweils eine Begleitveranstaltung an: 2019 mit einem Vortrag der Leiterin der Gedenkstätte, Dr. Birgit Sack, zu tschechischen Hinrichtungsopfern auf Dresdner Friedhöfen und 2020 mit Vertreterinnen und Vertretern der Stolpersteininitiativen aus Berlin und Dresden – u. a. Anne Thomas, die auch für die Stolpersteine im Ausland, etwa in Polen, zuständig ist.

Das Münchner-Platz-Komitee beteiligte sich an der Betreuung polnischer Gäste, die einen besonderen Bezug zur Gedenkstätte haben. Insbesondere organisierte es jeweils im Juni den Besuch der Gäste aus der Stadt Gostyn und den Gegenbesuch im Oktober 2019. Auch an der Organisation der Konferenz "Nigdy nie wysiedlen" ("Nie mehr Zwangsumsiedlungen") im Dezember 2019 in Gostyn war das Komitee beteiligt.



Allein gegen die DDR-Diktatur



Gedenken an die Opfer der "Czarny Legion" aus Gostyn auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden am 22. Juni 2019 mit dem Gostyńer Bürgermeister Jerzy Kulak

Im Zentrum der Aktivitäten 2019 standen daneben die Ausstellung über Władysław Bartoszewski "Bartoszewski 1922–2015. Widerstand – Erinnerung – Versöhnung" im Haus der Kirche Dresden mit mehreren Begleitveranstaltungen unter anderem mit Anita Baranowska-Koch, Dr. Marcin Barcz, Botschafter a. D. Johannes Bauch und Wolfgang Templin – sowie die Einweihung von Gedenktafeln an den Orten der ehemaligen Außenlager "Schlesiersee" des KZ Groß-Rosen mit Konferenz in Sława/Polen und ein Vortrag am Münchner Platz mit Dr. Andrea Rudorff, jeweils in Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.

2020 veranstaltete das Münchner-Platz-Komitee in Kooperation mit der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden in deren Räumen eine Vorstellung des neuen Buches von Gabriel Berger "Allein gegen die Diktatur" mit dem Autor und war mitverantwortlich für die theatrale Installation "Der Tod ist ein Meister aus D." aus Anlass des 100. Geburtstags von Paul Celan in und mit der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden.

Das Komitee unterstützte daneben sämtliche Veranstaltungen der Gedenkstätte.

FÖRDERVEREIN GEDENKSTÄTTE EHRENHAIN ZEITHAIN E. V.

Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V. c/o Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain Zum Ehrenhain 1 | 01619 Zeithain foerderverein.gezeithain@gmx.de www.zeithain-kriegsgefangene-foerderverein.de

er Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V. traf sich regelmäßig zu seinen Vorstandssitzungen, pandemiebedingt teilweise in Online-Sitzungen. Gemeinsam mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain, der Gemeinde Zeithain und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurden Gedenkveranstaltungen anlässlich der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Zeithain/Jacobsthal veranstaltet.

Regelmäßig nimmt der Förderverein auch an der Kranzniederlegung zu Erinnerung an die erste Begegnung der amerikanischen und sowjetischen Soldaten am 25. April 1945 in Strehla teil. Mit einem Kranz wird an dieses welthistorische Ereignis erinnert.

Seit 10 Jahren besteht zwischen dem Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V. und der Reservistenkameradschaft Achim e.V. eine Partnerschaft. Jährlich reisen die Reservisten aus Achim an und helfen auf den Friedhöfen der Gedenkstätte.

Kranzniederlegung auf dem Waldfriedhof Zeithain durch den Vorstand des Fördervereins





Alle Teilnehmenden des Ortstermins des Petitionsausschusses in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain am 20. August 2020

Der Förderverein der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain reichte im Mai 2019 beim Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages eine Petition ein, auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Zeithain einen Geschichtslehrpfad, wenn möglich, kombiniert mit einem Naturlehrpfad einzurichten. Am 20. August 2020 fand ein Ortstermin des Petitionsausschusses in der Gedenkstätte statt. Neben dem Abgeordneten des Sächsischen Landtages und Mitglied des Petitionsausschusses Frank Richter waren etliche weitere Teilnehmende eingeladen. Der Vorsitzende des Fördervereins, Peter Franke, erläuterte nach der Begrüßung durch Frank Richter und dem stellvertretenden Stiftungsgeschäftsführer Sven Riesel das Anliegen des Fördervereins, auf einer Teilfläche des ehemaligen Lagergeländes mehrere Standorte ehemaliger Gebäude des Lagers zu visualisieren und zu präsentieren. Besucherinnen und Besucher sollen so die Möglichkeit haben, auch außerhalb von Führungen der Gedenkstätte den Ort des Massensterbens besichtigen zu können.

Vertreterinnen und Vertreter des Staatsbetriebs Sachsenforst, der Unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes Meißen, des Sächsischen Landesamtes für Archäologie, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus sowie der Bürgermeister der Gemeinde Zeithain, Ralf Hänsel, waren sich am Ende der Präsentation und des Austausches einig, dass ein Geschichtslehrpfad innerhalb des ehemaligen Geländes des Truppenübungsplatzes Zeithain, das heute als Naturschutzgebiet Gohrischheide-Elbniederterrasse Zeithain eines von zwei Großschutzgebieten des Staatsbetriebes Sachsenforst ist, grundsätzlich umsetzbar ist.

: ÖDDEDVEDEI

GEDENKSTÄTTEN UND AUFARBEITUNGSINITIATIVEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT

(institutionell und über Projekte gefördert)

GEDENKSTÄTTE BAUTZNER STRASSE DRESDEN

Gedenkstätte Bautzner Straße
Bautzner Straße 112a | 01099 Dresden
Telefon 0351 6465454 | Fax 0351 6465443
info@bautzner-strasse-dresden.de
www.bautzner-strasse-dresden.de

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden verfügt mit dem Verwaltungsgebäude, dem Hafthaus und dem sowjetischen Haftkeller heute über eine Gesamtfläche von rund 4500 m² für Ausstellungen, Veranstaltungen, Bildungsarbeit und Verwaltung. Vor dem Lockdown fanden jährlich knapp dreißigtausend Personen aus dem In- und Ausland den Weg in die Gedenkstätte. In den vergangenen zehn Jahren wurde durch verschiedene Projektfinanzierungen der heutige Ausstellungsstand geschaffen, ein Gesamtkonzept konnte infolge der vielen Einzelprojekte bis heute jedoch nicht realisiert werden. Der Gedenkstättenverein ist der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Freistaat Sachsen daher sehr dankbar dafür, dass sie 2019 der Förderung einer Neukonzeption der ständigen Ausstellung und ihrer Umsetzung zustimmten. Die bis Ende 2022 entstehende dauerhafte Präsentation bindet alle historischen Orte innerhalb der Gedenkstätte Bautzner Straße ein und thematisiert deren Bedeutung im Kontext der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR. Verschiedene interaktive Rundgänge sollen die Grundlage für eine selbstständige Erkundung des Hauses durch das Publikum bilden. Die Rundgänge ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Ursachen, Methoden und Folgen politischer Haft sowie mit den betroffenen Akteuren - den politisch Verfolgten auf der einen Seite und den Beschäftigten des Partei, Staats- und Verfolgungsapparates auf der anderen Seite.

Parallel zur Erstellung der neuen Dauerausstellung wird aus Mitteln der Parteien- und Massenorganisationen der DDR (PMO) der ehemalige sowjetische Haftkeller denkmalgerecht saniert und für die Nutzung als umfassender Dauerausstellungsbereich komplett erschlossen. Dazu gehören neben bauhistorischen Untersuchungen der Einbau eines Belüftungssystems sowie die medienund brandschutztechnische Einbindung des gesamten Kellers. Weitere Erhaltungs- und Investitionsmaßnah-

men sind auch in anderen Gebäudeteilen der Gedenkstätte Bautzner Straße vorgesehen. Diese Investitionen bilden eine wichtige Grundlage für die Erneuerung der Dauerausstellung, indem sie die gesamten öffentlichen Bereiche der Gedenkstätte für eine dauerhafte Nutzung bei steigenden Publikumszahlen räumlich und (brandschutz-)technisch erschließen, mit einer durchweg zeitgemäßen Infrastruktur einschließlich WLAN versehen und die Barrierefreiheit verbessern. Mit Umsetzung der geplanten Maßnahmen bis Ende 2022 wird die Gedenkstätte Bautzner Straße als attraktiver, moderner und einladender Ausstellungsort für die langfristige Entwicklung mit wachsenden Publikumszahlen ertüchtigt.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

2019 war die Gedenkstätte dezentraler Ausstellungsort der OSTRALE Biennale, die sich mit dem Leitgedanken
"ismus" auseinandersetzte (12. Juni bis 8. September
2019). Die OSTRALE Biennale zählt zu den großen internationalen Ausstellungen für zeitgenössische Künste in
Deutschland. In der Gedenkstätte Bautzner Straße waren
Kunstwerke von 13 der rund 200 teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler zu erleben: In den historischen Räumen der Gedenkstätte installierte das Team der OSTRALE
Positionen zeitgenössischer internationaler Künstlerinnen und Künstler.

50 Jahre nach Fertigstellung des Dresdner Kulturpalastes eröffnete die Gedenkstätte gemeinsam mit ihren
Partnerinnen und Partnern die interaktive Ausstellung
"Der Weg der Roten Fahne. Ideologie. Kunst. Vision" in
der Schlossstraße, die neben der Debatte um das Wandbild "Der Weg der Roten Fahne" von Gerhard Bondzin auch
das dahinterliegende Geschichtsbild kritisch beleuchtete
(8. Oktober bis 9. November 2019). Zudem war der 30.
Jahrestag der Friedlichen Revolution Anlass, die Dresdner
mit dieser Ausstellung in zwei künstlerisch gestalteten
Containern vor Ort einzuladen, gemeinsam und interaktiv
über die Bedeutung von Werten und Idealen für das heutige Zusammenleben in dieser Stadt nachzudenken.

Im Oktober 2020 zeigte die Gedenkstätte die Ausstellung "Volkmar Sebb. Fotografien aus Auschwitz": Erschüttert von den Eindrücken, die der Dresdner Werbefotograf Volkmar Sebb (1942–2012) bei einem zufälligen Besuch 1969 in dem ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz erlebte, kehrte er immer wieder mit seiner Kamera an den Ort zurück. Ausgestellt wurden seine Fotografien in der DDR nie.



Rolf Blume: "Der Marker" (2018) und "(the) Finder 07" (2013)

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Die Gedenkstätte hat im Berichtszeitraum viele Bildungsangebote für Gruppen entwickelt. 2019 kamen mit zwei Audio-Guides spezielle Angebote für Einzelgäste hinzu. In "Vom sowjetischen Kellergefängnis ins Lager" kommen Zeitzeugen sowie deren Angehörige zu Wort, wobei es um die Vorgeschichte der Inhaftierung, die Haft, die Vernehmungen, die Verurteilung und den Alltag im Straflager geht. Ergänzend wird das Publikum in den historischen Kontext der frühen Besatzungszeit eingeführt.

Der zweite Audioguide "Guten Tag! Sie sind verhaftet!" ist ein begehbares Hörspiel, das in eine fiktive DDR-Gefängniswelt führt. Teilnehmende durchlaufen dabei die Apparatur der Diktatur. Gefängnisinsassen erzählen von ihrem Alltag, von Demütigungen, von ihrer Wut und Resignation. Aber auch die Täter haben eine Stimme – sei es ein fanatischer Aufseher oder der Oberstleutnant beim Verhör. Einzelne Bausteine der Handlung sind an reale Personen und deren Äußerungen sowie an historische Ereignisse angelehnt. In beiden Audioguides hört man die Stimmen bekannter Dresdner Schauspielerinnen und Schauspieler.

Konnte sich die Gedenkstätte 2019 noch über 29 773 Gäste freuen, waren es 2020 noch 15 131. Die Zahl der Führungen und Projekte ging im gleichen Zeitraum von 601 auf 206 zurück.

Besondere Veranstaltungen

Im Rahmen der Open-Air-Ausstellung "Der Weg der Roten Fahne. Ideologie. Kunst. Vision" in der Schlossstraße führte die Gedenkstätte eine Veranstaltungsreihe im Zentrum für Baukultur im Dresdner Kulturpalast durch. Rund um Bondzins Wandbild wurden geschichtsphilosophische und kunsthistorische Aspekte genauso erörtert wie die Frage "Was haben wir davon?". Ausstellung und Veranstaltungen entstanden in Kooperation mit dem Denk Mal Fort! e.V., der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen, der OSTRALE Biennale für zeitgenössische Kunst und dem Sächsischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Im historischen Festsaal war am 13. Oktober 2019 die Semperoper mit der satirischen Kantate "Antiformalistischer Rajok" von Dmitri Schostakowitsch zu Gast. Der russische Komponist hat seine Kantate aus den Phrasen

 ϵ



Moritz Dürr (Sprecher), Martin-Jan Nijhof (Vorsitzender), Sinfoniechor Dresden – Extrachor der Semperoper Dresden

zum Auftrag der Kunst im Kommunismus komponiert – und das Werk aus Angst vor Repression jahrzehntelang versteckt gehalten.

2019 lud die Gedenkstätte noch zu 18 Veranstaltungen ein, 2020 konnten von insgesamt 21 geplanten und teilweise bereits komplett vorbereiteten Veranstaltungen pandemiebedingt nur noch sechs realisiert werden. Ein Teil der entfallenen Veranstaltungen wurde inzwischen nachgeholt oder in ein Online-Format umgewandelt.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Die Vereinsmitglieder Heiko Neumann, der gleichzeitig auch als Vorstand ehrenamtlich tätig ist, und Lina Blumrich erfassten und systematisierten das Objekt-Archiv. Aktuell befinden sich über 1600 Objekte in der Gedenkstättensammlung. Als Ergebnis liegt eine neue Datenbank-Funktion vor, in der mittlerweile 850 Objekte erfasst sind. Zudem wurde ein großer Teil der Objekte fotografiert. Im Rahmen der Erfassung entstand darüber hinaus die Idee, Objekte mit einer eindrucksvollen Geschichte im monatlich erscheinenden Newsletter vorzustellen, was mittlerweile seit längerer Zeit und mit guter Resonanz praktiziert wird.

"The Other Europe" ist der Name einer sechsteiligen Doku-Serie, die 1987–1988 in Ländern Mittel- und Osteuropas, insbesondere der Tschechoslowakei, Ungarn, Ostdeutschland, Polen und Rumänien, gedreht wurde. Der Film wurde von Nick Fraser für den britischen Channel Four produziert, Autor der Reihe ist der Politikwissenschaftler und Publizist Jacques Rupnik. Das gesamte für die Serie erstellte Filmmaterial wurde vom britischen Imperial War Museum, wo es archiviert war, vor geraumer Zeit an die Prager Václav-Havel-Bibliothek übergeben. In Kooperation mit dem Nationalen Filmarchiv in Prag wird das gesamte Material digitalisiert. Als Projekt-Partnerinnen sind neben der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden



Abend der Begegnung 2019

auch das European Solidarity Center in Gdańsk, Polen, die Nationale Széchényi-Bibliothek in Budapest und The Nation's Memory Institute in Bratislava beteiligt, welche die jeweiligen Sprachfassungen und Untertitel sowie Kurzbiografien der interviewten Personen erstellen.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen

Der Abend der Begegnung am 5. Dezember 2019 stand im Zeichen des 30. Jahrestages der Besetzung der Dresdner Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit an der Bautzner Straße. Die widerstandslosen Besetzungen der Dienststellen des MfS waren ein deutliches Zeichen dafür, dass die Macht der SED gebrochen war. Das Jubiläumsjahr nahmen der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Michael Kretschmer und der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Lutz Rathenow gemeinsam mit der Gedenkstätte zum Anlass, ehemalige politisch Verfolgte der DDR zum Abend der Begegnung einzuladen.

Nach der Begrüßung durch Dr. Herbert Wagner wurde das Grußwort des Sächsischen Ministerpräsidenten verlesen. Es folgten Grußworte von Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags, und von Lutz Rathenow. Der Liedermacher und DDR-Dissident Stephan Krawczyk und Gerhard Bause, der zusammen mit seiner Frau und drei Freunden wegen einer Protesterklärung inhaftiert und verurteilt worden war, gestalteten das künstlerische Rahmenprogramm. Stephan Krawczyk sang vertonte Gedichte von Gerhard Bause aus dessen Haftzeit. Ergänzt wurde die Darbietung mit Grafiken des Illustrators Matthias Seifert, die auf eine Großleinwand projiziert wurden. Der Abend der Begegnung fand in Kooperation mit der Sächsischen Staatskanzlei und dem Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt.



Dagmar Göbert

(* 1948)

eit 1960 stand Dagmar Schlegel (* 1948, verh. Janetzky, später Göbert) mit einem Schweizer im Briefwechsel. Sieben Jahre später trafen sie sich das erste Mal in der DDR und wollten zusammenleben. Wegen des Verdachts auf Flucht wurden mehrere IM auf Dagmar Schlegel angesetzt und "Zersetzungsmaßnahmen" durch die Staatssicherheit eingeleitet, die ihr privates Leben und ihre berufliche Laufbahn zerstörten. Seit 1976 durfte die Programmiererin nur noch als Gartenarbeiterin in Dresden-Pillnitz tätig sein. Zermürbt von diesen Repressalien, unternahm sie 1976 zusammen mit einem Freund am Grenzübergang Checkpoint Charlie in Berlin einen Fluchtversuch. Sie gelangten jedoch nur 150 Meter weit in den Grenzbereich, bevor sie festgenommen wurden. Für beide folgte die MfS-Untersuchungshaft in Dresden. Von diesen insgesamt neun Monaten verbrachte Dagmar Göbert nach einer politisch motivierten Zwangseinweisung sieben Wochen zur "psychiatrischen Behandlung" im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf. Sie wurde schließlich wegen "ungesetzlichen Grenzübertritts" und "Grenzverletzung" zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, die sie im Frauengefängnis Hoheneck verbüßen musste.

Nach ihrem Freikauf gelangte sie über das Kaßberg-Gefängnis in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) im September 1977 in die Bundesrepublik, kurz darauf siedelte sie nach West-Berlin um. Dagmar Göbert arbeitete als Programmiererin und engagierte sich für politische Häftlinge in der DDR. Bis 1984 wurde sie nachweislich von IM der DDR-Staatssicherheit überwacht. Um der Bespitzelung zu entkommen, war sie mehrere Jahre in Westafrika tätig. Heute lebt sie in Karlsruhe. Dagmar Göbert ist Mitglied im Trägerverein der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden und setzt sich intensiv für die Aufarbeitung der politischen Verfolgung in der DDR ein.



Harry Schulz

(* 1956)

arry Schulz (* 1956) gehörte während der Schulzeit weder den Pionieren noch der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an, musste für eine Lehrstelle allerdings nachträglich Mitglied der FDJ werden. Ab 1975 war er als Kraftfahrer bei den Dresdner Verkehrsbetrieben tätig. Im Alltagsleben stieß er immer wieder auf Missstände wie Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche oder die eingeschränkte Meinungsfreiheit, die ihn 1986 dazu bewogen, einen Ausreiseantrag zu stellen. Am 13. Februar 1988 beteiligte sich Harry Schulz an der Demonstration anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens. Dort hielt er ein Plakat in die Höhe mit der Aufschrift: "Nie wieder so ein Inferno, aber Freiheit für andersdenkende Menschen". Daraufhin wurde er aus der Menschenmenge herausgegriffen und vor der Hofkirche verhaftet. Nach einem ersten Verhör durch die Volkspolizei in der Schießgasse wurde er in die Bautzner Straße gebracht. Nach wenigen Tagen Untersuchungshaft schloss sich die Gerichtsverhandlung an, wo Harry Schulz wegen "Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit – gemäß § 214" zu 12 Monaten Haft verurteilt wurde. Zum Strafvollzug kam er nach Cottbus, wo er schlimme Zustände und körperliche Gewalt durch die Vollzugsbeamten erlebte.

Harry Schulz wurde freigekauft und gelangte nach einem Aufenthalt im Kaßberg-Gefängnis in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) im Februar 1989 in die Bundesrepublik, seine Frau und die beiden Kinder folgten ihm bald. Harry Schulz war bis zu seinem Ruhestand als Kraftfahrer im öffentlichen Verkehr in Frankfurt am Main tätig und kehrte anschließend in seine Heimatstadt Dresden zurück.

Die Geschichte von Harry Schulz wird neben denen von anderen Zeitzeugen in dem Film "Wir tun nichts Verbotenes" festgehalten, der in der Mediathek der Gedenkstätte zu finden ist.

GEDENKSTÄTTE MUSEUM IN DER "RUNDEN ECKE" LEIPZIG MIT DEM MUSEUM IM STASI-BUNKER

Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" Leipzig Dittrichring 24 | 04003 Leipzig Telefon 0341 961244 3 | Fax 0341 9612499 mail@runde-ecke-leipzig.de www.runde-ecke-leipzig.de

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung der historischen Orte

Der Bürgerkomitee Leipzig e.V. ist Träger der Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" mit dem Museum im Stasi-Bunker. Nur wenige Monate nach der Besetzung der ehemaligen Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit der DDR eröffnete der Verein im August 1990 in originalen Räumen die Ausstellung "Stasi – Macht und Banalität", um über Geschichte, Struktur und Arbeitsweise der Geheimpolizei zu informieren. Zur Gedenkstätte Museum in der Runden Ecke gehören auch die Open-Air-Ausstellungen "Orte der Friedlichen Revolution" im Leipziger Stadtraum, das Museum im Stasi-Bunker bei Machern und die ehemalige Zentrale Hinrichtungsstätte der DDR in der Leipziger Südvorstadt.

Laufende Reparatur- und Sanierungsarbeiten an den denkmalgeschützten Gebäuden und Anlagen waren zum Erhalt derselben notwendig. Nach zwei Jahren konnte 2019 die denkmalgerechte Sanierung des ehemaligen Kommandantenwohnhauses des Museums im Stasi-Bunker abgeschlossen werden. Am 10. Januar 2020 fand die feierliche Eröffnung als Publikumszentrum und Ausstellungsort statt. Zwei Sonderausstellungen wurden dort präsentiert: "Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit" und die vereinseigene Ausstellung "Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution".

Im Juni 2018 war mit dem Freistaat Sachsen (SIB) ein Nutzungsüberlassungsvertrag für die ehemalige Zentrale Hinrichtungsstätte der DDR in Leipzig unterzeichnet worden, sodass die original erhaltenen Räumlichkeiten zu einem justizgeschichtlichen Erinnerungsort umund ausgebaut werden können. Aber trotz intensiver Bemühungen konnte eine Freigabe der im sächsischen

Doppelhaushalt veranschlagten Mittel für die Projektrealisierung durch das Sächsische Staatsministerium der Finanzen im Berichtszeitraum nicht erreicht werden, sodass bislang noch nicht einmal die dringend notwendigen Planungsleistungen beauftragt werden konnten. Im Berichtszeitraum erfolgte die bauliche Abtrennung zum entstehenden Justizzentrum durch das SIB, was seitens der Gedenkstätte intensiv begleitet wurde. Über Projektmittel konnten im Zuge des grundhaften Straßenausbaus der Arndtstraße die öffentliche Erschließung (Wasser, Strom, Fernwärme, Telefon) als Basis für den Betrieb des späteren Erinnerungsortes sowie Maßnahmen zur Trockenlegung realisiert werden, um das bereits stark durchfeuchtete Mauerwerk im Kellergeschoss vor weiterem Feuchtigkeitseintrag zu schützen.

Grundlage der aktuellen Arbeit und Planung der Gedenkstätte ist das von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie vom Leipziger Stadtrat im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes grundsätzlich zur Umsetzung empfohlene "Positionspapier und Mittelfristige Entwicklungskonzept für die Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke", das insbesondere den Erhalt, die Konservierung und die Kontextualisierung der historischen Ausstellung "Stasi - Macht und Banalität" vorsieht. Der Eingangsbereich der Gedenkstätte wurde mit einem modernen, auf den authentischen Ort abgestimmten Eingangstresen aufgewertet, eine Garderobe und ein Seminarraum wurden eingerichtet. Die coronabedingte Schließzeit nutzte die Gedenkstätte für dringend notwendige Restaurierungs- und Reinigungsarbeiten in den historischen Ausstellungsräumen. Bezüglich des künftigen "Forum für Freiheit und Bürgerrechte", zu dem auch die Gedenkstätte als zentraler Bestandteil gehören wird, fanden weitere Workshops und andere Gesprächsformate statt, in denen Teilfragen insbesondere zum Zielbild besprochen wurden.

Ständige Ausstellungen und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Für die Ausstellung "Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution" wurde weiter nach einem dauerhaften Standort außerhalb des Kinosaals gesucht. Da keine für die Stadt Leipzig finanzierbare Fläche gefunden werden konnte, verbleibt die Ausstellung laut vertraglicher Regelung ab April 2019 im ehemaligen Kinosaal der Staatssicherheit. Aufgrund mangelnder Flächen und der Coronapandemie konnten im Berichtszeitraum nur wenige

Sonderausstellungen am Ort präsentiert werden: So wurden die Kabinettsausstellung "Zwei Mal befreit? Leipzig unter amerikanischer und sowietischer Besatzung 1945" sowie seit dem 15. September 2018 die Fotoausstellung "Gwangju 1980" des Korea Verbands Berlin zur Demokratiebewegung Südkoreas ausgestellt. 2019 präsentierte die Gedenkstätte drei Wanderausstellungen: Im März die deutsch-englische Wanderausstellung "Orte der Friedlichen Revolution" in der Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Leipzig, im September "Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution" an den Promenaden am Hauptbahnhof in Leipzig, und im Dezember zeigte der Künstler Martin Hermeling in seinem Atelier die Sonderausstellung "Herbst 89". In Bukarest wurde mit Unterstützung der deutschen Botschaft am 3. Oktober 2019 die deutsch-rumänische Wanderausstellung zu den "Orten der Friedlichen Revolution in Leipzig" im dortigen Stadtmuseum gemeinsam mit dem Botschafter und dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig eröffnet. Coronabedingt konnten 2020 keine eigenen Wanderausstellungen an anderen Orten präsentiert werden.

Die 2019 begonnenen Arbeiten an der Open-Air-Ausstellung "Von der Burg zur Stasizentrale – Erinnerungen an den Leipziger Matthäikirchhof" wurden 2020 intensiv weitergeführt. Es entstand ein Drehbuch, in das die Ergebnisse aus den umfangreichen Archiv- und Bibliotheksrecherchen eingeflossen sind, die auch für die weitere Arbeit der Gedenkstätte von Bedeutung sind.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Im Jubiläumsjahr "30 Jahre Friedliche Revolution" 2019 besuchten fast 140 000 Gäste und 2020 coronabedingt nur 30 000 Gäste die Gedenkstätte mit all ihren Angeboten. Von diesen insgesamt fast 170 000 Gästen nahmen in beiden Jahren rund 17 100 Gäste an einer der etwa 1050 Führungen durch die Dauerausstellung "Stasi – Macht und Banalität" teil, rund 5000 Menschen besuchten die Ausstellung "Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution" und etwa 6500 das Museum im Stasi-Bunker in Machern. Etwa ein Drittel der durch die Dauerausstellung geführten Gruppen waren Schulklassen.

Die ehemalige Hinrichtungsstätte war 2019 nur an zwei Terminen zugänglich, zur Museumsnacht und zum Tag des offenen Denkmals. Fast 1500 Gäste kamen zu den beiden Terminen. 2020 war der Ort wegen der Baumaßnahmen nicht zugänglich. Das gedenkstättenpä-



Der neu gestaltete Eingangsbereich des Museums

dagogische Angebot "Schüler führen Schüler" wurde coronabedingt nur 20 Mal genutzt, von insgesamt etwa 420 Jugendlichen. Führungen durch die verschiedenen Orte und Ausstellungen sowie der Stadtrundgang "Auf den Spuren der Friedlichen Revolution" fanden insgesamt mehr als 1800 Mal mit rund 31 000 Gästen statt. Ein weiteres Angebot ist der Haus- und Geländerundgang "Stasi intern": Abseits der Ausstellungsräume kann das Publikum seit Oktober 2018 einmal pro Woche sonst nicht zugängliche Räume und Gebäudeteile ansehen und dabei die Dimension des Komplexes und die historischen Ereignisse an dem einst einschüchternden Ort der Diktatur besser miteinander verknüpfen.

Die Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" mit dem Museum im Stasi-Bunker musste im 1. Lockdown ab Mitte März 2020 an allen Standorten und mit allen Angeboten schließen und war durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie über fast fünf Monate für das Publikum vollständig geschlossen. In der Lockerungszeit (Juni bis September) fanden keine Führungen statt und die Gedenkstätte konnte zeitweise nur an drei Tagen pro Woche geöffnet werden. Da die zu erwartenden Ausfälle im Bereich der Eigeneinnahmen durch die Zuwendungsgeber nicht kompensiert werden konnten, musste das Bürgerkomitee für die Beschäftigten 25 % Kurzarbeit für den Zeitraum von April bis September 2020 beantragen. Zudem wurde festgelegt, dass zur Publikumssteuerung und zur Kontrolle der festgelegten maximalen Publikumszahlen verpflichtend ein kostenpflichtiger Audio-Guide ausgeliehen werden musste. Auf diese Weise konnten die Einnahmeverluste durch fehlende Führungen, Spenden etc. zumindest teilweise ausgeglichen werden.

Öffentliche Veranstaltungen

Die Gedenkstätte organisierte im Berichtszeitraum zahlreiche Veranstaltungen: 66 im Jahr 2019 mit fast 3600 Interessierten und 29 im Jahr 2020 mit etwa 450 Personen. Ein Höhepunkt der jährlichen Veranstaltungen ist die Beteiligung am Lesefest "Leipzig liest" während der Leipziger Buchmesse: 22 Bücher wurden 2019 allein an diesen vier Tagen vorgestellt. 2020 waren insgesamt 20 Veranstaltungen geplant, aber wegen der Coronapandemie konnten nur 11 Einzelveranstaltungen durchgeführt werden. Von zentraler Bedeutung für die Arbeit der Gedenkstätte sind die jährlich organisierten Gedenkveranstaltungen. Daneben wurden weitere thematisch zur Gedenkstätte passende Veranstaltungen an nicht festen Terminen organisiert. Beispielsweise veranstaltete die Gedenkstätte aus Anlass des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution 2019 die mehrteilige Gesprächsreihe "Heute vor 30 Jahren - Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution". Darüber hinaus lud die Gedenkstätte ab September 2019 regelmäßig am ersten Donnerstag jeden Monats zu der Filmreihe "Zeitgeschichte auf der Leinwand im ehemaligen Stasi-Kinosaal" ein, in der Filme präsentiert wurden, die sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen. 2020 konnte die Filmreihe nur im ersten Quartal regulär fortgesetzt werden, danach mussten die weiteren schon geplanten Filmabende coronabedingt ausfallen. Von Juli bis Oktober konnte die Filmreihe nur unter Anwendung eines strengen Hygienekonzeptes stattfinden. Die für November und Dezember geplanten Filme konnten aufgrund des erneuten Lockdowns nicht mehr zur Aufführung gebracht werden.

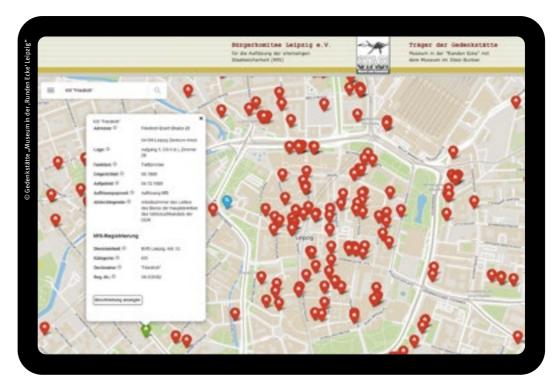
Forschung, Sammlung, Vermittlung, Publikationen

Forschung zu den Themen und zur Geschichte des authentischen Ortes gehört zum festen Aufgabengebiet einer Gedenkstätte, auch wenn im Berichtszeitraum nur wenige finanzielle Mittel zur Verfügung standen und sie deshalb auch nur in einem geringen Umfang erfolgen konnte. Forschungsarbeiten erfolgten zum Museum im Stasi-Bunker, da es im denkmalgerecht sanierten Publikumszentrum künftig eine neue Dauerausstellung geben soll. Im Berichtszeitraum wurden Akten im Stasi-Unterlagen-Archiv eingesehen und ausgewertet, die konkrete Einblicke in die Mobilmachungsarbeit der Leipziger Stasi geben.

Umfangreiche Forschungsarbeiten erfolgten weiterhin zur ehemaligen zentralen Hinrichtungsstätte der DDR in Leipzig. Die umfangreiche Dokumentation der Gedenkstätte zum Thema "Todesstrafe in der DDR - Hinrichtungen in Leipzig" wurde im Berichtszeitraum weiter ergänzt. 2020 wurde begonnen, zu den in Leipzig Hingerichteten umfangreiche Dossiers anzufertigen, die als Vorbereitung für das Ausstellungsbuch dienen. Auf dieser Basis wird auch eine Darstellung der Strafform Todesstrafe im DDR-System möglich.

Ende 2018 begann das Forschungsprojekt "Topografie der Macht – die konspirativen Wohnungen und Objekte der Staatssicherheit in der Stadt Leipzig". Um einen bisher noch nicht dagewesenen Einblick in die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit in Bezug auf konspirative Wohnungen (KW) und Objekte zum Ende des Jahres 1989 zu geben, wurden für die gesamte Stadt alle entsprechenden Vorgänge recherchiert. Die gesammelten Informationen bilden die Grundlage für die Darstellung einer digitalen Karte. Die Website mit der interaktiven Karte zu den geheimen Orten wurde am 4. Dezember 2019 freigeschaltet und bis Mitte 2020 um weitere Informationen ergänzt.

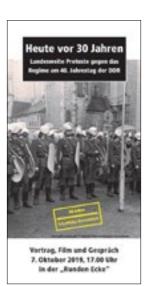
Weiterhin beriet und betreute die Gedenkstätte Schülerinnen und Schüler, Studierende, Diplomandinnen und Diplomanden sowie Kunst-, Journalisten und Filmschaffende bei Projekten zum Thema Staatssicherheit und Stasi-Besetzung. Ein Beispiel für die vielfältigen Angebote für Schülerinnen und Schüler war 2019 eine Veranstaltung mit zwei Zeitzeugen zum 66. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953: Im ehemaligen Kinosaal der Staatssicherheit informierten sich die Schülerinnen und Schüler über den ersten antidiktatorischen Aufstand in der DDR gegen die SED-Diktatur, bei dem sich

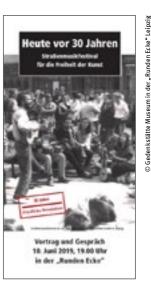


Der digitale Stadtplan der konspirativen Wohnungen und Objekte der Staatssicherheit in Leipzig

die Menschen für Freiheit und Demokratie einsetzten. Zur Einführung in die Thematik sahen sie sich die Dokumentation "Wir wollen freie Menschen sein! Der Volksaufstand von 1953" von Freya Klier an. Danach standen die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort, die anschließend an Kurzführungen durch die Ausstellungen der Gedenkstätte teilnahmen. Im gleichen Format fand anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution eine Schülerveranstaltung am 9. Oktober 2019 statt. Darüber hinaus realisierte die Gedenkstätte, die seit 2012 Teil des Europäischen Kulturerbes "Eiserner Vorhang" ist, gemeinsam mit 25 Schülerinnen und Schülern einer 11. Klasse Ende August 2019 einen 15-minütigen Kurzfilm zum Thema "Wie war das damals im Herbst 1989 und bei der Grenzöffnung?". Das Schülerprojekt war eingebunden in ein größeres Projekt des Netzwerkes Europäisches Kulturerbe "Eiserner Vorhang", in dessen Rahmen die insgesamt neun zum Netzwerk gehörenden Gedenkorte jeweils thematisch am Ort ausgerichtet spezielle Schülerprojekte durchführten. Während die Gedenkstätte historische Kenntnisse vermittelte sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie zeitgenössisches Bild- und Filmmaterial organisierte, erarbeitete das Expertenteam des SAE Institute Leipzig mit den Schülerinnen und Schülern ein Drehbuch und leitete sie beim Dreh und Schnitt des Films an.

Durch das Jubiläum "30 Jahre Friedliche Revolution" erreichten die Gedenkstätte besonders viele Anfragen. Beispielsweise erfolgten 2019 Dreharbeiten zu einer Reportage für das MDR-Geschichtsmagazin "Zeitreise" über das Gästehaus des Ministerrates der DDR in Leipzig, wobei auch das in der Sammlung der Gedenkstätte befindliche "Mielke-Zimmer" eine Rolle spielte. Auch für die Folge "Der vierte Mann" der Serie Soko Leipzig fanden Dreharbeiten in den Ausstellungsräumen statt. Die in der Ausstellung originalgetreu nachgebaute Haftzelle diente der MDR-Reportage "Spur der Täter" als Kulisse. Ebenso entstand in den Ausstellungsräumen eine Dokumentation des MDR über die Post- und Telefonkontrolle durch die Staatssicherheit. Auch der Stasi-Bunker in Machern sowie die Hinrichtungsstätte waren 2019 Drehorte, so zum Beispiel für eine Dokumentation des TV-Senders Pro-Sieben. 2020 wurde eine ZDF-Dokumentation zum Thema Hinrichtungen in der DDR (Terra Xpress) unterstützt. Dar-





Mehrteilige Gesprächsreihe "Heute vor 30 Jahren -Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution"

über hinaus fanden auf der Grundlage der Kooperation mit dem Landesverband Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus Beratungen von Opfern politischer Verfolgung in der SBZ und DDR statt, bei denen zu Rehabilitierung und Wiedergutmachungsleistungen informiert werden konnte.

Fortgeführt wurden die Inventarisierung und Erforschung noch nicht bearbeiteter Objekte der musealen Sammlungen. Mehrere Dutzend Exponate wurden zudem als Leihgaben für Dauer- und Sonderausstellungen oder für Filmarbeiten zur Verfügung gestellt. Leihnehmer sind u. a. die Stiftung Deutsches Hygiene-Museum Dresden oder das European Parliament | House of European History in Brüssel. 2019 konnte die Objektsammlung der Gedenkstätte um insgesamt 274 Objekte und 2022 um insgesamt 245 Stücke erweitert werden. Im Bereich der Fotosammlung erfolgte die weitere Erschließung und Digitalisierung des Fotobestandes. Es wurden etwa 1500 Fotos inventarisiert sowie etwa 2000 neue Negative, Dias und Abzüge digitalisiert und in die Fotosammlung aufgenom-

Vernetzung

Die Kooperation mit der Arbeitsgruppe "Orte der Demokratiegeschichte" des Weimarer Republik e. V. wurde fortgeführt, womit die Gedenkstätte als ein wichtiger, weit über Leipzig, Sachsen und auch Deutschland hinaus strahlender "Ort der Demokratiegeschichte" in diesem Netzwerk aktiv mitarbeiten kann. Weitere Kooperationen fanden 2020 mit dem Moldawa-Institut der Universität Leipzig sowie mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zum Thema "Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskonflikte" statt. Schließlich wurde die Kooperation mit dem Arbeitskreis "Forum für Freiheit und Bürgerrechte" fortgeführt, der sich dafür einsetzt, dass auf dem Areal der ehemaligen Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit ein Zentrum lebendiger Demokratie und Generationenaustauschs entsteht. In diesem Zusammenhang trat der Arbeitskreis erstmals im Herbst 2018 mit dem "Herbstkino am Matthäikirchhof" an die Öffentlichkeit. In der Filmreihe, die im Berichtszeitraum jeweils vom 3. bis zum 8. Oktober stattfand, wurden Filme gezeigt, die sich mit der SED-Diktatur, der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit sowie dem nachfolgenden Transformationsprozess auseinandersetzen. Die Gedenkstätte organisierte die Reihe im Auftrag des Arbeitskreises und gab jeweils Projektförderungen.

Dr. Günter Kröber

(* 1928)

er Leipziger Rechtsanwalt Dr. Günter Kröber war einer der wenigen Rechtsanwälte in der DDR, die aus juristischer Überzeugung handelten und die Inhalte der DDR-Verfassung durchzusetzen versuchten. Dabei vertat er vor allem Minderheiten in der DDR – darunter beispielsweise Prostituierte, die im Vorfeld der Leipziger Messe inhaftiert wurden, Anhänger der Zeugen Jehovas, die sie ihr verfassungsgemäßes Recht auf Religionsfreiheit wahrnehmen wollten, oder private Unternehmer, die enteignet werden sollten. Seine Fälle sprachen sich republikweit herum. Dabei verdiente er sehr gut und besaß ein Devisenkonto, weil er auch westdeutsche Mandanten vertrat. "Ich hatte ja eine große Praxis und ein großartiges Einkommen. Ich verdiente mehr als ein Generaldirektor, auch mehr als Staatsanwälte. Da gab es Neid, und der Neid ist ein schlechter Ratgeber." Die Folge waren Aufenthalte in Untersuchungshaftanstalten und Strafvollzugseinrichtungen sowie die intensive Überwachung durch die Staatssicherheit.

Günter Kröber wurde im Januar 1928 in Leipzig geboren. Er wuchs bei Pflegeeltern auf und verlebte bei ihnen eine behütete Kindheit. Von 1934 bis 1940 besuchte er die Volksschule, anschließend die Höhere Knabenschule in Leipzig. Im Alter von zehn Jahren wurde er in die nationalsozialistische Jugendorganisation Deutsches Jungvolk aufgenommen. Zur Einberufung ins Militär kam es nicht mehr, da Leipzig am 18. April von US-amerikanischen Truppen eingenommen und wenige Wochen später zur Sowjetischen Besatzungszone erklärt wurde. Nach Kriegsende trat er in die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP, später LDPD) ein und studierte von 1946 bis 1950 Jura in Leipzig. Nach seinem Referendariat wurde er 1953 als Rechtsanwalt zugelassen.

Ein prägendes Ereignis für Günter Kröber war der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Bei der brutalen Niederschlagung durch sowjetische Panzer und Truppen starben im Bezirk Leipzig neun Menschen, mindestens 95 erlitten Verletzungen und rund 1000 Personen wurden inhaftiert. Viele der Angeklagten vertrat der Rechtsanwalt und berief sich auf das in der DDR-Verfassung verankerte Streikrecht. Doch das Oberste Gericht der DDR wies seine Berufungen zurück. Im Oktober 1955 wurde Kröber wegen "Verbrechen gegen das Volkseigentum" verhaftet und in die Untersuchungshaftanstalt Beethovenstraße in Leipzig eingeliefert. Mangels Beweisen wurde das Verfahren im April 1956 eingestellt. Kröber durfte wieder als Anwalt arbeiten, wurde aber von nun an vom Ministerium für Staatssicherheit, das ihn "operativ bearbeitete", ständig überwacht. Mehrere inoffizielle Mitarbeiter wurden auf ihn angesetzt, sein Telefon in der Anwaltspraxis wurde abgehört und er selbst auf seinem Weg von der Praxis nach Hause täglich beschattet.

Kröber war der SED-Führung aufgrund seiner juristischen Überzeugungen ein Dorn im Auge. Als er 1958 einen ehemaligen Mitschüler vertrat, der die Justizministerin Hilde Benjamin in einer Richterbesprechung kritisiert hatte, und sich dabei auf die in der DDR-Verfassung verankerte Unabhängigkeit der Gerichte berief sowie die Kritik seines Mitschülers als berechtigt verteidigte, schien die Grenze überschritten. Im September 1961 wurde er auf einer Urlaubsreise in Jugoslawien verhaftet, von den jugoslawischen Behörden an die DDR ausgeliefert und nach Leipzig in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Beethovenstraße gebracht. Aus dem Kollegium der Rechtsanwälte sowie aus der LDPD wurde er ausgeschlossen. Ihm wurde versuchte Republikflucht zur Last gelegt, doch Kröber hegte nicht im Entferntesten die Absicht, die DDR zu verlassen. Er wurde zu einer gesetzlichen Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Im April 1962 folgte die Verlegung in die Strafvollzugseinrichtung Alfred-Kästner-Straße Leipzig, von wo aus er in das Gefängnis nach Naumburg gebracht wurde. Dort wurde er zur Haftarbeit im Gleisbaukommando des Braunkohletagebaus Profen eingesetzt, wo er schwere körperliche Arbeit leisten musste. Im September 1962 wurde er vorzeitig entlassen.



Dr. Günter Kröber, 2021

Als Rechtsanwalt durfte er aufgrund des Ausschlusses aus dem Kollegium nun nicht mehr arbeiten. So war er zuerst als Jurist im VEB Montagewerk Leipzig tätig und wechselte 1967 zur Vereinigung Volkseigener Warenhäuser. In dieser Zeit promovierte er.

Nach der Deutschen Einheit engagierte sich Dr. Günter Kröber in der Politik. Er gehörte zu den Mitbegründern der Ost-FDP in Sachsen, in der er später den stellvertretenden Landesvorsitz übernahm. Kröber wurde Abgeordneter des ersten Landtags des Freistaates Sachsen und Vorsitzender der FDP-Fraktion. Er wirkte entscheidend an der Entstehung der sächsischen Verfassung von 1992 mit.

Nach 29 Jahren Berufsverbot durfte er ab 1990 wieder als Rechtsanwalt arbeiten. Er widmete sich seither vorwiegend Restitutions- und Rehabilitierungsanträgen sowie erbrechtlichen Streitfällen. Bis 2007 war er Präsident der sächsischen Rechtsanwaltskammer. Als Beauftragter für Osteuropa der Bundesrechtsanwaltskammer wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz, dem Sächsischen Verdienstorden sowie der Ehrenmedaille des Sächsischen Landtags ausgezeichnet und erhielt 2018 die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät an der Universität Leipzig. Mit 93 Jahren ist er heute der älteste praktizierende Rechtsanwalt in Sachsen.

GEDENKSTÄTTE GESCHLOSSENER JUGENDWERKHOF TORGAU

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau Fischerdörfchen 15 | 04860 Torgau Telefon 03421 714203 | Fax 03421 776641 info@jugendwerkhof-torgau.de www.jugendwerkhof-torgau.de

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Nach zwanzigjähriger intensiver Dauernutzung des Seminar- und Veranstaltungsraums im Rahmen der historisch-politischen Bildungsarbeit und des Veranstaltungsbetriebs der Gedenkstätte erfolgte 2019 dessen dringend notwendige Modernisierung und Sanierung gemäß aktuellen Standards für öffentliche Gebäude mit Publikumsverkehr. Die Sanierung umfasste Malerarbeiten, den Austausch von Heizkörpern und Fenstern, die Erneuerung des Fußbodens, die Sanierung der denkmalgeschützten Kassettendecke und Kronleuchter sowie die Installation eines zweckentsprechenden energiesparenden Beleuchtungssystems und einer funktionalen Verdunklungsanlage. Ergänzt wurden die Modernisierungsmaßnahmen 2020 durch ein feststehendes und mobiles Akustiksystem, das die Klangbeschaffenheit des Raums deutlich verbessert. Eine interaktive Tafel ermöglicht nun die Entwicklung und Umsetzung neuer digitaler Bildungs-

Die notwendige räumliche Erweiterung des Gedenkstättenarchivs wurde nach umfangreichen Bau- und Sicherungsmaßnahmen im Jahr 2020 mit dem Umzug des Archivs abgeschlossen.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Seit 2020 dokumentiert ein neuer Ausstellungsabschnitt in drei Räumen den schwierigen Aufarbeitungsprozess der repressiven DDR-Heimerziehung. Neben gesellschaftspolitischen Ereignissen und der Wahrnehmung der Schicksale ehemaliger DDR-Heimkinder bis zu ihrer Anerkennung als Opfer des SED-Regimes wird auch die Bedeutung der Gedenkstätte GJWH Torgau in diesem Prozess thematisiert. Ergänzt wird die Ausstellung mit originalen Gegenständen aus dem GJWH Torgau.

Die Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie führten zur Schaffung zusätzlicher Angebote für Interessierte und zur Erweiterung der digitalen Präsenz der Gedenkstätte. Der vorhandene deutsch- und englischsprachige Audioguide wurde in eine kostenlose App überführt. Damit können Gäste den Audioguide nun beim Rundgang über ihre Smartphones abrufen. Gleichzeitig ist er auch unabhängig vom historischen Ort dauerhaft digital verfügbar. Dies ermöglicht ebenso einen virtuellen Rundgang durch die Ausstellung sowie den Gedenkund Erinnerungsbereich mit Dunkelzellentrakt. Das Projekt wurde durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.



Über 90 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 9 des Ehrenberg-Gymnasiums besuchten die Gedenkstätte im Juli 2019. In insgesamt drei Projekttagen setzten sie sich mit dem repressiven DDR-Heimerziehungssystem auseinander.



In Jena thematisierte im Oktober 2019 eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel "ErziehungsZwang – ZwangsErziehung" historische und aktuelle Aspekte der Jugendhilfe. In Kooperation mit der EAH Jena, der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde neben der in der Goethe Galerie Jena installierten Wanderausstellung "Ziel: Umerziehung" auch eine vierteilige Filmreihe präsentiert.

Die Gedenkstätte verfügt über vier zusätzliche Wanderausstellungen. Diese wurden im Berichtszeitraum bundesweit an verschiedenen Orten sowie erstmals auch außerhalb Deutschlands gezeigt. Die beiden Ausstellungen "Ziel: Umerziehung" und "Auf Biegen und Brechen" präsentierten im Januar und Februar 2020 in der Universität Wien die Geschichte der DDR-Heimerziehung. Hervorzuheben ist die Station im Herbst 2019 in Würzburg – einem Ort, an dem bis heute ein ehemaliger Erzieher des GJWH Torgau als Therapeut an der Universitätsklinik tätig ist. Gemeinsam mit Studierenden wurde anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution mit der Wanderausstellung "Ziel: Umerziehung" und einem umfangreichen Begleitprogramm wichtige Aufklärungsarbeit geleistet.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Die Publikumszahlen der Gedenkstätte beliefen sich im Berichtszeitraum auf insgesamt 30 952 Personen. Hinzu kommen rund 800 Teilnehmende von Online-Veranstaltungen ab Herbst 2020. Der größte Einschnitt wurde durch die Coronapandemie im Jahr 2020 verzeichnet. Erst im Sommer normalisierte sich der Publikumsbetrieb mit einem angepassten Hygienekonzept auf niedrigem Niveau. Nur 15 Gäste konnten sich gleichzeitig in der Ausstellung aufhalten. Auch wenn die Publikumszahl des Vorjahres mit 19 260 Gästen nicht erreicht wurde, konnten 2020 aber trotz aller Einschränkungen immerhin 11 692 Gäste verzeichnet werden.

Ähnlich verhielt es sich in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Mehrzahl der vereinbarten Bildungsangebote musste 2020 abgesagt oder verschoben werden. Von 289 betreuten Publikumsgruppen mit über 6000



Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V. zur Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2019

Personen und 95 Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Jahr 2019 reduzierte sich deren Anzahl auf 79 Gruppen mit insgesamt 1563 Gästen und 24 Gesprächen. Die Zeit der pandemiebedingten Einschränkungen wurde zur Konzeptionierung von digitalen Bildungsangeboten genutzt, die bereits ab Herbst 2020 erfolgreich stattfanden.

Die Gedenkstätte begleitete 2019/2020 als feste Kooperationspartnerin auch das jährliche Sächsische Geschichtscamp, gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus. 2019 noch zu Gast in Leipzig, fand das Geschichtscamp 2020 erstmals im digitalen Raum statt.

Seit 2017 unterstützt die Gedenkstätte das Projekt "Spurensuche" der Sächsischen Jugendstiftung, dessen Höhepunkt die Jugendgeschichtstage im Sächsischen Landtag sind, durch die Mitarbeit in der Jury. In Zusammenarbeit mit der Brücke|Most-Stiftung präsentierten die Gedenkstätte und das DIZ Torgau online das neue gemeinsame Bildungsangebot "Staatliche Repressionen gegen Jugendliche in der DDR" gegenüber zahlreichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sächsischer Bildungseinrichtungen.

Für das Bildungsangebot "Wert der Freiheit" wurde die Gedenkstätte im August 2019 mit dem Sonderpreis für Kulturelle Bildung "Kultur.LEBT.Demokratie" ausgezeichnet. Der Preis wird vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst gemeinsam mit dem Landesverband Soziokultur Sachsen ausgelobt.

Besondere Veranstaltungen

Höhepunkt im Berichtszeitraum war die Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2019 an die Initiativgruppe GJWH Torgau e.V. am 13. Juni 2019. Mit diesem Preis würdigt die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Persönlichkeiten, Projekte und Initiativen, die mit ihrer Arbeit das Bewusstsein für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage stärken. Der Trägerverein der Gedenkstätte wurde für sein unermüdliches ehrenamtliches Engagement seit Mitte der 1990er-Jahre zur Aufarbeitung und Aufklärung über das Unrecht in der repressiven DDR-Heimerziehung ausgezeichnet.

Bei einem persönlichen Gespräch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im August 2019 thematisierten die Vorstandsmitglieder der Initiativgruppe, Bettina Klein und Gabriele Beyler, die Situation der ehemaligen DDR-Heimkinder. Das Treffen fand im Rahmen der Gesprächsrunde "Geteilte Geschichte(n)" im Schloss Bellevue statt.

Seit 2003 ermöglicht das Treffen ehemaliger DDR-Heimkinder in Torgau die Begegnung und den Austausch miteinander. 2019 reisten über 120 Betroffene aus dem gesamten Bundesgebiet an. Staatssekretär Erhard Weimann würdigte in seinem Grußwort die Arbeit der Gedenkstätte und die Schicksale der Betroffenen. Im Herbst 2020 konnte das Treffen erstmals coronabedingt nicht stattfinden.

Ein Höhepunkt im November 2020 war das erste Online-Gedenkkonzert zur Erinnerung an die Schicksale ehemaliger DDR-Heimkinder. Anlässlich der Entlassung des letzten Jugendlichen aus dem GJWH Torgau am 17. November 1989 erinnerte die Gedenkstätte an das Unrecht und Leid von 135 000 Kindern und Jugendlichen, welche in den Spezialheimen der DDR einen Teil ihrer Kindheit verbringen mussten. Unterstützt von der Bundesstiftung Aufarbeitung hatte das über die Website der Gedenkstätte ausgestrahlte Konzert an diesem Tag über

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Der Umzug des Gedenkstättenarchivs in neue Räumlichkeiten ermöglicht seit 2020 eine sachgerechte Ablage gemäß archivalischem Standard, ein zusätzlicher PC-Arbeitsplatz verbessert zudem die Nutzung. Die Nutzung durch Dritte wurde trotz Archivumzug und coronabedingter Einschränkungen in 99 Fällen verzeichnet. Zudem wurden insgesamt 36 Schüler- und Studierendenarbeiten begleitet. Eine Erweiterung hat das Gedenkstättenar-

chiv durch das neue "Zeitzeugenarchiv ehemaliger DDR-Heimkinder" erfahren. Dessen Aufbau erfolgte mit Unterstützung des Ostbeauftragten der Bundesregierung in einem zweijährigen Projekt. Hier werden Erfahrungen und Erlebnisse ehemaliger DDR-Heimkindern in Form von Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Audiound Videoformaten gesichert. Die Zeitzeugendatenbank ermöglicht eine einfache Recherche zu diversen Themenschwerpunkten. Der aktuelle Bestand von 65 Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wird künftig laufend erweitert.

2019 wurde der fünfte Sonderband der Schriftenreihe "Auf Biegen und Brechen" der Gedenkstätte unter dem Titel "Zwischen Marginalisierung und Anerkennung. Eine Bestandsaufnahme zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR" im Rahmen der Leipziger Buchmesse präsentiert.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit den Vorstandsmitgliedern der Initiativgruppe GJWH Torgau, Bettina Klein und Gabriele Beyler. Das Treffen fand im Rahmen der Gesprächsrunde "Geteilte Geschichte(n)" am 13. August 2019 im Schloss Bellevue statt.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Mit Auslaufen des Fonds "Heimerziehung DDR" endete 2018 das langjährige Projekt "Betreuung ehemaliger DDR-Heimkinder", gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales. Trotz nachweislich vorhandenem Betreuungs- und Beratungsbedarf der Betroffenen konnte keine Projektfortsetzung erreicht werden. Die Unterstützung der Betroffenen bei ihrer persönlichen Schicksalsklärung war ab Januar 2019 über die Gedenkstätte nicht mehr gesichert. Nur durch die Unterstützung des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundesstiftung Aufarbeitung konnte die Betroffeneninitiative "Missbrauch in DDR-Heimen" diese Arbeit zwischenzeitlich fortsetzen. Eine Kooperationsvereinbarung gewährleistete die sachgerechte Fortführung bisheriger Betreuungsarbeit in Begleitung der Gedenkstätte.

Seit 2017 wird das Heimkindertreffen mit einem Begegnungstag im Mai für Betroffene des GJWH Torgau ergänzt. Im Mittelpunkt stehen neben einem Rundgang durch die Gedenkstätte die Gespräche miteinander.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stärkte mit einem neuen Förderprogramm ab 2019 die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und dem SED-Unrecht. Dafür wurden bundesweit 14 Forschungsverbünde ausgewählt. Das Verbund-Forschungsprojekt "Heimerziehung in DDR-Spezialheimen. Eine pädagogisch-rekonstruktive Studie zum DDR-Erziehungssystem und dessen Bewältigung" der Gedenkstätte mit der Technischen Universität Dresden startete im Januar 2019. Als einzige Gedenkstätte in Sachsen agiert diese nun als Verbundpartnerin in einem dreijährigen Forschungsvorhaben zur DDR-Heimerziehung. Das Verbund-Forschungsprojekt zielt auf eine nachhaltige Verankerung von Wissensbeständen zur DDR-Heimerziehung in Forschung und Lehre.

Als Kooperationspartnerin im Forschungsverbundprojekt "TESTIMONY – Erfahrungen in DDR-Kinderheimen. Bewältigung und Aufarbeitung" unterstützt die Gedenkstätte zudem die Forschungstätigkeit der Universität Leipzig, der MSB Medical School Berlin, der Alice-Salomon-Hochschule Berlin und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Jens B. (* 1959)

ens B. wird im November 1959 in einem kleinen Ort in Thüringen geboren. Er hat zwei Schwestern, seine Eltern sind berufstätig und fürsorglich. Bereits im Vorschulalter entwickelt Jens B. eine problematische Leidenschaft: Er entfernt sich aus dem Kindergarten, fährt allein mit Bus und Bahn, interessiert sich für Bergbau, Glasbläserei, Töpferei und zieht umher.

In der Schule fällt er früh durch seine überdurchschnittliche Begabung auf. Trotz vieler Fehlstunden schafft er die Versetzung. Da er immer wieder wegläuft, fühlen sich die Lehrer mit ihm überfordert. Wegen seines ständigen Ausreißens wird er 1966 für zwei Monate zu einer psychologischen Untersuchung in die Medizinische Akademie Erfurt eingewiesen. Diagnose: Poriomanie (eine Impulskontrollstörung, die mit zwanghaftem unvermitteltem Weglaufen einhergeht) und "beginnender Hydrocephalus", eine hirnorganische Schädigung. Um den "beginnenden Hydrocephalus" festzustellen, muss Jens eine schmerzhafte Untersuchungsmethode über sich ergehen lassen: die Pneumoencephalographie PEG. Zudem wird festgestellt, dass Jens B. ein selbstsicherer, fantasievoller, hochintelligenter Junge sei, der Abwechslung braucht und sich ungern im Kollektiv unterordnet. Jens B. gilt als verhaltensauffällig - seine Unterbringung in einem Spezialkinderheim wird empfohlen. Obwohl seine Mutter die geplante Heimeinweisung ablehnt, ordnet der Jugendhilfeausschuss im März 1967 die Heimerziehung für Jens B. an.

Seine Aufnahme im "Kombinat der Sonderheime für Psychodiagnostik und Pädagogisch-Psychologische Therapie" erfolgt im August 1967 mit der Einweisung in das Aufnahmeheim des Kombinats der Sonderheime Berlin/Oberspree. Nach einigen Wochen in der geschlossenen Einrichtung wird er im September 1967 in das Sonderheim Bollersdorf verlegt. Die weite Anreise von Thüringen verhindert regelmäßige Besuche der Eltern. Im August 1969 folgt seine Verlegung in das Sonderheim Werftpfuhl. Hier läuft er häufig weg. 1970 wird Jens B. in das Spezialkinderheim Bad Blankenburg verlegt. Als Einweisungsgründe werden "Schulbummelei und Herumtreiberei" angegeben und als "Maßnahme" in seinem Erziehungsprogramm u. a. die "Einflussnahme auf das Selbstwerterleben durch Abwertung". Nach vier Jahren Heimerziehung wird Jens B. im August 1971 wegen erster Anzeichen eines Hospitalismus - Anzeichen von Vernachlässigung – zurück zu seinen Eltern entlassen.



Jens B. am Tag seiner Einweisung in das Aufnahmeheim des Kombinats der Sonderheime Berlin/Oberspree. Seine Eltern besuchten mit ihm zuvor noch den Tierpark Berlin.

Ein Vorfall – Jens B. steigt mit anderen Kindern in einen Bergwerksstollen ein, der entstandene Sachschaden wird ihm angelastet – führt dazu, dass im März 1973 seine erneute Heimeinweisung beantragt wird. Er kommt zunächst zur Untersuchung für vier Wochen in

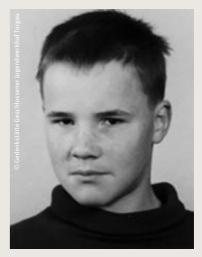
eine Kinderpsychiatrie. Wieder wird festgestellt, dass er kaum Bereitschaft zeigt, sich in ein Kollektiv einzuordnen. Im April 1973 folgt seine Einweisung in das Spezialkinderheim Hohenleuben. In kurzer Zeit flüchtet Jens B. mehrmals, um zu seinen Eltern zu fahren. Meistens wird er von der Volkspolizei aufgegriffen. Wenn Jens B. unterwegs ist, begeht er kleine Einbruchdiebstähle, um sich durchzuschlagen.

Zur Abschreckung beantragt der Heimdirektor eine Kurzeinweisung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Im Februar 1974 verbringt Jens B. die Winterferien dort in einer Arrestzelle und wird in den üblichen Tagesablauf integriert.

Zurück im Spezialkinderheim Hohenleuben stellt die Heimdirektion nach einem erneuten Vorfall im März einen Antrag auf vorzeitige Ausschulung und Einweisung in einen Jugendwerkhof.

Am 18. März 1974 wird er nach einer erneuten Flucht aus Hohenleuben und mehreren kleinen Einbruchdiebstählen inhaftiert. Jens B. wird mit 15 Jahren wegen "Einbruch und Diebstahl sozialistischen Eigentums" zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt und im Jugendhaus Halle inhaftiert.

Nach seiner Entlassung am 18. März 1977 hat er eine Teilberufsausbildung als Elektromontierer, aber nicht einmal den Abschluss der 8. Klasse. Zurück im Elternhaus nimmt er die zugewiesene Arbeit im "VEB Fluß- und Schwerspatbetrieb" auf. Er steht unter Beobachtung der Jugendhilfe, des Betriebes – und bald auch der Staatssicherheit.



Jens B. als Dreizehnjähriger im Spezialkinderheim Hohenleuben.

Noch zweimal wird Jens B. wegen "versuchter Republikflucht" inhaftiert: 1986 wird er auf dem Weg nach Sonneberg zur Hochzeit seiner Schwester in Meiningen, 10 km von der Grenze entfernt, festgenommen. Ihm wird unterstellt, die DDR verlassen zu wollen, und er wird zu einer Haftstrafe von einem Jahr in der Strafvollzugsanstalt Torgau verurteilt. Das zweite Mal reist er im Mai 1989 mit gefälschtem Ausweis nach Ungarn. In Hegyeshalom, nahe der österreichischen Grenze, wird er verhaftet. Er kommt in die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Berlin-Hohenschönhausen und kurz darauf in die Strafvollzugsanstalt Cottbus.

Der Amnestie vom 27. Oktober 1989 folgt seine vorzeitige Entlassung aus der Haft. Schon einige Tage vor dem Fall der Mauer verlässt er die DDR. Es gelingt ihm, Wohnung und Arbeit zu finden: Als versierter Techniker installiert er Kommunikations- und Alarmanlagen.

Nach 1990, mit Übernahme des Strafregisters des DDR-Generalstaatsanwalts ins Bundeszentralregister, gilt Jens B. wieder als vorbestraft. Für seine Auftraggeber ist er damit nicht mehr tragbar und verliert seine Arbeit.

Mit dem Gedanken, auszuwandern hält er sich über längere Zeit in den USA auf. Hier hat er den nötigen Abstand zu den negativen Erlebnissen in seiner Vergangenheit. Unter anderem wegen seiner Eltern kehrt er zurück nach Deutschland; heute arbeitet Jens B. als freiberuflicher Programmierer.

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020

GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT LEIPZIG

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig Permoserstraße 15 | 04318 Leipzig Telefon 0341 2352075 | Fax 0341 2352076 gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

In der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) steht seit 2016 eine Interimsausstellung mit dem Titel "Im Provisorium. NS-Zwangsarbeit in Leipzig und beim Rüstungskonzern HASAG". Die Ausstellung besteht aus Text- und Bildtafeln, Vitrinen mit Objekten sowie Vertiefungsebenen. Außerdem sind auf einer Medienstation Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sowie Quellen und die digitale Karte der Lagerstandorte im Raum Leipzig abrufbar.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Die GfZL ist montags bis donnerstags von 10 bis 18 Uhr für Besucherinnen und Besucher geöffnet. Dabei stehen die Beschäftigten als Ansprechpersonen für Nachfragen zur Verfügung. Ein Besuch der Gedenkstätte außerhalb der Öffnungszeiten ist auf Anfrage möglich. Die Beschäftigten bearbeiten Anfragen von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, von deren Angehörigen sowie von Institutionen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Zudem bietet die GfZL allen Interessierten die Möglichkeit der weiterführenden Beschäftigung mit NS-Zwangsarbeit in Leipzig. Zu diesem Zweck verfügt die Gedenkstätte zum einen über ein eigenes Archiv, das neben historischen Dokumenten, Fotografien und Erinnerungsberichten auch Kopien aus anderen Archiven enthält. Zudem verfügt sie über eine Präsenzbibliothek mit mehr als 900 Fachbüchern und unveröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten.

2019 haben mehr als 3000 Personen die Gedenkstätte oder eine der Veranstaltungen besucht, darunter knapp 600 Schülerinnen und Schüler. 2020 war die Gedenkstätte pandemiebedingt lange geschlossen, auch Veranstaltungen waren kaum möglich. Die GfZL verzeichnete in diesem Jahr etwas mehr als 1000 Gäste, darunter 150 Schülerinnen und Schüler.

Die digitale Reichweite der GfZL ist seit 2019 stark gewachsen, was auf die Veröffentlichung der digitalen Karte "NS-Zwangsarbeit in Leipzig" zurückzuführen ist. Sowohl die Homepage als auch die sozialen Medien Instagram und Facebook verzeichneten steigende Zugriffs-

Öffentliche Veranstaltungen: Führungen, Vorträge, Lesungen, Diskussionen und Filmvorführungen

Die GfZL bot 2019 ein Veranstaltungsprogramm mit mehr als 20 Vorträgen, Lesungen und öffentlichen Führungen an, um das Thema NS-Zwangsarbeit in Leipzig und in der Region zu vermitteln.

Zu den regelmäßigen Angeboten zählen die monatlichen öffentlichen Führungen durch die Gedenkstätte. Sie haben einführenden Charakter, bieten aber auch unterschiedliche Themenschwerpunkte an, z. B. "Das Frauen-KZ der HASAG in Leipzig".

Das Angebot der Stadtteilrundgänge auf den Spuren von NS-Zwangsarbeit, die jeweils von April bis Oktober stattfinden, wurde sehr gut angenommen. Auch die Fahrradtour durch den Leipziger Südraum um Böhlen ist weiterhin fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms. Eine neue Fahrradtour durch Taucha kam 2019 hinzu. Auch eine öffentliche Ortsbegehung auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Schönau im Westen Leipzigs ist neu im Programm. Seit 2020 gibt es auch einen Stadtteilrundgang durch die Leipziger Innenstadt, der vor allem die Rolle der Stadtverwaltung im System der NS-Zwangsarbeit beleuchtet.

2020 fiel das Veranstaltungsprogramm deutlich kleiner aus, viele geplante Führungen und Vorträge mussten abgesagt werden. Lediglich im Sommer konnten Stadtteilrundgänge sowie einzelne Workshops und Veranstaltungen durchgeführt werden.

Bildungsangebote für Schul- und Jugendgruppen

Im Zeitraum 2019/20 wurden die in den Vorjahren entwickelten Bildungsangebote für Schul- und Jugendgruppen fortgeführt und erweitert. Ganzjährig konnten Gruppen (ab 14 Jahren) an inhaltlich und methodisch auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmten Führungen in der Gedenkstätte und auf dem Gelände des ehemaligen HASAG-Firmenhauptsitzes teilnehmen. Neben Grundlagenführungen zum Thema NS-Zwangsarbeit in Leipzig und bei der HASAG wurden zudem nach vorheriger Absprache Führungen mit thematischen Schwerpunkten (u.a. NS-Zwangsarbeit in speziellen Wirtschaftsbereichen und Leipziger Stadtteilen; KZ-Außenlager in Leipzig und der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie)



Lesung mit Natascha Wodin 2019

sowie in Kombination mit in Kleingruppen zu bearbeitenden Arbeitsaufträgen (Arbeitsblätter zur Vertiefung) angeboten und wahrgenommen.

Leipziger Schulen nutzten das Bildungsangebot der GfZL im Rahmen einer Vor- oder Nachbereitung des Besuches der Gedenkstätte Buchenwald. 2019 und 2020 besuchten Gruppen verschiedener Schulformen und Bildungsinstitutionen die Gedenkstätte, um sich über NS-Zwangsarbeit in Leipzig zu informieren und eine Auseinandersetzung mit den Hintergründen und Folgen des Verbrechens sowie heutigen Erscheinungsformen menschenverachtender Einstellungen bei ihren Schülerinnen und Schülern anzuregen.

Da auch Schulen häufig nach Stadtteilrundgängen fragen, wurde 2019 ein Rundgang speziell für Schul- und Jugendgruppen durch den Leipziger Westen konzipiert. Der Rundgang bezieht ausgewählte und bekannte Orte in Leipzig-Plagwitz ein. 2019 konnte der Rundgang bereits mehrmals erfolgreich durchgeführt werden.

Seit 2019 werden unsere Führungen zudem verstärkt im Rahmen sogenannter Integrationskurse gebucht.



Zwischenhalt während einer von der Gedenkstätte geführten Fahrradtour durch Taucha

Besondere Veranstaltungen (Gedenkfeiern, Fachtagungen etc.)

2019 organisierte die GfZL die jährliche Gedenkveranstaltung zum "Massaker von Abtnaundorf" am 18. April; 2020 musste diese leider entfallen.

Im März 2019 fand ein von der GfZL mitorganisiertes zweitägiges Symposium zur Geschichte der ehemaligen Städtischen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63 statt. Während der NS-Zeit war die Städtische Arbeitsanstalt als kommunale Akteurin an der Verwahrung und Verfolgung von als asozial stigmatisierten Gruppen beteiligt. Zudem diente das Gelände als Sammelstelle für Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma, die von hier in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden, und als zentrale Verteilerstelle von NS-Zwangsarbeit.

Im November 2019 beteiligte sich die GfZL an der Organisation des internationalen Workshops "Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen, Böhmen und Schlesien als archäologische Kulturdenkmale und Erinnerungsorte", gemeinsam mit dem Landesamt für Archäologie Sachsen, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Die archivalische Sammlung der Gedenkstätte wurde um wichtige Bestände erweitert. Durch Recherchen in anderen Archiven (u. a. Arolsen Archives, Sächsisches Staatsarchiv / Staatsarchiv Leipzig, Stadtarchiv Leipzig, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück) konnten relevante Archivalien erschlossen und als Kopien in das Archiv der GfZL eingepflegt werden. Die Sammlung ist eine wichtige Grundlage für die Bearbeitung von Anfragen und die zukünftige wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas NS-Zwangsarbeit in Leipzig.



Screenshot der digitalen Karte "NS-Zwangsarbeit in Leipzig"

Ehrenamtliche unternahmen zudem umfangreiche Recherchen zu den ehemaligen Aufseherinnen des KZ-Außenlagers "HASAG Leipzig" in verschiedenen Archiven. Auf der Grundlage der recherchierten Dokumente, die als Kopien in der GfZL aufbewahrt werden, hat die Arbeitsgruppe eine Datenbank erstellt, die die Namen und vorliegenden biografischen Informationen der Aufseherinnen enthält.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

In den Jahren 2019 und 2020 war ein weiterer Zuwachs an Anfragen durch Angehörige von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zu verzeichnen. Die Anfragen kamen u. a. aus den Niederlanden, Italien, der Ukraine, Polen, Frankreich, Litauen, Belgien, Israel und den USA. Sie bezogen sich auf Leipzig und Sachsen und betrafen das Schicksal von zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sowie von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen.

Die Anfragen nach Täterinnen und Tätern (KZ-Aufseherinnen, SS-Personal u. a.) haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Die Bearbeitung von Anfragen beinhaltet neben Übersetzungen vor allem die Recherche im eigenen und in anderen Archiven. Die Anfragenden erhalten neben Informationen und Dokumenten oft auch weiterführende Kontakte.

Intensive Kontakte bestehen weiterhin zu vielen Familien ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter; vor allem aus Westeuropa, Italien, Israel und den USA.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Im Mai 2019 nahm die Gedenkstätte mit einem eigenen Programm an der Museumsnacht Halle-Leipzig teil.

Gemeinsam mit der feministischen Bibliothek MONAliesA organisierte die GfZL eine Fahrt vom 17. bis zum 19. Mai 2019 in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Die 25 Teilnehmenden setzten sich während des Aufenthaltes vor allen Dingen mit Erinnerungsdiskursen und Gedenken auseinander.

Im August 2019 veröffentlichte die Gedenkstätte die digitale Karte "NS-Zwangsarbeit in Leipzig"; darin sind mehr als 700 Zwangsarbeitslager im Raum Leipzig verzeichnet. Die Karte wird von Nachfahren ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie von anderen Interessierten zur Recherche genutzt. Lehrerinnen und Lehrer sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der historisch-politischen Bildungsarbeit erhalten außerdem Anregungen für eine Einbindung der Karte in die Vermittlungsarbeit mit Schülerinnen, Schülern und Jugendlichen.

Seit 2018 engagiert sich die GfZL für den Aufbau eines Gedenkortes in der Leipziger Riebeckstraße 63. Die ehemalige Städtische Arbeitsanstalt war während der NS-Zeit u. a. das zentrale Auffang- und Sammellager für ankommende zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Nach dem Symposium im März 2019 (s. Besondere Veranstaltungen) war die GfZL federführend an der Gründung eines Initiativkreises beteiligt.

Im Sommer 2020 startete die GfZL das zweijährige Projekt "Auf den Spuren von NS-Zwangsarbeit", das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Rahmen des Programms "Jugend erinnert" gefördert wird. Während der Projektzeit sollen in Kooperation mit Studierenden zweier ortsansässiger Hochschulen Bildungsformate für ehemalige Orte der NS-Zwangsarbeit in Leipzig entwickelt und umgesetzt werden. Viele dieser Orte sind bis heute historisch kaum erschlossen und wurden in den letzten Jahrzehnten baulich stark überformt. Hier möchten wir mit diesem Projekt ansetzen, denn die auf den ersten Blick kaum mehr vorhanden Spuren von NS-Zwangsarbeit stellen für die Bildungsarbeit eine große Herausforderung dar und bieten zugleich die Chance, spannende partizipative und experimentelle Vermittlungsansätze zu entwickeln. Deshalb begaben wir uns auf Spurensuche und näherten uns den historischen Orten und deren Geschichten an. Anschließend entstanden mithilfe neuer digitaler Medien Bildungsangebote, die nach Projektabschluss öffentlich zugänglich sein werden. Für die Durchführung des Projekts konnte eine weitere Mitarbeiterin eingestellt werden.

Estare Weiser

(* 1945)

stare Weiser wurde am 13. April 1945 im KZ-Außenlager "HASAG Leipzig" als Estre Kurz geboren. Sie ist heute die jüngste Überlebende des KZ Buchenwald. Ihre Mutter, Anna Kurz, war im August 1944 bereits schwanger nach Leipzig überstellt worden. Dass sie es schaffte, in den letzten Kriegsmonaten ihre Schwangerschaft zu verbergen und den unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen standzuhalten, gleicht einem Wunder.

Anna Kurz wurde 1912 im polnischen Biecz im Distrikt Krakau geboren. Sie besuchte die Mittelschule und wurde Schneiderin. 1939 heiratete sie Abraham Kurz, den sie bereits seit ihrer Jugend kannte. Er war 1908 in einer reichen Kaufmannsfamilie in Biecz geboren worden. Im Februar 1940 kam ihr gemeinsamer Sohn Moishele zur Welt.

In der Kleinstadt lebten zu dieser Zeit ungefähr 850 Jüdinnen und Juden, die etwa ein Sechstel der Stadtbevölkerung ausmachten. Nach der Besetzung durch die Wehrmacht wurde die örtliche jüdische Bevölkerung zur Zwangsarbeit rekrutiert, systematisch terrorisiert und am Verlassen der Stadt gehindert. Im Frühjahr 1942 wurde schließlich ein geschlossenes Ghetto eingerichtet, in das auch die Familie Kurz umziehen musste.

Im Frühjahr 1943 wurden Anna, Abraham und Moishele in das Lager Plaszow überstellt und im November schließlich in das Zwangsarbeitslager in Skarżysko-Kamienna gebracht. Noch vor dem Abtransport wurde der dreijährige Moishele in Plaszow getötet.

Anna und Abraham Kurz mussten in Skarżysko-Kamienna Zwangsarbeit für die Leipziger Rüstungsfirma HASAG verrichten, die die dortigen Munitionsfabriken 1939 übernommen hatte. Die Bedingungen im Werk C waren entsetzlich, die Lebenserwartung gering. Etwa zwei Drittel der mehr als 20 000 versklavten Jüdinnen und Juden kamen dort durch Krankheiten, Hunger, Gewalt und Selektionen sowie die tödlichen Arbeitsbedingungen ums Leben.

Als die Rote Armee im Sommer 1944 in Richtung Generalgouvernement vorrückte, löste die HASAG die Fabriken und Lager auf. Die hauptsächlich jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ließ sie ins Reich deportieren, wo sie nun den Status von KZ-Häftlingen erhielten und dem Hauptlager Buchenwald unterstanden. Anna und Abraham Kurz wurden getrennt – er kam in das KZ-Außenlager Schlieben, sie in das KZ der HASAG nach Leipzig. Dass sie schwanger war, wusste sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Als das KZ "HASAG Leipzig" in den Morgenstunden des 13. April 1945 aufgelöst und die Gefangenen auf einen Todesmarsch getrieben wurden, blieb Anna Kurz mit den



Anna Kurz und ihre Tochter Estare im Sommer 1945 in der Schweiz

Kranken und den Häftlingsärztinnen zurück – wenige Stunden später brachte sie ihre Tochter Estare zur Welt. Die Frauen waren sich selbst überlassen, plünderten die SS-Vorratskammern und Kleiderschränke und warteten auf die Ankunft der US-amerikanischen Befreier.

Diese erreichten das Lager am 19. April und verlegten die Kranken sofort in verschiedene Leipziger Krankenhäuser. Im Juni 1945 konnten Anna und Estare Kurz mit Unterstützung durch das Rote Kreuz in die Schweiz ausreisen, Abraham Kurz kam ein Jahr später nach. In der Schweiz hielt sich die Familie zunächst mit Hilfsarbeiten über Wasser und konnte im Januar 1951 schließlich in die USA ausreisen.

In den USA arbeiteten Anna und Abraham Kurz in Fabriken – sie als Näherin und er als Meister in einer Regenmäntel-Fabrik. In New York waren sie mit anderen Shoah-Überlebenden und Auswanderer-Familien in Kontakt, auch mit ehemaligen Häftlingen der HASAG-Lager. In den 1970er-Jahren zogen sie nach North Miami Beach, Florida um, wo sie Anschluss an die orthodoxe jüdische Gemeinde fanden. Abraham Kurz wurde 95 und Anna Kurz 101 Jahre alt.

Estare Kurz heiratete 1967 den Psychiater David Weiser und hieß von nun an Estare Weiser. Sie studierte Geschichte und Jüdische Studien und war Lehrerin und Künstlerin. Mit ihrem Mann David lebt sie in New York und hat zwei Söhne und vier Enkelkinder.

GEDENKSTÄTTE GROSSSCHWEIDNITZ

Gedenkstätte Großschweidnitz e.V.
Friedhofsweg | 02708 Großschweidnitz
Telefon 035873 40503 | Fax 035873 30921
vorstand@gedenkstaette-grossschweidnitz.org
www.gedenkstaette-grossschweidnitz.org

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

2020 konnte nach umfangreichen Vorbereitungsmaßnahmen der Bau der neuen Gedenkstätte Großschweidnitz beginnen. Die denkmalgeschützte ehemalige Pathologie der Landesanstalt Großschweidnitz wird dazu grundhaft saniert und um einen Anbau erweitert, welcher insbesondere Raum für die Bildungsarbeit der Gedenkstätte bieten soll. Im Altbau entsteht bis voraussichtlich 2022/23 eine Dauerausstellung, die sich ausführlich den in Großschweidnitz begangenen NS-Krankenmorden widmen wird.

Die Baumaßnahmen liegen in der Hand der Gemeinde Großschweidnitz, die Eigentümerin des Geländes und des Gebäudes ist. Die inhaltliche Ausgestaltung liegt beim Verein, in enger Kooperation mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Mit Fertigstellung der Gedenkstätte wird die Trägerschaft auf die Stiftung Sächsische Gedenkstätten übergehen. Dadurch kann eine kontinuierliche und professionelle Gedenkstättenarbeit gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang konnten 2020 konkrete Vorbereitungen getroffen werden. Am 18. Dezember 2020 beschloss der Stiftungsrat unter dem Vorsitz der Staatsministerin für Kultur und Tourismus, Barbara Klepsch, einstimmig die Aufnahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Entstehen wird ein fachlicher Verbund aus zwei Gedenkstätten: Die Gedenkstätte Großschweidnitz wird sich gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Krankenmorde in Sachsen widmen.

Im Zuge der Bauarbeiten am ehemaligen Pathologiegebäude konnten über 100 alte Grabsteine des Anstaltsfriedhofes geborgen werden – sie waren in der DDR-Zeit als Einfassungssteine wiederverwendet worden. Eine erste Sichtung der zum Teil stark verwitterten und kaum noch lesbaren Grabsteine ergab, dass es sich tatsächlich um Grabsteine von Opfern der NS-Krankenmorde in Großschweidnitz handelt, die aus den Jahren 1939 bis 1943 stammen. Da es sich um die einzigen erhaltenen Grabsteine aus der Zeit der Krankenmorde in Großschweidnitz handelt, kommt dem Fund große Bedeutung zu. Die Grabsteine sollen teilweise in die zukünftige Dauerausstellung bzw. die Gestaltung der Friedhofsfläche eingebunden werden.

Seit 2017 bemühte sich die Gedenkstätte Großschweidnitz um eine Anerkennung des Anstaltsfriedhofes als Kriegsgräberstätte. Dazu waren umfangreiche Vorarbeiten zu leisten und Vor-Ort-Termine mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz, des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. sowie des Landesamts für Archäologie Sachsen zu absolvieren. Gräberlisten für über 3500 zwischen 1939 und 1945 auf dem Anstaltsfriedhof bestattete Patientinnen und Patienten wurden erstellt und eine umfangreiche Friedhofsdokumentation erarbeitet. Im November 2019 erfolgte schließlich die Anerkennung des Friedhofes als Kriegsgräberstätte, mit der eine dauerhafte finanzielle Unterstützung zum Erhalt und der Pflege des Friedhofsgeländes verbunden ist. Da nur wenige ehemalige Anstaltsfriedhöfe bislang als Kriegsgräberstätten anerkannt sind – in Sachsen zum Beispiel der Elbhang unterhalb der ehemaligen "T4"-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein –, ist diese Anerkennung des Großschweidnitzer Anstaltsfriedhofes von großer Bedeutung.

Ständige Ausstellungen und Wanderausstellungen

2019 konnten zwei Wanderausstellungen in der Gedenkstätte Großschweidnitz gezeigt werden. Die vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und der Stiftung Topographie des Terrors herausgegebene Ausstellung "Im Totaleinsatz. Zwangsarbeit der tschechischen Bevölkerung für das Dritte Reich" beleuchtete die NS-Zwangsarbeit vor dem Hintergrund der NS-Besatzungspolitik im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren. Zum System der NS-Zwangsarbeit gehörte dabei nicht zuletzt auch die gnadenlose "Aussonderung" aller nicht mehr leistungsfähigen Arbeitskräfte: Sie fielen der "Vernichtung durch Arbeit" zum Opfer oder wurden in



Geborgener Grabstein



Wanderausstellung "Kindereuthanasie in Leipzig. Eine Erinnerung. Schüler auf der Suche nach verblassten Spuren"

ihre Heimatgebiete zurückverschickt. Psychisch kranke Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gerieten in das Räderwerk der NS-Psychiatrie. Auch in Großschweidnitz wurden zahlreiche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingewiesen, die – konnte ihre Arbeitsfähigkeit nicht zügig wieder hergestellt werden – besonders häufig den Krankenmorden zum Opfer fielen. Mit Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds konnte die Ausstellung um diesen Aspekt ergänzt werden. Auf einer zusätzlichen Ausstellungstafel wurde erstmals das Schicksal eines in Großschweidnitz ermordeten tschechischen Zwangsarbeiters vorgestellt.

Eine weitere Wanderausstellung widmete sich der "Kindereuthanasie in Leipzig. Eine Erinnerung. Schüler auf der Suche nach verblassten Spuren". Anlass war der im August 1939 vom Reichsministerium des Inneren herausgegebene Runderlass, der die Meldung von Neugeborenen und Kindern mit "schweren angeborenen Leiden" anordnete und damit den Auftakt für die "Kindereuthanasie" bildete. Aufgrund dieses Erlasses wurden bis 1945 über 5500 Kinder und Jugendliche erfasst und in sogenannten Kinderfachabteilungen systematisch

ermordet. Zwei der ersten "Kinderfachabteilungen" befanden sich in Leipzig: in der Universitätskinderklinik und in der Landesanstalt Leipzig-Dösen. Letztere wurde bei einem Bombenangriff 1943 derart stark beschädigt, dass sie ausgelagert werden musste – in die Landesanstalt Großschweidnitz. Über 550 Kinder wurden allein in Großschweidnitz bis Kriegsende durch überdosierte Medikamente ermordet, die Mehrzahl in der "Kinderfachabteilung". Dies war Anlass, die unter der Regie der Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention und dem Psychiatriekoordinator der Stadt Leipzig, Thomas Seyde, entstandene Ausstellung von Schülerinnen und Schülern zum Thema "Kindereuthanasie in Leipzig" in Großschweidnitz zu zeigen und ergänzend einige Großschweidnitzer Schicksale vorzustellen.

Gleichzeitig wurde die Arbeit an der zukünftigen Dauerausstellung aufgenommen, die sich zunächst auf die Recherche einzelner Ausstellungsaspekte konzentrierte. Die neue Dauerausstellung soll die in Großschweidnitz begangenen NS-Krankenmorde in einen breiteren Kontext einbetten, die Vor- und Nachgeschichte mit Blick auf Strafverfolgung und DDR-Psychiatrie beleuchten und einen Bogen zu aktuellen bioethischen Fragen schlagen. Das Konzept sieht neben der im Altbau verorteten Dauerausstellung auch die Einbindung des Friedhofsareals vor.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

2019 besuchten im Rahmen der zwei Wanderausstellungen mehrere Schulklassen und Einzelgäste die Gedenkstätte. Durch die aufgenommen Bauarbeiten und die Einschränkungen des Publikumsverkehrs aufgrund der Coronapandemie war die Publikumsbetreuung im Jahr 2020 massiv eingeschränkt.

Besondere Veranstaltungen

Gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein wurden ab 2019 mehrere biografische Hefte zu Großschweidnitzer Opfern der Krankenmorde erarbeitet. Zwei der darin vorgestellten Lebenswege – von Elli Helm und Marianne Schönfelder – konnten im April 2019 in der Stadtbibliothek Löbau einem größeren Publikum vorgestellt werden.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Die Forschungsarbeit der Gedenkstätte stand überwiegend im Zeichen der Vorbereitung der zukünftigen Dauerausstellung. Die Recherchen konzentrierten sich auf die Opfer der NS-Krankenmorde. Hieraus gingen biografische Hefte zu Elli Helm, Marianne Schönfelder, Walter Stürmer und Otto Querner hervor, die in der von

der Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein herausgegebenen Reihe "Den Opfern ihren Namen geben" erschienen sind. Darüber hinaus wurden mehr als 60 Patientenakten digitalisiert, die die Grundlage für kurze biografische Exkurse in der zukünftigen Dauerausstellung bilden. Recherchen wurden außerdem zur Zwangssterilisationspraxis in der Landesanstalt Großschweidnitz angestrengt.

Im Zuge der Bemühungen um die Anerkennung des Friedhofes als Kriegsgräberstätte wurden umfangreiche Recherchen zum Friedhof und der Bestattungspraxis in der NS-Zeit angestrengt. Auf Grundlage der Opferdatenbank, der Kremierungslisten des für Großschweidnitz zuständigen Zittauer Krematoriums, der Gräberverzeichnisse der Anstalt Großschweidnitz, der Unterlagen des Standesamtes Löbau und weiteren Archivunterlagen zur Landesanstalt Großschweidnitz wurden eine 3580 Namen umfassende Gräberliste und eine Friedhofsdokumentation erstellt. In diesem Zusammenhang konnte zugleich eine Aktualisierung und ein Neudruck des Gedenkbuches realisiert werden, in dem alle namentlich bekannten Großschweidnitzer Opfer der Krankenmorde – über 5500 Personen – verzeichnet sind.

Im Jahr 2020 erhielt der Verein den Vorlass von Dr. Jürgen Trogisch, Gründungsmitglied des Vereins und langjähriger ärztlicher Leiter des Katharinenhofes Großhennersdorf. Die übergebenen Unterlagen dokumentieren das Engagement Dr. Trogischs bei der in den 1980er-Jahren einsetzenden Aufarbeitung der Krankenmorde in der Oberlausitz.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Durch die nahezu vollständige Erfassung aller Opfer der NS-Krankenmorde in Großschweidnitz war es möglich, Anfragen Angehöriger zügig zu beantworten. In vielen Fällen konnte an das Sächsische Hauptstaatsarchiv in Dresden und die dort überlieferten Patientenakten verwiesen werden. Anfragen kamen sowohl aus der Kinder- und Enkelkindergeneration als auch von heute hochbetagten Geschwistern.

Neben privaten Anfragen beauskunftete die Gedenkstätte Großschweidnitz auch eine Anfrage zu polnischen Opfern der Krankenmorde von der Stiftung für Polnisch-Deutsche Aussöhnung Warschau sowie zu sowjetischen Opfern vom Kriegsgefangenenprojekt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Beide Anfragen betrafen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Großschweidnitz ermordet worden sind.

Jan Procházka

(1924 - 1945)

anuar 1945 – das letzte Kriegsjahr hat begonnen. Für Jan (Johann) Procházka ist es sein letztes Lebensjahr, sein Todesjahr. Es beginnt mit der Einweisung in die Landesanstalt Großschweidnitz am 8. Januar 1945. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der gerade erst 20-Jährige bereits mehr als ein Jahr Zwangsarbeit in der deutschen Rüstungsindustrie geleistet, zuletzt in den Mitteldeutschen Stahlwerken in Gröditz – bis er dort den Produktionsablauf gefährdete: "er rast mit dem Transportkarren umher, klettert während der Fahrt auf offene Transportloris und singt dabei wie ein Besessener".

Über das Leben von Jan Procházka ist wenig bekannt, eine Patientenakte der Landesanstalt Großschweidnitz gewährt nur einen kleinen Einblick. Ein Heimatschein der Gemeinde Holešov/Holleschau im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren ist darunter – dort lebte Jan Procházka 1940 bei seinem Vater. Geboren worden war er am 12. Dezember 1924 in Sološnica in der Slowakei, einer Gemeinde in den Kleinen Karpaten. Wie er später selbst berichtete, hatte er seit seiner Kindheit leichte epileptische Anfälle, konnte die Schule jedoch "mit gutem Erfolg" besuchen und anschließend eine Schusterlehre aufnehmen.

Im Dezember 1943 wurde er als "ausländischer Arbeiter" nach Großenhain verbracht. Dort arbeitete er als Schmiedehelfer bei der Berliner Wagenachsen-Fabrik Eggebrecht & Schumann. Im August 1944 kam er als Hilfsarbeiter zu den Mitteldeutschen Stahlwerken Gröditz. Aufgrund der Verhaltensauffälligkeiten wurde er entlassen mit dem Ziel der "Rückführung", also der Abschiebung in das Herkunftsgebiet. Das Arbeitsamt Riesa wies Jan Procházka jedoch in die Landesanstalt Großschweidnitz ein, die zu einer Art Sammelstelle für sogenannte geisteskranke



Patientenakte Jan Procházka, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10822 Landesanstalt Großschweidnitz, 10017

Zwangsarbeiter in Sachsen geworden war. Jan Procházka war kein Einzelfall: Die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen forderten bei den Zwangsarbeitern nicht nur ihren körperlichen Tribut, auch die seelische Gesundheit nahm oft Schaden. Allein in Großschweidnitz wurden über 130 Zwangsarbeiter wegen Depressionen, "Abnormen Reaktionen" oder Schizophrenie aufgenommen. Ziel war es, die Arbeitsfähigkeit der Zwangsarbeiter schnell wieder herzustellen, waren sie doch zu einer wichtigen Säule der deutschen Kriegswirtschaft geworden. Bestand jedoch keine baldige Heilungsaussicht, dann bedeute das für die Betroffenen oft den Tod: Sie wurden durch überdosierte Medikamente, systematische Unterernährung und Vernachlässigung ermordet.

Bei Jan Procházka war die Prognose anfangs gut. Der zuständige Arzt diagnostizierte bei ihm Epilepsie, hielt die Wiederherstellung seiner "Einsatzfähigkeit" aber für "nicht ausgeschlossen": Eine Heilung sei "in absehbarer Zeit noch zu erwarten." Dem war jedoch nicht so – am 27. Februar 1945 starb Jan Procházka. Ohne Hinweise auf eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes war er in einen "epileptischen Dämmerzustand" gefallen und wurde als "schwach und hinfällig" beschrieben – obgleich sein Zustand zehn Tage zuvor noch völlig "normal" gewesen und er zur Arbeit in der Anstalt herangezogen worden war. Eine Behandlung des epileptischen Anfalls erfolgte nicht, sein Tod wurde billigend in Kauf genommen.

Jan Procházka wurde auf dem Anstaltsfriedhof Großschweidnitz bestattet. Seit 1943 gab es dort ein separates Friedhofsabteil, das "Ausländerquartier", auf dem mehr als 100 Zwangs- und Ostarbeiter beigesetzt wurden. Nach 1945 wurde an dieser Stelle ein "Ehrenhain" angelegt.

GEDENKSTÄTTE HOHENECK

Gedenkstätte Hoheneck An der Stalburg 6/7 | 09366 Stollberg Telefon 037296 440416 | Fax 037296 440450 b.eichhorn@stollberg-erzgebirge.de www.gedenkstaette-hoheneck.de

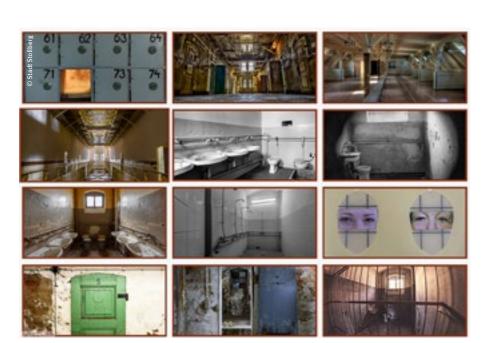
Errichtung der Gedenkstätte

Wenige Monate nach Schließung der Haftanstalt Hoheneck 2001 wurde eine ständige Ausstellung zu den aus politischen Gründen in Stollberg inhaftierten Frauen in der Stadtbibliothek Stollberg eröffnet. Die bis heute während der Bibliotheksöffnungszeiten für Publikum zugängliche Ausstellung ist den Hoheneckerinnen der 1950er-Jahre gewidmet und trägt den Titel "Ich dachte, es gibt draußen keine andere Welt".

Die Gedenkstätte Hoheneck umfasst weite Teile des Süd- und Westflügels des ehemaligen Frauengefängnisses Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge und befindet sich noch im Aufbau. Mehrere Etagen des Südflügels bleiben zur Besichtigung im originalen Zustand erhalten, wobei das originale Inventar nicht mehr vorhanden ist und teilweise durch anderes ersetzt wurde. Im 1. OG des Westflügels werden nach Abschluss der Bauarbeiten, die im

Dezember 2018 begonnen haben, die Gedenkstättenräume entstehen, in denen eine Dauerausstellung ihren Platz haben soll. Des Weiteren sind Schulungs-, und Büroräume geplant. Seit 2014 existiert ein durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten finanziell gefördertes Interimsbüro, welches im Carl-von-Bach-Haus unweit des Stollberger Marktplatzes untergebracht ist. Seit Mitte 2015 übernimmt die Stadt Stollberg – Eigentümerin der Immobilie Frauengefängnis Hoheneck – die Geschäfte der Gedenkstätte.

Die eigentliche Gedenkstätte inklusive einer Dauerausstellung, bei der auch die Schicksale der Häftlinge in den nachfolgenden Jahrzehnten bis 1989 berücksichtigt werden, wird derzeit errichtet. Im Dezember 2018 wurde mit den Entkernungsarbeiten begonnen. Die Baumaßnahmen für die bauliche Hülle werden voraussichtlich bis Ende 2022 andauern, da die Gebäude für die vorgesehenen Umnutzungen an die aktuell geltenden bauordnungs-



Screenshot von der Website der Gedenkstätte



Das Schloss Hoheneck, Ort der ehemaligen DDR-Frauenhaftanstalt Hoheneck

rechtlichen Anforderungen angepasst werden müssen: Hierzu zählen Belange des Brandschutzes, erforderliche Flucht- und Rettungswege sowie die Einhaltung von Anforderungen der Statik.

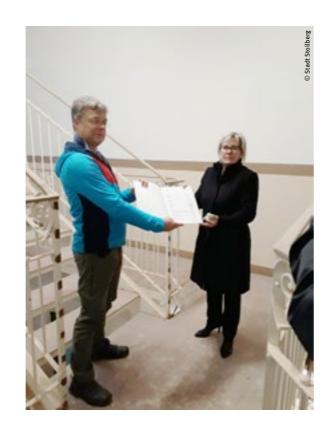
Auf der Grundlage des Vorkonzeptes wurden 2019 die Leistungen zur Ausstellungsgestaltung ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt im Jahr 2020 die renommierte Designagentur KOCMOC aus Leipzig, welche breit gefächerte Erfahrungen in der Gestaltung von Gedenkstätten aufweisen kann.

Ende 2020 wurde die Projektleiterstelle für den Aufbau der Gedenkstätte ausgeschrieben, und die Stadt Stollberg konnte Prof. Dr. Stefan Appelius dafür gewinnen. Die Inhaltsrecherchen sind sehr umfangreich und werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Neben der Vertretung der Gedenkstätte gegenüber Partnerinnen und Partnern, Presse und politischen Gremien ist Prof. Dr. Appelius für die wissenschaftliche Erarbeitung der Gedenkstätteninhalte verantwortlich.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellt der Stadt Stollberg eine Archivsoftware zur Verfügung. Damit werden durch eine Archivarin die Dokumente (Bücher, Schriftverkehr, Akten usw.) und andere Zeugnisse der Zeitgeschichte im Zusammenhang mit der Gedenkstätte erfasst und katalogisiert.

Besondere Veranstaltungen

Aufgrund des Baugeschehens im gesamten Objekt konnten 2019 und 2020 nur wenige Führungen und Veranstaltung vor Ort stattfinden. Beispielhaft sei der Tag der offenen Zellentür am 25. Mai 2019 genannt: Dieser wurde veranstaltet vom Frauenkreis der Hoheneckerinnen, mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung Berlin sowie von Beschäftigten der Stadtverwaltung Stollberg



Die Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus, Barbara Klepsch, überreicht Stollbergs Oberbürgermeister Marcel Schmidt am 16. Oktober 2020 den Förderbescheid

Die feierliche Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer wurde vom Gablenzer Posaunenchor umrahmt. Peter Beyer (MdB) sowie Herr Lutz Rathenow (Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) fanden würdevolle Worte am Gedenkstein.

Bei den anschließenden Führungen und Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen belegte der große Andrang das Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Gedenkort.

Rund 70 Schülerinnen und Schüler des Zwönitzer Gymnasiums besuchten die Veranstaltung und brachten ihre Betroffenheit anschließend gegenüber der "Freien Presse" zum Ausdruck

Auch Karl-Heinz Bomberg war anwesend und stellte sein Buch "Heilende Wunden – Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR" vor. Anschließend fand noch eine Signierstunde mit Karl-Heinz Bomberg statt

Im Jahr 2020 konnten aufgrund der Coronapandemie die geplanten Veranstaltungen nicht stattfinden. Die Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages seit der Inbetriebnahme des DDR-Frauengefängnisses Hoheneck, die für den 19. September 2020 geplant war, musste in das Jahr 2021 verlegt werden.

Hohe Priorität hatte trotz coronabedingter und baulicher Einschränkungen weiterhin die Kommunikation mit ehemaligen Insassinnen der Haftanstalt in Hoheneck. Auch 2019 und 2020 besuchten einige ehemals Inhaftierte das ehemalige Gefängnis, manche erstmals seit ihrer Entlassung. Aber auch weitere Zeitzeuginnen sowie Kinder und Angehörige suchten diesen Gedenkort zur Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichte auf.

Wichtiger Meilenstein für den Aufbau der Gedenkstätte

Am 16. Oktober 2020 konnte Oberbürgermeister Marcel Schmidt einen Fördermittelbescheid in Höhe von 1,4 Millionen Euro für die Errichtung der Gedenkstätte Hoheneck von der Sächsischen Staatsministerin für Kultur und Tourismus sowie Vorsitzenden des Stiftungsrates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Barbara Klepsch, in Empfang nehmen. Die Gelder stammen vom Staatsministerium für Kultur und Medien des Bundes sowie vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus.

"Die Gedenkstätte ist von großer Bedeutung, damit nie vergessen wird, welches Unrecht und welche Gewalt im Gefängnis Hoheneck an Menschen begangen wurden. Gedenkstätten dieser Art leisten einen außerordentlich wichtigen Beitrag, um die Geschehnisse unter dem NS-Regime und unter der kommunistischen Diktatur aufzuarbeiten und auch den jüngeren Menschen zu vermitteln", sagte Staatsministerin Barbara Klepsch bei der Übergabe des Fördermittelbescheides.

Tatjana Sterneberg

(* 1952)

atjana Sterneberg wurde am 14. März 1952 in Berlin-Lichtenberg geboren. Im Alter von sechs Jahren wurden sie und ihr jüngerer Bruder nach Denunziation von der Polizei abgeholt und getrennt in verschiedene Kinderheime verbracht. Eine Unterbringung der Kinder in einer Kindertagesstätte wurde der Mutter verwehrt. Die Kinder sahen sich erst nach dem Mauerfall wieder.

Nach dem Schulbesuch absolvierte sie von 1968 bis 1970 in Ost-Berlin eine Ausbildung als Restaurant-Fachfrau. Danach war sie im Hotel "Stadt Berlin" am Alexanderplatz beschäftigt. Hier lernte sie den in West-Berlin lebenden italienischen Staatsbürger Antonio Borzachiello kennen und verliebte sich in ihn. Das Paar beschloss, künftig zusammenleben zu wollen, deshalb beantragte Tatjana Sterneberg ihre Ausreise aus der DDR.

Nachdem der Antrag abgelehnt wurde, beschloss das Paar, sich an eine kommerzielle Fluchthilfe-Organisation zu wenden. Sie ahnten nicht, dass das Hotel "Stadt Berlin" durch das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit massiv überwacht wurde. Das Vorhaben wurde von einem IM denunziert, Tatjana Sterneberg und ihr Freund wurden am 7. November 1973 in Ost-Berlin verhaftet.

Am 6. Mai 1974 verurteilte sie das Stadtgericht von Groß-Berlin zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten – nach Widerspruch entschied das Oberste Gericht der DDR auf drei Jahre und acht Monate – wegen versuchter Republikflucht im schweren Fall (nach § 213), landesverräterischer Agententätigkeit (nach § 100) und mehrfacher Gesetzesverletzung (nach § 63 des DDR-Strafgesetzbuches). Die Bestrafung sollte in "strenger Vollzugsart" erfolgen.

Am 9. Oktober 1974 wurde Tatjana Sterneberg daraufhin aus der Untersuchungshaftanstalt Berlin II in die Strafvollzugsanstalt Hoheneck verlegt. Dort war sie mit anderen inhaftierten Frauen im Arbeitskommando VEB Planet im Drei-Schicht-System unter anderem mit der Herstellung von Bettwäsche und Kopfkissenbezügen beschäftigt, zeitweise musste sie auch DDR-Fahnen nähen. Laut ihren Unterlagen war für sie ein "Arbeitseinsatz bis zur Belastungsgrenze" angesetzt. Während ihrer Haftzeit in Hoheneck war die Strafvollzugsanstalt massiv überbelegt, was für alle dort zu dieser Zeit inhaftierten Frauen zu einer Verschärfung des Haftregimes führte; sie wurde von Mitgefangenen und Angestellten denunziert. Erst am 27. September 1976 wurde Tatjana Sterneberg schließlich aus Hoheneck nach Karl-Marx-Stadt verlegt. Von dort wurde sie von der Bundesregierung "freigekauft". 1977 heiratete sie ihren italienischen Freund, der in der DDR ebenfalls zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war.



Tatjana Sterneberg

Nach seinem Tod (2006) begann sich Tatjana Sterneberg im "Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen" zu engagieren und übte dort für zwei Jahre (2006–2008) die Funktion einer stellvertretenden Vorsitzenden aus. In diesen Jahren war Tatjana Sterneberg auch aktiv an der Aufklärung über die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit in der Strafvollzugsanstalt Hoheneck beteiligt; insbesondere klärte sie die Öffentlichkeit über die Rolle des ehemaligen DDR-Oberstleutnants und Leiters des Gesundheitswesens (GW) der StVA, Dr. Peter lanata, auf.

Bereits im Jahr 2003 hatte Tatjana Sterneberg in Berlin eine Beratungsstelle für SED-Opfer eröffnet, die vom Sozialverband Deutschland getragen wurde. Hier war sie für fünf Jahre tätig. Im Jahr 2011 war sie maßgeblich am Besuch des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff in Hoheneck beteiligt, der als ein bedeutendes Signal zur Entstehung einer Gedenkstätte Hoheneck gewertet werden kann. Im selben Jahr gründete sie den "Förderverein Begegnungs- und Gedenkstätte Hoheneck", dessen Vorsitz sie anfangs übernahm.

Teile ihrer Lebensgeschichte wurden in dem am 9. November 2011 ausgestrahlten ARD-Fernsehfilm "Es ist nicht vorbei" in der Filmfigur Carola Weber verarbeitet. Seit 2009 gehört sie dem Vorstand der Vereinigung "17. Juni 1953 e.V." an. Tatjana Sterneberg ist als Zeitzeugin aktiv und unterstützt seit Jahren aktiv den Aufbau der künftigen "Gedenkstätte Hoheneck". Unter ihrer Regie entstand bereits im Jahr 2011 ein erstes Konzept, das wichtige Anregungen für den Aufbau der Gedenkstätte enthält.

ARCHIV BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. Bernhard-Göring-Straße 152 (Haus der Demokratie Leipzig) | 04277 Leipzig Telefon | Fax 0341 3065175 info@archiv-buergerbewegung.de www.archiv-buergerbewegung.de

Archiv, Sammlung, Dokumentation, Forschung

In den Jahren 2019 und 2020 standen Übernahmen von Fotografien und Dokumenten-Sammlungen sowie die Erschließung des Archivgutes im Mittelpunkt, aber auch die Tätigkeiten im Rahmen der Online-Datenbank des Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen.

Es konnten zahlreiche weitere Archivbestände, persönliche Erinnerungen und Sammlungen sowie umfangreiche Fotobestände übernommen werden. Persönliche Unterlagen zur Arbeitsgruppe Friedensdienst und der Initiativgruppe Leben sowie Aufzeichnungen über die Montagsdemonstrationen, Dokumente des Neuen Forums, bilden den Schwerpunkt der Sammlung von Ernst Demele. Heinz Galle war bei der Auflösung des MfS in Leipzig und Torgau aktiv. Christian Hönemanns Fotos, Dokumente und Aufzeichnungen zur Umweltbewegung und zur Osteuropahilfe werden perspektivisch als Vorlass aufbewahrt. Übergeben wurden auch zahlreiche Materialien der Umweltbibliothek Leipzig, welche neben Samisdatschriften Unterlagen der Arbeitsgruppe Umweltschutz aus den 1980er-Jahren enthalten. Im November 2020 wurde der Bestand der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) um mehr als 200 Ordner sowie VHS- und Audiokassetten erweitert.

Hunderte Dias von Ernst Demele dokumentieren den Verfall in Leipzig Ende der 1980er- bis Anfang der 1990er- Jahre. Die Leipziger Fotografin Karin Wieckhorst hingegen ist insbesondere für ihre Aufnahmen von der Sprengung der Universitätskirche und ihre dokumentarischen Fotos der Leipziger Kunst- und (Sub-)Kulturszene in den 1980er-Jahren bekannt, hat aber auch die Demokratisierung und die Transformation in den 1990er-Jahren fotografisch festgehalten. Das Archiv hat im Jahr 2020 begonnen, diesen Fotobestand zu erschließen. Darüber hinaus wurde eine Broschüre mit ausgewählten Fotos von Karin

Wieckhorst zusammengestellt, die eine Bereicherung der Publikationen und der Bildungsarbeit des ABL darstellt (gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Sächsischen Staatskanzlei – Förderprogramm "Revolution und Demokratie").

Der Nachlass von Ellen Thiemann, der aus annähernd 200 grob vorsortierten Ordnern und mehreren unsortierten Kartons bestand, wurde 2019 archivwissenschaftlich erschlossen. Es wurden alle Materialien gesichtet und sortiert sowie in der Archivdatenbank AUGIAS eine Systematik erstellt, in die anschließend mehr als 500 Bestandseinheiten eingepflegt wurden.

Auch die Erschließung des Aktenbestandes der Bundesgeschäftsstelle der 1950 in Westberlin gegründeten und bis heute bestehenden Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) ist in im Berichtszeitraum fortgeschritten. Der ca. 1300 Ordner umfassende Bestand enthält umfangreiche Dokumente zu Haft und politischer Verfolgung in der SBZ/DDR aus Sicht der Betroffenen sowie zur Arbeit der VOS von 1950 bis 1989 in Westdeutschland bzw. ab 1990 in Ostdeutschland. Seit Juli 2020 (bis Juni 2023) wird er mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Sächsischen Landtags und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten erschlossen.

Darüber hinaus wurde, finanziert von der Bundesstiftung Aufarbeitung, u. a. die persönliche Sammlung von Karlheinz Bauer, dem ehemaligen Bezirksvorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs Leipzig, verzeichnet. Außerdem wurden 2020 mehrere Fotosammlungen erschlossen - mehr als 2700 Aufnahmen allein aus der "Stiftung Fotoarchiv Bräunlich". Diese dokumentieren die Arbeit des Torgauer Fotografenehepaares Manfred und Erdmute Bräunlich ab Ende der 1960er-Jahre. Inhaltliche Schwerpunkte sind Torgauer Stadtansichten, die Friedliche Revolution und die politische Transformation in Torgau sowie der Olof-Palme-Friedensmarsch (September 1987). Hinzu kam der Fotobestand von Jürgen Hanisch, einem Gründungsmitglied des Christlichen Umweltseminars Rötha, der vor allem die Umweltsituation und Umweltaktionen im Leipziger Südraum in den 1980er-Jahren widerspiegelt.

Aufgrund der Coronapandemie waren 2020 die gewohnten regelmäßigen Öffnungszeiten nicht zu gewährleisten. Außerhalb der Lockdowns ermöglichte das Archiv die Nutzbarkeit nach Terminabsprache und unter Einhaltung der notwendigen Hygienevorschriften. Aufgrund fehlender technischer Infrastruktur ist ein Zugriff von außerhalb des ABL auf den Server (auf dem

das Erschließungsprogramm und alle notwendigen Daten liegen) nicht möglich. Mittels externer Festplatten sowie viel Improvisation und gutem Willen der Mitarbeitenden konnten dennoch zahlreiche Tätigkeiten im Homeoffice durchgeführt und alle Erschließungsprojekte realisiert werden.

Im Archivprogramm AUGIAS waren Ende 2020 mehr als 40 000 Datensätze abrufbar. Diese spiegeln das gesamte archivalische Spektrum wider: Bibliothek, Fotosammlung, Dokumente, Personenvorlässe, persönliche Sammlungen, Zeitzeugen- und Zeitzeuginneninterviews, Zeitungen und Zeitschriften, Plakate und Transparente, Audio- und Videobestand sowie Samisdatschriften des ABL. Dies ermöglicht eine schnelle Recherche bei Anfragen von Nutzerinnen und Nutzern.

Im Jahr 2019 verzeichnete das ABL ca. dreihundert Nutzerinnen und Nutzer. Diese arbeiteten entweder vor Ort oder richteten ihre Anfragen per Mail an das Archiv. Aufgrund der Coronapandemie kamen im Jahr 2020 weniger Menschen in das Archiv; stattdessen wurden für zahlreiche Anfragende Dokumente gescannt und ihnen diese Digitalisate zugemailt. Diese Anfragen per Mail und Telefon sind sehr arbeitsintensiv, da sie mit umfangreichen Recherchen verbunden sind und immer wieder Dokumente gescannt werden müssen. Die erschlossenen Dokumente, Fotos, Plakate und Objekte stellte das ABL den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus Forschung, Lehre und Medien, aber auch für Ausstellungen und Museen zur Verfügung. Diese kamen aus Leipzig und dem gesamten deutschsprachigen Raum, aber auch aus Japan und den USA. Jedes Jahr entstehen Filme, Broschüren, Bücher, Lehr- und Lernmittel sowie wissenschaftliche Schriften, für die die Archivalien des ABL von grundlegender Bedeutung sind.

Viele Anfragen erreichten das Archiv über die weltweit nutzbare Online-Datenbank des "Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen" (Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e.V. Werdau, Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.), die im September 2019 mit einigen hundert Einträgen auf der gemeinsamen Homepage (www.opposition-archivesachsen.de) startete. Für die Programmierung der Online-Datenbank wurden PMO-Mittel (Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR) zur Verfügung gestellt. In einem ersten Schritt wurden 2019 zunächst Datensätze für drei Archivalienarten (Fotos, Dokumente und Objekte) zur Bereitstellung in der



Übergabe erster Fotos aus der Stiftung Fotoarchiv Bräunlich durch die Fotografin Erdmute Bräunlich (2. v. l.) und ihre Familie im April 2019

Online-Datenbank ausgewählt. Diese wurden 2020 um die Datensätze für audiovisuelle Medien (inkl. Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen), Samisdatschriften und Plakate ergänzt. Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des Projektes waren verschiedene Workshops, Testphasen sowie zahlreiche telefonische Rückfragen und Absprachen mit der Firma idpraxis in Berlin sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Archive. Neben formalen Kriterien spielten urheber- und datenschutzrechtliche Überlegungen bei dem Prozess eine große Rolle. Auch die Bedürfnisse potenziell Interessierter sowie verständliche und bedarfsorientierte Suchoptionen mussten bei der Programmierung mitgedacht werden. Trotz der sehr zeitaufwendigen Vorarbeiten konnten bis Ende 2019 mehr als 1200 Datensätze in die Online-Datenbank importiert werden. Dies geschah zunächst durch die Programmierfirma in Berlin. Im Dezember 2019 wurde von dieser zusätzlich ein Extranet programmiert, über das es nun den im Archiv Beschäftigten möglich ist, Datensätze von AUGIAS selbstständig in die Online-Datenbank einzupflegen. Ende 2020 waren bereits rund 5000 Datensätze recherchierbar. Geplant ist, in den nächsten Jahren die Einträge in der Datenbank fortlaufend zu ergänzen und zu vervielfachen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Zusammenarbeit der Oppositionsarchive in Sachsen weiter auszubauen und die dort vorhandenen historischen Quellen für die Nutzenden leichter zugänglich zu machen. Über die Onlinerecherche kann unabhängig von einer Anwesenheit vor Ort in den Beständen der drei im Arbeitskreis vereinten Archive nach relevanten Archivalien für die verschiedensten Forschungsvorhaben gesucht werden.



Exemplarisches Rechercheergebnis innerhalb der Online-Datenbank, April 2022

Ausgewählte Veranstaltungen und Archivführungen

Während im Jahr 2019, dem Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution, alle Aktivitäten wie geplant durchgeführt werden konnten, war das Jahr 2020 geprägt von den Auswirkungen der Coronapandemie:

- 22. März 2019: Buchvorstellung Peter Wensierski "Fenster zur Freiheit. Die radix-blätter.
 Untergrundverlag und -druckerei der DDR-Opposition" (herausgegeben vom ABL)
- 17. Mai 2019: Vorlesung "Keine Gewalt! Die Friedliche Revolution in Leipzig" im Rahmen der Leipziger Kinder-Uni
- 28. Juni 2019: Vorstellung und Gespräch mit der Archivleiterin zur Ausstellung "Revolution ist weiblich" im Rahmen der Feministischen Sommeruni
- 3. bis 8. Oktober 2019 und 2020: Herbstkino am Matthäikirchhof
- 7. Oktober 2019: Gestaltung des Lichtraums "Für ein offenes Land mit freien Menschen"
- 15. Oktober 2019: Podiumsdiskussion "... und dann nahmen wir wieder am Leben teil" zur Geschichte und Zukunft der Verfolgtenverbände in der kommunistischen Diktatur SBZ/DDR
- 7. März 2020: Tag der Archive "Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet"
- 19. September 2020: Lesung beim Studientag "Liebe. Glaube. Widerstand Briefe aus dem Gefängnis" Immer wieder werden Interessierten und Gruppen im Rahmen einer Archivführung einmalige Dokumente aus dem Bestand gezeigt, u. a. Journalistinnen und Journalisten aus Lateinamerika und Fernost, Schülerinnen und Schülern, Lehrenden, Studierenden u. v. a. m.

Darüber hinaus besuchten die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. Eva-Maria Stange, der Sächsische Landesvorsitzende der SPD und Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Martin Dulig, der Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig Anselm Hartinger, der Direktor des Stadtarchivs Leipzig Dr. Michael Ruprecht, der Leiter der BStU-Außenstelle Leipzig Stefan Walter, der Direktor der Sächsischen

Landeszentrale für politische Bildung Roland Löffler sowie die Direktorin des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig Uta Bretschneider das Archiv.

Historisch-politische Bildung: Entdeckendes Lernen

2019 fanden zahlreiche und vielfältige archivpädagogische Bildungsangebote zu den Themen Opposition, Widerstand und Zivilcourage in und um Leipzig statt. Aufgrund der Coronapandemie konnte ab 2020 die Arbeit mit den Jugendlichen im Archiv oder vor Ort in den Schulen nur noch eingeschränkt stattfinden – viele bereits geplante Projekttage mussten abgesagt werden.

Folgende Workshops des forschend-entdeckenden Lernens wurden 2019/20 von Lehrenden für ihren Unterricht genutzt: "Tage im Herbst – Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution", "Mit Engagement zur Sächsischen Verfassung", "Rotstift - Medienmacht, Zensur in der DDR" sowie "Exit. Reise ohne Rückkehr". Die guellengestützten Bildungsangebote des ABL regen mit zeitgemäßen Vermittlungsformaten demokratiebejahende und gesellschaftlich offene Diskussionen an. Das forschendentdeckende Lernen, die Entwicklung eigener Lernwege und die Begleitung der wissenschaftlichen Lehre tragen dazu bei, ein Bewusstsein für den Wert der Demokratie in den nachgeborenen Generationen zu fördern. Die Zusammenarbeit mit angehenden Pädagoginnen und Pädagogen der Universität Leipzig durch Workshops und die Unterstützung ihrer Seminararbeiten - z. B. zum Thema Grundrechte – wurden ausgebaut. Hinzuweisen ist auch auf die verstärkte Koordinierungstätigkeit des ABL hinsichtlich der Vermittlung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Neben der kontinuierlichen archivpädagogischen Vermittlungsarbeit und ihrer Weiterentwicklung konnte das ABL auch mehrfach erfolgreich Drittmittel für den Bildungsbereich einwerben:

Der 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019 war für das ABL Anlass, mit acht Klassen verschiedener Schulen exemplarische "Tiefenbohrungen" zur Entstehung und Entwicklung der Friedlichen Revolution in Leipzig und Sachsen im Jahr 1989 vorzunehmen. Diese historische Spurensuche verband forschend-entdeckendes Lernen im Archiv mit der Förderung von Medienkompetenz der beteiligten Jugendlichen. Es entstand, anteilig gefördert

von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, eine interaktive Stadtrallye für mobile Endgeräte zu acht "Meilensteinen auf dem Weg zur Friedlichen Revolution", also mutigen Aktionen und besonderen Ereignissen in Leipzig, Plauen und Dresden im Jahr 1989.

2020 konnte ein weiteres längerfristiges Projekt trotz Pandemie realisiert werden: "Vom Braunkohletagebau zum Leipziger Neuseenland", unterstützt von der Sächsischen Jugendstiftung. Schülerinnen und Schüler der Neuen Nikolaischule Leipzig forschten zur katastrophalen Umweltsituation in der DDR und den Aktionen von Umweltgruppen, die sich für saubere Luft und Gewässer engagierten, und erstellten eine eigene Roll-up-Ausstellung

Hervorzuheben ist auch ein Oral-History-Projekt für die Bildungsarbeit des Archivs, in dem Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Rahmen des Förderprogramms "Revolution und Demokratie" der Sächsischen Staatskanzlei zur Transformationszeit und zum Medienfrühling 1990 befragt wurden. Kurze Ausschnitte der Videos sind auf der Archiv-Homepage zu finden.

Ausstellungen

Die Ausstellung "All you need is beat" war in der Freien Schule Rerik zu sehen, die Biografie-Ausstellung "Die Revolution ist weiblich" an verschiedenen Veranstaltungsorten der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche, die Ausstellung "Graben für den Frieden?" – Die Bausoldaten in der DDR" im Dom in Fürstenwalde sowie in der Gemeinde Rüdersdorf und in Bad Schmiedeberg. Die Open-Air-Ausstellung "Aufbruch nach Europa" konnte man sich in Altenburg und im Grenzlandmuseum Eichsfeld anschauen. Die Ausstellung "Unsere Zukunft hat schon begonnen" wanderte von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg über das Stadtmuseum Borna, die Kirche in Bad Schmiedeberg und das Gymnasium Groitzsch in die St. Georgenkirche in Rötha. Die "EXIT"-Ausstellung wurde sowohl von der Kirchgemeinde Weimar-Schöndorf genutzt als auch mehrfach für die Bildungsarbeit des ABL. Die Wanderausstellung "GELENKTE FREI-ZEIT – DDR-Lebenswelten in der Ära Honecker" war im Museum in Doberlug-Kirchhain zu sehen. Eine mobile Ausstellung zum radix-Verlag wurde in einem fahrbaren "Kultur:Wagen" realisiert, der in Berlin an verschiedenen Standorten stand.

Stolpersteine

Das ABL ist der Trägerverein der AG Stolpersteine in Leipzig. Im Berichtszeitraum konnten fünf Verlegungen mit 104 Stolpersteinen organisiert und durchgeführt werden. Dabei wurden 34 Projekte mit Jugendlichen, Bürgervereinen, Familienmitgliedern von Opfern des



Das Archiv war vom 18. bis zum 20. September 2019
Kooperationspartner des 8. Sächsischen Geschichtscamps
in Leipzig mit einem Workshop zum Thema Medien und
Kommunikation im Herbst 1989.

Nazi-Terrors, Interessenverbänden und Einzelpersonen koordiniert und inhaltlich betreut. Daneben wurden laufende Recherchen nach weiteren Opfern und deren Biografien unterstützt, Gespräche bzw. Vorträge an Schulen und in Gemeinden gehalten und Stolpersteinrundgänge durchgeführt. Verschiedene Schulen und Kirchgemeinden zeigten die Wanderausstellung über Stolpersteine in Leipzig. Damit konnten verschiedene Aktionstage unterstützt werden.

Sonstiges

Das ABL hat im Ortskomitee der Leipziger Archive den 23. Sächsischen Archivtag im Mai 2019 in Leipzig mit vorbereitet und organisatorisch unterstützt.

Der MDR drehte für seine Geschichtssendung "Zeitreise" im Archiv. Seit Oktober 2019 gibt es auf der Website der MDR-"Zeitreise" eine Infoseite zum Archiv.

Die Internetpräsentation "Mythos Montagsdemonstrationen" wurde beendet. Ziel dieser Präsentation war es, den Blick auf die historischen Abläufe zu schärfen und Stationen einer Mythenbildung bezüglich der Montagsdemonstrationen aufzuzeigen. Grundlage bildete der historische Kern in Leipzig mit den montäglichen Friedensgebeten seit 1982 und den daraus entstandenen Demonstrationen. Die Online-Präsentation wurde mit dem "einheitspreis" (Bronzegewinner) der Bundeszentrale für politische Bildung ausgezeichnet.

MARTIN-LUTHER-KING-ZENTRUM WERDAU

Martin-Luther-King-Zentrum
Stadtgutstraße 23 | 08412 Werdau
Telefon 03761 760284 | Fax 03761 760304
info@martin-luther-king-zentrum.de
www.martin-luther-king-zentrum.de

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen

Das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e.V. knüpft an die Friedens- und Bürgerbewegung in der DDR an und versteht sich als Aufarbeitungsinitiative für Oppositions- und Repressionsgeschichte in SBZ und DDR. Es beherbergt das Archiv Bürgerbewegung Südwestsachsens, dessen Einzugsgebiet vorrangig der damalige DDR-Bezirk Karl-Marx-Stadt ist

Mithilfe einer finanziellen Förderung durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurde 2019 die neue Dauerausstellung "Opposition, Repression und Friedliche Revolution in der DDR – Der Weg zur Einheit" nach professionellen museumspädagogischen Grundsätzen im Martin-Luther-King-Zentrum installiert. Sie informiert anhand von sechs Themenfeldern über die Geschichte des Protests in der Region von den 1950er-Jahren bis 1989 mit kurzen Texten, Biografien, Dokumenten, Bildern, Hörsequenzen und Objekten. Die Ausstellung wurde am 27. August 2019 mit musikalischer Umrahmung offiziell eröffnet und traf auf gute Resonanz.

2020 wurde eine angrenzende nachgebaute Gefängniszelle mit entsprechenden Ausstellungstafeln mittels finanzieller Förderung durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten in die Dauerausstellung integriert.

Neben Einzelpersonen zählten vorrangig Gruppen von Schülerinnen und Schülern sowie Schulklassen von Oberschulen und Gymnasien der Region zu den Gästen der Ausstellung.

Ab September 2019 waren etwa 300 Personen in der Ausstellung. Diese Zahl ging 2020 – bedingt durch die Coronasituation und damit verbundenen Schließzeiten – zurück und lag bei rund 250 Gästen. Daneben machten auch die Gäste der Veranstaltungen von der Möglichkeit Gebrauch, die Ausstellung zu besichtigen.



Ausstellungsbesuch einer Schulklasse des BSZ Werdau am 23. September 2019 im King-Zentrum

Das Martin-Luther-King-Zentrum hat verschiedene Wanderausstellungen erarbeitet. 2020 entstand unter dem Titel "Es hat(te) gedreckt – Vom Wandel des einstigen Braunkohlelandes DDR bis heute" eine neue Ausstellung. Leider musste die für Herbst geplante Eröffnung aufgrund der Coronapandemie verschoben werden.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Der Besuch des Martin-Luther-King-Zentrums ist montags bis donnerstags zwischen 8.00 und 15.30 Uhr sowie nach Vereinbarung für alle Interessierten möglich. Gäste haben die Gelegenheit, die Dauerausstellung zu besichtigen; zudem können Bibliothek und Archiv (möglichst nach Anmeldung) kostenfrei genutzt werden. Die Publikumsbetreuung wird in der Regel durch Fachpersonal, gelegentlich auch ehrenamtlich, abgedeckt.

Der Verein ist ein anerkannter außerschulischer Lernort in Sachsen. Einen Schwerpunkt seiner Arbeit legt das Zentrum auf die Vermittlung von (historisch-)politischer Bildung. Zielgruppe sind vor allem Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9.

2020 wurde pädagogisches Material mit Bezug zu Dauerausstellung und Archiv erarbeitet. Durch fachliche Beratung von Lehrerinnen und Lehrern entstanden Arbeitsblätter, in welche didaktische und methodische Überlegungen Einzug fanden. Darüber hinaus wurden Handreichungen zur Unterrichtsvorbereitung erstellt.

Im Berichtszeitraum wurde das Archiv sowohl von Schülerinnen und Schülern als auch von Studierenden für verschiedene Fach- und Forschungsarbeiten genutzt.

Veranstaltungen

Im Januar 2019 wurde anlässlich Martin Luther Kings 90. Geburtstag etwa 15 Zuschauerinnen und Zuschauern der Film "Selma" vorgeführt. Etwa 25 Interessierte besuchten, ebenfalls im Januar, die Vorstellung des vom Martin-Luther-King-Zentrum erarbeiteten Buches "Aktivisten der Freiheit". Das Buch war Ergebnis einer langjährigen Forschung über eine der aktivsten frühen Widerstandsgruppen in der DDR.

Im März 2019 waren 20 Teilnehmende im King-Zentrum zu Gast: Es referierte Dr. Christoph Marschall zum Thema "Warum verstehen wir die Welt nicht mehr?". Im April 2019 gab es vor mehr als 10 Interessierten einen Vortrag mit Diskussion über "Das Einwanderungsgesetz" mit Thea und Bruno Johannsson. Im Mai ging es um das Thema "Facebook & Co. – Sargnägel der Demokratie?": Christian Gesellmann hielt ein Impulsreferat vor gut 20 Personen, im Anschluss wurde mit dem Publikum diskutiert. Im Mai 2019 berichtete die Politologin Blanka Mouralová vor 20 Gästen über das Erbe der "Normalisierung" in der ČSSR: Die Ereignisse um den "Prager Frühling" bedeuteten für die damalige Tschechoslowakei auch eine Belebung der Zivilgesellschaft - nach der Militärintervention setzte dann die sogenannte "Normalisierung" ein, um jegliche Form staatsunabhängiger Aktionen und Organisationen zu unterbinden.

Dr. Matthias Kluge zog im September 2019, 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution, vor 15 Teilnehmenden Bilanz. Aus dieser zeitlichen Distanz blickte der Historiker auf das politische Geschehen dieser Zeit auf regionalgeschichtlicher Ebene zurück und analysierte dieses neu.

45 Interessierte waren im Oktober 2019 zur Veranstaltung mit Richter Stephan Zantke vom Amtsgericht Zwickau im Martin-Luther-King-Zentrum. Zantke las aus seinem Buch, in dem er seine drastischsten Fälle schildert und Einblicke in deutsche Parallelwelten und kriminelle Milieus gibt.

Im November 2019 fand zum Thema "Big Data – Was unsere Daten über uns verraten" ein Vortrag von Manuel Schmuck mit Diskussion vor 20 Gästen statt. Schmuck zeigte auf, wo wir Datenspuren hinterlassen.

Ebenfalls im November 2019 gab es vor 15 Gästen eine Buchlesung mit Martin Böttger, der den Dokumentenband "Ehrlich und gewissenhaft" mit Zeugnissen aus der Zeit des politischen Umbruchs vorstellte. Über die Frage "Dreißig Jahre nach dem Sturz Ceaușescus: Ist Rumänien auf dem Weg in eine illiberale Demokratie?" diskutierten im Dezember 10 Teilnehmende mit William Totok und Wolfram Tschiche.



Veranstaltung "Die 24-Stunden-Flucht des Studenten Matthias Langer aus der DDR" am 3. September 2020 im King-Zentrum zusammen mit dem Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V.

2020 mussten aufgrund der Coronapandemie einige geplante Veranstaltungen abgesagt werden bzw. wurden online durchgeführt. Im März 2020 referierte Clemens Ronnefeldt vor 13 Interessierten im King-Zentrum über den "Iran und die Krisenregionen im Nahen und Mittleren Osten".

"Die 24-Stunden-Flucht des Studenten Matthias Langer aus der DDR" war im September 2020 Thema einer Veranstaltung. Der Zeitzeuge Matthias Langer sprach über seine gelungene Flucht über das sozialistische Ausland und sein neues Leben in der Bundesrepublik.

Mit 30 Interessierten wurde im September 2020 in der Lutherkirche Zwickau über "Neues Forum, Runder Tisch, Treuhand – Die Geschehnisse in Zwickau vor 30 Jahren" diskutiert.

Im Oktober 2020 fand mit mehr als 100 Teilnehmenden ein multimedialer Stadtrundgang durch Werdau statt. "Unter freiem Himmel – Projektionen zu 30 Jahren Einheit und Umbruch" war eine Veranstaltung der KOOPERATIVE BERLIN mit Unterstützung des Martin-Luther-King-Zentrums.

Ebenfalls im Oktober 2020 fand vor 18 Teilnehmenden ein Vortrag mit Prof. Dr. Eric Linhart über populistische Parteien in der Politik statt. "Shout out loud – Umgang mit menschenverachtender Kommunikation und Hate Speech im Netz" war Thema eines Webinars im November mit etwa 20 Teilnehmenden. Ebenfalls im November 2020 gab es zudem ein Online-Seminar über Gaming und rechte Netzkultur mit etwa 18 Teilnehmenden in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.



Treffen und Erfahrungsaustausch mit dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte aus Jena am 16. November 2019 im King-Zentrum

Forschung, Sammlung, Dokumentation,

Dem Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens wurden 2019 und 2020 kleinere Bestände bzw. Bestandsergänzungen übergeben. Diese Materialien über Opposition und Repression in der SBZ/DDR wurden konservatorisch langzeitgesichert und nach professionellen Grundsätzen erschlossen.

Seit September 2019 hat der Verein im gleichen Haus weitere Räumlichkeiten angemietet, die vor allem für das Archiv, insbesondere für die Sachgegenstände genutzt werden.

2020 brachte das Martin-Luther-King-Zentrum das Buch "Fels der Verzweiflung – Stein der Hoffnung. Martin Luther King und die DDR" heraus. Das mit einem Vorwort von Dr. Margot Käßmann versehene Buch zeichnet die Rezeption, Kommunikation und Wirkung von Kings Ideen in der DDR anhand von Beispielen nach. Es zeigt exemplarisch, welch starker Hoffnungsträger Martin Luther King für weite Kreise der DDR-Bevölkerung war.

Im gleichen Jahr gab das King-Zentrum die Broschüre "Deutsche Teilung – Deutsche Einheit – Der Weg vom Herbst '89 zum Landkreis Zwickau heute" heraus. Die Publikation beleuchtet in knapper Form ab Beginn des Ersten Weltkrieges den Weg zur deutschen Teilung, die Entstehung beider deutscher Staaten und den Widerstand bis hin zur Friedlichen Revolution. Dem schließt sich anhand ausgewählter Beispiele die Transformation in den Bereichen Kommunalstruktur, Wirtschaft, Verkehr und Infrastruktur, Landwirtschaft, Umwelt, Bauen und Wohnen, Gesundheit sowie Bildung und Kultur an.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen

Opfer und Hinterbliebene der SED-Diktatur werden bei der Aufarbeitung der Geschehnisse vom Martin-Luther-King-Zentrum unterstützt. Als Aufarbeitungsinitiative ist das Zentrum bemüht, nähere Umstände der Ereignisse zu beleuchten und diese der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

20 Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes waren im Herbst 2019 mit dem Rad auf den Spuren der Friedlichen Revolution unterwegs. Am 2. September 2019 machten sie Halt im Martin-Luther-King-Zentrum, gaben Einblicke in das Wirken des Versöhnungsbundes und kamen vor Ort ins Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern.

Im November 2019 erhielt das Martin-Luther-King-Zentrum Besuch vom Thüringer Archiv für Zeitgeschichte. Es kam zu einem regen Erfahrungsaustausch. Die Gäste informierten sich nicht nur über die Archivarbeit des Martin-Luther-King-Zentrums sondern auch über die Aktivitäten zur politischen Bildung.

Im Juni 2020 wurde das Martin-Luther-King-Zentrum durch die Bundesstiftung Aufarbeitung mit dem Karl-Wilhelm-Fricke-Sonderpreis ausgezeichnet. Dazu erklärte Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung: "Der beharrliche Einsatz für die Aufarbeitung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts und die demokratische Bildungsarbeit sind beispielhaft und sollen durch den Preis gewürdigt werden".

Im Berichtszeitraum gab es weiterhin Austausch und Kooperation innerhalb des 2018 gegründeten "Arbeitskreis der Archive zu Widerstand und Opposition". Seit 2019 entsteht unter Federführung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig eine gemeinsame Datenbank, in der nach Bestandsinhalten der Archive recherchiert werden kann.

Sabine Popp

(* 1960)

abine Popp wird am 13. August 1960 in Reichenbach/Vogtland geboren. Sie wächst mit ihrer jüngeren Schwester Sieglinde in einem christlich geprägten Elternhaus behütet auf. Ihre Eltern sind selbstständig, sie besitzen eine Gärtnerei im vogtländischen Neumark. Schon früh arbeitet sie in der Gärtnerei mit, beginnt später eine Ausbildung als Gartenbaufacharbeiterin.

Als Jugendliche wird Popp der Zugang zur Erweiterten Oberschule verwehrt. Sie wird zunehmend unzufrieden und will sich mit den Gegebenheiten und der staatlichen Bevormundung nicht abfinden. Sie träumt davon, die DDR zu verändern, und sie will vor allem eines: Freiheit. 1978 beginnt Sabine Popp, in der Umgebung ihres Wohnortes Flugblätter mit ihren Forderungen an Bäumen anzubringen. Schnell erkennt sie, dass diese schwer lesbar sind und hat bald eine neue Idee: Mit Autoreparaturlack sprüht sie Losungen auf die Straßen, an Mauern und an Wände, die nicht zu übersehen sind: "Freiheit statt Sozialismus", "Russen raus", "Mauer weg" oder "Wir wollen die Wiedervereinigung" sind einige davon. Die nächtlichen Aktionen sind für die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eine Provokation. Im Rahmen des Operativen Vorgangs (OV) Landstraße überprüft die Staatssicherheit mehr als 3000 Personen im Raum Reichenbach, Werdau und Greiz, aber sie tappt im Dunkeln – bis sich Sabine Popp einem Bekannten anvertraut, der sie schließlich verrät. Denn dieser, Holm Singer, ist inoffizieller Mitarbeiter - sein Deckname: IM "Schubert".

Mit gerade einmal 19 Jahren wird Sabine Popp am 7. Mai 1980 an ihrer Arbeitsstelle verhaftet und nach Reichenbach gebracht. Anschließend wird sie in der MfS-Untersuchungshaftanstalt auf dem Kaßberg untergebracht. Auch ihr Freund Andreas G. wird verhaftet, vier Wochen später auch ihre Schwester. Am 11. November 1980 beginnt, nach sieben Monaten mit nächtlichen Verhören und mehreren Wochen Einzelhaft, der Prozess vor dem Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt. Das Urteil: Sabine Popp wird wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe verurteilt. Ihre Schwester Sieglinde erhält wegen unterlassener Anzeige zwei Jahre Haft und ihr damaliger Freund Andreas G. wird wegen vermeintlicher Mitwisserschaft zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt.

Sabine Popp kommt ins berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck. Dort wird sie in einer Zehnerzelle untergebracht – zusammen mit Frauen, die lange Haftstrafen auferlegt bekamen, aber auch mit Republikflüchtlingen. Im Gefängnis arbeitet sie als Näherin und näht Tischdecken oder Knopflöcher in Bettwäsche. Nach zwei Jahren



Sabine Popp um 1980

erfährt Sabine Popp, dass ihre Schwester und ihr Freund nach einem Ausreiseantrag in den Westen gegangen sind. Auch Sabine Popp entscheidet sich für diesen Weg – im Juli 1982 wird sie freigekauft und gelangt über das Kaßberg-Gefängnis in die Bundesrepublik.

Sabine Popp kommt in das Aufnahmelager Gießen, wo sie von ihrer Verwandtschaft und ihrem Freund schon erwartet wird. Gemeinsam mit ihrer Schwester zieht sie in eine Wohnung in Frankfurt und findet Arbeit in einer Kaktusgärtnerei. Sie holt ihr Fachabitur nach und macht ihren Gärtnermeister.

Mit dem Fall der Mauer holt sie ihre Vergangenheit wieder ein: Popp, die inzwischen Innenarchitektur in Darmstadt studiert, wird von ihren Eltern gedrängt, wieder nach Hause zu kommen. Nach reichlichen Überlegungen kehrt sie in den 1990er-Jahren in ihre sächsische Heimat zurück. Sie übernimmt die Gärtnerei, über ihre Vergangenheit schweigt sie – zunächst.

2008 wird im Zusammenhang mit der von Dr. Edmund Käbisch initiierten Ausstellung "Christliches Handeln in der DDR" ihr Fall bekannt. Denn IM "Schubert", der Sabine Popp damals verraten hat, klagt gegen die Nennung seines Klarnamens in der Ausstellung – und gewinnt den Prozess. Die einstweilige Verfügung wird 2010 vom Gericht allerdings aufgehoben und der Name darf wieder in der Ausstellung genannt werden.

Für Sabine Popp beginnt eine aufregende Zeit, denn Medien greifen ihre Geschichte auf, ihr Fall wird bundesweit bekannt. Der Wirbel um die Ausstellung bestärkt sie darin, über das Erlebte zu sprechen.

Heute ist Sabine Popp eine gefragte Gesprächspartnerin, sie besucht als Zeitzeugin u. a. Schulen und beeindruckt als versierte Führerin durch das Kaßberg-Gefängnis. Sabine Popp lebt in Neumark, wo sie den Gärtnereibetrieb führt.

UMWELTBIBLIOTHEK **GROSSHENNERSDORF**

Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. Am Sportplatz 3 | 02747 Großhennersdorf Telefon 035873 40503 | Fax 035873 30921 mail@umweltbibliothek.org www.umweltbibliothek.org

Erschließung, Erhalt und Gestaltung des historischen Ortes

Die Umweltbibliothek Großhennersdorf (UB) steht als historischer Ort für den Friedenskreis Großhennersdorf. Sie war Teil eines DDR-weiten Oppositionsnetzwerkes sowie Mitbegründerin des grün-ökologischen Netzwerkes der DDR und der Initiativgruppe des Neuen Forums. Sie sieht es heute als ihre Aufgabe, einen Beitrag zur persönlichen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der beiden letzten Diktaturen auf deutschem Boden zu leisten sowie diese Arbeit in einen europäischen Kontext zu stellen und zu vermitteln. Ihr Archiv- und Bibliotheksbestand lässt dabei ein Bild der Oppositionskultur in der DDR, von Zivilcourage und Auflehnung bis zu den Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90 entstehen.

Zu diesem Wissen möchte die UB der Bevölkerung, den Bildungsträgern und den wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region freien Zugang ermöglichen sowie die Recherche und Forschung zu Machtstrukturen, Repression und Widerstand in der DDR in einem ostmitteleuropäischen Kontext befördern. Darauf baut der Arbeitsschwerpunkt zur schulischen und außerschulischen Vermittlung politisch-historischer Bildung durch Projekte, Veranstaltungen und Publikationen auf. Die Umweltbibliothek Großhennersdorf führt eines von drei sächsischen Archiven der Bürgerbewegung, die sich 2018 zu einem Archivverbund zusammengeschlossen haben.

Ausstellungen

- "Zwischen Großem Berg und Lindenallee Der Großhennersdorfer Katharinenhof während der Zeit des Nationalsozialismus"
- "Die Niederschlagung des Prager Frühlings ČSSR
- "Die Polnisch-Tschechoslowakische Solidarität -Zusammenarbeit der polnischen und tschechoslowakischen Opposition in den 80er-Jahren"
- "Versuche in der Wahrheit zu leben Widerständiges Leben in der Oberlausitz 1978-1989"
- "Momentaufnahmen einer Zerstörung Deutsch-Ossig"

- "Am Anfang war das Gespräch. Der Literaturkreis ,Aktionsgruppe Banat', Rumänien 1972-75"
- "Samisdat"
- "Anspruch und Wirklichkeit. Die Energie- und Umweltpolitik der DDR am Beispiel des Energieträgers
- "Die Bilderkammer des Bruno Schulz Das letzte Werk eines Genies"
- "Sonderlager Solowki. 1923-1939, SLON-STON. Das sowjetische Laboratorium für die drei Säulen des Terrors: Töten / Folter, Zwangsarbeit / GULAG-System und "Umerziehung" zum "Neuen Menschen". Mit einer ukrainischen Perspektive"
- "Die DDR zwischen Repression und Widerspruch"

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Unser Archiv ist innerhalb der Öffnungszeiten sowie nach Vereinbarung zugänglich. Anfragen werden entweder im persönlichen Kontakt oder per Schriftverkehr bearbeitet; fast immer können Dokumente oder andere Materialien aus dem Bestand zur Verfügung gestellt bzw. weiterführende Hinweise gegeben werden. Beratungen stellen einen wichtigen Bestandteil der Arbeit der Umweltbibliothek Großhennersdorf dar, da so die Möglichkeit gegeben ist, auf den Kontext von Ereignissen oder auch Dokumenten aufmerksam zu machen.

Mehrfach im Jahr finden Führungen durch die Bibliothek und das Archiv statt, bei denen Beschäftigte über die Arbeitsschwerpunkte und -inhalte berichten, Bestände vorstellen und auf Fragen des Publikums eingehen. Diese Führungen bieten auch die Möglichkeit, ein direktes Feedback zu erhalten und neue Kontakte für eine eventuelle Zusammenarbeit zu knüpfen. Zur Benutzerfreundlichkeit des Archivs werden die Archivbestände fortlaufend gesichert, gesichtet, erfasst und gelagert. Die Archiv-Software AUGIAS gewährleistet eine profes-



8./9. Februar 2020 Auftaktveranstaltung "Dorfbegräbnis" im Rahmen des Projekts "LANDKULTUR"

sionelle Verzeichnung der Archivalien. Eine langfristige Bestandsverwaltung, umfangreiche Recherchemöglichkeiten und eine schnelle Bearbeitung von Anfragen sind gegeben. Darüber hinaus wird die Archivbibliothek als wesentliche Interpretationshilfe für die Archivdokumente stetig erweitert.

Besondere Veranstaltungen

- Symposium "Ungarn-Europa. 1989 in einer ostmitteleuropäischen Perspektive", mit Ágnes Heller, Rudolf Ungváry, György Dalos und Wolfram Tschiche, in Kooperation mit Akademie Herrnhut, Hannah-Arendt-Institut und TU Chemnitz, gefördert vom Landkreis Görlitz und der Bundesstiftung Aufarbeitung, 22.-24. März 2019 in Herrnhut
- Projekt "Medien- und Vermittlungszentrum: Ländliche Kultur. Film. Buch. Foto", dreijähriges spartenübergreifendes Projekt mit diversen Partnerinnen und Partnern, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung 2019–2021
- Ausstellung "Anspruch und Wirklichkeit. Die Energieund Umweltpolitik in der DDR am Beispiel des Energieträgers Braunkohle", in Kooperation mit der Hillerschen Villa, 19. Oktober bis 11. Dezember 2019
- Stipendiatenprojekt mit Mariam Lortkipanidze (Literaturwissenschaftlerin, Georgien) und Anna Margwelaschwili (Historikerin, Georgien), gefördert durch Marion-Dönhoff-Stiftung und Bundesstiftung Aufarbeitung, Juli/August 2019 in Herrnhut
- Vortragsreihe der außerschulischen Bildung "30 Jahre nach dem Untergang der sozialistischen Staaten im sowjetischen Machtbereich - eine historische Bilanz" unter Leitung von Wolfram Tschiche und unter Beteiligung von Rüdiger Rosenthal, György Dalos, Blanka Mouralová, Jan Šícha, Stephan Bickhardt, Evelina Wanke, Natalka Sniadanko, Jurko Prochasko sowie William Totok, in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, insgesamt deutschlandweit 54 Veranstaltungen, 2019
- Ausstellung "Versuche in der Wahrheit zu leben -Widerständiges Leben in der Oberlausitz", in Kooperation mit der Hillerschen Villa, 1. Oktober bis 20. November 2019 in Zittau (Johanniskirche)
- Festveranstaltung "Zittauer Reden" mit Christoph Kuhn sowie Präsentation des Gedenksteins "Stern der Freiheit" in Erinnerung an den 19. Oktober 1989, in Kooperation mit der Initiative "St. Johannis '89", 19. Oktober 2019 in Zittau
- Seminar "Fokus: Polnisches Exil I: Der Kreis um Jerzy Giedroyc und die Exilzeitschrift KULTURA", geleitet von Wolfgang Templin, in Kooperation mit der Akademie Herrnhut, gefördert vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 18./19. Oktober 2019 in Herrnhut



23. März 2019 Symposium "Ungarn-Europa 1989 in einer ostmitteleuropäischen Perspektive"

- Seminar "Fokus: Polnisches Exil II: Zygmunt Bauman: Totalitarismus und Moderne", geleitet von Wolfram Tschiche, in Kooperation mit der Akademie Herrnhut, gefördert vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 1./2. November 2019 in Herrnhut
- Ausstellung und Führungen "Energie- und Umweltpolitik in der DDR am Beispiel Tagebau Olbersdorf", in Kooperation mit der Hillerschen Villa, 8.-23. Januar 2020 in Zittau (Weinauschule)
- Auftaktveranstaltung zum Projekt "LANDKULTUR" mit Filmvorführungen und Lesungen: "Dorfbegräbnis – Bayerische Filmkunst trifft Sorbisch-Deutsche Dichtung und Fotografie", gefördert im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung, 7.-9. Februar 2020 in Mittelherwigsdorf/Zittau/ Großhennersdorf
- Seminar "Fokus Polen I: Karol Wojtyła und sein geistiggeistliches Erbe für Polen und Europa", geleitet von Wolfgang Templin und Prof. Dr. Tytus Jaskułowski, in Kooperation mit der Akademie Herrnhut, gefördert vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 11./12. September 2020 in Herrnhut
- Seminar "Fokus Polen II: Czesław Miłosz der polnische Literaturnobelpreisträger im "Zeitalter der Extreme", geleitet von Paweł Krzak und Wolfram Tschiche, in Kooperation mit der Akademie Herrnhut, gefördert vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 16./17. Oktober 2020

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN TÄTIGKEITSBERICHT 2019/2020

- Ausstellung "Versuche in der Wahrheit zu leben -Widerständiges Leben in der Oberlausitz 1978-1989", in Kooperation mit der Hillerschen Villa, 1. Oktober bis 15. November 2020 in Zittau (Johanniskirche)
- Seminar "Zum 100. Geburtstag und 50. Todestag Paul Celans (1920–1970): Dichter und Zeitzeuge des totalitären 20. Jahrhunderts", geleitet von William Totok und Wolfram Tschiche, in Kooperation mit der Akademie Herrnhut, 30./31. Oktober 2020 in Herrnhut

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Als Archiv der Bürgerbewegung ist es Aufgabe der Umweltbibliothek Großhennersdorf, fortlaufend nach Zeitdokumenten zu recherchieren bzw. für deren Überlassung zur Verfügung zu stehen. Die andauernde Abgabe von Materialien zeigt, dass sich die UB als direkte Ansprechpartnerin weiter etabliert hat und so einen wichtigen Beitrag zum Erhalt geschichtlicher Zeitzeugnisse leistet. So wurden verschiedene Materialien und Dokumente zur Archivierung an die Umweltbibliothek übergeben, darunter der Vorlass von Matthias Lüttig (Fotograf) mit 14 500 Fotografien zur Energiegeschichte und Energiepolitik der DDR am Beispiel des Braunkohletagebaus. Im Jahr 2019/20 erweiterte die Umweltbibliothek Großhennersdorf auch den Bestand ihrer Archivbibliothek. Dabei erwarb sie hauptsächlich antiquarische Publikationen, die sich mit der kommunistischen Diktatur, dem Nationalsozialismus, Flucht und Vertreibung, der SBZ sowie mit oppositionellen Bewegungen und Personen in der DDR und Osteuropa befassen.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Seit ihrer Gründung hat die Umweltbibliothek Großhennersdorf über zwanzig Publikationen und Unterrichtsmaterialien verfasst oder herausgegeben sowie Forschungsarbeiten unterstützt und begleitet, die sich mit ihren Themenschwerpunkten auseinandersetzen. Die Umweltbibliothek gehört mit ihrem Arbeitsbereich "geistig-kultureller Wissensspeicher" zu den Gründungsmüttern und engen Kooperationspartnerinnen der Geisteswissenschaftlichen Initiative für die Oberlausitz, aus der die Akademie Herrnhut für politische und kulturelle Bildung hervorgegangen ist.

2019/20 befasste sich die Umweltbibliothek beispielsweise mit der Veröffentlichung folgender Publikationen:

- Sterbling, Anton / Akademie Herrnhut (Hrsg.): Geistige Lieferung I. Gedanken zu Nationalstaaten und Europa – Problemfacetten komplizierter Wechselbeziehungen, 1. Auflage, Neiße Verlag, Dresden 2019.
- Surkov, Anastasia / Umweltbibliothek
 Großhennersdorf (Hrsg.): Flugblätter
 gegen Unmenschlichkeit: Die Sammlung
 Friedrich Uhlemann und die deutsche
 Nachkriegsgeschichte, gefördert durch die
 Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 1. Auflage,
 Neiße Verlag, Dresden April 2020.
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung≈/ Umweltbibliothek Großhennersdorf (Hrsg.): Erinnerungs- und Gedenkorte im sächsischen Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland, Dresden Februar 2020.

Reinhart Koselleck

(1923-2006)

en bevorstehenden 100. Geburtstag von Reinhart Koselleck (* 23. April 1923 in Görlitz, † 3. Februar 2006 in Bad Oeynhausen) nehmen wir zum Anlass, um an ihn als einen der bedeutendsten Historiker des 20. Jahrhunderts und geisteswissenschaftlichen Orientierungsgeber im deutschsprachigen Raum zu erinnern. Dass ihm auf der einen Seite der Rang eines "Klassikers" der Geschichtswissenschaften zugesprochen wird und er auf der anderen Seite über die engeren und angrenzenden wissenschaftlichen Milieus hinaus eher unbekannt geblieben ist, ist eine Tatsache, der wir in den nächsten Jahren verschiedenartig auf den Grund gehen möchten.

Reinhart Koselleck wurde 1923 in Görlitz geboren, wo sein Vater Arno Koselleck von 1920 bis 1928 als Studienrat am Realgymnasium tätig war. Sowohl sein Vater, dessen Familie über drei Generationen in die akademische Welt aufstieg, als auch seine Mutter, die aus einer alteingesessenen Hugenottenfamilie stammte, welche über zwei Jahrhunderte hinweg in Preußen Beamte und Professoren stellte, boten Koselleck eine fundierte bürgerliche Erziehung.

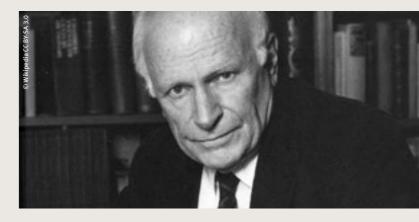
1928 übersiedelte die Familie nach Breslau, aufgrund einer Anstellung des Vaters als Oberstudiendirektor und kurze Zeit später als Professor für Geschichte. Zwei Jahre später zog die Familie weiter nach Kassel, wo der Vater eine Stelle als Gründungsdirektor der Pädagogischen Akademie annahm.

Reinhart Koselleck absolvierte seine Schullaufbahn bis zur gymnasialen Reife an verschiedenen Orten (der beruflichen Laufbahn seines Vaters folgend), bis er sich 1941 im Kollektiv mit seiner gymnasialen Stufe als Kriegsfreiwilliger meldete – in der Hoffnung, wenigstens nicht zur Infanterie zu kommen. Er kam an die Ostfront zur 6. Armee; eine Verletzung ersparte ihm den "Kessel von Stalingrad". Nach seiner Genesung und bis 1945 war er als militärischer Radarspezialist in Frankreich und Südwestdeutschland tätig. Kurz vor Kriegsende geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft und wurde in der Folge zur Beräumung des Lagerkomplexes Auschwitz eingesetzt. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft, tief berührt von den Erfahrungen aus dem Sowjetsystem, begann er 1947 in Heidelberg zu studieren - gleichzeitig Theologie, Kunst, Soziologie, Medizin, Philosophie, Staatsrecht und Geschichte.

Die Berufung Johannes Kühns, seines Onkels mütterlicherseits, auf den Heidelberger Lehrstuhl für Neuere Geschichte bewog Koselleck, ab 1949 Geschichte als Hauptfach zu studieren. Von Kühn bekam er die Anregung, die für seine gesamte wissenschaftliche Laufbahn bedeutsam werden sollte: den "neuzeitlichen Utopien" auf die Spuren zu kommen. Von Viktor von Weizsäcker, seinem Dozent in medizinischer Anthropologie, bekam er Einblicke in die Pathogenese, Hans-Georg Gadamer unterrichtete ihn in Philosophie. Weitere wichtige Begegnungen während seiner Studienphase waren u. a. jene mit Carl Schmitt, Martin Heidegger und Karl Jaspers. Eine lebenslange Freundschaft aus dieser Zeit verband ihn mit dem späteren Adorno-Schüler Ivan Nagel – beide suchten "die Auseinandersetzung mit den Wissenschaften und das Gespräch, um denk- und formulierfähig zu werden".

Vor dem Hintergrund dieser Begegnungen schrieb er 1953/54 seine Promotionsschrift "Kritik und Krise" bei Johannes Kühn in Heidelberg. Der Philosoph Karl Löwith diente als Zweitgutachter (dessen Werk "Weltgeschichte und Heilsgeschehen – Zur Kritik der Geschichtsphilosophie" übersetzte Koselleck in großen Teilen aus dem Englischen). Die Druckfassung seiner Promotionsschrift erschien 1959 mit dem Untertitel "eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt" unter der Vermittlung von Werner Conze. Darin untersucht er die "Aufklärung" nach Strukturmomenten, die im 20. Jahrhundert eine Wirkung hin zu den totalitären, ideologischen und genozidalen Diktaturen entfalteten, indem sie zu "Bedingungen ihrer Möglichkeit" wurden.

Weitere Meilensteine auf Kosellecks wissenschaftlichem Lebensweg waren seine Habilitationsschrift "Preußen zwischen Reform und Revolution" von 1965 und sein Hauptwerk, "Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland", gemeinsam erarbeitet mit den Historikern Otto Brunner und Werner Conze, das im Zeitraum von 1972 bis 1992 in sieben Bänden erschien und in der Folge bis 1997 um zwei Registerbände ergänzt wurde. Im ersten Band der geschichtlichen Grundbegriffe 1972 schreibt er in der Einleitung, dass die Gesamtunternehmung der leitenden These folgt, dass "der Wechsel zur Neuzeit gleichbedeutend mit einem grundlegenden menschlichen Erfahrungswandel gewesen sei, aus dem eine veränderte Bestimmung des Verhältnisses der Men-



Reinhart Koselleck

schen zur Geschichte und Natur, zu ihrer Welt und zur Zeit hervorging. Die politischen und sozialen Grundbegriffe und ihre veränderte Semantik und Verwendungsweise werden also ebenso als Ausdruck wie als ermöglichende Bedingung dieses Erfahrungswandels aufgefasst [...]." Diese spezifischen neuzeitlichen Grundbegriffe haben nach Koselleck vier Merkmale:

- ihre Anwendbarkeit auf immer weitere gesellschaftliche Kreise
- 2. ihre multifunktionale Ideologisierbarkeit
- 3. ihre Politisierung im Zuge von Macht- und Verteilungskämpfen
- 4. ihre Verzeitlichung, d. h. ihre Aufladung mit Erwartungshorizonten

Nach seiner Habilitation folgte Koselleck 1966 seiner Berufung als Professor für Politische Wissenschaft an die Universität Bochum, von der er 1968 als Ordinarius für Neuere Geschichte an die Universität Heidelberg wechselte.

Dort kam es quasi zur Operationalisierung seiner Publikationsidee der "Geschichtlichen Grundbegriffe", weil ihn sein Mitstreiter Werner Conze in den "Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte" einführte. Über diesen Arbeitskreis ergab sich die nicht unwichtige Finanzierung dieses Mammutprojektes.

1973 ging er an die Reformuniversität Bielefeld, die er seit deren Gründung als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats und als Vorsitzender der Fachbereichskommission Geschichtswissenschaft mitgestaltete. In Bielefeld hatte er bis zu seiner Emeritierung 1988 den Lehrstuhl für "Theorie der Geschichte" inne – den einzigen seiner Art in der Bundesrepublik.

LERN- UND GEDENKORT KASSBERG-GEFÄNGNIS

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.
Kaßbergstraße 16c | 09112 Chemnitz
derzeitiges Büro: Reichsstraße 35 | 09112 Chemnitz
Telefon 0371 3824854 | Fax 0371 3824827
info@gedenkort-kassberg.de
www.gedenkort-kassberg.de



Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Seit seiner Gründung im Jahr 2011 setzt sich der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. Chemnitz dafür ein, in einem Gebäudeteil der ehemaligen Haftanstalt eine Gedenkstätte mit Dauerausstellung und umfangreichen Bildungsangeboten einzurichten und zu betreiben. Dabei bekennt sich der Verein zur doppelten Diktaturgeschichte des Ortes. Das Kaßberg-Gefängnis ist als zentraler Abwicklungsort des Häftlingsfreikaufs ein wichtiger Erinnerungsort der DDR-Vergangenheit und der deutschen Teilung. Für den Großteil der mehr als 33 000 politischen Gefangenen, die zwischen 1962/63 und 1989 von der Bundesrepublik aus der DDR freigekauft wurden, gingen von hier aus die Busse in die Freiheit. Außerdem diente der Gebäudekomplex als Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt und zuvor des sowjetischen NKWD. In der Zeit des Nationalsozialismus waren auf dem Kaßberg Angehörige verschiedener Opfergruppen eingesperrt.

Auf Grundlage dieser Zielsetzung war bereits 2018 ein Nutzungs- und Betriebskonzept für einen künftigen Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis im ehemaligen Hafttrakt B erstellt worden. Im Jahr 2019 erarbeiteten das Berliner Büro beier+wellach projekte sowie Architektur- und Ingenieurbüros im Auftrag des Vereins und finanziert vom Freistaat Sachsen weitere Planungen und bauvorbereitende Maßnahmen. Baulich ist demnach neben Erhaltungsmaßnahmen an der Gebäudesubstanz und der Erfüllung denkmalpflegerischer Vorgaben für die Fassadengestaltung vorgesehen, die Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Gedenkstättenbetrieb zu schaffen. Das frühere Kellergeschoss des Gebäudeteils wird als neues Erdgeschoss zum Eingangsbereich der Gedenkstätte umgebaut und erhält neben Funktionsräumen und Büros unter anderem zwei Seminarräume für geplante Der seit 2017 bestehende Gedenkort an der Außenmauer des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses wurde von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Mitteln des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst gefördert. Er ist auch während der Bauarbeiten frei zugänglich.

Workshops und Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Flächen für wechselnde Sonderausstellungen. Der darüberliegende eigentliche Hafttrakt, in dem sich die früheren Zellen auf drei Etagen in Galeriebauweise befinden, wird teilweise von Überformungen aus der Nutzungszeit als Justizvollzugsanstalt des Freistaats Sachsen in den Jahren 1990 bis 2010 befreit und als Ort der geplanten Dauerausstellung vorbereitet. Vier frühere Zellen werden als sogenannte Schauzellen hergerichtet, die den Zustand in der NS-Zeit, in der Untersuchungshaft des NKWD und der Staatssicherheit sowie der Freikaufhaft vergegenwärtigen. Das Bestandstreppenhaus wird als eine Art Zeittunnel in den Zustand der 1970er- und 1980er-Jahre zurückversetzt. Hinzu kommt ein Erschließungstreppenhaus mit Aufzug, das vollkommen neu zu errichten ist.

Zudem wird ein Außenrundgang um das Gebäude angelegt, der mit Stelen und Pulten über den Zustand und die Nutzungen der Gebäude in der DDR informiert und verschwundene Gebäudeteile wie die Busschleuse oder die sogenannten Freigangzellen ("Tigerkäfige") sichtbar macht. Unterstützt wird der für die Öffentlichkeit frei zugängliche Rundgang durch eine App für Smartphones und Tablets. Der bereits 2017 vom Verein errichtete Gedenkort an der Außenmauer des ehemaligen Gefängnisses fungiert zugleich als neuer Eingangsbereich zum Gelände für Gäste. Die Schaffung des Gedenkorts war von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst gefördert worden.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Neben den baulichen Planungen wurde im Jahr 2019 zudem die inhaltliche Vorbereitung vorangetrieben und – finanziert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten – vom Berliner Büro beier+wellach projekte gemeinsam mit dem Verein eine Feinkonzeption für die zu errichtende Dauerausstellung erstellt. Grundlegend sind dafür zwei Ordnungsprinzipien:

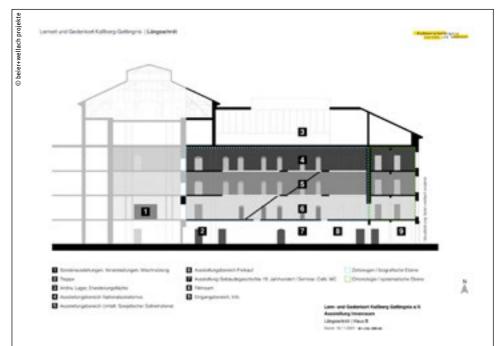
Erstens stehen Schicksale früherer politischer Gefangener im Zentrum, durch deren Lebensgeschichten dem Publikum ein induktiver Zugang zu geschichtlichen Vorgängen ermöglicht werden soll. In den einzelnen Zellen werden – vermittelt durch verschiedene Exponate, Texte, Fotos und Videointerviews – jeweils ein bis zwei konkrete Haftschicksale erzählt. Die historischen Zusammenhänge und Hintergründe sind, räumlich davon getrennt, Thema im sogenannten Kopfbau des B-Flügels.

Zweitens werden außerdem die verschiedenen Zeitabschnitte des Kaßberg-Gefängnisses auf den drei Geschossen des Hafttrakts umgekehrt chronologisch angeordnet: Im ersten Geschoss des Zellentrakts werden Schicksale von ehemaligen Freikaufhäftlingen erzählt. Diese politischen Gefangenen stammten aus verschiedenen Regionen der DDR und waren in unterschiedlichen Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit und anschließend des DDR-Strafvollzugs wie Bautzen, Cott-

bus, Brandenburg oder im berüchtigten Frauengefängnis Hoheneck eingesperrt, bevor sie über den Kaßberg in die Bundesrepublik entlassen wurden. Für sie bedeutete das Kaßberg-Gefängnis das "Tor zur Freiheit".

Im zweiten Geschoss folgen Lebensgeschichten von politischen Gefangenen aus dem damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt und zuvor der Region, die in der Untersuchungshaft der Staatssicherheit oder in der Sowjetischen Besatzungszone des NKWD eingesperrt waren, und in der dritten Etage unterschiedliche Haftschicksale aus der Zeit des Nationalsozialismus, etwa die des Chemnitzer Rabbiners Dr. Hugo Fuchs, des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bernhard Kuhnt und die der sogenannten Hutholz-Opfer. Für diese politischen Gefangenen stellte das Kaßberg-Gefängnis oftmals den Beginn ihres Leidenswegs dar.

Auf der Grundlage der Bauplanungen und des inhaltlichen Feinkonzepts wurde ein vollumfängliches Nutzungsund Betriebskonzept für einen Lern- und Gedenkort entwickelt. Nach Förderzusagen durch den Freistaat und die Stadt Chemnitz erhielt der Verein ebenfalls im Jahr 2019 von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eine Förderzusage und konnte mit der Errichtung des Lern- und Gedenkorts beginnen. Damit wurde die Finanzierung der Vorhaben komplettiert und die Bedeutung des Kaßberg-Gefängnisses mit der Freikaufhaft als nationaler Erinnerungsort unterstrichen.



Ein Längsschnitt durch
das Gebäude zeigt das
Raumprogramm des
zukünftigen Lern- und
Gedenkorts KaßbergGefängnis. Im früheren
Hafttrakt B waren
Freikaufhäftlinge vor
ihrer Entlassung in die
Bundesrepublik eingesperrt.

STIF



Zeitzeuge Wolfgang Lötzsch bei der Eröffnung der Wanderausstellung "Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter" in der Volkshochschule Chemnitz im März 2020

In einem von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderten Zeitzeugenprojekt wurden im Berichtszeitraum 20 Videointerviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt, die in die Dauerausstellung einfließen sollen. Die bereits erarbeitete Wanderausstellung des Vereins "Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter" war in den Jahren 2019 und 2020 im Diesterweg-Gymnasium in Plauen/Vogtland, in der Gedenkstätte "Roter Ochse" in Halle/Saale, im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz und in der Volkshochschule Chemnitz zu Gast.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Als außerschulischer Lernort will die Gedenkstätte Kaßberg-Gefängnis das Wissen über die beiden deutschen Diktaturen wachhalten und mit einem vielfältigen pädagogischen Programm vor allem jungen Menschen immer wieder den Wert einer rechtsstaatlich-demokratischen Gesellschaftsform vor Augen führen. Der Lern- und Gedenkort soll zum freien Meinungsaustausch einladen und demokratiefördernd wirken. In den Jahren 2017 und 2018 fanden aufgrund der hohen Nachfrage pro Jahr etwa 130 Führungen durch das ehemalige Kaßberg-Gefängnis – vielfach in ehrenamtlicher Tätigkeit – für interessierte Gruppen statt, darunter viele Schulklassen aus Chemnitz und Umgebung. Zudem gab es mehrere Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, an denen der Verein partizipierte.

Ausgangspunkt der Führungen und Gespräche mit den Gästen war dabei immer der Gedenkort an der Außenmauer des ehemaligen Gefängnisses. Anhand dieser Open-Air-Ausstellung erhielt das Publikum erste grundlegende Informationen zum Ort und zu einzelnen Haftschicksalen. Bedingt durch den Baubeginn in jenen Gebäudeteilen, die nicht in der Verantwortung des Vereins, sondern der des privaten Eigentümers des früheren Gefängnis-Areals liegen, konnten die Führungen jedoch in den Jahren 2019 und 2020 nicht in diesem Umfang fortgeführt werden. Der Verein fokussierte deshalb auf die Durchführung von Workshops, Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Veranstaltungen zur Wanderausstellung "Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter" in den Schulen selbst, was pandemiebedingt ab März 2020 jedoch ebenfalls nur noch eingeschränkt möglich war.

Gleichzeitig nahm der Verein gemeinsam mit seinem Partner beier+wellach projekte für den zukünftigen Lern- und Gedenkort die Erarbeitung eines umfassenden Programms von Bildungsangeboten mit Workshops und Führungen zu den verschiedenen Zeitabschnitten mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen und für verschiedene Zielgruppen in den Blick. Die konzeptuelle Arbeit und die Durchführung von Workshops sowie Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen werden seit 2020 durch Zuwendungen des Sächsischen Landtags gefördert.

Besonders bei den Themen Häftlingsfreikauf und Untersuchungshaft der Staatssicherheit wird in der politischen Bildung eine induktive Herangehensweise ver-



In der Reihe "Unentdeckte Orte" öffnete das Kaßberg-Gefängnis im August 2019 seine Tore. Rund 2400 Personen kamen.

folgt: Ebenso wie die Dauerausstellung von den einzelnen Menschen ausgeht und die thematische Annäherung über die Lebensgeschichten der politischen Häftlinge oder anderer Beteiligter in den Mittelpunkt stellt, die erst im zweiten Schritt kontextualisiert werden, wird das pädagogische Programm verstärkt mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie mit biografischen Workshops arbeiten. Jugendliche sollen einen lebendigen Kontakt zu den Themen des historischen Ortes bekommen, der nah an ihrem eigenen Erfahrungshorizont ist. In der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und durch die Herausbildung eines historischen Bewusstseins soll die Verantwortungsbereitschaft für Freiheit und Rechtsstaat sowie für die Lebensform Demokratie gefördert werden.

Öffentliche Veranstaltungen

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld des Vereins ist die Ausrichtung von Lesungen und Diskussionen, Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Gedenkveranstaltungen. Ziel ist dabei eine stärkere Verankerung der Unrechtsgeschichte des Haftorts im öffentlichen Bewusstsein. Das bedeutet im Einzelnen, eine Sensibilität für die damit verbundenen Schicksale zu erzeugen, einen Diskurs über zeitgeschichtliche Themen anzuregen, demokratische Bildung zu vertiefen sowie den von DDR-Unrecht Betroffenen eine Möglichkeit zum Austausch zu geben. 2019 und 2020 fanden – ab März 2020 durch das Pandemiegeschehen stark beeinträchtigt – regelmäßig öffentliche Buchvorstellungen und Gesprä-

che unter anderem mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Petra Weise, Matthias Langer, Hartmut Leimcke und Falk Mrázek sowie Jörg Beier und Heinz Rall statt.

Besondere Höhepunkte waren im Mai 2019 die gemeinsame Gestaltung einer Museumsnacht mit dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz unter dem Motto "Flucht – Gefährliche Wege aus der DDR" mit 800 Gästen und – im Vorgriff auf die Eröffnung des künftigen Lern- und Gedenkorts – ein gemeinsam mit der Tageszeitung "Freie Presse" und dem privaten Eigentümer des Gefängnisareals veranstalteter Besichtigungstag im ehemaligen Kaßberg-Gefängnis, der im August 2019 rund 2400 Interessierte anzog.

Anlässlich des 30. Jahrestags des Mauerfalls organisierte der Verein zusammen mit der Stadt Chemnitz unter dem Titel "3030 Begegnungen" Gespräche direkt im ehemaligen Gefängnis zwischen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Gästen aus der Chemnitzer Partnerstadt Düsseldorf. Am Abend des 9. November 2019 kamen etwa 200 Menschen zum Gedenkort, um von dort aus die "Lichterwege", eine Aktion des Vereins Buntmacher*innen e.V. Chemnitz in Erinnerung an die Reichspogromnacht, zu beginnen.

Forschung, Sammlung, Vermittlung, Publikationen

Der Verein mit seinen mehr als 100 Mitgliedern möchte laut Satzung "den von Unterdrückung und Haft Betroffenen ein Forum bieten", weshalb er sich auch in der Rolle als - teilweise erster - Ansprechpartner für die über das Kaßberg-Gefängnis freigekauften und die ehemals in der Untersuchungshaftanstalt eingesperrten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen versteht. Der Verein pflegt bestehende Kontakte zu früheren politisch Inhaftierten und nimmt sich der Haftschicksale von Betroffenen an, die neu an den Verein herantreten. Zudem bewahrt er Gegenstände, Dokumente oder Zeitzeugnisse aus der Haft auf, die er von den Betroffenen oder deren Angehörigen erhält. Nicht wenige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wurden durch die Arbeit des Vereins angeregt, erstmals öffentlich über ihr eigenes Haftschicksal zu sprechen oder ihre Erinnerungen zu verschriftlichen. So unterstützte der Verein Falk Mrázek bei seinem autobiografischen und 2020 in der Schriftenreihe der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erschienenen Erinnerungsbuch "Erwachsenwerden hinter Gittern -Als Teenager im DDR-Knast". Unter dem Titel "Die Gedenkstätte Kaßberg-Gefängnis" veröffentlichten der Verein und beier+wellach projekte einen umfassenden Bericht zu den Plänen des Lernortes in der Zeitschrift "Gerbergasse 18" (Ausgabe 1/2020).

Vernetzung

Aus der Bedeutung und Geschichte des Kaßberg-Gefängnisses und den beschriebenen vielfältigen Aufgaben, die der Verein für sich und den zukünftigen Lern- und Gedenkort daraus ableitet, ergibt sich die Notwendigkeit und der Wunsch zur Zusammenarbeit mit einer Vielfalt unterschiedlicher Stakeholder sowie Partnerinnen und Partner. ledes Jahr im März lädt der Verein im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Chemnitz zur Gedenkveranstaltung für die sogenannten Hutholz-Opfer an den Gedenkort ein. Der Verein arbeitet seit vielen Jahren eng und vertrauensvoll mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. zusammen und beteiligt sich jährlich am 17. Juni an der traditionellen Gedenkveranstaltung an der Stele unweit des Kaßberg-Gefängnisses. Kooperationen in Form von Vereinbarungen bestehen in Chemnitz außerdem mit dem Stadtarchiv Chemnitz und dem SFZ Berufsbildungswerk für Blinde und Sehbehinderte Chemnitz. Auch überregional unterhält der Verein gute Kontakte zu anderen Gedenkstätten.

André Fischer

(* 1962)

ndré Fischer, geboren in Penig, ist ein Kind des Kaßbergs: Er wurde in jenem Stadtteil groß, an dessen Rand sich das gleichnamige Gefängnis befindet. Dass er einmal selbst in der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit im damaligen Karl-Marx-Stadt inhaftiert werden könnte, darauf deutete zunächst wenig hin. Nach der mittleren Reife und einer Tischlerlehre verpflichtete er sich zu drei Jahren Armee, weil er Panzerkommandant werden wollte. Solche Verpflichtungen über den Grundwehrdienst hinaus galten den DDR-Oberen als Treuebeweis. Der junge Mann begeisterte sich für Sport, Technik und das Militär. Eine Offizierslaufbahn, die ihm angetragen wurde, lehnte er jedoch ab, genauso wie eine Ausbildung bei der Kriminalpolizei. Er scheute, so sagt er, die politische Indoktrination und wollte eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit vermeiden, die er bei einer Zusage befürchtete.

Intensiver über die Verhältnisse in der DDR und seinen Platz nachzudenken begann er jedoch erst nach seiner Zeit in der Armee. Die wirtschaftliche Situation, die Wohnungsnot, die fehlende Reisefreiheit sowie Meinungs- und Demonstrationsverbote – das alles sei nicht unbemerkt an ihm vorübergezogen. Der Feldwebel der Reserve, der nun als Bautischler im VEB Webstuhlbau tätig war und privat gern Motorrad fuhr, durchdachte Einzelaktionen, sogar Umsturzpläne, und verwarf sie wieder; nicht um sich selbst, sondern um seine Angehörigen – er sagt: "Sippenhaft" – nicht in Gefahr zu bringen. Als einzige Möglichkeit blieb für ihn der Versuch, aus der DDR herauszukommen.

"Wenn man flüchten will", sagt André Fischer, "dann weiß man, man muss sein bisheriges Leben hinter sich lassen. Entweder man wird verletzt oder unverletzt eingesperrt oder sogar durch das Grenzregime getötet. Und selbst wenn die Flucht gelingt, wird man lange Zeit ohne die Familie allein in einer fremden Umgebung leben."

1987 stellte André Fischer einen Ausreiseantrag; außerdem begann er, Fluchtvorbereitungen zu treffen. An den Wochenenden fuhr der damals 24-Jährige in die Altmark, in den Harz oder nach Thüringen und erkundete das nahe Grenzgebiet mit seinen Sperranlagen, wobei er unbemerkt in die Sperrzonen gelangte. Gibt es Gewässer, Feld oder Wald? Oder Ortschaften, die auf der Landkarte fehlen? Verläuft der Grenzabschnitt gerade oder ragt der Westen wie eine Spitze in die DDR hinein? – Dann waren die Sperrstreifen breiter. Solche Fragen interessierten den zur Flucht Entschlossenen.



Zeitzeuge André Fischer im Oktober 2021 bei einem Besuch am Gedenkort an der Außenmauer des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses.

Hunde an Laufleinen, die sich diagonal überschnitten, Fahrzeugsperren, Sandstreifen, Streckmetallzaun, Wachttürme, Patrouillen mit Hunden, Suchscheinwerfer – manchmal mit zwei Metern Durchmesser – mitten im Feld ... Noch heute kann er den Aufbau der Grenzanlagen beschreiben, der überall ähnlich gewesen sei, sich aber in der Staffelung unterschieden habe.

André Fischer kaufte Tarnanzug, Lederhandschuhe und Bolzenschneider, legte sich eine Sturmhaube zu und ließ sich unter dem Vorwand, klettern gehen zu wollen, von Bekannten in Metallberufen einen Dreizack-Wurfanker mit Seil, Steighilfen für Hände und Füße und eine Eisenstange mit spitzem Ende anfertigen. Mit ihr wollte er sich im Notfall gegen die Hunde zur Wehr setzen.

Außerdem forderte er zwei Kumpel, die es ebenfalls versuchen wollten, dazu auf, sich eine ähnliche Ausrüstung zu beschaffen, und instruierte sie detailliert – was ihm später den Vorwurf, ein Rädelsführer gewesen zu sein, und die Einstufung als schwerer Fall eintrug. Zum Verhängnis wurden ihm jedoch nicht die Mitwisser, die er bald als zögerlich und unentschlossen wahrnahm, sondern dass er einen Teil der Gerätschaften in zwei Kartons

in der leeren Bodenkammer eines Nachbarn aufbewahrte. Dieser – den Akten zufolge IM – stöberte darin herum und denunzierte André Fischer bei der Staatssicherheit.

Wenige Tage bevor er nahe Saalfeld (Thüringen) seinen Grenzübertritt geplant hatte, wurde André Fischer auf dem Weg zur Arbeit verhaftet und ins Kaßberg-Gefängnis gebracht. Er berichtet von drei Monaten Einzelhaft, Schlafentzug, nachts Neonlicht, Drohungen – und der Angst, niemals wieder herauszukommen. 23 Uhr, 2 Uhr, 5 Uhr, manchmal auch am Tag wurde er zu den Vernehmungen geholt. Einmal machte ihm ein Vernehmer ein bitteres Kompliment: Mit seiner akkuraten Vorbereitung hätte er den Grenzdurchbruch geschafft. "Zum Glück sind wir Ihnen zuvorgekommen."

Nach der Verurteilung wegen "Vorbereitung zum ungesetzlichen Grenzübertritt in schwerem Fall" im März 1988 wurde André Fischer zum Strafvollzug innerhalb des Kaßberg-Gefängnisses verlegt; im Hausarbeitskommando fehlte offenbar gerade ein Tischler. An einem Sommertag 1988 forderte ihn das Wachpersonal auf, alles in der Werkstatt stehen und liegen zu lassen. Nachdem er seinen Wunsch, in den Westen zu gelangen, auf Nachfrage erneuert hatte, kam er in den Abschiebetrakt. Mit einer Kunstlederreisetasche, "Club"-Zigaretten, seiner Ausbürgerungsurkunde sowie fünf Mark Ost als Taschengeld wurde er kurz darauf in einem Barkas 1000 zum Bahnhof gefahren. Mit dem Zug ging es mit Umsteigen unter Bewachung bis zur Grenze, dann nach Gießen.

Heute lebt André Fischer in der Schweiz, wo er sich in der Nähe von Zürich eine Existenz aufgebaut hat. Seine Geschichte ist eine der Zeitzeugen-Biografien, die im zukünftigen Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis erzählt werden sollen.

GEDENKSTÄTTE KZ SACHSENBURG

Gedenkstätte KZ Sachsenburg An der Zschopau 6 09669 Frankenberg / OT Sachsenburg



Kommunikations- und Dokumentationszentrum der Gedenkstätte KZ Sachsenburg

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Der Komplex der baulichen Überreste des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenburg ist eines der am besten erhaltenen Denkmäler solcher Art in Deutschland. Im Gegensatz zu den späteren Barackenlagern, die nach einem vorgeplanten Projekt errichtet wurden, hatte das KZ Sachsenburg eine spezifische, weitgehend einzigartige räumliche Konstruktion. Trotz des Verlustes von einigen Baulichkeiten ist die Struktur des Konzentrationslagers anhand der vorhandenen Gebäude noch gut ersichtlich. Darüber hinaus tragen mehrere Gebäude historische Spuren ihrer Nutzung in der Zeit des Bestehens des KZ.

Die Gebäude des baulichen Komplexes des ehemaligen KZ Sachsenburg sollen gesichert, bewahrt und für die didaktisch-pädagogische Arbeit aufgearbeitet werden. Mit diesem Ziel setzte die Stadt Frankenberg in den Jahren 2019 und 2020 (nach Ablehnung eines ersten Antrages auf Bundesgedenkstättenförderung) mit fachlicher und finanzieller Unterstützung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus ihre Bemühungen fort, am Ort des ehemaligen NS-Konzentrationslagers Sachsenburg eine würdige Gedenkstätte zu schaffen.

Im Jahr 2019 wurde die Stelle zur wissenschaftlichen Projektmitarbeit ausgeschrieben und mit Beginn des Jahres 2020, nach einem Auswahlverfahren unter Beteiligung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst bei der Stadtverwaltung Frankenberg mit dem Historiker Dr. Mykola Borovyk besetzt. Zu seinen Aufgaben gehören nicht nur die Erforschung der Lagergeschichte und die Entwicklung eines wissenschaftlich fundierten

Konzeptes der künftigen Gedenkstätte, um einen Antrag auf Projektförderung im Rahmen der Bundesgedenkstättenförderung vorzubereiten, sondern auch die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und gesellschaftlichen Initiativen, die Kommunikation mit der Öffentlichkeit sowie die Entwicklung von pädagogischen Angehoten

Die Aufmerksamkeit der Stadt richtete sich im Berichtszeitraum vor allem auf Gebäude, die sich heute im Eigentum der Stadt befinden – insbesondere auf das Gebäude der ehemaligen Kommandantur des Lagers und die Kommandantenvilla. Im Gebäude der ehemaligen Kommandantur mit einer Gesamtfläche von mehr als 460 Quadratmetern, das sich in einer deutlich besseren baulichen Lage befindet, sollen die Hauptausstellung der künftigen Gedenkstätte sowie die Seminarräume, das Archiv und die Bibliothek untergebracht werden.

Zum Zweck der Qualifizierung des Umgangs mit der historischen Bausubstanz wurden im Rahmen von Vorplanungen zur Qualifizierung des Antrages auf Projektförderung nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes restauratorische Voruntersuchungen veranlasst. Die Aufgaben dieser Arbeit bestanden darin, ein Programm für Restaurierungsaktivitäten zu entwickeln, die während des Aufbaus der Gedenkstätte durchgeführt werden müssen, sowie eine Bewertung der erforderlichen Mittel zu erstellen. Die hierfür notwendigen Untersuchungen wurden in Kooperation mit der Hochschule für Bildende Künste Dresden durchgeführt.

Zur Lösung der Frage nach der Teilerhaltung und gedenkwürdigen Gestaltung der seit vielen Jahren verfallenen Kommandantenvilla hat die Stadt mit Unterstützung des Ministeriums und der Stiftung einen architektonischen Ideenwettbewerb ausgelobt. Ziel des Wettbewerbs war es, mehr Transparenz in den Entscheidungsprozess für die weitere museale Nutzung dieses Gebäudes zu bringen sowie Ideen zur möglichen architektonischen Gestaltung seiner noch zu erhaltenden Reste zu sammeln. Der Wettbewerb stieß sowohl bei der breiten Öffentlichkeit als auch bei Fachkräften aus den Bereichen Architektur und Kunst nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen Ländern auf großes Interesse. Insgesamt wurden 64 Projekte zum Wettbewerb eingereicht, die aufgrund unterschiedlicher ästhetischer Prinzipien und semantischer Schwerpunkte eine Vielzahl architektonischer Ansätze boten. Im Rahmen dieses Wettbewerbs wurde vor Ort am 31. August 2020 ein Kolloquium organisiert, an dem mehr als 50 Wettbewerbsteilnehmende sowie Vertreterinnen und Vertreter von Presse und Öffentlichkeit teilnahmen. Leider verzögerten sich aufgrund der Pandemiesituation sowohl die Vorbereitung des Antrages als auch der Abschluss des Wettbewerbs und konnten nicht wie geplant im Jahr 2020 abgeschlossen werden.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Im Berichtszeitraum hat die Stadt Frankenberg in Zusammenarbeit mit lokalen gesellschaftlichen Initiativen und mit finanzieller und fachlicher Unterstützung der StSG ein zweistufiges Projekt zur Erstellung auf dem Areal der zukünftigen Gedenkstätte KZ Sachsenburg eine Außenraumausstellung, den "Pfad der Erinnerung", erstellt. Die Ausstellung ist ein erster nach außen wahrnehmbarer Schritt im Rahmen der Errichtung der Gedenkstätte. Die Konzeption der Ausstellung zielt darauf ab, dass das Gebäudeensemble, das Gelände und andere noch erkennbare Spuren und Zeugnisse des ehemaligen KZ Sachsenburg zusammen mit den Informationstafeln des "Pfades der Erinnerung" als Ausstellungsobjekte betrachtet werden. Dabei liefern die Tafeln dem Publikum Informationen zur Geschichte des Lagers, indem die scheinbar stummen Gebäude und Perspektiven durch



Tafel des "Pfades der Erinnerung" zum Standort der "Kommandantenvilla"

Bilder und Texte zum Sprechen gebracht werden. Dadurch ermöglichen sie in einer Kombination, die sowohl emotionale als auch kognitive Dimensionen vereint, ein tieferes Verständnis. Hinzu kommen die auf den Tafeln abgebildeten historischen Fotografien, die die heutigen Ansichten der Gebäude und des Geländes historisch verorten, zugleich Ausstellungsobjekte sind und weiterreichende Erklärungen einfordern. Die Gebäude und Texte in Kombination mit den Abbildungen, Dokumenten und Auszügen aus den Erinnerungen der Lagerhäftlinge sollen keine einfachen Erklärungsmuster liefern, sondern zu weiteren Fragen und Überlegungen leiten, die ein tieferes Verständnis erst ermöglichen.

Der erste Teil des Pfades wurde in den Jahren 2018 und 2019 erarbeitet und im Juni 2019 feierlich eröffnet. Die Inhalte der ersten 10 Tafeln entstanden in Zusammenarbeit mit dem Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V. – jenes Vereins, dessen Mitglieder und Interessierte seit vielen Jahren die Idee der Errichtung der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers vorantreiben. Die zweite Phase der Ausstellung, die 2020 realisiert wurde, wurde gemeinsam mit dem Verein LAG KZ Sachsenburg e.V. entwickelt – einer weiteren gesellschaftlichen Initiative vor Ort, mit der die Stadt beim Aufbau der Gedenkstätte schon lange Zeit kooperiert. Die Projektfortsetzung sah auch Standorte in der Stadt Frankenberg sowie im Ortsteil Sachsenburg vor.

Die Ausstellung befindet sich an einem beliebten touristischen Ziel und zieht nicht nur die Aufmerksamkeit derjenigen Menschen auf sich, die an den Führungen zur Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenburg vor Ort teilnehmen, sondern auch von denjenigen, die das Gebiet zu touristischen Zwecken besuchen.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Pädagogische Angebote vor Ort wurden ehrenamtlich von gesellschaftlichen Initiativen wie der LAG KZ Sachsenburg und der Geschichtswerkstatt Sachsenburg realisiert, die regelmäßig Führungen sowohl für Schulklassen als auch für verschiedene geschichtsinteressierte Gruppen von Erwachsenen durchführen.

Die Stadt Frankenberg hat 2020 mit dem Aufbau eines Kommunikations- und Dokumentationszentrums begonnen. Das Dokumentationszentrum ist in dem in der Nähe des ehemaligen KZ Sachsenburg gelegenen historischen Gebäude der Gaststätte "Fischerschänke" platziert, das durch die Stadt Frankenberg erworben wurde. Das Zentrum ist als erste Anlaufstelle für die allgemeine Öffentlichkeit konzipiert, in welchem sowohl über die historische Bedeutung des Lagers als auch über das Vorhaben und die Entwicklung der Gedenkstätte informiert wird.

Darüber hinaus sollte das Zentrum, das auch Räume für Wechselausstellungen, einen Büroraum mit einer Fachbibliothek und einem Kopienarchiv mit Dokumenten zur Geschichte der frühen Lager sowie einen Seminarraum umfasst, die nötige Infrastruktur bieten, um künftig pädagogische Angebote umsetzen zu können.

Besondere Veranstaltungen

Vom 9. bis zum 25. September 2020 wurde eine Vorführung der Wanderausstellung "Stolen Memory" von den Arolsen Archives organisiert. Die Ausstellung wurde auf dem Marktplatz der Stadt Frankenberg gezeigt und stieß bei den Einwohnern auf reges Interesse. Für die Stadt war die Ausstellung, die die persönlichen Dimensionen des NS-Terrors thematisiert und zum Nachdenken über seine Opfer im Kontext der familialen Geschichte anregt, ein wichtiger Schritt, um die Idee einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenburg vor Ort zu thematisieren.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung zur Errichtung der Gedenkstätte war die Einberufung des wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätte. Der wissenschaftliche Beirat setzt sich aus Experten für die Geschichte des nationalsozialistischen Repressionssystems, für Erinnerungskulturen und für die Gedenkstättenpädagogik, die die führenden Forschungsinstitutionen vertreten, zusammen. Hierzu gehören: das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden (Prof. Dr. Mike Schmeitzner), das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Prof. Dr. Thomas Schaarschmidt), die Freie Universität Berlin (Dr. Carina Baganz), die Universität

Göttingen (Dr. Stefan Hördler), die Stiftung Topographie des Terrors Berlin (Dr. Thomas Lutz) sowie die Gedenkstätten Münchner Platz Dresden (Dr. Birgit Sack) und KZ Lichtenburg Prettin (Melanie Engler). Der Beirat hat die Vorbereitung des überarbeiteten Konzeptes fachlich begleitet und unterstützt.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Vernetzung mit anderen Gedenkstätten auf überregionaler Ebene war die Aufnahme des Projektes der Gedenkstätte KZ Sachsenburg seit 2020 in die bundesweite Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager. Die Mitgliedschaft in dieser Gruppe fördert den Austausch sowohl von Forschungsergebnissen als auch von Erfahrungen in der Organisation pädagogischer Arbeit.

Die Verankerung in der Gesellschaft vor Ort wurde unter Federführung des wissenschaftlichen Projektmitarbeiters ebenfalls forciert. So wurde neben dem beratenden Gremium des wissenschaftlichen Beirates auch ein gesellschaftlicher Beirat ins Leben gerufen, in welchem alle zivilgesellschaftlichen Initiativen (Vereine, Schulen, Kirchgemeinden, Bundeswehrvertretungen u. a.) gemeinsam den Werdegang der Errichtung der Gedenkstätte KZ Sachsenburg begleiten. Auch der gesellschaftliche Beirat wurde in die Vorbereitung des Gedenkstättenkonzeptes mit einbezogen.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Obwohl sich die Gedenkstätte KZ Sachsenburg in den Jahren 2019 und 2020 noch im Prozess der Konzipierung befand, erhielt die Stadt Frankenberg Anfragen von Angehörigen der Opfer des NS-Terrors. Insbesondere bat Fritz Traxler im August 2020 um Hilfe bei der Suche nach Informationen über seine Mutter Maria Baldauf (Lißner) und andere Verwandte, die der kommunistischen Untergrundgruppe in Chemnitz angehörten. Obwohl das Lager Sachsenburg ausschließlich ein Männerlager war und Traxlers Mutter daher nicht darin inhaftiert gewesen sein konnte, versuchte die Gedenkstätte, zusätzliche Informationen über sie und andere Mitglieder der Familie Lißner zu finden.

Ende 2020 kam auch Egon Franke, ein Chemnitzer, auf die Gedenkstätte zu. Er übergab der künftigen Gedenkstätte zwei Postkarten seines Großvaters Friedrich Franke aus dem Lager Sachsenburg. Später wurde der Name Friedrich Franke auch im Registrierungsbuch des Schutzhaftlagers Sachsenburg gefunden, das kürzlich bei einer Archivrecherche entdeckt wurde: Friedrich Franke wurde am 18. Mai 1933 in das Lager Sachsenburg gebracht und hatte die Häftlingsnummer 204.

Max Sachs

(1883 - 1935)

ax Sachs wurde am 23. September 1883 als Sohn einer wohlhabenden jüdischen Familie in Breslau geboren. Sein Vater war Bankier und Sachs erhielt eine ökonomische Ausbildung, um das Familienunternehmen weiterzuführen – entschied sich dann jedoch für einen anderen Beruf und Lebensweg. 1906 trat Sachs der SPD bei und war seitdem hauptsächlich als Journalist und Redakteur der Parteipresse in verschiedenen deutschen Städten tätig. 1911 übernahm er die Wirtschaftsredaktion der einflussreichen sozialdemokratischen "Dresdner Volkszeitung" und arbeitete für diese Zeitung, bis sie 1933 von den Nazis geschlossen wurde. Parallel dazu veröffentlichte Sachs seine Texte auch in anderen Zeitungen, in sozialdemokratisch-theoretischen Zeitschriften sowie als Kleinschriften und Broschüren und erlangte als Publizist eine gewisse Bekanntheit. Seine politische Karriere verlief hingegen weniger erfolgreich: Max Sachs wirkte einige Zeit als Dresdner Stadtverordneter und saß von 1922 bis 1926 für die SPD im Sächsischen Landtag. Da er jedoch zum rechten Flügel der Sozialdemokraten gehörte, wurde er von der sächsischen SPD, die vom linken Parteiflügel dominiert wurde, hernach nicht wieder aufgestellt damit endete seine parteipolitische Karriere.

Als Publizist wurde Sachs sowohl von links, insbesondere von kommunistischer Seite, als auch von rechts scharf attackiert. Ein besonderer Hass, der sich schon in den frühen 1930er-Jahren in offenen Drohungen entlud, schlug dem Sozialisten und Juden bei den Nationalsozialisten entgegen. Während der ersten großen politischen Verhaftungswelle, die von der NSDAP nach den Wahlen am 5. März 1933 ausgelöst wurde, gehörte die Redaktion der "Dresdner Volkszeitung" zu den vorrangigen Zielen der Nationalsozialisten in Dresden. Am 8. März 1933 wurde Max Sachs erstmals verhaftet. Er wurde zunächst im Polizeigefängnis Dresden und später in der Haftanstalt Mathildenstraße festgehalten. Wie viele andere politische Häftlinge wurde Sachs misshandelt und gedemütigt, indem man ihn zwang, die sozialistischen und kommunistischen Wahlparolen und Plakate in Dresden zu entfernen. Solche Aktionen organisierte die SA damals in verschiedenen Städten Deutschlands, um ihren Triumph über politische Gegnerinnen und Gegner zu demonstrieren und zu feiern.

Nach vier Monaten Haft wurde Sachs Ende Juli 1933 entlassen, musste sich aber weiterhin täglich bei der Polizei melden. Am 21. September 1933 wurde er erneut verhaftet und am 23. September 1935 von Dresden in das Konzentrationslager Sachsenburg überstellt. Als bekannter Sozialdemokrat und vor allem als Jude erregte Sachs



Max Sachs, mutmaßlich gezeichnet von einem Mithäftling, 1935 (aus: Franz Osterroth, Biografisches Lexikon des Sozialismus, Band I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960, Tafel 35)

den besonderen Hass der SS-Wachmannschaften. Vom ersten Tag seiner "Schutzhaft" im Lager an war er entsetzlichen Misshandlungen und Folterungen ausgesetzt, an deren Folgen er am 4. Oktober 1935 starb.

Der Fall Max Sachs ist sowohl anschaulich als auch in gewisser Weise einzigartig. Einerseits war eine besonders brutale Haltung gegenüber jüdischen Häftlingen für das Lager Sachsenburg von Anfang an charakteristisch. Andererseits zog dieser damals noch ungewöhnlich brutale und demonstrative Mord die Aufmerksamkeit der Justiz auf sich, was dazu führte, dass die Staatsanwaltschaft Klage erhob. Dieser Prozess endete mit der Verurteilung der Personen, die den Mord direkt ausgeführt hatten. Sie stammten zwar selbst aus dem Kreis der Häftlinge des Lagers, doch handelte es sich bei ihnen um ehemalige SA-Angehörige, die wegen krimineller Straftaten verurteilt worden waren. Die eigentlich Verantwortlichen und somit Haupttäter aus dem Kreis der SS-Wachmannschaften konnte das Gericht jedoch nicht verurteilen.

Diese Geschichte setzte sich nach dem Sturz des Naziregimes auf charakteristische Weise fort: Die an dem Mord von Sachs unmittelbar beteiligten ehemaligen Häftlinge überlebten den Krieg, fanden sich nun in der sowjetischen Besatzungszone wieder und wurden erneut zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Gleichzeitig endeten die in der Bundesrepublik geführten Ermittlungen gegen einen der mutmaßlichen Organisatoren des Mordes ergebnislos.

Anders als bei vielen anderen Opfern des NS-Terrors erwuchs aus dem Schicksal von Max Sachs eine lebendige Erinnerungskultur. Für die in Entstehung befindliche Gedenkstätte Konzentrationslager Sachsenburg ist sein Schicksal eines der charakteristischsten Beispiele für den NS-Terror, das die politischen und rassistischen Dimensionen vereint.

BAUTZEN-KOMITEE

Bautzen-Komitee e.V. Weigangstraße 8 a | 02625 Bautzen Telefon 03591 42521 buero@bautzen-komitee.de www.bautzen-komitee.de



Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitee e. V.

m 31. März 1990, noch viele Monate vor der Wiedervereinigung, trafen sich rund 150 Menschen aus der Bundesrepublik und der DDR in Bautzen und gründeten das Bautzen-Komitee. Sie alle waren aus politischen Gründen viele Jahre in der SBZ/DDR inhaftiert gewesen und teilten damit ein gemeinsames Schicksal. Mit einer Kranzniederlegung auf dem "Karnickelberg", dem Gräberfeld hinter der Haftanstalt mit seinen Massengräbern, gedachten sie dabei der über 3000 Toten, die bis 1956 der Haft zum Opfer gefallen sind. Das Gründungsdatum war dabei nicht zufällig gewählt, sondern sollte an den großen Häftlingsaufstand von 1950 gegen die unmenschlichen Haftbedingungen erinnern, der von der Volkspolizei blutig niedergeschlagen wurde.

Seitdem sieht das Bautzen-Komitee seine Aufgabe in der Schaffung und Bewahrung eines würdigen Ortes zur Erinnerung an die vielen namenlosen Opfer des sowjetischen Speziallagers Nr. 4 und der Strafvollzugsanstalt der DDR, wobei es über die Stiftung Sächsische Gedenkstätten vom Freistaat institutionell gefördert wird. Auf der Zeit von 1945 bis 1956 liegt auch der Schwerpunkt unserer Arbeit

Um die Erinnerung an das Leid lebendig zu halten, finden jährlich mehrere Projekte statt, vier davon regelmäßig. So ist das Bautzen-Komitee seit vielen Jahren ständiger Gast auf der von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstalteten Geschichtsmesse in Suhl. Dort informiert das Bautzen-Komitee über seine Arbeit, tauscht Erfahrungen aus und sucht Kontakte zu Schulen und Institutionen der politischen Bildung.

In Zusammenarbeit mit der Domgemeinde der Stadt Bautzen wird jeweils am letzten Sonntag im März der Gedenktag an den Gefangenenaufstand von 1951 ausgerichtet. Dazu findet im Dom eine ökumenische Andacht mit anschließender Kranzniederlegung auf dem Gräberfeld "Karnickelberg" statt, und die Glocken des Bautzener Doms läuten um 12 Uhr das Petri-Geläut. Sofern es noch möglich ist, berichten während der Andacht auch ehemalige Häftlinge von ihrem Schicksal.

Ebenfalls engagiert sich das Bautzen-Komitee im Rahmen des jährlich stattfindenden Bautzen-Forums des sächsischen Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieses Forum findet seit 1990 ununterbrochen statt und gehört bundesweit zu den wichtigsten Bildungsveranstaltungen zum Thema politische Haft in der SBZ/DDR.



Gedenkbereich der Gräberstätte "Karnickelberg" in Bautzen

Dabei organisiert das Bautzen-Komitee u. a. einen öffentlichen Rundgang durch die Außenanlagen der Haftanstalt Bautzen I (heute Justizvollzugsanstalt des Freistaates Sachsen), der besonders von Angehörigen gerne genutzt wird, vermittelt Referentinnen und Referenten sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und veranstaltet in der Kapelle auf dem Karnickelberg eine ökumenische Andacht mit anschließender Kranzniederlegung.

Schließlich unterstützt das Bautzen-Komitee die Gedenkstätte Bautzen auch zum "Tag des offenen Denkmals". Dazu organisiert das Bautzen-Komitee u. a. einen stündlichen Bustransfer zwischen der Gedenkstätte Bautzen und dem Gräberfeld auf dem Karnickelberg, um dem Publikum der Gedenkstätte auch diesen Ort zugänglich zu machen. Nur wenige Gäste wissen, dass dort über 3000 Todesopfer des früheren sowjetischen Speziallagers Nr. 4 und aus den Anfangsjahren der DDR nackt und würdelos in Massengräbern verscharrt wurden, auf denen die Stadtverwaltung später Berge von Bauschutt ablagerte.

Neben diesen festen Veranstaltungen unterstützt das Bautzen-Komitee auch TV-Dokumentationen, es berät Historiker und beantwortet in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Bautzen Anfragen von Angehörigen ehemaliger Häftlinge.

Leider sind in den Jahren 2019 und 2020 mehrere vom Bautzen-Komitee geplante Projekte der pandemischen Lage zum Opfer gefallen. In besonderem Maße betraf dies ein großes Projekt, das 2020 mit 45 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten des Leistungskurses Politik aus Mainz stattfinden sollte. Dem Bautzen-Komitee war es gelungen, das Thema der politischen Haft im "Gelben Elend" auch in die alten Bundesländer zu tragen, doch nur wenige Wochen zuvor musste die komplette mehrtägige Veranstaltung, die vom Freistaat sowie dem Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mitfinanziert wurde, wieder abgesagt werden, wodurch die Arbeit vieler Monate hinfällig wurde.

Alexander Latotzky

(* 1948)

lexander Latotzky wurde 1948 im "Gelben Elend" geboren. Seine Mutter Ursula Hoffmann wurde 1946 mit 21 Jahren von einem sowjetischen Militärtribunal als angebliche Agentin zu 15 Jahren Strafarbeitslager verurteilt – sie hatte zuvor die Vergewaltigung und Ermordung ihrer Mutter durch zwei Sowjetsoldaten angezeigt.

Zunächst kam sie in das Lager Torgau, wo es zwischen ihr und einem gleichaltrigen ukrainischen Wachsoldaten zu einer Beziehung kam, von der sie schwanger wurde. Zur Entbindung verlegte man sie nach Bautzen, wo sie in einer Zelle ihren Sohn gebar. Der Vater des Kindes, so erzählte man ihr, sei wegen unerlaubter Kontakte zu einer Deutschen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Kurze Zeit später wurden Mutter und Kind in das sowjetische Speziallager Sachsenhausen verlegt. Hier lebten sie mit anderen Frauen mit Kindern und getrennt von den übrigen Häftlingen in einer Baracke am Rande des Lagers. Kinder wurden von der Lagerverwaltung nicht registriert und erhielten daher auch keine Verpflegungsrationen oder Kleidung – nur wenn sie Glück hatten, wurde wenigstens die Geburt in einer Krankenakte registriert. Die Mütter mussten sich daher ihre eigene, ohnehin schon geringe Ration mit dem Kind teilen. Bedenkt man, dass in Sachsenhausen über 12 000 Häftlinge starben, so grenzt es an ein Wunder, dass die meisten Kinder dennoch überlebten – dies ist wohl nur der großen Solidarität der Frauen untereinander zu verdanken.

Auch Alexander und seine Mutter überlebten das Lager und wurden nach dessen Schließung 1950 in das Frauengefängnis Hoheneck überstellt. Zusammen mit ihnen waren noch ca. 30 weitere Kinder und Säuglinge sowie 1200 Frauen dort inhaftiert. Auch im Strafvollzug der DDR waren Kinder nicht vorgesehen, und so trennte man einige Wochen später alle Mütter und Kinder. Während Ursula Hoffmann in die SVA Waldheim verlegt wurde, durchlief ihr Sohn über die nächsten sieben Jahre mehrere Kinderheime. Ähnlich erging es auch den später in Hoheneck geborenen Kindern.

Die Kinder kamen zunächst nach Leipzig, wo sie als anonyme Waisenkinder ohne Namen unter der Bezeichnung "Kinder der Landesregierung" geführt wurden. Erst später, mit der Verlegung in andere Heime, erhielten sie ihre Namen zurück.

In den Haftanstalten der DDR war Arbeit Pflicht, und so erhielten die Mütter als besondere Vergünstigung, z. B. für Normerfüllung, ab und zu ein Foto ihres Kindes, das sie für eine kurze Zeit behalten durften.

Unter der Androhung, ihren Sohn zur Adoption freizugeben, zwang man Ursula Hoffmann 1954 zur Arbeit für das MfS, wozu sie zunächst wieder nach Hoheneck verlegt und 1956 dann begnadigt und entlassen wurde. Für den KGB sollte sie nun in Westberlin russische Exilorganisationen und die russisch-orthodoxe Kirche ausspionieren. Da man ihr nicht vertraute, blieb ihr Sohn dabei als "Faustpfand" weiterhin in einem Heim der DDR. Erst 1957 waren MfS und KGB von ihrer Arbeit überzeugt und der inzwischen neun Jahre alte Junge durfte zur Mutter in den Westen. Kurze Zeit später brach man die Verbindung zu ihr jedoch ab, da sich ihre Berichte als wertlos und frei erfunden herausstellten.

Ursula Hoffmann starb 10 Jahre später mit erst 41 Jahren an den gesundheitlichen Folgen der Haft. Nach 1990 wurden Mutter und Sohn von der russischen Hauptmilitärstaatsanwaltschaft vollständig rehabilitiert und als Opfer politischer Verfolgung anerkannt.







Alexander Latotzkys Mutter



Alexander Latotzkys Vater

Mit dem Ende der DDR begann Alexander Latotzky zunächst, nach seiner eigenen Biografie zu forschen. Schnell wurde daraus die Forschung über andere, ähnliche Biografien und 1997 gab es ein erstes Treffen von Kindern und Müttern in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Alexander Latotzky hat inzwischen über 100 Menschen gefunden, die in einem sowjetischen Lager oder Gefängnis der DDR auf die Welt kamen.

Bei seiner Arbeit stieß er 1999 in den russischen Akten des DRK überraschend auf Informationen über seinen Vater, den man nicht, wie fälschlich behauptet, zum Tode verurteilt, sondern in den Gulag verbannt hatte. Mit dem Tod Stalins kam er frei, heiratete und gründete in Russland eine Familie. Mit viel Recherchearbeit und nur wenig Hoffnung begann Alexander Latotzky nach ihm zu suchen – und 2000 gab es in Russland ein erstes Treffen zwischen beiden.

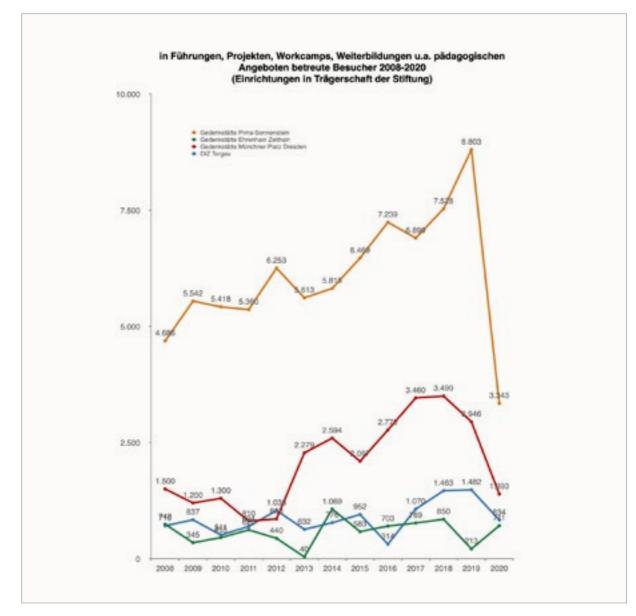
Vater und Sohn besuchten sich dann mehrmals gegenseitig, dabei erfuhr Alexander auch die Geschichte seines Vaters: Dieser war mit 18 Jahren als Zwangsarbeiter aus der Ukraine nach Brandenburg/Havel verschleppt worden, wo er in einem Panzerwerk arbeiten musste. Da er für Deutschland gearbeitet hatte, galt er nach der "Befreiung" wie viele andere zunächst als Vaterlandsverräter und sollte erschossen werden. Wegen seiner Jugend wurde er aber begnadigt und dem Wachdienst des Speziallagers Buchenwald zugeteilt. Später kam er in das Lager nach Torgau und von dort dann in den Gulag. Er starb 2004 nach kurzer Krankheit.

Alexander Latotzky leitet seit 1999 die Gruppe der Kinder aus den sowjetischen Lagern in Deutschland. Der Verein hilft Betroffenen bei der Suche nach dem Vater und bei der Erlangung ihrer Rechte. Seit 2004 ist er auch im Vorstand des Bautzen-Komitees und seit 2013 dessen Vorsitzender. Für seine Arbeit erhielt er 2010 den Bürgerpreis zur deutschen Einheit der bpb, 2019 verlieh ihm Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Bundesverdienstkreuz.

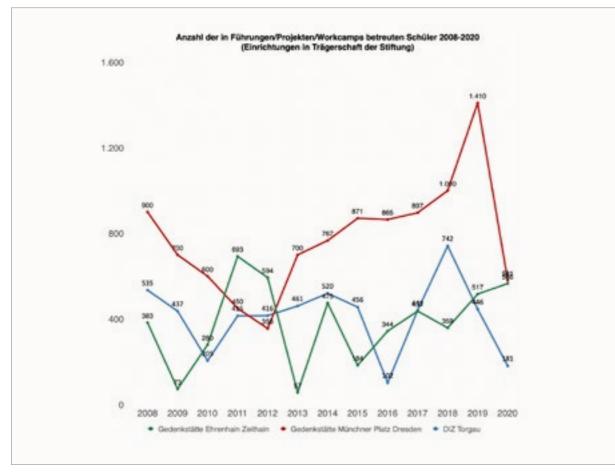
Auf die Frage, was die Lager- und Heimzeit sowie die Geschichte seiner Eltern für ihn heute bedeuten, antwortete er einmal, dass sie natürlich einen starken Einfluss auf sein Leben hatten, aber inzwischen weit zurückliegen: "Ich vergesse sie nicht, aber sie bestimmen nicht mein Leben!"

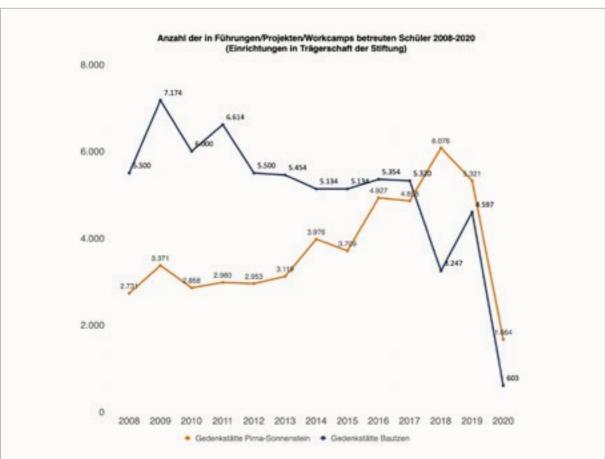
ANHANG

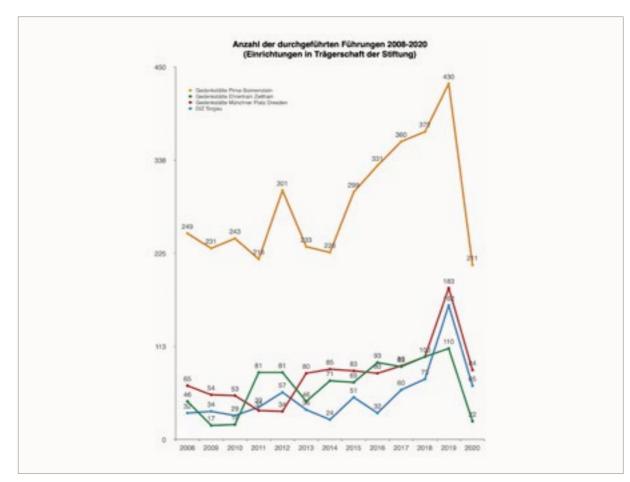


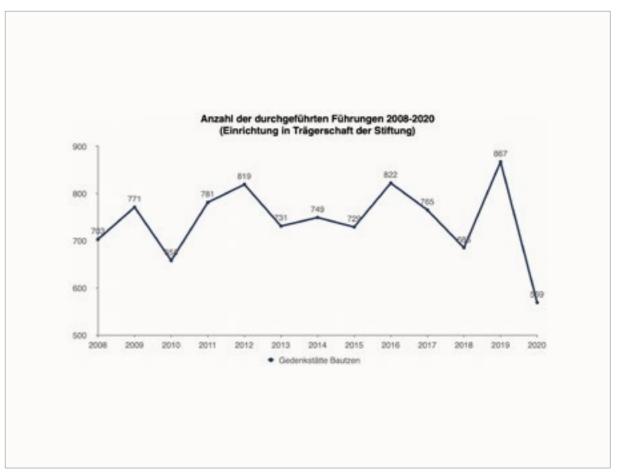


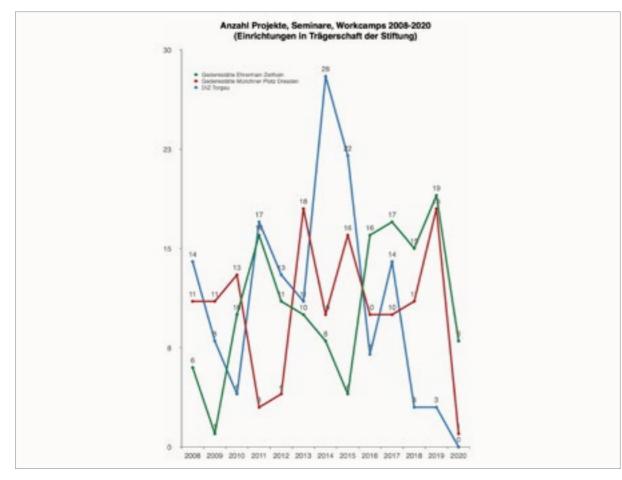


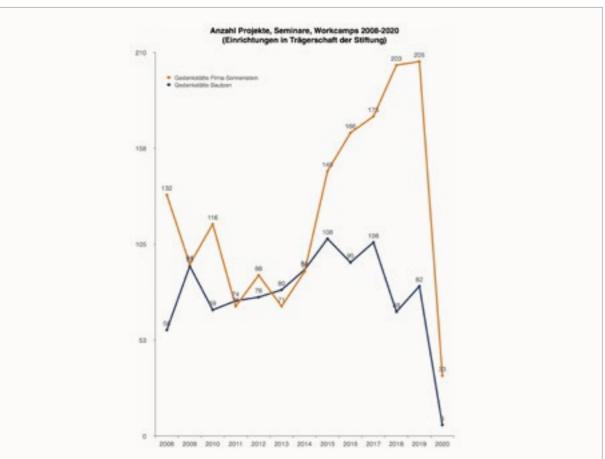


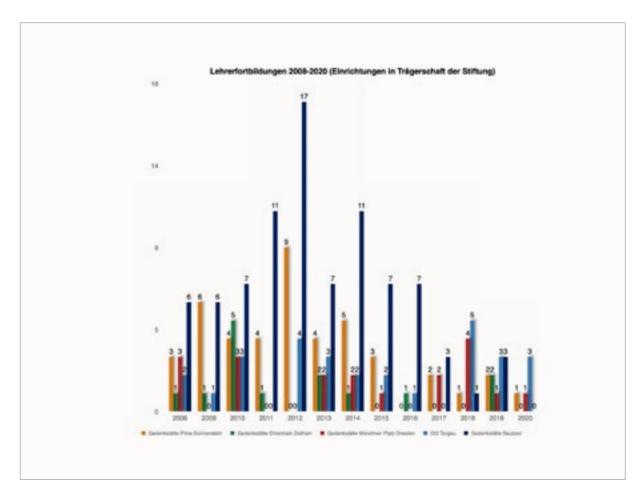


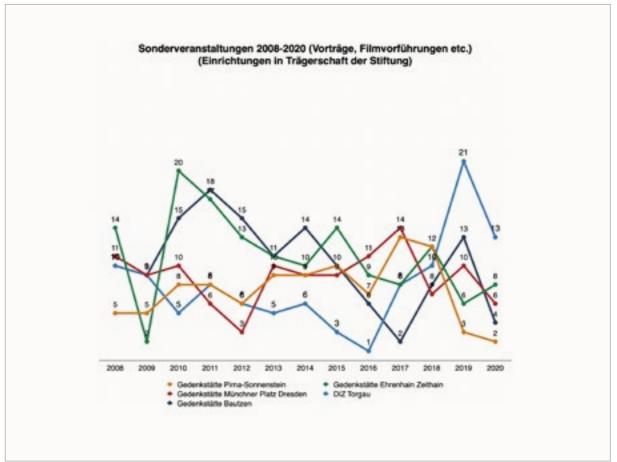




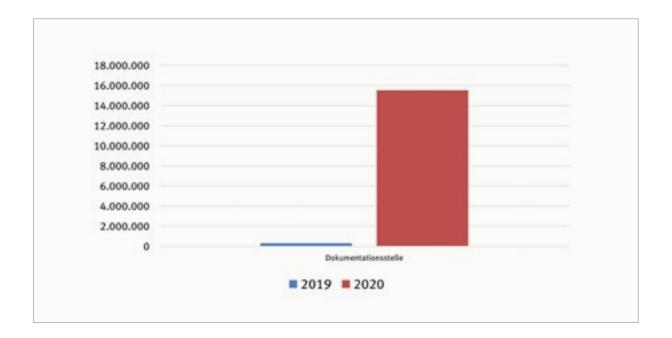




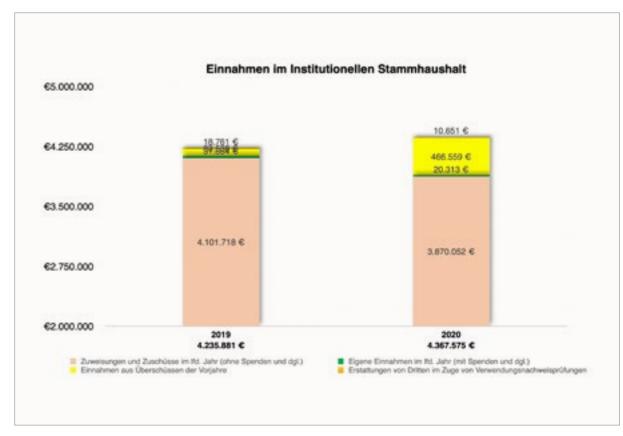


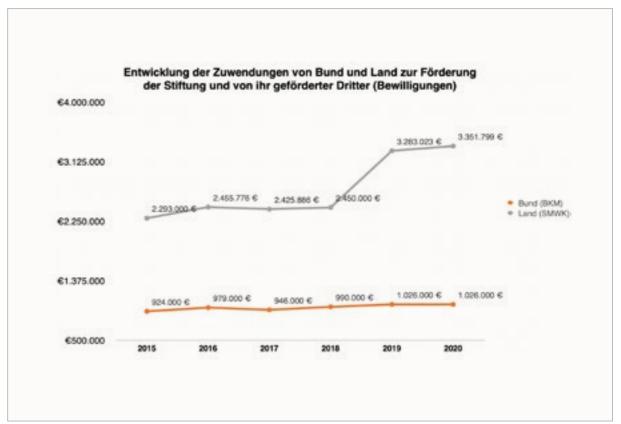


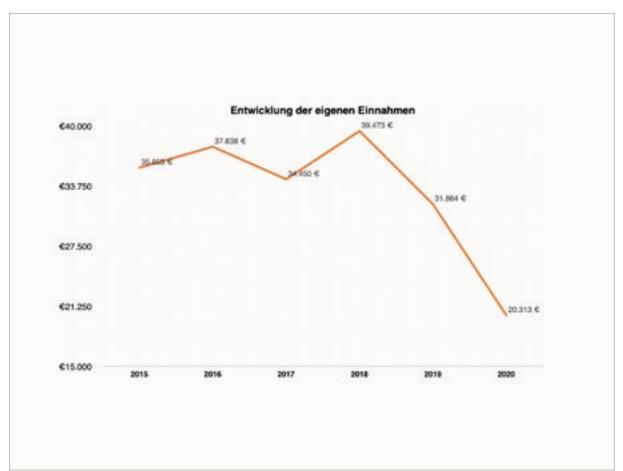
WEBSITE UND SOCIAL MEDIA

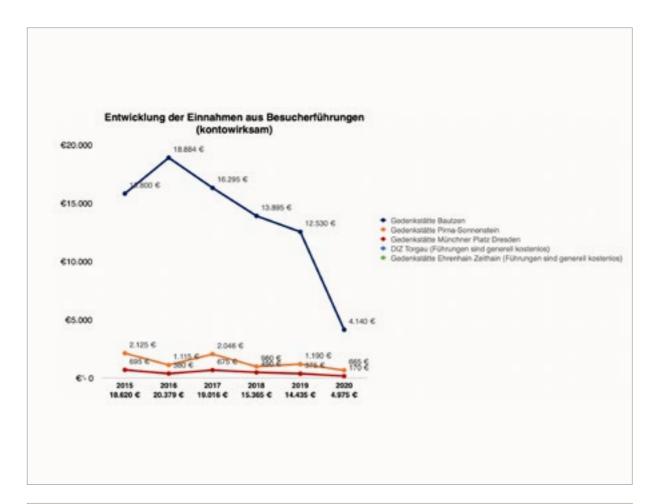


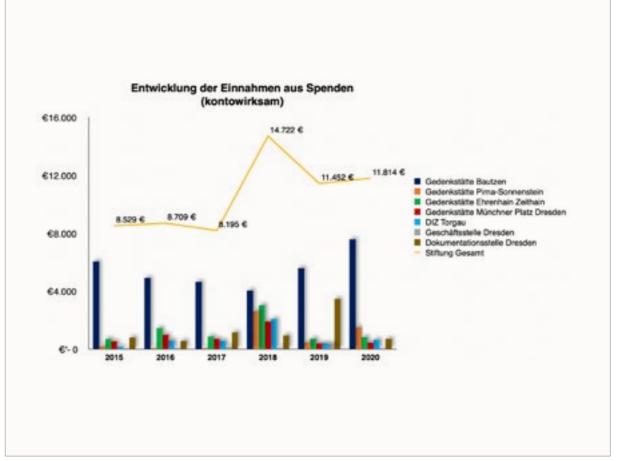
HAUSHALT UND VERWALTUNG

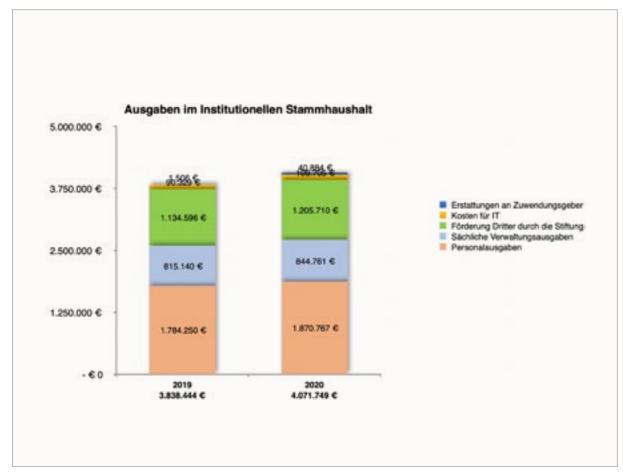


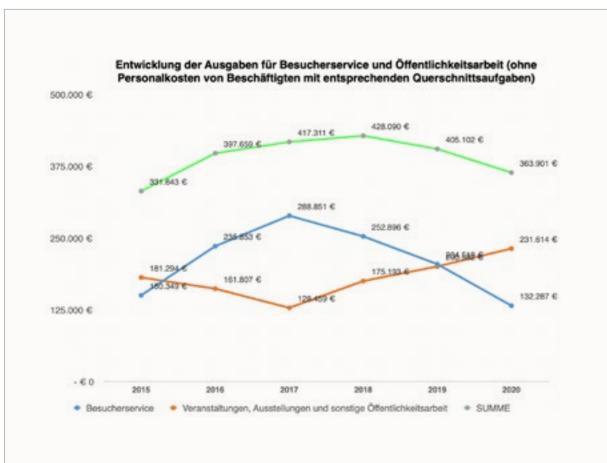


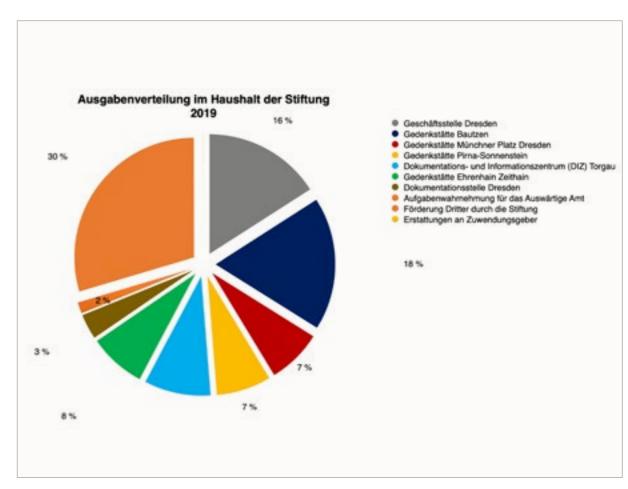


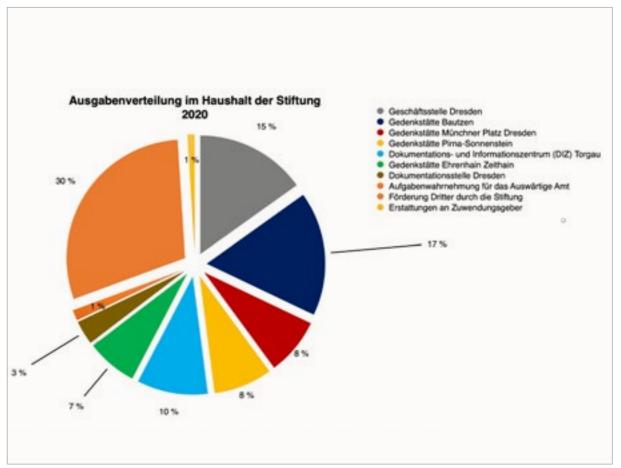


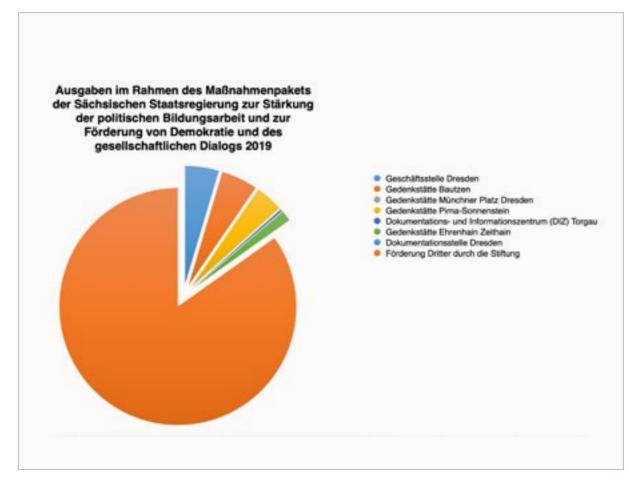


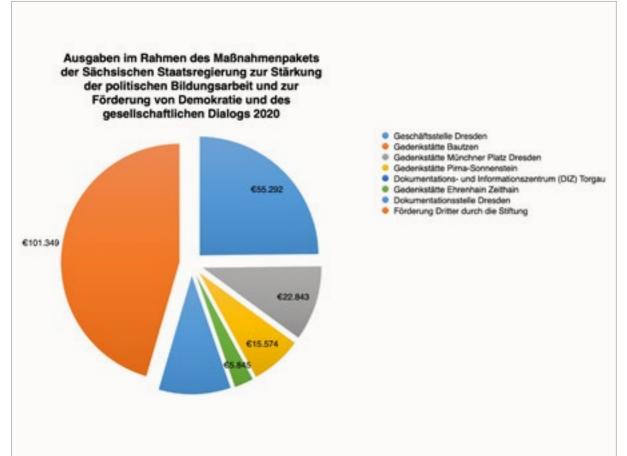












ab 21. Juli 2020 freigestellt

Sven Riesel

stellvertretender Geschäftsführer,

ab 18. Dezember 2020 kommissarischer Geschäftsführer

Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Dr. Eva-Maria Stange (Vorsitzende)

Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

Barbara Klepsch (Vorsitzende)

Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus im Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Susanne Dahlke-Piel

Sächsisches Staatsministerium der Justiz

Dr. Gesine Märtens

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Ulrich Menke

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Dagmar Neukirch

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Maria Bering

Vertreterin des Bundes (Bundesbeauftragte für Kultur und Medien)

Küf Kaufmann

Vertreter des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Christoph Seele

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen

Dr. Birgit Mitzscherlich

Vertreterin des Bistums Dresden-Meißen

Lutz Rathenow

Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Roland Löffler

Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Prof. Dr. Thomas Lindenberger

Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden

Günter Vallentin

Vertreter der kommunalen Landesverbände

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld

vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Daniela Schmohl vom Stiftungsbeirat

vorgeschlagene Vertreterin

Uwe Schwabe

vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Dr. Jürgen Trogisch

vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Dr. Herbert Wagner

vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Bernd Müller-Kaller

vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Stiftungsbeirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Tobias Hollitzer (Vorsitzender) Bürgerkomitee Leipzig e. V.

Darger Kommee Lerpzig e. v.

Ingolf Notzke (Vorsitzender)

Initiativgruppe Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.

Ralf Bertels

Römisch-Katholische Kirche

Steffen Börner

Römisch-Katholische Kirche

Heinz Galle

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

Wolfgang Howald

Münchner-Platz-Komitee e. V.

Dr. Wiebke Janssen

Gedenkstätte Großschweidnitz e. V.

Linda Fleck

Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V.

Daniel Ristau

Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Alexander Latotzky

Bautzen-Komitee e. V.

Jens Leschner

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) e. V.

Anne Losinski

Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V.

Frank-Michael

Nemetz Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.

Dr. Jörg Osterloh

Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e. V.

André Raatzsch

 $Dokumentations-und\ Kulturzentrum$

Deutscher Sinti und Roma e. V.

Hartmut Richter

Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II e. V.

Andreas Schönfelder

Umweltbibliothek Großhennersdorf e. V.

Christoph Seele

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen

Dr. Magdalena Herbst

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen

Uljana Sieber

Erkenntnis durch Erinnern e. V.

Dr. Rolf Surmann

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.

Josephine Ulbricht

Förderverein "Dr. Margarete Blank" e. V. Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e. V.

Rosel Werl

Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e. V.

Carla Ottmann

Stadtverwaltung Stollberg

Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Vorsitzender) *Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Prof. Dr. Stefanie Endlich

Berlin

Daniel Gaede

Weimar

Prof. Dr. Mike Schmeitzner

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-

forschung e. V. an der TU Dresden

Prof. Klaus Vogel

Stiftung Deutsches Hygiene-Museum Dresden

139

SNIITIVM SYEDWAY

Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft Dülferstraße 1 | 01069 Dresden Telefon 0351 4695540 | Fax 0351 4695541 info@stsg.de | www.stsg.de

V. i. S. d. P.

Herausgeber

Dr. Markus Pieper (Geschäftsführer)

Texte/Redaktion

Sven Riesel (stellvertretender Geschäftsführer, Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) und Gesine Werner (Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit)

Lektorat

Moritz Siegel | www.siegel-lektorat.de

Titelbilder

Ausschnitt aus der Graphic Novel aus dem Projekt "Ich Meine" – Der Fall Waterkotte" (© StSG / Gedenkstätte Bautzen) Skulptur am Memorial für die Opfer der NS-Militärjustiz vor dem Fort Zinna in Torgau (© StSG / DIZ Torgau)

Gestaltung/Layout

schech.net | Strategie. Kommunikation. Design.

Druck

Als Beitrag zum Umweltschutz auf 100 % Recyclingpapier gedruckt. Union Druckerei Dresden GmbH

Dresden im Dezember 2022

ISBN: 3-934382-88-6 und 978-3-934382-88-6



Diese Maßnahme wird mitfinanziert aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

